

# VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON  
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

## AUS DEM INHALT

Zur Nuklearpolitik im Europa der fünfziger und sechziger Jahre

HANS-PETER SCHWARZ

Adenauer und die Kernwaffen

ROBERT O'NEILL

Großbritannien und die nukleare Abschreckung

GEORGES-HENRI SOUTOU

Die Nuklearpolitik der Vierten Republik

PETER WETZLER

Kaiser Hirohito und der Krieg im Pazifik

GABRIEL GORODETSKY

Stalin und Hitlers Angriff auf die Sowjetunion

JOCHEN-CHRISTOPH KAISER

Protestantismus, Diakonie und „Judenfrage“ 1933–1941

VOLKER HENTSCHEL

Die Europäische Zahlungsunion und die deutschen Devisenkrisen  
1950/51

DOKUMENTATION

Die Tage vor Hitlers Machtübernahme  
Aufzeichnungen des Deutschnationalen Reinhold Quaatz  
(Larry Eugene Jones)



# VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit

Theodor Eschenburg, Helmut Krausnick, Karl Dietrich Erdmann,  
Paul Kluge, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,  
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:

Martin Broszat, Ludolf Herbst, Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz, Norbert Frei

Chefredakteur: Hermann Graml

Stellvertreter: Klaus-Dietmar Henke

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19, Tel. 12 68 80, FAX 123 17 27

37. Jahrgang

Heft 4

Oktober 1989

## INHALTSVERZEICHNIS

### AUFSÄTZE

	<i>Zur Nuklearpolitik im Europa der fünfziger und sechziger Jahre</i>	
<i>Hans-Peter Schwarz</i>	Adenauer und die Kernwaffen . . . . .	567
<i>Robert O'Neill</i>	Großbritannien und die nukleare Abschreckung . . . . .	595
<i>Georges-Henri-Soutou</i>	Die Nuklearpolitik der Vierten Republik . . . . .	605
<i>Peter Wetzler</i>	Kaiser Hirohito und der Krieg im Pazifik. Zur politischen Verantwortung des Tennō in der modernen japanischen Geschichte . . . . .	611
<i>Gabriel Gorodetsky</i>	Stalin und Hitlers Angriff auf die Sowjetunion. Eine Auseinandersetzung mit der Legende vom deutschen Präventivschlag . . . . .	645
<i>Jochen-Christoph Kaiser</i>	Protestantismus, Diakonie und „Judenfrage“ 1933–1941 . . . . .	673
<i>Volker Hentschel</i>	Die Europäische Zahlungsunion und die deutschen Devisenkrisen 1950/51 . . . . .	715

## Zur Nuklearpolitik im Europa der fünfziger und sechziger Jahre\*

HANS-PETER SCHWARZ

### ADENAUER UND DIE KERNWAFFEN

Die Kernwaffenpolitik der Großmächte, so zeigen die meisten der bisher vorliegenden Untersuchungen, ist mit dem Modell bürokratisch-politischer Entscheidungsanalyse am angemessensten zu erfassen. Soweit entsprechende Arbeiten zur Kernwaffenpolitik der Bundesrepublik Deutschland überhaupt vorliegen, stellt sich dasselbe Bild dar<sup>1</sup>.

Es versteht sich von selbst, daß die Staats- bzw. Regierungschefs in dem dichten Geflecht innerstaatlicher und internationaler Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse Schlüsselpositionen innehaben. Die Gründe dafür sind nur teilweise verfassungsrechtlicher Natur. Sie ergeben sich weitgehend aus der Natur der Sache. Nuklearfragen stehen so unübersehbar im Zentrum der Verteidigungspolitik, der Allianzbeziehungen, der Ost-West-Agenda, oft auch der Innenpolitik, daß selbst ein in diesen Fragen nicht vorrangig interessierter oder kenntnisreicher Regierungschef gar nicht umhin kann, der Materie seine Aufmerksamkeit zuzuwenden und auf die Entscheidungen Einfluß zu nehmen.

Das gilt auch und gerade für die frühen Phasen der Kernwaffenentwicklung, in denen die „verwaltete Außenpolitik“ (Helga Haftendorn) in Bezug auf die Kern-

---

\* Die folgenden Studien zur Nuklearpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Frankreich gehen auf Vorträge zurück, die auf dem deutschen 37. Historikertag zu Bamberg (12.–16. 10. 1988) in der Sektion „Die nukleare Epoche – Entstehung und Wandel 1945–1967“ gehalten wurden.

<sup>1</sup> Zur bundesdeutschen Nuklearpolitik in der Ära Adenauer bis in die zweite Hälfte der sechziger Jahre liegen bisher drei Monographien vor – Catherine McArdle Kelleher, *Germany and the Politics of Nuclear Weapons*, New York/London 1975; Dieter Mahncke, *Nukleare Mitwirkung. Die Bundesrepublik Deutschland in der atlantischen Allianz 1954–1970*, Berlin/New York 1972; Mark Cioc, *Pax Atomica. The nuclear defense debate in West Germany during the Adenauer era*, New York 1988. Die Arbeiten von Kelleher und Mahncke sind zeitgenössische Dissertationen, die auf gründlicher Auswertung aller damals erreichbaren offenen Quellen sowie auf Interviews mit Akteuren beruhen. In der Darstellung von Cioc sind auch seither zugänglich gewordene amtliche Akten verarbeitet. Viele wichtige Informationen finden sich zudem in den Studien von Helga Haftendorn, auch wenn diese vorrangig die Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik der Bundesrepublik Deutschland zum Gegenstand haben: *Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955–1982*, Baden-Baden 1983; *Verwaltete Außenpolitik. Sicherheits- und entspannungspolitische Entscheidungsprozesse in Bonn, Köln 1978* (zus. mit Wolf-Dieter Karl, Joachim Krause und Lothar Wilker); *Management der Sicherheitspolitik. Ein Beitrag zum Entscheidungsprozeß der Bundesrepublik Deutschland*, in: Klaus-Dieter Schwarz (Hrsg.), *Sicherheitspolitik*, Bad Honnef 1978, S. 509–526.

waffen noch nicht jene bekannten und langfristig recht dauerhaften Grundmuster aufweist wie in späteren Jahrzehnten. Es sind eben nicht nur die Präsidialsysteme der USA oder Frankreichs seit 1958 sowie das System des Prime Ministerial Government, in denen der Chef der Exekutive eine herausgehobene Rolle spielt. Selbst in dem so stark von heterogenen parlamentarischen und von verschwiegen arbeitenden bürokratischen Gruppierungen geprägten Frankreich der 4. Republik fanden sich doch die Ministerpräsidenten im Zentrum der nuklearen Entscheidungsprozesse – Pierre Mendès-France und Guy Mollet, schließlich Félix Gaillard<sup>2</sup>.

Sollte es sich im Fall der Adenauerschen Kanzlerdemokratie anders verhalten? Und berechtigt dies nicht dazu, die Anfänge bundesdeutscher Kernwaffenpolitik auch einmal allein in bezug auf den Gründungskanzler der Bundesrepublik zu behandeln?

Betrachtet man die vergleichsweise wenigen Studien, die sich zentral oder unter anderem mit den Anfängen bundesdeutscher Nuklearpolitik befassen, könnten einem allerdings Zweifel kommen. In den Jahren 1955 bis 1962, so hat es den Anschein, gab es in der bundesdeutschen Nuklearpolitik nur eine Zentralfigur – Franz Josef Strauß, erster Bundesminister für Atomfragen und seit Herbst 1956 für sechs Jahre Bundesminister der Verteidigung. „Überlebensgroß Herr Strauß“<sup>3</sup> – wie der bössartige Buchtitel von Rudolf Augstein lautet!

Daß der Bundesverteidigungsminister der Jahre 1956–1962 eine entscheidende Rolle spielte, versteht sich von selbst. Für einen Ansatz, die seinerzeitigen nuklearen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse vorrangig mit Blick auf Strauß zu untersuchen, sprechen zweifellos viele gute Gründe. Von allen Kabinettsmitgliedern der Regierung Adenauer hatte er über die Zusammenhänge zwischen friedlicher und militärischer Nutzung auf seiten der Verbündeten den besten Überblick. Er war davon überzeugt, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht allein auf dem Feld der friedlichen Nutzung, sondern in der einen oder der anderen Art und Weise auch in bezug auf die Kernwaffen an die internationale Entwicklung Anschluß finden müsse, und zögerte keinen Augenblick, sich mit diesem Ziel persönlich zu identifizieren.

Dabei bot die Aufbauphase der Bundeswehr vor dem Hintergrund unablässiger, tiefgreifender Umbrüche auf dem Feld der Kernwaffenentwicklung einmalige Möglichkeiten, den Gang der Dinge in einem wie auch immer zu definierenden deutschen Interesse zu beeinflussen.

Daher galt das entsprechende Interesse der Öffentlichkeit schon damals fast ausschließlich der Kernwaffenpolitik von Franz Josef Strauß. Soweit seither überhaupt wissenschaftliche Arbeiten vorliegen, haben sie an dieser Perspektive nicht viel geändert. Strauß selbst hatte überhaupt kein Interesse daran, seine eigene Rolle als die des kenntnisreichen, dynamischen, weitblickenden Nuklearpolitikers zu verkleinern – und seine zahlreichen Feinde, vorab Rudolf Augstein, genausowenig.

<sup>2</sup> Das wird präzise herausgearbeitet in einem demnächst erscheinenden Aufsatz von René Girault.

<sup>3</sup> Rudolf Augstein (Hrsg.), *Überlebensgroß Herr Strauß*. Ein Spiegelbild, Hamburg 1980.



So kam und kommt es, daß das Sujet der folgenden Skizze – Bundeskanzler Adenauer, immerhin die Zentralfigur der Kanzlerdemokratie – nicht allzuviel einschlägige Aufmerksamkeit gefunden hat und immer noch findet. Seit er anlässlich der berühmten Pressekonferenz vom 4. April 1957 ungeschützt bemerkt hatte, „die taktischen Waffen sind nichts weiter als die Weiterentwicklung der Artillerie“<sup>4</sup>, war in einer breiteren Öffentlichkeit die Meinung weitverbreitet, dem alten Herrn fehle in bezug auf Kernwaffentechnologie, Nuklearstrategie und Verteidigungspolitik einfach der Durchblick. So hat sich erst im öffentlichen Bewußtsein, zunehmend auch in der Forschung, das Bild eines Kanzlers befestigt, dem die grundlegenden Gegebenheiten des Atomzeitalters fremd gewesen seien und dessen Nuklearpolitik darin bestanden habe, seinen dynamischen Verteidigungsminister einigermaßen unter Kontrolle zu halten. Er selbst hat seinen Vertrauten gegenüber – so etwa zu Heinrich Krone – verschiedentlich darüber Klage geführt, Strauß informiere ihn zu wenig und sei nur schwer steuerbar. Daß die Fixierung des – vielfach negativen – öffentlichen Interesses auf die Nuklearpolitik des Verteidigungsministers für den Kanzler auch Vorteile hatte, war Adenauer freilich ebenso bewußt.

Niemand weiß, welches Bild – endgültig oder, wie alle historische Forschung, ständig sich ändernd – gezeichnet werden muß, wenn alle relevanten Quellen verfügbar sind. Immerhin spricht auch beim gegenwärtigen Kenntnisstand schon heute viel dafür, die entsprechende Rolle Adenauers hoch zu veranschlagen. Nicht der Verteidigungsminister, sondern der Kanzler saß wie die Spinne im Netz der Entscheidungsprozesse, die im weitesten Sinn mit Kernwaffen zu tun hatten. Die Gesprächsprotokolle, die Kanzlerkorrespondenz und die aus den Akten rekonstruierbaren Entscheidungsabläufe lassen einen Bundeskanzler erkennen, der bezüglich der Kernwaffen einen guten Informationsstand hatte und unablässig bestrebt war, die vielschichtige Entwicklung zu verstehen und zu beeinflussen. Ob er auch über alle laufenden Vorgänge immer hinlänglich und zutreffend informiert war, sei dahingestellt. Daß er sich ständig bemüht hat, den Überblick zu behalten und angemessen Einfluß zu nehmen, ist offenkundig.

Früher oder später dürfte sich in der Bewertung der entsprechenden Adenauerischen Politik in der Forschung ein Vorgang vollziehen, wie er in bezug auf Eisenhower zu beobachten ist, der gegenüber dem im Rampenlicht stehenden John Foster Dulles lange Zeit unterschätzt wurde. Adenauer wird dann zwar weder als Atomstratege noch gar als Nuklear-Intellektueller erscheinen, wohl aber als ein Kanzler, der für die Komplexitäten und Widersprüche der Kernwaffenpolitik ein gutes Gespür hatte, der die rasante Entwicklung ständig im Blick zu behalten versuchte und der nach Kräften bestrebt war, alle in diesen Zusammenhängen anstehenden Grundsatz- und Einzelfallentscheidungen selbst zu treffen. Wieweit er dabei den richtigen Durchblick und Erfolg hatte, wird ein Hauptthema der Forschung sein. Daß er es versucht hat, steht außer Zweifel.

<sup>4</sup> Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1955–1959*, Stuttgart 1967, S. 296.

In bezug auf den Stellenwert, den die Kernwaffenfragen im Gesamtkontext seiner Außen- und Innenpolitik hatten, unterscheidet er sich nicht grundlegend von zeitgenössischen Regierungschefs wie Eisenhower, Macmillan oder de Gaulle. Gewiß, die Bundesrepublik Deutschland war keine Nuklearmacht. Aber die Bundesregierung sah sich genauso wie die anderen westeuropäischen Großmächte veranlaßt, die Nuklearpolitik mit jenem Verständnis für die sachbedingte Komplexität und mit jener diplomatischen Raffinesse anzugehen, wie das für die Nuklearmächte selbst charakteristisch war.

Mehr als eine Problemskizze – ein Prolegomenon, wenn man so will – ist im folgenden weder beabsichtigt noch möglich. Eine auch mit den erforderlichen Belegen ausgestattete Gesamtdarstellung wird in den abschließenden Teilen meiner Adenauer-Biographie vorzulegen sein, die derzeit in Arbeit ist<sup>5</sup>.

Im folgenden wird darauf verzichtet, die wesentlichen Aspekte des Themas „Adenauer und die Kernwaffen“ chronologisch und im Kontext der sich unablässig ändernden Konstellation zu untersuchen. Dafür reicht der Raum nicht, und es wäre beim derzeitigen Stand der Arbeiten voreilig.

Hingegen scheint es vertretbar und sinnvoll, einige Beobachtungen herauszuarbeiten, die sich treffen lassen, wenn man die Fragen nach den kontinuierlichen Grundlinien und nach den Veränderungen Adenauerscher Außen- und Innenpolitik auf dem Feld der Kernwaffen aufwirft.

## I.

### Die nuklearen Fragen – ein Feld der Komplexitäten und der Widersprüche

Adenauers Kernwaffenpolitik – gibt es das überhaupt, konnte es dies geben? Natürlich nicht, denn wie in allen Dimensionen der Außenpolitik war den Problemen auch dort, wo Kernwaffen im Spiel waren, weder mit einfachen Konzepten noch mit einmaligen Entscheidungen beizukommen. Als Harold Stein in einer Sammlung bahnbrechender Fallstudien zum Thema „American Civil-Military Relations“ im Jahr 1963 die zeitgenössischen Entscheidungsprozesse der USA zwischen der Fernostkrise von 1931/1932 und der amerikanischen Entscheidung zur Wiederbewaffnung Deutschlands zu charakterisieren hatte, meinte er: „The studies show the administrators . . . interpreting the factual material available to them, applying their own concepts of national objectives as they move towards decisions. In this process, they are always surrounded and affected by other administrators, frequently those in other agencies; they are moved in various ways by legislators, by our allies and ene-

<sup>5</sup> Verwiesen sei auch auf meine einschlägigen Darstellungen in den Bänden 2 und 3 der „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“, wo, soweit möglich, auch Belegstellen angeführt sind: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart/Wiesbaden 1981; Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963, Stuttgart/Wiesbaden 1983.



mies in war and peace, and by that undefinable, amorphous but not negligible mass – the general public.“<sup>6</sup>

Im grundsätzlichen stellt sich der zeitgenössische bundesdeutsche Entscheidungsprozeß ähnlich dar. Die Stichworte: Unverbundenheit der Einzelthemen, die sich aber doch in einem Zustand direkter oder vermittelter Interdependenz befinden; Prozeßcharakter der Entscheidungen; Zusammen- und Gegeneinandenspiel verschiedener Akteure und Entscheidungseinheiten in der Exekutive, in der Legislative, auf internationaler Ebene; Ineinander von Allianzpolitik und Ost-West-Politik; Schwierigkeit, militärische und nicht-militärische Aspekte völlig voneinander zu trennen; Ineinander von Außenpolitik und Innenpolitik, das jedes Reden von einem „Primat der Außenpolitik“ oder einem „Primat der Innenpolitik“ als absurde Fragestellung dekuviert. Kurz: ein ganz unordentliches, schwer überschaubares, komplexes Feld.

Die nuklearen Fragen sind integrierender Bestandteil dieser Komplexität und tragen das Ihre dazu bei, das ohnehin schon schwer zu durchschauende und erst recht schwer zu steuernde Beziehungsgeflecht noch ein klein wenig unverständlicher und unsteuerbarer zu machen. Klar ist nur eines: ein Regierungschef kann überhaupt nicht umhin, jedes der Themen in seiner komplizierten, häufigem Wandel unterliegenden Vielschichtigkeit zu begreifen und der Verknüpfung mit anderen Themen bewußt zu sein. So also auch im Fall Adenauers. Keine „Kernwaffenpolitik“, sondern zahlreiche Politiken, denen zwar verschiedene – im folgenden zu beschreibende – leitende Gedanken zugrunde liegen, die aber eben doch in stärkstem Maß von den jeweiligen Konstellationen und Sachzusammenhängen bestimmt werden.

Man überlege nur einmal, ohne jeden Versuch, in die Aufzählung Systematik und Vollständigkeit zu bringen, in welchem Kontext sich jeweils für Adenauer Kernwaffenfragen stellen:

- die Produktionsverzichte auf ABC-Waffen im Rahmen des EVG-Vertrags (1952), besonders dann aber im Rahmen des WEU-Vertragswerks von 1954;
- die Verhandlungen über die Gründung von EURATOM, bei denen sich die Außenminister der Sechs schon auf der Brüsseler Konferenz im Februar 1956 mit französischen Überlegungen konfrontiert sehen, zivile und militärische Aspekte bei der Errichtung von EURATOM nicht notwendigerweise miteinander zu verbinden – was nicht allein für die Bundesrepublik erneut das Problem der nuklearen Diskriminierung aufwirft<sup>7</sup>;
- der aus Adenauers Sicht höchst gravierende Konflikt mit Washington wegen des Radford-Plans im Juli 1956;
- die Aufbaukrise der Bundeswehr im Sommer und Herbst 1956, in der Franz Josef Strauß das Konzept einer mit modernsten Waffen ausgerüsteten „Qualitätsar-

<sup>6</sup> Harold Stein (ed.), *American Civil-Military Decisions. A Book of Case Studies*, Birmingham, Al., 1963, p. 4.

<sup>7</sup> Dazu Peter Weilemann, *Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft. Zur Gründungsgeschichte von EURATOM 1955–1957*, Baden-Baden 1983, S. 78.

- mee“ erst gegen Adenauer, dann in der NATO durchsetzt, wobei – für jeden, besonders aber für den Kanzler – erkennbar das Problem der Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen angesprochen wird<sup>8</sup>;
- die nuklearpolitischen Entscheidungen und Kontroversen, ausgelöst durch das britische White Paper und Adenauers Pressekonferenz vom 4. April 1957, durch die Göttinger Erklärung der 18 deutschen Atomwissenschaftler und die entsprechenden Angriffe der SPD-Opposition<sup>9</sup>;
  - zahlreiche östliche Initiativen der Jahre 1956 bis 1958, von der Art der Rapacki-Pläne, die allesamt auf Denuklearisierung der Bundesrepublik abzielen; parallel dazu eine Vielzahl von Denuklearisierungsplänen westlicher Parteien und Politiker;
  - die NATO-Entscheidungen der Jahre 1957 und 1958, insbesondere die Pariser Gipfelkonferenz von Dezember 1957, durch welche die umfassende Stationierung von TNF in Mitteleuropa, speziell in der Bundesrepublik, im Prinzip auf den Weg gebracht und dem SACEUR Mittelstreckenwaffen in Aussicht gestellt werden; Entscheidungen für die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Trägersystemen;
  - der seit 1955 periodisch aufkommende britische Wunsch, auch die Bundesrepublik in eine Rüstungskontrollzone einzubeziehen mit gewichtigen Implikationen für die nukleare Ausrüstung der Bundeswehr, aber ebenso für den internationalen Status der Bundesrepublik gegenüber Großbritannien und Frankreich;
  - die Frage der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa – ein Dauerthema der Allianz und des Ost-West-Dialogs seit 1957 bis hin zu den bei Adenauers Rücktritt im Herbst 1963 durchaus noch nicht abgeschlossenen MLF-Verhandlungen;
  - bilaterale und trilaterale atomare Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich bzw. zwischen beiden Ländern und Italien, diskret in Gang kommend

<sup>8</sup> Damals befaßte sich der Bundesparteivorstand der CDU unter Vorsitz Adenauers auf einer Sitzung am 20. 9. 1956 ausführlich mit der Frage der Kernwaffen. Bundesverteidigungsminister Blank und Atomminister Strauß nahmen an den Beratungen teil. Sowohl die amerikanischen Überlegungen – Stichwort Radford-Plan! – spielten dabei eine Rolle als auch die sich bereits abzeichnenden britischen Planungen, die ein halbes Jahr später im Verteidigungsweißbuch von Duncan Sandys ihren Ausdruck fanden. Adenauer war sich über die verteidigungspolitischen Implikationen der Entwicklung in den USA und in Großbritannien hinlänglich im klaren, zeigte sich aber an diesem Tag noch nicht bereit, das überholte Aufbaukonzept für die Bundeswehr voll zur Disposition zu stellen. Bundesparteivorstand der CDU, Sten. Protokolle, 20. 9. 1956, ACDP.

<sup>9</sup> Zeitweilig fürchtete Adenauer, der Bundestagswahlkampf könnte ihm durch die Nuklearfrage völlig verdorben werden. Am 11. 5. 1957 eröffnete er den Vorstandsmitgliedern der CDU, 67% der Bundesbürger hätten sich bei einer Umfrage gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen ausgesprochen, und meinte: „Glauben Sie mir: die Angst vor der Atombombe ist etwas Emotionales, und dieses Emotionalen Herr zu werden, nachdem das deutsche Volk diesen letzten Krieg hat über sich ergehen lassen müssen, wird sehr schwer sein.“ Bundesparteivorstand der CDU, Sten. Protokolle, 11. 5. 1957, in: Konrad Adenauer. Reden 1917–1967, hrsg. von Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1975, S. 357.



im Jahr 1957 und von de Gaulle nach seinem Regierungsantritt im Juni 1958 abrupt zu Ende gebracht;

- Entscheidung de Gaulles für den Aufbau einer atomaren „force de frappe“ im Oktober 1958 und deren Auswirkungen auf die NATO;
- Krisenplanung für Berlin unter Einschluß nuklearer Komponenten seit Winter 1958/1959 bis ins Jahr 1963;
- Norstad-Plan für eine NATO-Atommacht im Jahr 1960;
- ost-westliche Verhandlungen über Inspektionszonen, über einen Teststopp und über andere Fragen nuklearer Rüstungskontrolle auf verschiedensten Ebenen zwischen Frühjahr 1957 und Sommer 1963;
- Nassau-Abkommen vom Dezember 1962 mit seinen Implikationen für die deutsch-französischen und die deutsch-britischen Beziehungen;
- amerikanisches Angebot der MLF im Januar 1963;
- die Nuklearfrage im Zusammenhang mit dem Elysée-Vertrag vom Januar 1963;
- Teststoppabkommen vom Sommer 1963;
- schließlich der NV-Vertrag, gegen den Adenauer noch in der letzten großen Rede im Madrider Ateneo am 16. Februar 1967 wenige Wochen vor seinem Tod im April 1967 polemisiert.

Die Aufzählung mag pedantisch erscheinen. Sie macht aber deutlich, daß es nur wenige sicherheitspolitische und ost-west-politische Fragen der Jahre 1956 bis 1967 gibt, in denen die Kernwaffen *keine* Rolle spielen.

Adenauers Außenpolitik, seitdem die Bundesrepublik im Mai 1955 die Souveränität erlangt hat, ist somit zu einem Gutteil auch komplexe Kernwaffenpolitik. Das heißt freilich: eine künstliche Isolierung der Thematik Kernwaffen in ihrer Vielschichtigkeit und mit allen ihren Widersprüchen von der Gesamtentwicklung Adenauerscher Außenpolitik ist nicht möglich.

Hat der Kanzler dies auch selbst erkannt? Nach Ausweis der zugänglichen Quellen läßt sich dies zweifelsfrei bejahen. Man mag je nachdem bezweifeln oder auch nicht, ob er manche Zusammenhänge bis zum Grund durchschaut hat oder ob die von ihm getroffenen Entscheidungen alle klug waren. Gar nicht zu bezweifeln aber ist, daß ihn die Thematik faszinierte, daß er sich unablässig informiert hat, daß er sich über die vielfach unlösbaren Schwierigkeiten der Zusammenhänge voll im klaren gewesen ist und daß er niemals zögerte, die Grundelemente des Atomzeitalters voll in die Gesamtanlage deutscher Außenpolitik einzubeziehen. So war der Gründungskanzler der Bundesrepublik eben auch ein „Atomkanzler“. Als solcher wußte er aber auch, daß die Realität der Kernwaffen zu komplexer Diplomatie und zu behutsamer Militärpolitik zwingt.

Die Art und Weise, wie sich Adenauer auf nuklearpolitische Besprechungen oder Verhandlungen vorbereitet hat, ist ein sicheres Indiz dafür. Nach Ausweis der Tageskalender im Bundeskanzleramt pflegte er diese, darin von den Regierungschefs der Großmächte und von späteren Bundeskanzlern nicht unterschieden, in zweiseitigen oder ressortübergreifenden Gesprächen vorzubereiten. Das in dieser Hinsicht entscheidende Jahr 1957 beispielsweise zeigt eine Vielzahl solcher Bespre-

chungen, an denen zumeist Verteidigungsminister Strauß, Außenminister von Brentano und Staatssekretär Hallstein, vom Bundeskanzleramt Staatssekretär Globke und Felix von Eckardt, häufig auch der NATO-Botschafter Blankenhorn teilnehmen. Bisweilen werden auf Seiten des Verteidigungsministeriums auch einzelne Inspektoren der Teilstreitkräfte hinzugezogen. Neben den größeren Besprechungen sowie den Sitzungen des Bundesverteidigungsrates steht eine Vielzahl von einschlägigen Einzelbesprechungen. Deren Teilnehmer sind immer wieder Globke, Blankenhorn, bisweilen Gehlen, von militärischer Seite sehr häufig Heusinger, gelegentlich Speidel, seit April 1957 Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Europa-Mitte.

Mit Adenauer beginnt auch die Praxis aller folgenden Bundeskanzler, sich von SACEUR, von amerikanischen, in Grenzen auch von britischen und französischen Spitzenmilitärs sowie von den Generalsekretären der NATO über Fragen der Verteidigungspolitik informieren zu lassen. Wenn hochrangige ausländische Verteidigungspolitiker bei Strauß Station machen, legt Adenauer Wert darauf, auch selbst mit diesen zu sprechen. Die Zahl der Unterredungen, in denen allgemeine oder sehr spezielle Fragen der Verteidigung zur Erörterung stehen, ist bemerkenswert groß. Die Aufzeichnungen erlauben die Feststellung, daß Adenauer in diese Gespräche im Regelfall gut gebrieft hineinging, so daß es zumeist zu sehr spezifischen Diskussionen kam. So zeigt sich ein Kanzler, der über die Jahre hinweg durch vielfältige Gespräche mit Generalen und Diplomaten über die jeweiligen nuklearpolitischen Entwicklungen in den beteiligten Staaten sowie in der NATO einschließlich der technologischen Gegebenheiten gut informiert ist, der in vielem auch das Detail kennt und die jeweiligen nuklearen Faktoren in die Gesamtanlage seiner Außen- und Innenpolitik einbezieht.

Dean Acheson hat Anfang der fünfziger Jahre das Schlagwort „totale Diplomatie“ in die Diskussion geworfen. Gemeint war eine Außenpolitik, die alle Aspekte auswärtigen Handelns – Diplomatie im engeren Sinne, Außenwirtschaftspolitik, Militärpolitik – aufeinander abstimmt. In diesem Verständnis war auch Adenauers „Nuklearpolitik“ ein Teilelement „totaler Außenpolitik“ – weder dominierend noch nachgeordnet, sondern entsprechend dem Stellenwert der in Frage kommenden nuklearen Faktoren in das jeweils vorherrschende Konzept seiner West- und Ostpolitik integriert.

## II.

### Reaktive Kernwaffenpolitik

Kein Staat kann sich nach freiem Ermessen die Bedingungen des internationalen Systems aussuchen. Somit ist jede Außenpolitik in starkem Maße reaktiv. Wenn es aber irgendwann eine reaktive deutsche Außenpolitik gegeben hat, dann war es anfänglich diejenige Bonns, das sich mühsam aus dem Status eines Quasi-Protektors der drei westlichen Großmächte hocharbeiten mußte.



Die Architektur der Nachkriegswelt war schon entworfen und in vollem Aufbau. Es gehört zu den eindrucksvollen Leistungen bundesdeutscher Außenpolitik, trotz der ungünstigen Ausgangslage relativ rasch auf die Entwicklung noch nachdrücklichen Einfluß genommen zu haben. Dies gilt besonders für die Architektur des westeuropäischen Zusammenschlusses, nur bedingt für die Gesamtanlage westlicher Sicherheitspolitik, aber fast gar nicht für die Nuklearpolitik der Amerikaner, Briten und Franzosen.

Während der ganzen Ära Adenauer wurde die Bundesrepublik zwar unablässig mit den Auswirkungen amerikanischer Kernwaffenentscheidungen konfrontiert. Ein ins Gewicht fallender Einfluß auf Systementscheidungen oder Produktion, auf Strategie oder Krisenplanung bestand jedoch nicht. Genausowenig sah sich die Bundesrepublik in der Lage, auf die Kernwaffenentscheidungen Großbritanniens oder Frankreichs Einfluß zu nehmen.

Ziemlich alle Nuklearfragen, die im Verhältnis der NATO-Verbündeten, in den Ost-West-Beziehungen, auch in der bundesdeutschen Innenpolitik von Bedeutung waren, sind *nicht* von der Bundesregierung ins Spiel gebracht worden. Deren Einflußmöglichkeiten blieben stets vergleichsweise begrenzt. Angestrebt wurde, und zwar vielfach mit Erfolg:

1. Verhüllung der Grundtatsache fehlender nuklearer Gleichberechtigung – wenn Adenauer sehr zornig und sehr in die Enge getrieben war, gebrauchte er dafür manchmal den Begriff „Diskriminierung“.
2. Abschwächung oder Nachbesserung nuklearer Entscheidungen der drei westlichen Großmächte im deutschen Interesse; so glaubte Adenauer, den Radford-Plan torpediert zu haben, und so kämpfte er gegen Pläne Macmillans, später auch der Kennedy-Administration für eine atomare Rüstungskontrollzone in Europa.
3. Zunehmende Information und Konsultation über die Zahl der Kernwaffen in der Bundesrepublik. Immerhin ist Bonn erst seit den Athener Richtlinien von 1962 präziser über amerikanische Nuklearwaffen unterrichtet worden, die auf deutschem Boden stationiert waren. Aber noch 1962 will sich General Norstad, dabei auf die Weisungen der eigenen Regierung verweisend, allenfalls zu einer wenig detaillierten *mündlichen* Information des Kanzlers über Kernwaffen auf deutschem Boden bereit finden. Das heißt: fast während der ganzen langen Ära Adenauer befindet sich die Bundesregierung einschließlich Verteidigungsminister und Bundeskanzler in diesem Punkt im Zustand des Nichtwissens – von Einflußnahme auf Einsatzplanung und Einsatzentscheidungen ganz zu schweigen!
4. Beschleunigung oder – auch das ist ja eine Form der Einflußnahme – billigende Hinnahme von Entscheidungen, die im deutschen Interesse zu sein scheinen. Dazu gehören: die Ausrüstung der Bundeswehr mit nuklearen Trägersystemen, die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckensystemen in Europa oder die freudige Unterstützung der Pläne Norstads für eine NATO-Atommacht bzw. das deutsche Ja zur MLF. Man kann in diesem Zusammenhang auch darauf verweisen, daß die Regierung Adenauer die französische „force de frappe“ billigend hingenommen und sich jedem Versuch von Amerikanern und Briten widersetzt hat,

de Gaulle auch durch In-Stellung-Bringen Bonns zusätzliche Schwierigkeiten zu bereiten.

Immerhin war das Gewicht der Bundesrepublik schon in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre so groß, daß westalliierte Nuklearentscheidungen, die völlig negativ erschienen, problematisiert, aufgehoben, entschärft, bisweilen auch verhindert werden konnten – letzteres besonders dann, wenn es um Rüstungskontrollmaßnahmen ging, die Deutschland betrafen.

Wer die Ausführungen liest, die Adenauer im September 1956 vor dem Bundesparteivorstand der CDU macht, meint, General de Gaulle zu hören. „Wenn zwei große Staaten in der Welt allein im Besitze von nuklearen Waffen sind“, sei das „für die anderen Völker ein unerträglicher Zustand. Wie wir darum herunkommen, müssen wir sehen . . .“<sup>8</sup> Aber Bonn war eben in einer anderen Lage als etwa Paris. Anfänglich befand sich zwar auch Frankreich gegenüber der nuklearen Supermacht USA in einer Lage, die mit derjenigen der Bundesrepublik manches gemeinsam hatte. Dennoch hatte Frankreich den Status, die Kraft, das Geschick und die Unbedenklichkeit, faktisch autonome Kernwaffensysteme aufzubauen. So reaktiv auch die französische Sicherheitspolitik war – in diesem Zentralpunkt war sie initiativ und eigenständig. Das galt in noch viel ausgeprägterem Maß für Großbritannien.

Adenauer sah das mit Kummer. Als er sich beispielsweise ein paar Wochen nach dem Suez-Desaster, also der Stunde der Wahrheit in den französisch-amerikanischen Beziehungen, darüber mit Ministerpräsident Guy Mollet austauschte, bemerkte er, ihm sei bei dem Gedanken nicht wohl, einen Freund mit nuklearen Waffen zu haben, selbst aber keine zu besitzen. Mollets Antwort: dann müsse man eben in fünf Jahren eigene Kernwaffen haben, befriedigte ihn sehr und führte unter anderem zu jener kurzen Periode eines französisch-deutschen Nuklear-Bilateralismus – übrigens durchaus mit amerikanischem Wissen –, der erst General de Gaulle entschieden ein Ende machte. Als Frankreich dann aber in Reichweite einer eigenen Abschreckungswaffe war, machte sich der Kanzler keine Illusionen darüber, daß nun eben ein weiterer Oligopolist in den Atomclub eintrat. Entsprechend hat ihn der Ausspruch des französischen Ministerpräsidenten Michel Debré in der Assemblée Nationale geärgert, Staaten ohne Kernwaffen seien Satelliten<sup>10</sup>. Debré sprach zwar von Frankreich, aber eben nicht nur von Frankreich . . .

Die Bundesrepublik mochte sich bemühen, im Verbund mit den USA und der NATO oder – wie Adenauer vor allem seit dem Jahre 1963 viel eher hoffte, denn eigentlich glaubte – im Verein mit Frankreich auf lange Sicht eine Art „nuclear sharing“ als Trittbrettfahrer zu erreichen. Zu keinem Zeitpunkt schien es ihm jedenfalls klug, in der nuklearen Frage den Weg Frankreichs einzuschlagen, weil sich die Bundesrepublik damit gegen jene Großmächte aufgelehnt hätte, von denen sie im Krisenfall völlig abhängig war. Mehr als gelegentliche, teils drohend, teils frustriert hingeworfene Bemerkungen unter vier Augen hat er nicht riskiert. Die lange Periode

<sup>10</sup> Der Vorgang wird in den Memoiren von François Seydoux geschildert: *Beiderseits des Rhéins. Erinnerungen eines französischen Diplomaten*, Frankfurt/M. 1975, S. 244 f.

der Berlin-Spannungen hat dabei seinen Bewegungsspielraum stark behindert. Er brauchte die Unterstützung aller westlichen Großmächte, mußte den Vorwurf peinlichst scheuen, die Sowjetunion nuklear noch mehr zu provozieren, als dies durch die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Trägersystemen ohnehin schon geschah, und er war sich auch der Labilität der eigenen öffentlichen Meinung voll bewußt. Zwar konnten weder Macmillan noch de Gaulle bei ihrer Kernwaffenpolitik auf einen landesweiten Konsens im politischen Spektrum bauen. Doch die Lage Adenauers war in diesem Punkt noch prekärer. Er mußte froh sein, daß die deutsche Öffentlichkeit die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Trägersystemen tolerierte. Jeder Versuch, Atommacht zu werden, wäre innenpolitischem Selbstmord gleichgekommen, da dies nicht nur auf seiten der Sowjetunion, sondern auch im Westen heftigste Gegenbewegungen ausgelöst hätte mit entsprechender Verstärkung der innenpolitischen Ablehnungsfront.

Heißt das, daß Adenauer die Bundesrepublik gerne zur Kernwaffenmacht nach dem Modell Großbritanniens oder Frankreichs gemacht hätte? Hätte er gekonnt, wahrscheinlich. Doch ihm war bewußt, daß die Trauben für den deutschen Fuchs zu hoch hingen. Er hatte nach allem, was über seine diesbezüglichen Vorstellungen bekannt geworden ist, die Bedingungen der bundesdeutschen Lage so klar begriffen, daß ihm nach Lage der Dinge immer nur jene bekannterweise komplizierten und widersprüchlichen Formen der nuklearen Teilhabe realisierbar und damit auch vernünftigerweise erstrebenswert erschienen.

Allerdings war er auch zu keinem Zeitpunkt bereit, den nicht-nuklearen Status der Bundesrepublik Deutschland als Dauerzustand zu akzeptieren. In diesem Punkt unterschied er sich grundlegend von seinen Nachfolgern, zumindest von denen seit Errichtung der Großen Koalition im Herbst 1966, die den nicht-nuklearen Status Bonns verinnerlicht haben und als moralische Großtat feiern. Adenauer sah darin eine höchst bedauerliche, im Krisenfall vielleicht verhängnisvolle Hypothek bundesdeutscher Außen- und Sicherheitspolitik.

### III.

#### Offenhalten der nuklearen Option

Aus Sicht der achtziger Jahre scheint die Entwicklung des nuklearen Status der Bundesrepublik Deutschland durchweg determiniert: dem ursprünglichen Verzicht auf die Produktion von ABC-Waffen, mit dem Adenauer im Herbst 1954 die französische Forderung nach einem Rüstungspool konterkariert, folgt schließlich Ende der sechziger Jahre der universelle Kernwaffenverzicht im Rahmen des NV-Vertrags, immerhin noch mit einer vierteljährlichen Kündigungsklausel, die inzwischen längst vergessen ist, und daraufhin jene nunmehr schon 20 Jahre andauernde psychologische Konditionierung von Politik und Öffentlichkeit, die auch nur den Gedanken an eine autonome bundesdeutsche Abschreckungswaffe tabuisiert.

Die Analyse der Adenauerschen Politik des Offenhaltens der nuklearen Option,

an der er durchgehend von 1954 bis zum Ende der Kanzlerschaft und erst recht in den Jahren 1963 bis 1967 festhält, zeigt, daß diese simplistische Sicht der Entwicklung unhistorisch ist.

Tatsächlich ist Adenauer zu keinem Zeitpunkt bereit, den nicht-nuklearen Status der Bundesrepublik (nicht-nuklear bezogen auf die Eigentümerschaft von Kernwaffen!) für alle Zeiten zu akzeptieren. Schon Ende der fünfziger Jahre schildert er alliierten Diplomaten und einigen deutschen Politikern seiner unmittelbaren Umgebung jene Szene aus den Londoner Verhandlungen von 1954, bei der, wie er es dann in den „Erinnerungen“ berichtet, nach seinem Verzicht auf die Produktion von ABC-Waffen John Foster Dulles angeblich auf die „*clausula rebus sic stantibus*“ hingewiesen habe<sup>11</sup>.

Der berühmte Vorgang hat sich aber wohl etwas anders abgespielt, als es Adenauer bei der Rückerinnerung bewußt war.

General Graf Kielmansegg, der einzige bei dieser Verhandlung im engsten Kreis neben Adenauer anwesende Deutsche, bestätigt die heftige Auseinandersetzung zwischen Eden und Mendès-France; nie zuvor und danach habe er einen Engländer in solcher Erregung gesehen. Darauf sei der Produktionsverzicht Adenauers erfolgt. Nach Adenauers Verzichtserklärung sei die Sitzung unterbrochen worden. Zuerst sei Paul-Henri Spaak auf die Deutschen zugezogen und habe fast im Vorbeigehen zu Kielmansegg gesagt: „Dites au Chancelier: il est un plus grand Européen que moi.“ Adenauer habe etwas die Miene verzogen, nichts gesagt und Spaak sei weitergegangen. Dann sei Dulles um den Tisch herumgekommen mit den Worten: „Mr. Chancellor, ich möchte Ihnen sehr danken. Ich weiß ganz genau, was dieser ABC-Verzicht für Sie bedeutet und habe großes Verständnis dafür, daß Sie sich über die weitere Entwicklung Gedanken machen.“ Der Begriff „*clausula rebus sic stantibus*“, so Kielmansegg, sei bei dieser Gelegenheit sicher nicht verwendet worden – weder von Dulles noch von Adenauer. Adenauer habe aber daraufhin zu Kielmansegg bemerkt: „Nun ja, sagen Sie mal dem Herrn Dulles: Lassen Sie mich erstmal meine zwölf Divisionen haben. Dann können wir weiter darüber sprechen.“ Dulles habe gelächelt und sei aus dem Saal gegangen<sup>12</sup>.

*Dolus eventualis*? Dies wohl nicht. Doch das Gefühl, daß in bezug auf die deutsche Bewaffnung, doch desgleichen in bezug auf die Kernwaffen, alles in vollem Fluß sei. Weshalb sich also auf Dauer in einem Zustand militärischer Inferiorität einrichten? Schließlich ist auch Frankreich damals noch weit davon entfernt, eine Kernwaffenmacht zu sein. Adenauer weiß zwar von seiten deutscher Offiziere, daß die 4. Republik stillschweigend, doch sehr konsequent die Voraussetzungen schafft, möglichst bald an die Seite Großbritanniens treten zu können. Tatsache ist aber, daß die NATO damals nur zwei Kernwaffenmächte hat, wobei Großbritannien im Jahr 1954 auch noch nicht über die Wasserstoffbombe verfügt.

Daß die Statusfrage bei seinem Zögern während der Londoner Verhandlungen

<sup>11</sup> Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1953–1955*, Stuttgart 1966, S. 347.

<sup>12</sup> Graf von Kielmansegg brieflich an den Verf., 7. 5. 1989.



von 1954 und bei der schließlichen Zustimmung eine gewisse Bedeutung hatte, räumt Adenauer in dem Bericht vor dem Bundesparteivorstand der CDU offen ein. Dieser illustriert zugleich, wie kühl der Kanzler schon im Jahr 1954 Kernwaffen als solche betrachtet. Keine Spur von moralisierendem Tremolo: „Was die Atomwaffen angeht, so kostet eine neue H-Bombe 10 Millionen Dollar nach dem heutigen Stand. Was sie morgen kostet, weiß man nicht. Daß wir nicht in der Lage sind, solche Bomben herzustellen, liegt auf der Hand. Wir hatten schon im EVG-Vertrag darauf verzichtet. Ich gab diese Erklärung ab. Darauf haben sich Belgien und Holland dem freiwillig angeschlossen, so daß auch darin nicht der Schatten einer Diskriminierung liegt. Damit war Mendès-France mit seinem Kontrollorgan ein ganz wesentlicher Teil aus der Hand genommen.“<sup>13</sup> Wichtiger als die Statusfrage sind allerdings genuin verteidigungspolitische Überlegungen. Hier begegnen ab Mitte der fünfziger Jahre durchgehend zwei Argumente. Das erste bezieht sich auf die westalliierten Streitkräfte in der Bundesrepublik, speziell die der USA. Sie werden – glaubt Adenauer – nur dann in der Bundesrepublik verbleiben, wenn sie gegenüber dem konventionell überlegenen und zudem atomar gerüsteten Gegenspieler mit Kernwaffen ausgerüstet sind. Damit verbindet sich das zweite Argument. Da die Koalitionsarmeen der NATO integriert sind und da im Verteidigungsfall der gegnerische Angriff *alle* gleicherweise trifft, muß die Bundeswehr genauso modern – das heißt: nuklear – ausgerüstet sein wie die Amerikaner und die Briten. Sonst würde der Gegner im Kriegsfall zuerst über die schlechter gerüsteten deutschen Verbände herfallen. Ohne Kernwaffen wären diese, wie der Kanzler häufig formuliert, bloßes „Schlachtvieh“.

Als dann seit Juli 1956 die große „Umrüstungs“-Diskussion anhebt, stellt sich die Lage auch Adenauer zunehmend so dar, als ob sich der Unterschied zwischen den Allianzarmeen der Nuklearmächte und denen der Nicht-Nuklearen faktisch zu verwischen beginnt. Schon bei der großen parteiinternen Diskussion im September 1956 macht er den Vorstandsmitgliedern der CDU klar, daß die technische Entwicklung auf Atomartillerie hinläuft: „Vielleicht oder gar wahrscheinlich wird eines Tages die nukleare Technik soweit fortgeschritten sein, daß man nukleare Waffen aus gewöhnlichen Kanonen abfeuern kann. Es ist sogar das Bestreben der Technik in den Vereinigten Staaten, eine Entwicklung zu erreichen, daß man aus Handfeuerwaffen nukleare Geschosse abfeuern kann.“<sup>14</sup>

Hat nicht auch das Gewehr so begonnen, fügt er recht konkretistisch hinzu: zwölf Mann seien in den Anfängen gebraucht worden, um eine Büchse schußbereit zu machen. Soweit sei es noch nicht. Wenn diese Möglichkeiten aber bestünden, würde die Feuerkraft erheblich gesteigert, so daß man dann auch mit weniger Soldaten auskomme.

Franz Josef Strauß, der bei dieser Sitzung zugegen ist, weist allerdings darauf hin, daß dies noch Zukunftsmusik sei. Und er zögert nicht, neben der Entwicklung, die auf Miniaturisierung hinausläuft, den anderen Entwicklungsstrang zu skizzieren –

<sup>13</sup> Bundesparteivorstand der CDU, Sten. Protokolle, 11. 10. 1954, ACDP.

hin zu den „Dreifach-Bomben“ mit Kobaltbeimischung und einer verheerenden Wirkung auf 200 Quadratmeilen. Dieselbe Sprengkraft, die früher von 2000 Bombern transportiert worden sei, sei heute in einem einzigen Bomber unterzubringen. Wasserstoffbomben auf beiden Seiten, 10 000 bis 15 000 Atombomben allein in den USA: „Damit hat sich der Krieg als solcher in der alten Art überlebt.“

Welche Schlußfolgerungen sind daraus zu ziehen? Allgemeine Abrüstung, meint Adenauer. Daneben aber müsse die Bundeswehr natürlich an der Modernisierung durch TNF teilnehmen, wann immer und wie diese auch in Gang komme.

Dies wird zu seiner Grundlinie für die kommenden Jahre. Da die taktischen Kernwaffen aber als eine moderne Form der Artillerie zu betrachten sind, zögert er keinen Moment, sie für die Bundeswehr zu fordern. Mit Blick auf die Gegebenheiten in Europa sagt ihm die Unterscheidung zwischen „strategischen“, durch Interkontinentalbomber transportierten Kernwaffen, und „taktischen“ Schlachtfeldwaffen nicht zu; besser, man unterscheide zwischen „großen“ und „kleinen“<sup>14</sup>.

Sorgen macht ihm freilich die in den Radford-Planungen angelegte Tendenz, Kriege von Anfang an nicht erst konventionell, sondern nuklear zu führen, und zwar alsbald auch mit strategischen Schlägen. In der bekanntlich recht energischen Demarche bei John Foster Dulles wendet er sich im Frühsommer 1956 gegen diese Vorstellungen<sup>15</sup>. Sie wären, so fürchtet er, das Ende der bisherigen Bundeswehrplannungen, im Kriegsfall jedoch auch das Ende Europas. Die Sowjetunion, so glaubt er, könnte dann in Kenntnis der amerikanischen Planungen im Krisenfall den Präventivkrieg auslösen. Adenauer, der im Unterschied zu vielen zeitgenössischen Politikern meist kühlen Zweckmäßigkeitkalkülen den Vorzug gibt und die unablässig moralisierenden Politiker verabscheut, bringt in diesem Punkt doch zum Ausdruck, daß ein Atomkrieg mit großen Kernwaffen vor dem Gewissen nicht mehr zu verantworten wäre.

Also Beibehaltung der konventionellen Verteidigung, aber mittelfristig mit taktischen Kernwaffen unterfüttert! Zugleich Sorge vor massiver Kernwaffendrohung *ohne* den Sicherheitspuffer starker konventioneller Streitkräfte, die viel mehr sind als ein Stolperdraht. Dieses Konzept der Bundeswehrführung, das sich jetzt herauskristallisiert, ist auch das seine.

Was man freilich gegen die Bombardierung von Städten tun soll, weiß er auch nicht. Schon Anfang Juni 1955 hatte er beiläufig darauf hingewiesen, russische Flugzeuge könnten innerhalb von 20 Minuten über Bonn und Köln sein: „Und wenn erst H-Bomben abgeworfen würden, dann wäre das gar nicht auszudenken.“<sup>16</sup> Die Vision eines strategischen Nuklearkrieges übersteigt auch sein Vorstellungsvermögen. Dennoch arbeitet er, wie es der gültigen Doktrin entspricht, gelegentlich – so am 1. Juli 1957 vor dem Bundesparteivorstand der CDU – heraus, der Schutz Euro-

<sup>14</sup> Bundesparteivorstand der CDU, Sten. Protokolle, 11. 5. 1957, in: Konrad Adenauer. Reden (Anm. 9), S. 355.

<sup>15</sup> Konrad Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, Stuttgart 1967, S. 206.

<sup>16</sup> Bundesparteivorstand der CDU, Sten. Protokolle, 3. 6. 1955, ACDP.

pas vor der überwältigenden konventionellen Überlegenheit der Sowjetunion beruhe allein auf dem strategischen Bomberkommando der USA: „Wenn die Russen es wollen, können sie in einem Tag hier in Bonn sein.“<sup>17</sup>

Soweit erkennbar, spielt in seinem Denken der Eskalationsgedanke zu diesem Zeitpunkt noch keine große Rolle. Maßgebend ist das Bestreben, zwischen konventioneller Verteidigung, unterstützt durch taktische Atomwaffen, bei denen die NATO noch einen Vorsprung hat, und dem Einsatz der großen Atomwaffen zu unterscheiden. Allerdings zeichnet sich schon 1957 ab, daß nach Einführung sowjetischer Interkontinentalraketen ein Patt der Abschreckungspotentiale eintreten könnte.

Dieser Verlegenheit soll ein Konzept abhelfen, das sich seit 1958 zunehmend mit dem Namen des SACEUR General Norstad verbindet: Zur-Verfügung-Stellung eines Kernwaffenpotentials an SACEUR, evtl. mit Prädelegation. Diese sowohl in Westeuropa wie auf See stationierten Systeme sollen aber eine starke Mittelstreckenkomponente beinhalten, die eine klare poliisch-psychologische Pointe habe: sie sollen weit genug reichen, um im Kriegsfall die Sowjetunion selbst zu treffen. Der Grundsatzbeschluß, SACEUR Mittelstreckenwaffen zur Verfügung zu stellen, ist vom NATO-Rat am 19. Dezember 1957 getroffen worden.

Im Sommer 1960 scheint sich dieser Ausweg aus dem Abschreckungsdilemma, das den amerikanischen Schutz zunehmend fragwürdiger erscheinen ließ, rasch zu konkretisieren. In der Villa des NATO-Generalsekretärs Stikker am Comer See findet am 9. September 1960 die berühmte Zusammenkunft zwischen Stikker, Spaak und Adenauer mit dem NATO-Oberkommandierenden Norstad statt. Auch Blankenhorn ist zugegen. Norstad entwickelt hier sein Konzept: innerhalb der kommenden zwei Jahre solle fünf NATO-Staaten (den USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Italien) eine „box“ mit Polaris-Raketen zur Verfügung gestellt werden. Verfügungsberechtigt könnte der NATO-Rat sein. Gedacht sei zuerst an landgestützte Raketen im amerikanischen Eigentum und unter amerikanischer Bewachung. Allerdings sollten sich die USA verpflichten, diese Waffen nicht einseitig abzuziehen. Bald könnten auch seegestützte Polaris hinzukommen. Und etwa im Jahr 1964 wäre mit einer beweglichen landgestützten Polaris von mittlerer Reichweite zu rechnen, die möglicherweise den europäischen Partnern überlassen werden könnte. Norstad macht allerdings darauf aufmerksam, daß dieser Plan weder von der Administration in Washington noch vom Senat gebilligt sei.

Adenauer findet den Plan ganz ausgezeichnet und bemüht sich in den folgenden Monaten in verschiedenen Briefen an Eisenhower, diesen vor den Präsidentschaftswahlen oder gar noch vor Amtsantritt seines bereits gewählten Nachfolgers Kennedy zur Realisierung des Vorhabens zu veranlassen.

Gewiß weiß er, daß das US-Veto über den Einsatz nach wie vor besteht. Was ihm vor allem gefällt, ist die Idee landgestützter Mittelstreckenraketen. Die Sowjetunion müßte, wie er verschiedentlich ausführt, damit rechnen, daß diese im Fall einer Aggression auch abgefeuert würden. Deshalb sollten sie, so meint er gelegentlich,

<sup>17</sup> Bundesparteivorstand der CDU, Sten. Protokolle, 1. 7. 1957, ACDP.

möglichst weit vorn stationiert werden. Die Abschreckung von einer konventionellen Offensive würde dadurch verstärkt.

Wie er mit den Einwänden gegen diese Überlegungen fertig geworden wäre, ist nicht bekannt. Müßte die Sowjetunion den Einsatz von Mittelstreckenwaffen, die in Europa stationiert sind, nicht mit einem Gegenschlag gegen die USA beantworten? Oder gegen strategische Ziele in den europäischen NATO-Ländern? Und wäre dann noch zu erwarten, daß der amerikanische NATO-Botschafter oder aber auch die Delegierten jener europäischen Länder, die noch nicht angegriffen sind, zustimmen würden?

Die inneren Widersprüche zwischen Abschreckungs- und Kriegführungsstrategie sind ihm allerdings in den Grundfragen durchaus geläufig. Desgleichen vergißt er nie die innenpolitischen Implikationen der Stationierung strategischer Systeme. So erstaunt es nicht, daß Adenauer, als sich das Problem konkret stellt, die Thor- und die Jupiter-Raketen doch nicht in der Bundesrepublik stationiert sehen wollte. Als es allerdings um die MLF geht, will ihm eine Vornestationierung doch wieder einleuchten.

Aus dem Vorhaben wird bekanntlich nichts. Als im Januar 1963 die MLF präsentiert wird, bekundet er zwar nachhaltiges Interesse, bemerkt aber später, er habe dies vor allem getan, weil er vermeiden wollte, sich den Vorwurf einzuhandeln, die USA hätten ein großzügiges Angebot zur atomaren Teilhabe gemacht und die Bundesregierung sei uninteressiert gewesen. In Kenntnis der Kernwaffen-Philosophie McNamaras hat er beträchtliche Zweifel an Aufrichtigkeit und Praktikabilität des Angebots. Nirgendwo zeigen sich also Lösungen, die über die Teilhabe an den TNF hinausgehen.

Je weiter es in die sechziger Jahre hineingeht, umso deutlicher erkennt Adenauer, daß Zwischenlösungen, die die Bundesrepublik zur halben Kernwaffenmacht machen würden, wenig befriedigend sind. Das hält ihn nach seinem Rücktritt zwar nicht davon ab, bei de Gaulle zu sondieren, ob gegebenenfalls nicht eine nukleare Zusammenarbeit anderer europäischer Länder mit Frankreich denkbar wäre. Aber dieser verweist kühl auf die NATO-Fixierung der westeuropäischen Regierungen, die das für Frankreich nicht denkbar erscheinen lasse.

Wie stark bei Adenauer der Gedanke des Offenhaltens der nuklearen Option für die Bundesrepublik war, zeigt schließlich seine ganz ungeschützte Kampagne gegen den Kernwaffen-Sperrvertrag. Wie allen Beteiligten ist ihm völlig klar, daß eine auch gegenüber der Sowjetunion ausgesprochene Verpflichtung das Ende jeder Hoffnung darstellen wird, jemals aus dem Zustand nuklearer Abhängigkeit herauszukommen. Der Wunsch nach Ranggleichheit mit Frankreich und Großbritannien ist in diesem Punkt ein ebenso zwingendes Motiv wie genuines Abschreckungsdenken. Die USA, die unter Johnson eine Entspannung zur Sowjetunion suchen, befinden sich bei ihm längst in der Mißtrauenszone. Aus dieser Stimmung formuliert er wenige Wochen vor seinem Tod und ausgerechnet im „Spiegel“ seine maßlose Anklage – „Morgenthau-Plan im Quadrat“ – an die Adresse der beiden atomaren Supermächte<sup>18</sup>.

<sup>18</sup> Der Spiegel, 27. 2. 1967.



So hat er selbst noch erlebt, daß seine Politik, die nukleare Option wenigstens mittel- und langfristig offenzuhalten, zusammenbricht. Ein ähnlicher Vorgang also wie beim Offenhalten der deutschen Frage, auch wenn er auf dem Feld der Nuklearpolitik das Ziel einer Revision des nuklearen Status der Bundesrepublik im Einvernehmen mit den westlichen Großmächten nur mit großer Delikatesse verfolgt hatte, während schließlich die Politik des Alleinvertretungsanspruchs und der Wiedervereinigung offizielle Doktrin war, gestützt auf den Deutschlandvertrag. Da wie dort kann die Hoffnung auf Revision des Status quo anfänglich noch mit guten Gründen als aussichtsreiches Konzept verstanden werden. Schließlich aber findet er sich auf beiden Feldern in der Defensive und scheidet schließlich an allen Großmächten, die das Oligopol klein halten möchten.

#### IV.

#### Ablehnung kernwaffenfreier oder kernwaffenverdünnter Zonen

Seitdem die Vorschläge des polnischen Außenministers Rapacki die Idee einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa erstmals thematisieren, sieht sich Adenauer bis zum Ende seiner Kanzlerschaft immer wieder mit entsprechenden Vorstößen konfrontiert.

Diese kommen aus recht unterschiedlichen Richtungen. Aus Sicht der Sowjetunion und der von dieser abhängigen Regierungen Polens und der DDR ist es naheliegend, solche Pläne unablässig im Gespräch zu halten. Solange die östlichen Armeen nur konventionell überlegen sind, während die NATO-Streitkräfte einige Jahre lang einen Vorsprung bei den taktischen Kernwaffen haben, sollen derartige Vorstöße der Beibehaltung der atomar nicht ausbalancierten konventionellen Überlegenheit dienen. Und in der gesamten Aufbauphase der Bundeswehr, die erst am Ende der Ära Adenauer abgeschlossen ist, ist die Kampagne gegen die Kernwaffen, für die sich das Rüstungskontrollkonzept der Rapacki-Pläne hervorragend eignet, auch dazu bestimmt, die innenpolitische Basis von Adenauers Verteidigungspolitik zu erschüttern.

Das Konzept einer kernwaffenfreien oder kernwaffenverdünnten Zone zielt aber auch auf die westlichen Verbündeten der Bundesrepublik. Tatsächlich ist die britische Regierung zeitweise von dem Gedanken angetan, die eben erst einsetzende Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Trägersystemen zu stoppen – sei es aus Statusgründen, sei es, um gegenüber der Sowjetunion diplomatisches Spielmaterial zu besitzen. Aus Sicht verschiedener westlicher Analytiker hat die These durchaus Plausibilität, daß die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen von der Sowjetunion, die auf bundesdeutschen Revanchismus und Revisionismus fixiert sei, als direkte Bedrohung gesehen werde. Manche sehen in Chruschtschows Vorgehen gegen West-Berlin einen Versuch, dem indirekt entgegenzutreten.

Auf seiten der SPD, eines Teils der Labour-Opposition in Großbritannien oder bei Einzelgängern wie George Kennan finden diese Vorstellungen gleichfalls

Anklang. Sie verbinden sich zumeist mit Plänen, deren Essenz darin besteht, Deutschland, oder jedenfalls Teile Deutschlands, durch Ost-West-Vereinbarungen in einen Sonderstatus zu bringen, um die Konfrontation zu mildern und mittelfristige Lösungsmöglichkeiten der deutschen Frage vorzubereiten.

Das Thema kernwaffenverdünnte Zone kommt zu Adenauers großem Verdruß besonders im Frühjahr 1959 auf. In der westlichen Expertengruppe, die damals ein Verhandlungspaket zur Entschärfung des Berlin-Ultimeatums zu beraten hatte, spielt auch der Gedanke eine Rolle, bestimmte Rüstungsbeschränkungen, zu denen sich die Bundesrepublik gegenüber den Westmächten im WEU-Vertrag verpflichtet hatte, insbesondere den Verzicht auf die Produktion von Kernwaffen, zum Gegenstand von Ost-West-Vereinbarungen zu machen. Desgleichen gibt es Überlegungen, ein Stationierungsverbot für Mittelstreckenraketen ins Spiel zu bringen. Solche Gedanken, die besonders im Foreign Office der Überlegung wert scheinen, finden auch auf mittlerer Ebene des Auswärtigen Amts ihre Befürworter. Selbst Blankenhorn, damals NATO-Botschafter und nach einer Phase der Abkühlung des persönlichen Verhältnisses bei Adenauer erneut einer der einflußreichsten Berater, schätzt die Lage so ernst ein, daß er es für richtig hält, auch solche nuklearen Konzessionen ins Auge zu fassen.

Zu diesem Zeitpunkt wie auch immer wieder später, wenn derartige Ideen aufkommen, fegt Adenauer diese empört und völlig kompromißlos vom Tisch. Er vermutet, wahrscheinlich nicht ganz zu Unrecht, eine Gruppe im Auswärtigen Amt versuche, ihn prozedural zu überspielen, ihn in dieser Frage im Zusammenspiel mit westlichen Delegationen vor vollendete Tatsachen zu stellen, und er macht Staatssekretär von Scherpenberg, vor allem aber Außenminister Brentano deswegen die heftigsten Vorwürfe<sup>19</sup>.

Es sind stets dieselben Einwände, die er über die Jahre hinweg immer wieder und immer wieder mit größter Kompromißlosigkeit gegen die Ideen einer atomwaffenfreien oder atomar verdünnten Zone in Mitteleuropa vorbringt.

1. Unauflöslicher Zusammenhang zwischen amerikanischer Truppenpräsenz, amerikanischem Atomschirm und Ausrüstung der amerikanischen bzw. auch der britischen Verbände mit taktischen Kernwaffen. Partielle oder gar vollständige Denuklearisierung müsse zwangsläufig zum amerikanischen Rückzug und zur Auflösung der NATO führen.
2. Gleichfalls unauflöslicher Zusammenhang zwischen der Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Trägerwaffen und der gesamten Abschreckungs- und Verteidigungsstrategie des Bündnisses. Wer die mit taktischen Kernwaffen ausgerüsteten Amerikaner in Deutschland halten will – so dieses Argument –, muß auch die Bundeswehr mit nuklearen Trägersystemen ausrüsten. Sonst ist die NATO im Spannungs- und Kriegsfall nicht verteidigungsfähig.
3. Damit verbindet sich das Argument, daß nukleare Rüstungskontrolle in bezug auf

<sup>19</sup> Siehe Arnulf Baring, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964, Hamburg 1974, S. 241–244.

die Bundesrepublik auch nicht mehr Sicherheit bringe. Krisen- und Kriegszeiten sind leider, wie er seine Gesprächspartner zu erinnern pflegt, durch Mißachtung der Großmächte gegenüber zuvor feierlich oder unfeierlich eingegangenen Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen gekennzeichnet. Was soll also ein sowjetisches Versprechen, in der DDR, in Polen, in der CSSR oder in Ungarn keine Kernwaffen zu stationieren, wenn diese im Konfliktfall entweder rasch wieder in die zuvor kernwaffenfreien Zonen verbracht werden können oder wenn eine solche Zone mittels Langstreckenbomben oder Mittelstreckenraketen angegriffen werden kann! Gegen eine atomar und mit weitreichenden Raketen ausgerüstete Großmacht, so argumentiert er immer wieder, bringt eine kernwaffenfreie Zone kein Mehr an Sicherheit; sie würde vielmehr zwangsläufig destabilisierend wirken.

4. Häufig taucht in diesem Kontext auch das Argument der politischen Psychologie auf. Die Bundesrepublik sei unbestreitbar einer der wichtigsten Allianzpartner auf dem westeuropäischen Kontinent, wenn nicht gar der wichtigste überhaupt. Wie solle aber in der Öffentlichkeit dieses nicht-nuklearen Staates das Vertrauen in den Schutz der nuklearen Allianzpartner erhalten bleiben, wenn die Bundesrepublik in einen Sicherheits-Status versetzt würde, der sich fundamental von dem der großen Allianzpartner unterscheidet? Könnte die westdeutsche Bevölkerung den Willen zur Selbstbehauptung gegenüber der Sowjetunion bewahren, wenn diese mit Zustimmung der Westmächte in zentralen Fragen der nuklearen Sicherheit zur Kontrollmacht werde – mit allen damit verbundenen Möglichkeiten diplomatischer Pressure und propagandistischer Einwirkung auf die bundesdeutsche Innenpolitik?
5. Das Mißtrauen richtet sich in diesem Punkt nicht allein auf die Sowjetunion. Offen in Großbritannien, latent auch in Frankreich und selbst in den USA glaubt Adenauer nach wie vor die Erinnerungen an die Kriegsjahre und die erste Nachkriegszeit lebendig. Nukleare Kontrolle der verdächtigen, ungeliebten Deutschen zusammen mit dem einstigen sowjetischen Verbündeten, so argwöhnt er, könnte sich leicht als recht populäre Idee erweisen. Zu spät würden die westlichen Demokratien dann erkennen, daß sie damit die Bundesrepublik faktisch in die sowjetische Einflußzone entlassen hätten. Da besonders in Großbritannien das Ressentiment gegen das deutsche Comeback weiterhin stark scheint, glaubt er vor allem bei Macmillan eine derart kurzsichtige Einstellung zu diagnostizieren.

Sorge vor der Sowjetunion, Mißtrauen gegen Weitsicht und Uneigennützigkeit der Verbündeten, große Zweifel auch bezüglich der Standfestigkeit der bundesdeutschen Öffentlichkeit im Fall spürbarer Veränderung des Sicherheitsstatus kamen also zusammen. So hat er jeden Ansatz zu einer kernwaffenfreien oder kernwaffenverdünnten Zone gewissermaßen schon im Embryonalzustand getötet. In den Juliwochen 1959, als Washington und London auf der Genfer Außenministerkonferenz verschiedenste Möglichkeiten erwägen, durch deutschland- und rüstungskontrollpolitische Konzessionen den gefährdeten Vorposten West-Berlin zu halten, hören amerikanische Gesprächspartner von ihm, solange er lebe, werde es zu keiner Rüstungskontrollzone kommen.

Die Idee einer nuklearfreien oder nuklearverdünnten Zone, so mag man pointiert, aber zutreffend formulieren, erschien ihm fast noch schrecklicher als die Kernwaffen selbst: „Davon würden wir nichts anders haben als Schaden.“<sup>20</sup>

## V.

## Revolutionierung der internationalen Politik durch die Kernwaffen

In der öffentlichen Meinung des Westen ist es schon sehr früh zum feststehenden Topos geworden, daß die Kernwaffen revolutionäre Waffen sind. Auf den Feldern der Außen- und Sicherheitspolitik verändern sie wenn nicht alles, so doch vieles: das Gewicht der Staaten im internationalen System, die Bündnispolitik, die Kriegsstrategie, die Einschätzung von Krieg und Frieden generell einschließlich der sittlichen Bewertung der Gewaltanwendung zwischen Kernwaffenstaaten, aber auch die Gewaltanwendung zwischen atomaren und nicht-atomaren Ländern.

Welcher Art aber diese Veränderungen im einzelnen sind, wieweit sie die traditionellen Grundmuster von Diplomatie und Verteidigungsplanung außer Kraft setzen, was sittlich noch erlaubt, was von nun an unerlaubt ist, bleibt unklar. Wie immer, wenn Revolutionen die geschichtliche Welt erschüttern, kann und will das alte Denken den Veränderungen nur zögernd folgen. Und oft zeigt sich auch, daß das alte Denken sogar Revolutionen zu domestizieren versteht.

Adenauers Einschätzung der Revolutionierung der internationalen Politik durch die Kernwaffen unterscheidet sich in diesem Punkt überhaupt nicht vom verworrenen Zustand der öffentlichen Diskussion im Westen.

Schon relativ früh, noch bevor die nuklearen Entscheidungen an ihn herantreten, reiht er sich in den großen Chor jener Politiker und Publizisten ein, die unablässig verkünden, daß Kriege zwischen Kernwaffenstaaten absurd sind. So erklärt er beispielsweise am 11. Dezember 1953, vier Monate nach der ersten erfolgreichen Explosion der sowjetischen Wasserstoffbombe, vor der internationalen Presse in Paris: „Wenn die Atomwaffe einmal so weit ausgebildet ist, daß jeder Staat, der genügend Vorräte von diesen schrecklichen Instrumenten der Vernichtung besitzt, in jedem anderen Staat alles Leben vernichten kann, dann vernichtet dadurch der Krieg sich selbst . . . Dann werden die Völker und ihre Leiter erkennen, daß der Krieg kein Mittel mehr ist, Differenzen unter den Völkern auszutragen, da er alle vernichtet. Dann werden die Staaten gezwungen sein, zu friedlichen Mitteln zwecks Beilegung ihrer Streitigkeiten zu greifen. Die Entwicklung der Atomwaffe selbst wird dann den Krieg getötet haben.“<sup>21</sup>

Derartige Äußerungen finden sich bei ihm von nun an immer wieder. Die gedankliche Schlußfolgerung, die Adenauer daraus zieht, zeichnet sich weder durch

<sup>20</sup> Bundesparteivorstand der CDU, Sten. Protokolle, 17. 1. 1958, ACDP.

<sup>21</sup> Ansprache vor der Association de la Presse Diplomatique Française und der Association de la Presse Etrangère in Paris, 11. 12. 1953, in: Bulletin, Nr. 238, 12. 12. 1953, S. 1975.



Originalität aus noch ist sie überraschend: Politische Differenzen zwischen den Staaten müßten deshalb – erstens – auf dem Verhandlungsweg durch Verständigungspolitik gelöst werden. Dabei komme – zweitens – der kontrollierten Abrüstung der strategischen Potentiale der USA und der Sowjetunion eine überraschende Bedeutung zu. Und sofern das derzeit noch nicht möglich sei, dürften Kernwaffen – drittens – nur zum Zweck der Abschreckung gegen einen Angriff bereitgehalten, würden freilich im Fall einer Aggression dann wohl auch eingesetzt werden.

Wir finden also auch bei Adenauer jenes lebenspraktische, wenn auch widersprüchliche Nebeneinander von tiefer Sorge beim Blick auf die Kernwaffen und der Bereitschaft, diese diplomatisch und verteidigungspolitisch zu nutzen.

In bezug auf die revolutionären Kernwaffen unterschied sich Adenauers Grundeinstellung durchaus nicht von seiner Einstellung zu modernen Kriegen generell. Niemand brauchte diesen vorsichtigen Bürger, der zwei Weltkriege erlebt hatte, auf die sittliche Fragwürdigkeit und die politische Unproduktivität technischer Kriege aufmerksam zu machen. Aber so wie er sich angesichts der Bedrohung durch die totalitäre Sowjetunion für den Grundsatz der Verteidigung unter Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland entschied, wollte und konnte er in der Praxis dann doch keine qualitative Unterscheidung zwischen konventioneller und atomarer Verteidigungsvorbereitung vornehmen.

Es gibt auch keine Anzeichen dafür, daß er etwa Kernwaffen nur als Abschreckungswaffen begriffen hätte, obschon diese Funktion im Vordergrund stand. Wie es der in West und Ost herrschenden Meinung entsprach, hat er darin auch Kriegführungswaffen gesehen – für den Fall, daß die Abschreckung scheiterte und wenn es dann darum ging, die Kampfhandlungen möglichst rasch zum Abschluß zu bringen.

Dabei zeigt sich auch bei ihm ein wohlbekanntes Phänomen. Immer dann, wenn er sich in bestimmten Konstellationen veranlaßt sieht, über Beginn und Ablauf möglicher Atomkriegführung nachzudenken, ist er vernünftigerweise bestrebt, alle auch nur halbwegs plausiblen Formen der Konfliktaustragung vorzuschalten, um das Eintreten des Verteidigungsfalls herauszuschieben.

Er wußte durchaus, daß Kernwaffen und damit auch Nuklearstrategien widersprüchlich sind. Beim Abschreckungskalkül sind Kernwaffen anders zu bewerten als im Rahmen von Kriegsszenarios. Strategischer und taktischer Kernwaffeneinsatz haben recht unterschiedliche Implikationen. Die Lage stellt sich auch anders dar, je nachdem, welcher Kernwaffenstaat bestimmte Kernwaffen zuerst einsetzt – die USA, die Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich? Zu allem hin war er bis zum Ende seiner Kanzlerschaft davon überzeugt, von seiten der US-Regierung oder der britischen Regierung im Hinblick auf ihre letzten Absichten im Krisen- und Kriegsfall nur unvollständig und gewiß nicht völlig zuverlässig unterrichtet zu werden.

Adenauer hat zeitlebens für die jeweils gängigen nuklearstrategischen Kalküle wenig Hochachtung aufgebracht. Mit gesundem Menschenverstand und großer Skepsis begabt, hatte er eine ausgesprochene Fähigkeit, in jeder nuklearstrategischen Theorie oder Planung alsbald die Schwachpunkte zu erkennen.

Zusammenhängende nuklearstrategische Konzepte waren bei einem Staatsmann seines Schlages ohnehin nicht zu erwarten. Als ein politischer Praktiker voller Mißtrauen gegen alle Lehnstuhl-Strategien, war er ohnehin nur geneigt, sich jeweils situativ zu äußern. Dabei erscheinen diese Äußerungen durchaus als Reflex auf den Wandel und die Kontroversen, die den westlichen Nuklearstrategien seit Mitte der fünfziger Jahre das Gepräge geben.

In bezug auf die Bundeswehr selbst, so war schon auszuführen, lag seine Linie relativ fest. Ebenso wenig wie die seinerzeitigen Planungen wollte er lediglich auf die Wirksamkeit der Abschreckung vertrauen, sondern befürchtete durchaus die Möglichkeit einer sowjetischen Aggression oder – unangenehmstes aller Szenarien – eines bewaffneten Konflikts aufgrund sowjetischer Blockademaßnahmen gegen Berlin.

Im Verteidigungsfall, so glaubte er, konnte die NATO ohne Kernwaffen nicht auskommen. Nuklearstrategischer Kalkül also, wenn man das so nennen will: die Erwartung, dank westlicher Überlegenheit mit taktischen Kernwaffen zumindest in den Anfängen eines bewaffneten Konflikts von einem umfassenden sowjetischen Offensivstoß abzuschrecken oder diesen, wenn er in Gang käme, durch Atomwafeneinsatz zu beenden! Über die Auswirkungen massierten Nukleareinsatzes gegen Ballungszentren war er sich im klaren.

Die Ambivalenz von Schlachtfeldwaffen in bezug auf die Bundesrepublik ist ihm spätestens 1957 aufgegangen, als sich der nuklearstrategische Gleichstand mit der Sowjetunion abzeichnete, wobei auch sowjetische Fortschritte bei den TNF schon zu vermuten waren. Wie berechtigt die Skepsis war, bewiesen die Berlinplanungen.

Bekanntlich ist die Bundesregierung in die militärischen Ernstfallplanungen der NATO im Frühjahr 1959 nur indirekt einbezogen gewesen. Mehr als umrißhafte Information ohne konkrete Beteiligung war nicht zu erwarten. Was Adenauer hörte, bestärkte seine skeptischen Auffassungen. Zwar suchten ihn amerikanische Regierungsvertreter davon zu überzeugen, daß die in der Öffentlichkeit so heftig diskutierte „Raketenlücke“ auf seiten des Westens tatsächlich nicht so gravierend sei. Aber durfte man sich darauf verlassen? Und was war eine Strategie der „massiven Vergeltung“ wert, wenn die USA nuklearstrategisch nicht mehr überlegen waren?

Was er in den Jahren 1961 und 1962 von den Contingency-Planungen der NATO und von den Überlegungen in Washington erfuhr, machte ihn nicht weniger skeptisch. Kissinger, den die Kennedy-Administration gerne einsetzte, um bei dem „alten Herrn“ zu sondieren und ihn für die Linie Washingtons zu gewinnen, bekam scharf formulierte Unwerturteile über die Planungen zu hören. Adenauer bevorzugte sogar für den Fall einer Blockade Berlins eine Seeblockade als Antwort und plädierte – nachdem er über deren mögliche militärische Folgen aufgeklärt worden war – dafür, dieser ein umfassendes Embargo gegen den Ostblock vorzuschalten. Von Plänen konventioneller Kriegführung hielt er überhaupt nichts. Ein Krieg zwischen Ost und West, so meinte er im Jahr 1962, werde von Anfang an ein Atomkrieg sein.

So waren ihm die nuklearen Dilemmas der Bundesrepublik angesichts der revolutionären neuen Waffen voll geläufig, ohne daß er darauf aber eine auch nur halb-

wegs befriedigende Antwort gefunden hätte. Überall Widersprüche! Um glaubhaft abzuschrecken, bedurfte es in der Bundesrepublik stationierter Kernwaffen, die natürlich im Kriegsfall das Land verwüsten würden. Angesichts des Fehlens eigener nuklearer Abschreckung war das Bündnis mit nuklear gerüsteten Verbündeten zwingend, aber zugleich wußte er, daß diese im Spannungsfall und im Kriegsfall ihren eigenen Überlebensinteressen den Vorrang einräumen würden. Glaubhafte und deutlich formulierte strategische Drohung für den Fall einer östlichen Aggression gegen die NATO schien ihm gleichfalls eine gebieterische Forderung, da darin der denkbar größte Abschreckungseffekt zu liegen schien. Aber war sie unter den Bedingungen des nuklearen Patt noch glaubhaft? Würde sie im Kriegsfall die Bundesrepublik retten? War sie mit den beunruhigenden Krisenszenarien für den Fall einer neuen Blockade Berlins rational vereinbar? Und welche überzeugenden Antworten gab es auf die Frage nach einem prä-emptiven Schlag durch in Europa stationierte Mittelstreckenwaffen im Fall eines atomaren oder konventionellen Überfalls der Sowjetunion? Fragen über Fragen, die Adenauer jeweils in ihrer Bedeutung erkannt hat, wobei er aber zugleich immer wieder zur Erkenntnis gelangte, daß sich die Bundesrepublik in ausweglosen Aporien befand!

Großbritannien und Frankreich haben aus dem nuklearen Dilemma im Bündnis mit den USA den Ausweg des Aufbaus einer eigenen Abschreckungsmacht beschritten. Adenauer – so war schon auszuführen – wäre ihm wohl auch gegangen, wenn das allianzpolitisch möglich gewesen wäre. Aber dabei zeigten sich wieder die bekannten Aporien, die teilweise in den Erinnerungen an die noch nicht weit zurückliegende Kriegszeit ihre Wurzel hatten, teilweise in der Überlegung, daß die Sowjetunion dies als *casus belli* verstehen könnte, teilweise auch darin, daß der Aufbau der Bundeswehr erst am Ende der Amtszeit Adenauers abgeschlossen war.

Welche technischen, personellen und finanziellen Schwierigkeiten allein die Beteiligung der Bundeswehr an den TNF-Systemen beinhaltete, war Adenauer wohl bekannt. Schon recht früh, nämlich bereits im Mai 1958, mußte Bonn gegenüber SHAPE einräumen, daß die Empfehlungen von MC-70 hinsichtlich Boden-Luft- und Boden-Boden-Flugkörpern vorerst nicht voll erfüllt werden könnten. Man mußte zurückstecken: statt 40 Heeres-Flugkörper-Einheiten für Boden-Boden-Einsatz bis Ende 1963 nur 28, statt 28 Boden-Luft-Flugkörper-Einheiten nur 6! Zwar wurden die Aufbauschwierigkeiten der Allianz erstmals auf dem Höhepunkt der Anti-Atomtodkampagne signalisiert, und dieses Eingeständnis koinzidierte mit einer Anzeigenserie, in der die Bundesregierung mit Blick auf die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen versicherte: „Atomare Mittel- und Langstreckenraketen der NATO werden weder an Rhein und Ruhr noch sonstwo in der Bundesrepublik stationiert.“<sup>22</sup> Tatsächlich ging aber die Nichterfüllung ursprünglicher Planziele primär auf ganz unpolitische Schwierigkeiten zurück.

<sup>22</sup> Siehe Hubertus Hoffmann, *Die Atompartner Washington-Bonn und die Modernisierung der taktischen Kernwaffen. Vorgeschichte und Management der Neutronenwaffe und des Doppelbeschlusses der NATO*, Koblenz 1986, S. 362.

Man kann in der forcierten Unterstützung der Norstad-Pläne im Herbst 1960 durchaus einen Versuch des Kanzlers sehen, aus diesem deutschen Dilemma irgendwie herauszukommen. Aber die Erfahrungen nach dem Amtsantritt der Kennedy-Administration zeigten, daß es keinen Ausweg aus dem Sicherheitsdilemma gab.

Immerhin läßt Adenauers Nuklearpolitik sowohl bezüglich der TNF wie der Mittelstreckenwaffen erkennen, daß er die als revolutionär erkannten Waffen eben doch in eine letztlich traditionell konzipierte Abschreckungs- und Verteidigungspolitik einzufangen versuchte.

In welchem Umfang die Revolutionierung von Diplomatie, Verteidigungsplanung und Abrüstungspolitik durch die Nuklearpolitik Großbritanniens und Frankreichs beschleunigt wurde, ist Adenauer gleichfalls bewußt gewesen. Interessant ist, wie verschieden er auf beides reagierte.

Der Kernwaffenstatus Großbritanniens war von Anfang an ein fact of life. Läßt man die Verhandlungen über die zivile Nutzung der Kernkraft einmal beiseite<sup>23</sup>, so tritt die britische Kernwaffenpolitik als irritierende Größe aber erst im Frühjahr 1957 voll ins Blickfeld Adenauers.

Er empfindet die nuklearen Ambitionen Englands, das seiner Meinung nach ohnehin eine Rolle spielt, die über seine Kräfte geht, als ausgesprochen lästig. Die aus der öffentlichen Diskussion wohlbekannten Argumente gegen den Primat der Kernwaffen in der neuen britischen Strategie begegnen auch in den Einschätzungen, die Adenauer gesprächsweise erkennen läßt. Er glaubt nicht so richtig daran, daß Großbritannien im Krisen- und Kriegsfall sein Nuklearpotential uneingeschränkt der NATO zur Verfügung stellen wird. Er fürchtet für die Kohäsion der NATO, beklagt die unvermeidliche mittel- und langfristige Schwächung des konventionellen Potentials der Briten und diagnostiziert, daß von der britischen Nuklearpolitik ein Sog auf Frankreich ausgehen werde. Über mögliche Komplikationen im Kriegsfall hat er allem Anschein nach weniger nachgedacht. Wohl aber empfindet er eine gewisse Status-Malaise und gibt dem auch gedämpften Ausdruck.

Ein zweites Mal irritiert ihn die britische Nuklearpolitik fünf Jahre später bei Abschluß des Nassau-Abkommens zwischen Kennedy und Macmillan. Jetzt sind es in erster Linie die Auswirkungen auf Frankreich, die ihn beunruhigen.

Es ist bemerkenswert, wie wenig er demgegenüber gegen den Aufbau der französischen Kernwaffe einzuwenden hat, obschon auch sie im Verhältnis zur Bundesrepublik, innerhalb der Allianz sowie nuklearstrategisch revolutionierend wirkt. Alle Argumente, die sich gegen den verstärkten Ausbau der britischen Kernwaffen ein-

<sup>23</sup> Der gesamte Aspekt der zivilen Nutzung der Kernenergie muß aus unserem Aufriß ausgeblendet werden. Verwiesen sei auf den vor kurzem erschienenen Aufsatz von Michael Eckert, Die Anfänge der Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: VfZ 37 (1989), S. 115–143. Wesentlich ist, daß in der Bundesrepublik im Unterschied zu Frankreich zwischen ziviler und militärischer Nutzung von Anfang an strikt unterschieden wurde, was vor allem in den Jahren 1956 bis 1958, als es um die Planung und den Aufbau von EURATOM ging, zu Schwierigkeiten zwischen der Bundesrepublik und Frankreich, aber auch zu Zweifeln führte, ob Bonn nicht doch auf dem Umweg über die zivile Nutzung eine nukleare Kapazität auch für die militärische Nutzung aufbauen wolle.



wenden ließen, mußten doch im Fall Frankreichs genauso gelten: die Schwächung der konventionellen Komponente bei der Streitkräfteplanung, die negativen Rückwirkungen auf die Allianz, die Unsicherheiten im Krisenfall, die Statusproblematik.

Dennoch sieht er in der französischen Entscheidung für den Aufbau einer eigenen „force de frappe“ eine unvermeidliche, politisch durchaus überzeugende Antwort auf das sich abzeichnende atomare Patt, der er nicht kritisch entgegenzutreten möchte. Zwar sucht er im Dialog mit de Gaulle die negativen Rückwirkungen auf die NATO zu limitieren, ist aber doch sorgsam bestrebt, sich nicht von den USA oder auch vom SACEUR gegen Paris in Stellung bringen zu lassen. Frankreich, so sieht er es, verhält sich durchaus rational – zumal ihm die europäische Großmacht Großbritannien vorangegangen ist.

Was ist der Grund für dieses sehr viel größere Verständnis? Gewiß wird man in der allgemeinen Anlage seiner Außenpolitik gegenüber den USA, Frankreich und Großbritannien in den Jahren der Berlin-Krise von 1959 bis 1963 den Hauptgrund erkennen müssen. Ganz offenkundig ist in diesem Zeitraum Adenauers Bestreben, de Gaulle durch möglichst engen deutsch-französischen Bilateralismus von negativer Ost- und Allianzpolitik abzuhalten. Zugleich braucht er Frankreich, um bestimmten aus seiner Sicht negativen Tendenzen der amerikanischen und britischen Ostpolitik, Deutschland- und Berlinpolitik und der angelsächsischen Allianzpolitik generell entgegenzuwirken. Eine Stärkung Frankreichs als Nuklearmacht scheint also durchaus wünschenswert, sofern es nur gelingt, den Flurschaden für die Allianz zu begrenzen.

Doch die Argumente, mit denen Ministerpräsident Mollet und später de Gaulle ihm gegenüber die Nuklearpolitik Frankreichs begründen, bringen zugleich Sorgen zum Ausdruck, die Adenauer sich beim Blick auf die atomaren Dilemmas der Bundesrepublik selbst macht – ohne freilich daraus dieselben Konsequenzen wie Frankreich ziehen zu können. Die französische Antwort auf die immer präsente Gefahr amerikanischer nuklearer Untreue im Zeichen des Atompatts mit der Sowjetunion ist, so sieht er es, im Grund die einzig angemessene. Vielleicht – so die langfristige Überlegung – würde auch die Bundesrepublik im Zeichen deutsch-französischer Entente daraus Nutzen ziehen können.

Besser als jeder andere Vorgang macht Adenauers Einstellung zur „force de frappe“ deutlich, wie er die Kernwaffen, die er durchaus auch als revolutionäre Waffen erkennt, eben doch in eine Außenpolitik einzubeziehen sucht, die mit vergleichsweise klassischen Kalkülen wie Gleichgewichtspolitik, Abschreckung und Verteidigung im Fall eines Angriffs arbeitet. Die revolutionäre Waffe soll diplomatisch instrumentiert und verteidigungspolitisch domestiziert werden!

Auffällig ist auch, wie vergleichsweise gering Adenauers Neigung ist, aus der durchaus vorhandenen Erkenntnis, daß mit den Kernwaffen ein revolutionärer neuer Faktor ins Spiel gekommen ist, die Konsequenz forciert Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik zu ziehen.

Zwar plädiert er in diesem Zusammenhang unablässig für nuklear-strategische Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik der beiden Weltmächte, und wer seine

Reden, Briefe und Gesprächsaufzeichnungen in dieser Hinsicht durchgeht, könnte den Eindruck mitnehmen, es habe in der Bundesrepublik keinen glühenderen Befürworter nuklearer Abrüstung gegeben.

In der Tat blendet er dabei aber zumeist die Implikationen aus, die globale Rüstungskontrollvereinbarungen auf Westeuropa und die Bundesrepublik haben würden. Wann immer diese aber auftauchen – schon bei den Londoner Verhandlungen über Eisenhowers „open sky“-Vorschlag im Jahr 1957, verstärkt dann beim Testbann-Abkommen vom Sommer 1963 –, erkennt er stets rasch die Pferdefüße.

Im übrigen aber sind die öffentlich häufig vorgebrachten Forderungen nach Abrüstung der nuklearstrategischen Arsenale auch Begleitmusik für die Ausrüstung der NATO-Einheiten einschließlich der Bundeswehr mit taktischen Kernwaffen.

Adenauer versteht das durchaus nicht als Machiavellismus, ist vielmehr der Meinung, der ungebremsste Aufwuchs des sowjetischen nuklearen Potentials sei so gefährlich, daß ihm *in Westeuropa* möglichst starke nukleare Gegengewichte entgegengesetzt werden müßten. In bezug auf Europa hält er nicht viel von Rüstungskontrolle. Alle sowjetischen Rüstungskontrollvorschläge, so meint er, dienen nur dazu, den verteidigungspolitischen Spielraum der NATO, speziell der Bundesrepublik einzuengen. Und da er ständig vom Alptraum einer Kollusion der beiden Weltmächte geplagt wird, hält er amerikanische Rüstungskontrollkonzessionen auf Kosten der bundesdeutschen und der westeuropäischen Sicherheit stets für möglich. Deutsches Drängen auf nukleare Rüstungskontrolle in Europa wäre seiner Meinung nach geeignet, eine solche Gefahr mutwillig heraufzubeschwören.

Dies alles führt dazu, daß er aus dem Vorhandensein der revolutionären Kernwaffen nicht in erster Linie gesinnungsethische Schlußfolgerungen zieht. Der damals verbreitete deutsche Atom pazifismus scheint ihm bemerkenswert unpraktisch, solange die Verbündeten und der Gegenspieler über Kernwaffenarsenale verfügen. Die Forderung nach sittlicher Umkehr und Herzenserneuerung hat er zwar gelegentlich formuliert; operativ umsetzbar scheint sie ihm aber nicht. Auch die der damaligen Entspannungspolitik entsprechenden Ansätze Europa-bezogener nuklearer Rüstungskontrolle oder gar deutscher Vorleistungen auf diesen Feldern wollen ihm gar nicht einleuchten.

Er geht ganz selbstverständlich und ohne jede Anwendung von Selbstzweifel davon aus, daß der Staatsmann viele überragend wichtige außenpolitische Ziele gleichzeitig verfolgen und dabei Zielkonflikte in Kauf nehmen muß. Das überragende Ziel eines deutschen Beitrags zur Bändigung der revolutionären Kernwaffen verbindet sich dabei mit genauso überragenden anderen Zielen: Aufbau und Zusammenhalten des Konzerts freier Demokratien diesseits und jenseits des Atlantik, politische Stabilisierung und Modernisierung der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Konzert, Integration Westeuropas, Entmutigung und Zurückdrängung des totalitären Kommunismus sowjetischer Observanz, Unterstützung der Verbündeten bei dem Bemühen, die weltweite Dekolonisierung erschütterungsfrei und ohne geostrategische Gewinne für die Sowjetunion durchzuführen, Management der wirtschaftlichen Interdependenz, Wiedervereinigung in welchen Formen auch immer.

Die Kernwaffen, so läßt sich diese Skizze seiner Grundeinstellung resümieren, sind nach Adenauers Einschätzung zweifellos ein revolutionärer Faktor – aber eben nur *ein* revolutionärer und beunruhigender Faktor unter anderen. Es gilt, sie in die Gesamtanlage rational konzipierter Außenpolitik zu integrieren, ohne ihren Stellenwert zu hoch oder unangemessen niedrig einzuschätzen. Alles in allem erscheint Adenauer die Revolutionierung der internationalen Politik durch die Kernwaffen nicht in erster Linie als Belastung des Gewissens, schon gar nicht der Emotionen, sondern als Herausforderung des Verstandes. Allerdings ist er erfahren und skeptisch genug, um zu wissen, daß die Staatsklugheit eines deutschen Bundeskanzlers ihre Grenzen hat – in den Machtverhältnissen des Staatensystems, in Klugheit und politisch-moralischer Qualität der maßgebenden Staatsmänner des Ostens wie des Westens, auch in der öffentlichen Meinung des eigenen Landes. Auf letztere nimmt er freilich am wenigsten Rücksicht.

Aus den Aporien bundesdeutscher Kernwaffenpolitik konnte somit auch dieser harte und kühle Kanzler keinen Ausweg finden. Immerhin ist es ihm aber gelungen, die in Kernwaffenfragen anfangs völlig unerfahrene Bundesrepublik auf den Weg ins Kernwaffenzeitalter zu bringen, ohne dabei große Fehler zu machen.

ROBERT O'NEILL

## GROSSBRITANNIEN UND DIE ATOMARE ABSCHRECKUNG\*

Eigentlich war es eine ganz normale Sache, daß Großbritannien eine Atommacht zu sein habe. Es wäre dieser großen Weltmacht, die eine bedeutende Rolle bei der Entwicklung der Kernenergie für militärische Zwecke gespielt hatte, die immer noch über gewaltige Besitztümer in Afrika, Asien und anderswo verfügte, wohl kaum angestanden, in den fünfziger Jahren auf Atomwaffen verzichten zu müssen. Dieser Auffassung waren zur damaligen Zeit anscheinend die meisten Briten – und sogar wir Australier, auf deren Boden Großbritannien seine Testversuche durchführte (und deren tiefgreifende Auswirkungen auf die Umwelt wir erst dreißig Jahre später begreifen sollten). Viele befürchteten damals, daß die USA ihrer Verteidigungsverpflichtungen gegenüber Europa überdrüssig werden würden und sich auf jene unverbindlichere Haltung zurückziehen könnten, die für ihre Politik vor dem Überfall der Japaner auf Pearl Harbor so typisch war. Würde erneut ein Krieg ausbrechen, was nach den Aussagen der Politiker und den Berichten in der Presse über die sowjetische Politik mehr als wahrscheinlich schien, fände er sicherlich in Europa statt; Großbritannien würde, im Gegensatz zu den USA, nicht abseits stehen können. Großbritannien brauchte also Atomwaffen, und diese mußten nach dem Erlaß des „MacMahon Act“ von Großbritannien alleine entwickelt werden. Einige sahen in diesem Gesetz ein Indiz dafür, daß sich die Vereinigten Staaten allmählich von ihren alten Verbündeten zu lösen begannen: Dies war Grund genug für Großbritannien, eigene Wege zu beschreiten. Daß Attlee diese Entscheidung denn auch traf, war nicht so sehr der strittige Punkt, sondern die Tatsache, daß er nicht einmal sein Kabinett davon unterrichtete, geschweige denn das Unterhaus, das – theoretisch – seine Zustimmung zu Ausgaben für ein größeres Projekt wie dieses zu geben hatte.

Die hier wiedergegebene Auffassung war auch die Ansicht vieler britischer Wähler zu der Zeit, als die britische Atomstreitmacht aufgebaut wurde. Diese Sicht der Dinge stellte sich allerdings bald als nicht allzu begründet heraus. Erstens wurde bereits nach kurzer Zeit deutlich, daß die wirtschaftliche Lage Großbritanniens so schlecht war, daß die Größe einer künftigen britischen Atomstreitmacht im Ver-

---

\* Dieser Beitrag stützt sich vor allem auf die Arbeiten von Alastair Buchan, Philip Windsor und insbesondere Lawrence Freedman, dessen Aufsatz „The British Nuclear Experience: An Overview“ – ein Beitrag für die Konferenz des Nuclear History Program in Ebenhausen im Juli 1987 – wegen seiner Ausführlichkeit und Prägnanz besonders wertvolle Hinweise enthält.



gleich zu den Arsenalen der beiden Supermächte wohl kaum würde ins Gewicht fallen können. Außerdem stellten die Entwicklung von Atomwaffen sowie deren Stationierungs- und Unterhaltskosten eine enorme Belastung des ohnehin überaus angespannten Verteidigungsbudgets dar.

Zweitens: Sowohl die Truman- wie die Eisenhower-Administration erkannten im Laufe der Zeit angesichts der internationalen Entwicklung, daß die USA nicht mehr über die Option verfügten, sich aus einem größeren Krieg in Europa herauszuhalten. Amerikas Verbündete mögen deren Situationsanalyse nicht so deutlich erkannt haben; der Rückzug der USA in einen neuen Isolationismus konnte jedenfalls kaum jemandem mehr als Argument dienen, es sei denn, um kurzfristig Druck auf die verbündeten Staaten auszuüben, damit sie sich ihrer Bündnispflicht erinnerten. An den Gedanken, daß nun das Territorium der Amerikaner der Zerstörung durch einen sowjetischen Angriff ausgesetzt sein könnte, gewöhnte man sich in den Vereinigten Staaten nur allmählich. Man akzeptierte diesen Gedanken jedoch mindestens bis zu jenem Moment, als die Reagan Administration davon zu träumen begann, daß technologische Fertigkeiten Amerika in die Lage versetzen würden, die Abschreckung so auszuweiten, daß sie auch die verbündeten Staaten in Europa und im Pazifik in den militärischen Schutz einbezöge und zwar ohne dabei gleichzeitig selbst gegenüber einem sowjetischen Angriff verwundbar zu sein.

Drittens stellte sich heraus, daß die Sowjetunion gar nicht den schrecklichen Vorstellungen entsprach, die man sich von ihr in den späten vierziger Jahren gemacht hatte. Auch der UdSSR war klar geworden, daß im Falle eines Atomkrieges ein entsetzlicher Preis zu zahlen sei; beide Seiten haben inzwischen auch erkannt, daß einige der Ursachen des Kalten Krieges, aus dem die nukleare Konfrontation entstand, auf Fehlinterpretationen der Politik der jeweils anderen Seite zurückgehen. Im Klima der Entspannung Mitte der siebziger Jahre und der letzten Zeit – ich wage nicht, von einer zweiten D tente zu sprechen – erweisen sich die britischen und französischen Atomwaffenarsenale, die nicht Gegenstand von Verhandlungen sind, als ein die Dinge komplizierender Faktor. Selbst wenn die Sowjetunion tatsächlich den schlimmsten Erwartungen, nämlich bereit zu sein, Gewalt anzuwenden, entspräche, so scheint es doch wahrscheinlicher, daß sie bei einem Angriff auf Europa ihre konventionellen Streitkräfte und nicht ihre Atomstreitm chte einsetzen würde. In diesem Sinne besitzt das Argument, Großbritannien könne durch die Verstärkung seiner konventionellen Streitkräfte eine nützlichere Aufgabe erfüllen als durch seine sehr bescheidene atomare Abschreckungsmacht, erhebliches Gewicht.

Einige der bekanntesten Denker auf dem Gebiete strategischer Analyse wiesen die britische Öffentlichkeit während der Debatte um die Trident in den Anfangsjahren der Thatcher-Ära nachdrücklich auf genau diese Überlegungen hin. Die Wirkungslosigkeit ihrer Argumente wurde jedoch bald manifest. Wie konnte das geschehen? Wie lauteten die Argumente, die den bisherigen britischen Regierungen – und zwar unterschiedlicher politischer Couleur – und deren W hler bis in die achtziger Jahre hinein plausibler erschienen?

An erster Stelle ist wohl eher ein simples Faktum als ein Argument zu nennen. Seit

1956 verfügt Großbritannien über Atomwaffen. Die Entscheidung, sie abzuschaffen, hätte jede Regierung zu einer grundlegenden Änderung ihrer Politik veranlassen müssen. Als Großbritanniens Nuklearpotential, in seiner frühen Entwicklungsphase, noch am ehesten politisch zu kippen gewesen wäre, fanden kaum nennenswerte Debatten darüber statt. Die meisten Minister wußten nichts von dem Projekt, und als 1948 das Thema im Unterhaus zum ersten Mal zur Sprache kam, wurde diese Angelegenheit heruntergespielt, um eine ernsthafte Diskussion zu vermeiden, die zur Kristallisation grundsätzlicher Opposition hätte führen können. In den späteren Entwicklungsstadien, als das britische Atomwaffenarsenal wegen der unvermeidlichen Tests in der Öffentlichkeit stärkere Aufmerksamkeit erregte, trug der Kalte Krieg mit dazu bei, einen sehr hohen Grad an Zustimmung zu einer britischen Atomstreitkraft zu sichern.

In den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren regte sich in der öffentlichen Meinung zunehmend Widerspruch; dies war einmal zurückzuführen auf die Aktionen der Campaign for Nuclear Disarmament (CND) und auf die Notwendigkeit, zu neuen Abkommen mit den USA zu gelangen, um die Schaffung einer echten Zweitschlagskapazität in der Form der Polaris zu ermöglichen. Die jetzt ernsthaft geführte Debatte kreiste aber mehr um Strategiefragen des westlichen Bündnissystems als um die Frage der Abschaffung britischer Atomwaffen, für die deren Gegner so nachdrücklich eintraten. Die Argumente der CND stießen auf einige Resonanz, aber mit ihren Massendemonstrationen, wie dem jährlich stattfindenden Aldermaston-Marsch, gelang es ihr doch nicht, einen überzeugenden und nachhaltigen Eindruck in der Öffentlichkeit zu hinterlassen. Kurz nach dem begrenzten Atomteststopabkommen waren die aktionsreichen Anfangsjahre der CND vorüber. Die öffentliche Diskussion sank, praktisch bis in die achtziger Jahre hinein, auf einen Nullpunkt. Die Kontroversen um den Doppelbeschluß und die Trident zeigten dann, daß sich der ursprüngliche Konsens inzwischen verflüchtigt hatte.

Die eigentliche Frage lautet daher nicht, weshalb Großbritannien überhaupt Atomwaffen hatte, sondern weshalb man sie nicht abschaffte, als man Ausmaß und Ernsthaftigkeit des amerikanischen commitment gegenüber Europa erkannt hatte, als man sich der wirtschaftlichen Schwäche Großbritanniens bewußt geworden und als der eher vorsichtige Charakter der sowjetischen Politik offensichtlich war. Eine generelle Antwort darauf lautet, daß keiner dieser Faktoren so deutlich zu Tage trat, wie es sich heute im nachhinein darstellt. Hatte man einmal mit den Investitionen für Entwicklung und Stationierung von Atomwaffen begonnen, so gab es kaum wirtschaftliche Anreize, diese Maßnahmen wieder zu stoppen. Die jährlichen Unterhaltskosten brachten die Verteidigungshaushalte nicht aus dem Gleichgewicht, und als Mittel der Abschreckung gegenüber der Sowjetunion erschienen Atomwaffen – im Vergleich zu einer erheblichen Aufstockung konventioneller Streitkräfte – sogar verhältnismäßig billig.

Außerdem gab es kaum politische oder strategische Anreize, um diese Waffe auf dem Altar der Rüstungskontrollmaßnahmen zu opfern. Die britische Atomstreitmacht war zu klein, um spürbar reduziert zu werden, ohne dabei gleichzeitig an

Schlagkraft zu verlieren. Auch wäre in den fünfziger und sechziger Jahren keine britische Regierung bereit gewesen, sie gänzlich abzuschaffen, wenn nicht auch die Sowjetunion ihrerseits ihre konventionellen Streitkräfte so weit reduziert hätte, daß sie nicht mehr imstande gewesen wäre, eine Offensive zu starten. Allein der Gedanke, die Sowjets zu Verhandlungen zu bringen, wurde von den „Unilateralisten“, die zunehmend die Politik der Labour Party beeinflussten, ins Lächerliche gezogen – jener „something-for-nothing-approach“, über den sich Neil Kinnock eine kurze Zeitspanne lang abfällig äußerte, bevor die Gewerkschaften ihn wieder auf die Parteilinie brachten.

Das Vertrauen in die Atlantische Allianz mit der Forderung nach einer nationalen Abschreckungswaffe im Einklang zu bringen, ist allen britischen Regierungen immer wieder schwergefallen. Das überzeugendste Argument zur Überbrückung der Kluft zwischen diesen sich widersprechenden politischen Aussagen – nämlich das Plädoyer für ein zweites nukleares Entscheidungszentrum – ist zu abstrakt, um in der Öffentlichkeit große Unterstützung zu mobilisieren. Was hat die Allianz denn für einen Wert, wenn ein solches zweites Zentrum erforderlich ist? Fragen wie diese waren ein weiterer Grund für die Regierung, ein solches Argument nur mit Vorsicht zu gebrauchen.

Hinter dieser offensichtlichen Besorgnis – Stärkung der Allianz und engere Kooperation – verbarg sich die ständig virulente Furcht der Briten, die USA würden, falls wirklich einmal zentrale Interessen Großbritanniens auf dem Spiel stehen sollten, vor einem Einsatz ihrer Atomwaffen zurückschrecken. Während es aus nicht-britischer (und aus nicht-französischer) Perspektive wirklich höchst fraglich erscheinen mag, ob sich die Aufstellung einer eigenen Atomstreitmacht gelohnt habe, nur um gegen einen solch unwahrscheinlichen Fall gewappnet zu sein, stellt sich vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung und der Tatsache, daß Großbritannien nun seit mehr als 30 Jahren über ein eigenes Atomwaffenarsenal verfügt, die Frage nach einer nicht-atomaren Verteidigung weit dringlicher. Behauptet wird auch, daß Großbritannien dank seiner eigenen Atomwaffen in einer besseren Position ist, um amerikanische Entscheidungsträger beeinflussen zu können – und zwar keineswegs im Sinne einer Verschärfung der Lage. Die Möglichkeit, zur Zurückhaltung zu mahnen und dabei in Washington Gehör zu finden, ist ein weiteres Plus, das britischen Politikern, vorwiegend des linken Flügels, und auch einem mit der nuklearen Problematik vertrauten Wählerpublikum erwünscht erschien.

Obwohl immer wieder Fragen aufgeworfen wurden und Zweifel darüber aufgetaucht waren, ob die amerikanische Regierung ihr Land tatsächlich einer Zerstörung aussetzen würde, spielte die Frage einer Bereitschaft der britischen Regierung, im Extremfall nationalen Selbstmord zu begehen in den öffentlichen Debatten nie eine größere Rolle. Es herrschte immer die Ansicht vor, daß jedem Versuch, Großbritannien als freies Land ernsthaft zu bedrohen, entschlossen begegnet würde, wie hoch der Einsatz auch immer sein mochte. In diesem Punkt – ganz im Gegensatz zu anderen Fragen – gestand man Harold Macmillan, Alec Douglas-Home und Harold Wilson ohne weiteres Glaubwürdigkeit zu. Eine noch viel geringere Rolle

spielte die Frage, unter welchen Umständen die britische Regierung ihre Atomwaffen in Deutschland zum Einsatz kommen lassen würde. Das heikle Thema, ob Großbritannien einen mit konventionellen Waffen geführten sowjetischen Angriff mit Atomwaffen beantworten würde, um entweder die Bundesrepublik zu retten oder unter starkem Druck stehende britische Truppen zu unterstützen, wurde in der Öffentlichkeit überhaupt nicht diskutiert.

Für Lawrence Freedman waren die Jahre 1964 bis 1980 bei der Debatte über britische Atomwaffen eine Periode des Schweigens und der Stille. In dieser Zeit wurde einerseits deutlich, wie groß die Gemeinsamkeiten zwischen den Konservativen und Labour Party waren – beide befürworteten die Existenz einer eigenen Atomstreitmacht –, andererseits waren beide Parteien (insbesondere die Labour Party), immer wenn sie an der Regierung waren, sorgfältig darauf bedacht, jegliche Auseinandersetzungen zu vermeiden, die sie in eine peinliche Lage versetzen oder Ängste der Öffentlichkeit vor Atomwaffen aufkommen bzw. verstärken würden. Unterhalb der Regierungsebene gab es keine politische Kraft von Bedeutung, die Widerspruch geäußert hätte. Auch die Beamten in Whitehall verfaßten keine beunruhigenden Memoranden, in denen sie ihre Minister zu einer atomaren Abrüstung aufgefordert hätten. Und im Gegensatz zu den frühen achtziger Jahren fütterten sie in den fünfziger und sechziger Jahren die Presse oder die CND auch kaum mit Information. Wissenschaftler, die sich mit diesen Fragen beschäftigten, konnten einen gewissen, geringfügigen Einfluß geltend machen, doch das bezog sich eher auf Fragen, die mit der Natur dieser Waffen und ihren politischen Implikationen zu tun hatten, als auf prinzipielle Fragen der Atombewaffnung. Als in den späten vierziger Jahren Professor Blackett und Sir Henry Tizard politische Zweifel an Sinn und Zweck des ganzen Programmes äußerten, wurden ihre Bedenken von einem entschlossenen Premierminister vom Tisch gewischt, der kritische Kommentare ebensowenig liebte wie er selbst die Gewohnheit hatte, allzu viele Worte in Diskussionen zu verlieren.

Die höheren Offiziere waren fast einhellig für einen britischen Atomwaffenbesitz. Die Stellungnahmen des Chiefs of Staff Committee gingen in die gleiche Richtung, wenn sie auch hinsichtlich der Auswirkungen des Programmes auf den Verteidigungshaushalt gelegentlich Bedenken zu Gehör brachten. Die Royal Air Force war besonders angetan, solange sie es war, die über diese Waffe verfügte, zumal in den fünfziger Jahren, als die Atombombe eher als das geeignete Instrument, mit dem die historische Aufgabe der RAF erfüllt werden konnte, angesehen wurde, denn als eine Waffe für den gegenseitigen Selbstmord. Die Royal Navy, mit Unterseebooten für die Polaris ausgerüstet, zeigte weit weniger Enthusiasmus für ihre atomare Mission. Die Admiräle der Navy hielten sich mit prophetischen Erklärungen zu ihren Raketen zurück, ganz im Gegensatz zu Sir John Slessor, Marshal of the Royal Air Force, der sie als „The Great Deterrent“ ansah. Die Polaris-Flotte band fähige Leute und technisches Know-how, das die Navy lieber für traditionellere Aufgaben eingesetzt hätte, doch erkannten die meisten Offiziere, daß sie wohl kaum mehr Schiffe und Personal bekommen hätten, wenn sie diese Aufgabe der Abschreckung nicht gehabt hätten. Auch die Armee, die über eine vergleichsweise lächerlich geringe Zahl an



taktischen Atomwaffen verfügte, war von deren Besitz nie sonderlich begeistert und sieht deren Bedeutung vor allem darin, daß sie die Sowjetunion davon abschreckten, ihre eigenen atomaren Gefechtsfeldwaffen einzusetzen, und nicht so sehr darin, daß sie mit ihnen – angesichts der konventionellen Übermacht des Warschauer Pakts – etwa einen „war winner“ in der Hand hätten.

Weder von Journalisten, Wissenschaftlern oder anderen kritischen Beobachtern, die ihre Aufmerksamkeit zu dieser Zeit vor allem auf Strategie und Politik der Allianz richteten, wurde diese Periode des Schweigens in nachhaltiger Weise gestört. Eine ganz andere Richtung hätte die Entwicklung nehmen können, wenn vor 1980 die Notwendigkeit entstanden wäre, die Ersetzung der Polaris öffentlich zu diskutieren. Premierminister Callaghan hatte vor seinem Rücktritt 1979 Studien zu dieser Frage auf den Weg gebracht, doch brauchte er glücklicherweise nicht mehr den Versuch zu machen, die Unterstützung seines Kabinetts, geschweige denn seiner Partei, für ein Nachfolgesystem zu gewinnen. Die Piranhas unter den Intellektuellen, die sich notorisch auf solche Ereignisse stürzen, mußten sich nach anderer Beute umsehen.

Die Intellektuellen erwählten sich, wie bereits erwähnt, die Allianz und ihre Nuklearpolitik zu Opfern ihrer Kritik. In den frühen fünfziger Jahren verfaßte Slesor, unterstützt vom britischen Generalstab, einen einflußreichen Beitrag, der sich mit den Auseinandersetzungen innerhalb der Truman- und Eisenhower-Administration beschäftigte. Er bestärkte diejenigen, die glaubten, der Westen sei den Belastungen einer Auseinandersetzung mit der Sowjetunion am ehesten gewachsen, wenn er sich in erster Linie auf seine Atomstreitmacht verließ, und zwar ergänzt durch konventionelle Streitkräfte geringeren als damals geplanten Umfangs. Diese bräuchten einem Angriff des Warschauer Paktes nur so lange standzuhalten, bis die Atomwaffen des Westens zum Einsatz kämen. Doch ehe viel Zeit verfloßen war, entwickelte sich die britische Debatte in gerade die entgegengesetzte Richtung. In vorderster Front waren nun Bürger zu finden, von denen viele nicht im Staatsdienst standen. Das Konzept der massiven Vergeltung hatte in der britischen *strategic community* massives Unbehagen geweckt, was 1957 schließlich zur Konferenz von Brighton führte, aus der im folgenden Jahr das Institute for Strategic Studies hervorging. Dieses Mixtum aus Beamten, Offizieren, Journalisten, Akademikern, Politikern wie Denis Healey und Männern der Kirche trug mit dazu bei, die Debatte in Großbritannien zu vertiefen und auf eine breitere Grundlage zu stellen. Es gelang ihnen, ihre Erkenntnisse mit mehr Nachdruck zur Kenntnis Washingtons zu bringen (über offizielle Kanäle sowie auf dem indirekten Wege öffentlicher Kommentare und Analysen). Es war nur eine Frage der Zeit, daß sich dieses Institut international Rang und Namen verschaffte und zu einem der wichtigsten Foren für die Debatte über Fragen des westlichen Verteidigungsbündnisses wurde.

Hauptcharakteristik des britischen Beitrages zu dieser politischen Debatte innerhalb der Allianz war die Tendenz, die Politik der USA als zu sehr von worst-case-Analysen sowjetischer Absichten und militärischer Erwägungen beeinflusst zu sehen. Sie wurde noch dadurch kompliziert, daß die Amerikaner für politische und strate-

gische Probleme technologische Lösungen suchten. Obwohl Frankreich fast in der ganzen hier betrachteten Zeitspanne militärisch in der NATO integriert war, wurde es in England als zu sehr in Nationalstolz befangen, als den amerikanischen Garantien gegenüber zu abweisend und, was den Aufbau einer eigenen unabhängigen Atomstreitmacht mit land- und seegestützten Waffensystemen betraf (der viel materielle und geistige Opfer forderte und auch nicht ohne Einfluß auf den Zusammenhalt des Bündnisses war), als viel zu starrköpfig angesehen. Deutschland zeigte, wie den britischen Analytikern erschien, allzu große Bereitschaft, mit den Vorstellungen der Amerikaner konform zu gehen, auch wenn es diesen nicht gänzlich zustimmen konnte und allzu sehr mit dem Gedanken eines frühestmöglichen Einsatzes von Atomwaffen spielte. Wie den verbündeten europäischen Ländern die britische Politik erschien, das soll hier nicht weiter erörtert werden; deren Analysen genügen wahrscheinlich ebensowenig den Feinheiten der Politik und den existierenden unterschiedlichen Vorstellungen. Sie kümmerten sich wohl ebensowenig darum, weshalb diese verschiedenen Auffassungen existierten.

Persönlichkeiten wie Liddell Hart, Blackett, Buzzard, Goold-Adams und Healey unterzogen die Doktrin der massiven Vergeltung in den fünfziger Jahren einer eingehenden Kritik. Sie erzielten dabei beachtliche Resultate, entwickelten sie dabei doch das Konzept der „abgestuften Abschreckung“, das davon ausging, daß der Einsatz von Waffen aus politischen, wirtschaftlichen, militärischen und moralischen Gründen strikt proportional zur gegebenen Bedrohung erfolgen müsse, um die Zerstörung auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Der damalige Senator John F. Kennedy, der 1960 Liddell Harts Buch „Deterrent or Defence“ besprach, pries den Autor mit warmen Worten. Zwei Jahre später unterzog die Administration des neuen Präsidenten die geltende Nuklearstrategie einer grundlegenden Reform. Sie ging natürlich nicht allein auf Liddell Harts Buch zurück, doch stand die Richtung, die die Regierung jetzt einschlug – stärkere Abstützung auf konventionelle Streitkräfte – ganz im Einklang mit Liddell Harts Postulaten. Die zahlenmäßig stärkere, der jüngeren Generation zugehörige Gruppe britischer Intellektueller der sechziger Jahre befaßte sich daraufhin intensiv mit der ersten Version des „Flexible Response“-Konzepts. Ihre Kritik hob vor allem darauf ab, daß dieses Konzept unrealistisch hohe Kosten nach sich zöge, es nicht glaubwürdig genug und darüber hinaus für Europa ausgesprochen gefährlich sei, wiewohl es der USA Vorteile bringe. In einem Prozeß der Kompromißfindung und gegenseitigen Erziehung fand man sich bei einer akzeptableren Version der „Flexible Response“. 1967 wurde dieses Konzept von der Allianz angenommen.

In dieser Zeit hatten sich die Briten mit den Konsequenzen des Versuchs McNamaras auseinanderzusetzen, die Verbündeten, insbesondere Frankreich, von einem weiteren Ausbau ihres Atomwaffenarsenals abzubringen. Das britische Potential wurde toleriert, jedoch nur innerhalb des Rahmens engerer Kontrolle und wenn es (wie dies das Abkommen von Nassau zwischen Kennedy und Macmillan vorsah) stärker an den Bedürfnissen der Allianz orientiert war. In seinem Ergebnis – dem Polaris-Programm für Großbritannien – verminderte das Abkommen die Unabhän-

gigkeit des britischen Abschreckungspotentials, versah Großbritannien andererseits jedoch gleichzeitig mit einer viel machtvolleren und weniger verwundbaren Waffe als es sie bisher besaß. Auf der anderen Seite bestärkte diese Entwicklung die Franzosen in ihrer Überzeugung, daß für sie absolute Unabhängigkeit die einzige Option sei.

Großbritannien mußte sich auch mit dem heiklen und wenig willkommenen Vorschlag auseinandersetzen, eine Multilaterale Atomstreitmacht (MLF = Multilateral Force) aufzubauen. Mit einer Mischung aus Zurückhaltung und Unüberlegtheit ließ man diesen Vorschlag im Sande verlaufen. Nachdem sich die Debatte darüber schon geraume Zeit hingezogen hatte, legten Alastair Buchan und seine Mitarbeiter im Londoner ISS mit den einsichtigsten und gewichtigsten Argumenten klar, welche kaum überwindlichen Schwachpunkte, etwa hinsichtlich der Kontrolle und Verantwortlichkeit, in dem vorgeschlagenen Projekt steckten. Sie trugen viel dazu bei, daß das MLF-Konzept auf beiden Seiten des Atlantiks letztlich nicht genügend Unterstützung fand. Der Alternativvorschlag einer „Atlantic Nuclear Force“, den die britische Regierung vorlegte, zog die Aufmerksamkeit nur noch mehr von der MLF ab und stiftete außerdem größere Verwirrung, als seine Autoren in Whitehall wohl bezweckt hatten.

Die britischen Strategieexperten setzten sich mit umfassenderen und tiefergehenden Fragen als nur dem Einsatz und der Organisation von Atomstreitkräften auseinander. In der internationalen Rüstungskontrolldebatte der fünfziger und sechziger Jahre spielten sie eine führende Rolle. Einige der ganz frühen Stimmen, Sir Philip Noël Baker etwa, dessen Buch „The Arms Race“ große Resonanz fand und der mit dem Friedensnobelpreis geehrt wurde, waren zu sehr in den alten Debatten des Völkerbundes befangen, um im Atomzeitalter noch ihre Wirkung entfalten zu können. Andere jedoch, vor allem Hedley Bull mit seiner 1961 veröffentlichten meisterhaften Arbeit „The Control of the Arms Race“, hatten einen enormen Einfluß auf das Denken über Abrüstungsfragen und das Nachdenken über die Rolle von Nuklearwaffen bei der Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung.

Bull war auf diesem Felde nicht der einzige, er war jedoch der einflußreichste Protagonist. Die britische Denkschule vertrat einen gesunden Pragmatismus. Ihre Maxime war, daß „arms control“ als eine Form von Sicherheitspolitik betrachtet werden solle. Das war für Radikale wie Konservative gleichermaßen beunruhigend. Die Radikalen hofften auf eine veränderte Weltordnung, in der zwischenstaatliche Rivalitäten entweder völlig verschwinden (weil Staaten vielleicht selbst von anderen Formen des Zusammenlebens abgelöst würden) oder wenigstens in nicht-militärischen Formen zum Ausdruck kommen würden. Doch sie wußten keine Antwort auf die Frage, weshalb Staaten plötzlich aufhören könnten, in der gleichen Weise wie über Tausende von Jahren hin nach Unabhängigkeit und Sicherheit zu streben. Die Konservativen glaubten (und einige von ihnen glauben es heute noch), es sei unlogisch und inakzeptabel anzunehmen, die nationale Sicherheit könne verbessert werden, indem man seine Zustimmung dazu gebe, eindeutige und auch verifizierbare Obergrenzen für bestimmte Waffensysteme anzuerkennen – Waffen, die man

im Notfall zum Einsatz bringen könnte. Ergänzt wurde die Studie von Bull über die Grundprinzipien von „arms control“ durch die Arbeit von Leonard Beaton über die Proliferation von Atomwaffen. Viele andere, Alastair Buchan, Michael Howard und Philip Windsor etwa, verstärkten diesen kritischen Trend.

Die Rezeption von Bulls bahnbrechendem Beitrag blieb nicht auf akademische Kreise beschränkt, denn Bull wurde – eines der seltenen Beispiele für die Durchlässigkeit zwischen Regierung und akademischer Welt – 1965 Chief der „Arms Control and Disarmament Research Unit“ im Foreign Office. Sie war von dem neu ernannten Mitglied der Wilson-Regierung, Lord Chalfont, eingerichtet worden. Während der Amtszeit Macmillans waren bereits wichtige Beiträge zu der Debatte im Bündnis geleistet worden, die die Politik der USA in der Zeit vor dem partiellen Atomteststoppabkommen von 1963 maßgeblich geprägt hatten. Mitte der sechziger Jahre konzentrierte sich die britische Regierung auf die Frage, wie die Verbreitung von Atomwaffen eingeschränkt werden könne. Bull und seine Mitarbeiter leisteten wertvolle und nützliche Beiträge zu den Vorverhandlungen, die 1968 schließlich zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Non-Proliferation Treaty) führten. Sie konnten auch wesentliche Anregungen zu den Debatten beisteuern, die innerhalb und außerhalb der amerikanischen Regierung darüber geführt wurden, wie sich offensive und defensive strategische Systeme am besten begrenzen ließen. Sie profitierten dabei von Studien Gleichgesinnter, um ihren eigenen Vorstellungen Nachdruck zu verleihen, aber auch um der atlantischen Dimension der Debatte über Rüstungskontrollpolitik in Washington besser Geltung zu verschaffen.

In vielerlei Hinsicht spielte somit Großbritannien bei der Gestaltung der westlichen Nuklearstrategie in den Jahren 1945 bis 1967 eine bedeutende Rolle, angefangen bei dem Einfluß, den es allein schon durch den Besitz einer eigenen Abschreckungsmacht ausüben konnte, bis hin zu der Mitgestaltung der Nuklearpolitik der USA wie der Allianz. Dieser Einfluß hat in gewisser Weise den schmerzhaften Wandel Großbritanniens von einer führenden Weltmacht zu einer Regionalmacht erleichtert. Der Besitz von Atomwaffen hatte aber auch negative Konsequenzen. Er nährte Illusionen, von denen sich freizumachen nicht leicht war. Der Atomwaffenbesitz verführte ferner dazu, daß sich die Experten innerhalb und außerhalb der Regierung zu sehr auf Nuklearfragen konzentrierten, was natürlich auf Kosten des genauen Studiums der Doktrin wie der sonstigen Bedingungen konventioneller Kriegführung ging. Dennoch fällt es nicht schwer, die Gründe für diese Fixierung zu verstehen, und aus der Sicht der Allianz hat sie durchaus verdienstvolle Ergebnisse gezeitigt. Es kann aber auch mit einiger Berechtigung behauptet werden, daß Großbritannien allzu sehr auf die Debatte mit den USA ausgerichtet war und es trotzdem an ausreichender Kritik der Politik der Amerikaner hat fehlen lassen. Die Abhängigkeit Großbritanniens von den Vereinigten Staaten, die die Existenz einer weiterhin unabhängigen Atomstreitmacht überhaupt erst sichert, verstärkt natürlich auf beiden Seiten die Perception einer gemeinsamen Interessenlage. Sie hielt die britische Regierung andererseits unweigerlich davon ab, allzu harte, für sie politisch vielleicht inopportune Kritik an den Amerikanern anzubringen. Trotzdem war es



Großbritannien, das mehr als jedes andere Land im Bündnis in der Lage war, Denker und Gedankengebäude hervorzubringen, die jene Probleme erhellen konnten, denen sich der Westen bei seiner Nuklearpolitik zu stellen hatte. Das hat mit dazu beigetragen, in den Ost-West-Beziehungen das Element größerer Stabilität und besseren gegenseitigen Verständnisses einführen zu helfen. Großbritannien hatte sehr kontroverse Vorstellungen vom Umgang mit Nuklearwaffen, doch ist es mit ihnen nicht in engstirnig nationalistischer oder gar unverantwortlicher Weise verfahren.

GEORGES-HENRI SOUTOU

DIE NUKLEARPOLITIK DER VIERTEN REPUBLIK\*

In den dreißiger Jahren gab es eine internationale Gemeinschaft von Physikern, die die Struktur des Atoms erforschte. Die Franzosen spielten dabei eine wichtige Rolle. Ihr leitender Physiker, Joliot-Curie, und seine Mitarbeiter konnten im Frühjahr 1939 die Prinzipien der Atombombe und des nuklearen Reaktors entwickeln. Nach dem Kriegsausbruch begann die Regierung, Materialien für die Herstellung einer Atombombe zu beschaffen; ein Testgelände war in der Sahara vorgesehen. Die Niederlage vom Juni 1940 bedeutete das Ende dieses Programms. Die wichtigsten Wissenschaftler und Materialien wurden jedoch auf abenteuerlichsten Wegen nach England gebracht und konnten so zu den Anfängen des britischen Nuklearprogramms beitragen.

Nach dem Kriege spielten bei den französischen Fachleuten des wissenschaftlich-technologischen Establishments der Stolz, bei der Nuklearforschung einmal maßgebend gewesen zu sein, und der Wunsch, bald wieder an die Spitze zu kommen, eine große Rolle. Die leitenden Politiker wollten nie wieder ein 1940 erleben, und deshalb sollte Frankreich künftig die modernsten Waffen besitzen. Die Förderung der Wissenschaft und der angewandten Technologie zählt seitdem zu den wichtigsten Aufgaben des Staates. Bekanntlich haben diese Erkenntnisse die Fünfte Republik wesentlich mitgeprägt, doch spürbar waren sie schon vor 1958. Zwischen der Vierten und der Fünften Republik bestehen in dieser Hinsicht zwar Unterschiede, aber auch unleugbare Kontinuitäten.

Im Juli 1944 wurde de Gaulle von drei französischen Physikern, die Mitarbeiter des englischen Atomprogrammes in Kanada waren, über die Tragweite des Manhattan-Projekts informiert. Schon im Frühjahr 1945 (also noch vor Hiroshima) wurde in Paris die Errichtung einer Behörde für die Atomforschung erwogen. Am 18. Oktober des Jahres wurde dann der Commissariat à l'Énergie Atomique (CEA) gegründet. Seine Befugnisse erstreckten sich sowohl auf den Zivil- als auch den Militärbereich. Sie waren wegen der Befreiung von den üblichen Kontrollprozedu-

---

\* Bei dieser Skizze stütze ich mich besonders auf: Spencer Weart, *La grande aventure des atomistes français*, Paris 1980, Bertrand Goldschmidt, *Pionniers de l'atome*, Paris 1983, Institut Charles de Gaulle, *De Gaulle et la nation face aux problèmes de défense*, Paris 1983, und *L'aventure de la bombe. De Gaulle et la dissuasion nucléaire 1958-1969*, Paris 1985, Charles Ailleret, *L'aventure atomique française*, Paris 1968, Lawrence Scheinmann, *Atomic Energy in France under the Fourth Republic*, Princeton 1965, Wilfrid L. Kohl, *French Nuclear Diplomacy*, Princeton 1971, Peter Weilemann, *Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft* Baden-Baden 1983.

ren der französischen Verwaltung hinsichtlich der Finanzen derart umfassend, daß die Entwicklungsmöglichkeiten dieses anfänglich sehr kleinen Kommissariats erheblich waren. Es besteht kein Zweifel darüber, daß de Gaulle die Absicht hatte, sobald wie möglich die Atombombe zu produzieren: Einerseits war dies eine Statusfrage, andererseits war de Gaulle schon Mitte 1945 von der sowjetischen militärischen Überlegenheit in Europa beunruhigt.

Bis 1952 war der CEA mit Grundlagenforschung und dem Bau kleinerer Reaktoren völlig in Anspruch genommen. Sein erster Leiter, Joliot, war gegen jede militärische Anwendung des Atoms; im April 1950 wurde er wegen seiner Tätigkeit im Dienste der Kommunistischen Partei Frankreichs entlassen. Schon 1951 setzten sich zwei Männer für die Ausdehnung der Tätigkeit des CEA auf militärisches Gebiet ein: Félix Gaillard, 1951–1952 für die Atomenergie zuständiger Staatssekretär, und Pierre Guillaumat, 1951–1958 Leiter des CEA. Anfang 1952 wurde ein „Ausschuß für Sonderwaffen“ gegründet, der von Oberst Ailleret geleitet wurde, der später unter de Gaulle die französischen Streitkräfte im Nuklearzeitalter führen sollte. Im Juli 1952 verabschiedete die Kammer für den Zeitraum von 1952–1957 den ersten Entwicklungsplan für Kernenergie.

Es wurde zwar keine Entscheidung getroffen, Kernwaffen zu produzieren, doch das Hauptziel dieses Plans war der Bau größerer Reaktoren, die Spaltmaterial zu militärischer Verwendung erzeugen konnten. Diese Reaktoren sollten mit einer Schnellentladungseinrichtung ausgerüstet werden, die es erlaubte, Uran 238 in Plutonium 239 (statt in das für militärische Zwecke weniger geeignete Plutonium 240) zu verwandeln. Für alle Fachleute lag die militärische Zielsetzung dieser Reaktoren auf der Hand, doch waren sich alle politischen Verantwortlichen wirklich darüber im klaren? Nach außen hin war der Plan von 1952 auf die friedliche Nutzung von Kernenergie begrenzt; die Kommunisten bestritten das allerdings. Wie so oft in der Geschichte, so wurde auch hier die Angelegenheit (mit dem stillschweigenden Einverständnis eines Teils der Verantwortlichen) von einigen zielstrebigen Leuten betrieben, während die übrigen bewußt im unklaren gelassen wurden. Der erste dieser Reaktoren, der 50 kg waffentaugliches Plutonium pro Jahr produzierte, startete 1956 in Marcoule. Die Kraft des Faktischen hatte den politischen Entscheidungsprozeß vorgeprägt.

1953 ging der Kampf hinter den Kulissen weiter. Der EVG-Vertrag von 1952 sah eine Begrenzung der Erzeugung von Plutonium vor (500 Gramm pro Land und pro Jahr), die vom CEA hart bekämpft wurde. Immerhin enthielten die Zusatzprotokolle zum Vertrag, über den Paris 1953 und 1954 mit seinen Partnern verhandelte, Ausweichmöglichkeiten, doch wurden sie als ungenügend betrachtet. In seinem Widerstand fand der CEA die Unterstützung der Gaullisten, die während der ganzen Vierten Republik eine eher verborgen gebliebene, aber wichtige Rolle in der Nuklearpolitik spielten.

Der Drang zu einem Ausbau der Kernenergie für militärische Zwecke wurde 1953, nach Explosion der ersten sowjetischen Wasserstoffbombe und mit Eisenhower's „Atoms for Peace“-Vorschlag vom Dezember des gleichen Jahres, immer stärker. In dem amerikanischen Vorschlag sahen die Franzosen eine Bedrohung der

Entscheidungsfreiheit Frankreichs. (Der CEA hatte damals gerade begonnen, die kritische Masse für eine Nuklearexplosion genau zu bestimmen.) Als Mendès-France im Juni 1954 Ministerpräsident wurde, war das Problem bereits akut. Letzter Anstoß für einen eigenen Weg Frankreichs war wahrscheinlich die Erkenntnis der NATO, daß im Ernstfall in Europa eine massive Anwendung taktischer Waffen erforderlich sein würde; während des Sommers wurde diese neue Strategie den Mitgliedern der NATO zur Debatte vorgelegt. Der Ausschuß der Nationalen Verteidigung (das höchste französische Gremium) tagte am 10. September. Es war allen Teilnehmern klar, daß man die neue Strategie akzeptieren mußte, um so eher würde Frankreich aber eigene Kernwaffen besitzen müssen. Man war der Auffassung, daß die Nuklearstaaten ihre Atomwaffen nicht gegeneinander verwenden und allein die Nichtnuklearstaaten zu einem nuklearen Schlachtfeld werden würden.

Am 30. August 1954 war die EVG gescheitert. Am 11. September empfahl der Generalstab die Gründung einer europäischen Verteidigungsgruppierung innerhalb der NATO. Diese Gruppierung, so die Überlegung, sollte über eine integrierte Atomstreitmacht verfügen, um nicht völlig von den Vereinigten Staaten abhängig zu sein: Frankreich sollte Nuklearmacht werden, würde sich dies alleine aber nicht leisten können. Deutschland sollte der Status einer Nuklearmacht verweigert werden, würde diese Diskriminierung aber vermutlich nicht hinnehmen. Die beste Lösung war nach Ansicht des französischen Generalstabs deshalb eine europäische atomare Integration unter der Führung Frankreichs. In den französischen Diskussionen des Sommers 1954 waren drei Argumentationsstränge eng ineinander verwoben, die erst nach 1958 wieder auseinanderliefen: Kernwaffen galten als Mittel zur Wahrung nationaler Unabhängigkeit, ferner als Mittel der Rückversicherung, falls die Vereinigten Staaten zögern sollten, ihre Waffen gegen die Sowjetunion einzusetzen, und drittens als Mittel zur Förderung der europäischen Zusammenarbeit. Man sah darin keinen Widerspruch: Frankreich sollte die Führung bei den nuklearen Anstrengungen im europäischen Rahmen übernehmen, zum einen um das Gleichgewicht innerhalb der atlantischen Allianz wiederherzustellen, sodann um die Parität mit Großbritannien in der Standing Group zu gewährleisten und schließlich um einen Verlust an Autonomie im Frieden zu verhindern, im Kriegsfall nicht atomar hilflos zu sein. Zwischen der nationalen Nuklearpolitik und der Allianz gab es keine Antinomie, beides ergänzte einander vielmehr.

Ohne Zweifel spielte auch der Faktor der Wiederbewaffnung Deutschlands nach den Pariser Abkommen vom Oktober 1954 eine Rolle. Frankreich wollte dank seiner Atombombe einen Sicherheitsspielraum behalten. Bei der Londoner Konferenz Ende September hatte sich Mendès-France dafür eingesetzt, die nukleare Handlungsfreiheit Frankreichs zu gewährleisten, während Deutschland auf die Bombe verzichtete. Die Westeuropäische Union behielt allerdings das Recht – nach den ersten Atomtests –, die Höhe der nuklearen Vorräte ihrer Mitgliedsstaaten zu bestimmen. Diese Vorkehrung sollte in den sechziger Jahren viel diskutiert werden, doch damals wurde sie nicht angegriffen, weil man in Paris glaubte, ein europäisches Nuklearprogramm sei letzten Endes nur unter Führung Frankreichs denkbar.



Die Pariser Abkommen vom 23. Oktober 1954 veranlaßten Mendès-France, die Sache voranzutreiben. Am 26. Oktober wurde durch geheimen Erlaß ein Ausschuß für die militärische Anwendung der Kernenergie geschaffen. In seiner Rede vor den Vereinten Nationen am 24. November ließ sich Mendès-France nicht dazu herbei, einen Stop von Atomtests vorzuschlagen, obwohl die Sozialisten und viele seiner Mitarbeiter darauf drängten. Mendès-France war inzwischen davon überzeugt, ein Land ohne Nuklearwaffen sei nur zweitrangig. Im übrigen wollte er die Amerikaner nicht mit einem Überraschungsvorschlag irritieren. Am 26. Dezember 1954 fand eine wichtige Sitzung bei Mendès-France statt, deren Ergebnis bis heute umstritten ist. Bei dieser Gelegenheit wurde keine formale, politisch brisante Entscheidung getroffen, vielmehr wurde deutlich, daß die Entwicklung der Kernenergie in Frankreich noch drei oder vier Jahre beanspruchen würde, ehe es möglich sein würde, eine Atombombe herzustellen. Der Beschluß ging dahin, die allgemeine, sowohl für den Zivil- wie für den Militärbereich erforderliche nukleare Infrastruktur sowie die Produktion von Spaltmaterial weiterzuentwickeln und zwei atomgetriebene U-Boote zu bauen. Am 29. Dezember wurde ein Sonderbüro für militärische Angelegenheiten innerhalb des CEA gegründet. Diese Gründung, drei Tage nach der erwähnten Sitzung, ist sehr bezeichnend. Mendès-France wollte keine endgültige Entscheidung treffen, vielmehr Alternativen offenhalten, auch wenn er später – während der Kontroversen in de Gaulles Amtszeit – das Gegenteil behauptete.

In Wirklichkeit aber waren die Weichen jetzt gestellt. Trotz der zurückhaltenden Einstellung von Ministerpräsident Edgar Faure wurde im Mai 1955, unter dem maßgeblichen Einfluß der Gaullisten, ein finanzielles Arrangement getroffen, nach dem der CEA Gelder des Verteidigungsministeriums erhalten konnte. Damit war die materielle Grundlage für den Bau der Bombe gelegt. Zwei Anlässe haben dies noch besonders beschleunigt: die sowjetischen Fortschritte auf diesem Felde und der britische Beschluß, die Wasserstoffbombe zu bauen.

Mit dem Regierungsantritt Guy Mollets Mitte Januar 1956 schien alles wieder gefährdet. Von den Thesen Jean Monnets stark beeinflusst, wollte Mollet auf die Atombombe verzichten, die nukleare Abschreckung den Amerikanern überlassen und die Kernenergie lediglich im Rahmen von Euratom entwickeln. Diese Haltung löste eine heftige Gegenoffensive im Parlament wie im CEA aus, die bis in die Regierung hinein Unterstützung fand. Die Anhänger der Bombe machten geltend, es sei notwendig, Nuklearwaffen zu besitzen, um den nötigen Einfluß in der Allianz ausüben zu können; selbst eine kleinere Zahl von Waffen genüge, um den Gegner abzuschrecken. Damit führte der CEA den Begriff der „Nuclear Sufficiency“ in die französische Debatte ein, um damit den Einwand zu entkräften, Frankreich könne mit den Supermächten ohnehin nicht gleichziehen. Im Mai 1956 wurden die Anhänger der Bombe durch die Nachricht bestärkt, die Amerikaner beabsichtigten jetzt, statt die Sowjetunion im Ernstfalle direkt mit Atomwaffen anzugreifen, einen etwaigen nuklearen Schlagabtausch auf Ost- und Westeuropa zu begrenzen. Still-schweigend war damit in französischer Sicht die Doktrin der „Massive Retaliation“ verlassen. Um so unabdinglicher erschien es für Frankreich jetzt zu sein, eine eigene

Bombe zu besitzen. Einen Monat später wurde beschlossen, das militärische Programm weiterzuführen. Guy Mollet verpflichtete sich vor dem Parlament lediglich, vor 1961 keinen Test zu veranstalten. Außerdem beschloß er die Errichtung einer Anreicherungsanlage, die ausgesprochen militärischen Zwecken diene.

Die sowjetischen Drohungen während der Suezkrise verstärkten das Bemühen Frankreichs, Atommacht zu werden, noch weiter. Am 30. November 1956 wurde der CEA mit der Fertigung von ersten Versuchsbomben und der Vorbereitung der Tests beauftragt. Die Suezkrise löste aber auch großes Mißtrauen gegenüber den Vereinigten Staaten aus. Danach war das Atomprogramm leichter als ein Unternehmen zur Sicherung der nationalen Unabhängigkeit zu rechtfertigen, doch wurde der Rahmen der Allianz deswegen keineswegs verlassen. Statt der weiter gefaßten europäischen Überlegungen der früheren Jahre wurden nun jedoch eher bilaterale Beziehungen, insbesondere zu Deutschland, bevorzugt. Am 6. November 1956, am Tag des Scheiterns des Suez-Unternehmens, wurden beim Zusammentreffen von Adenauer und Guy Mollet wahrscheinlich atomare Angelegenheiten besprochen. Sicher ist, daß Adenauer und Mollet ein Abkommen trafen, um die Satzungen der Euratom im Sinne Frankreichs zu ändern. Zwei Monate später erwogen Verteidigungsminister Strauß und Borugés-Maunoury Möglichkeiten einer Kooperation bei dem Betrieb einer Anreicherungsanlage.

Das britische Weißbuch vom Frühjahr 1957 und die britisch-amerikanische Bermudakonferenz erregten in Paris großes Aufsehen. London wollte mit Unterstützung der USA – auf Kosten seiner konventionellen Verteidigung – sein Abschreckungspotential stärken, da die amerikanische Garantie nicht mehr ganz glaubwürdig schien. Dazu kam der erfolgreiche Start des Sputnik am 4. Oktober 1957. Diese Nachricht bestärkte diejenigen, die glaubten, Atomwaffen könnten nur für höchste nationale Interessen, aber nicht zur Verteidigung eines Alliierten eingesetzt werden. Frankreich sollte seine eigenen Waffen besitzen, um wenigstens als „Zünder“ der amerikanischen Streitmacht wirken zu können. In dieser Zeit wurde der Ausdruck vom „Streichholz am Pulverfaß“ geprägt.

Paris reagierte in zweierlei Richtung. In Anspielung auf erste Erwägungen bei der NATO-Konferenz vom Dezember 1956 schlug Frankreich im Mai 1957 vor, die Amerikaner könnten ihren Alliierten – bei doppeltem Schlüssel – Kernwaffen zur Verfügung stellen. Dieser Vorschlag wurde von Eisenhower im Dezember 1957 aufgegriffen. Félix Gaillard, der damalige Ministerpräsident, war interessiert. Es bestand für ihn kein Widerspruch zwischen amerikanischer Hilfe und der Weiterführung des französischen Programms: Im April 1958 beschloß er, daß die erste Explosion 1960 erfolgen sollte. Die Verhandlungen mit den Amerikanern gestalteten sich aber schwierig. De Gaulle brach sie nach seiner Rückkehr an die Macht ab, weil Washington keine präzisen Angaben über die Ziele der in Frankreich zu stationierenden Waffen machen wollte.

Die andere Richtung, in die Frankreich ging, war der Versuch einer Zusammenarbeit mit Bonn und Rom. Ab April 1957 führte Paris Gespräche über die Errichtung einer Anreicherungsanlage. Am 26. November 1957 besuchte Maurice Faure,

Staatssekretär im Quai d'Orsay, Adenauer. Der Franzose betonte besonders die Konsequenzen der russischen Fortschritte. Durch sie verliere die amerikanische Garantie an Glaubwürdigkeit. Die europäischen Staaten sollten ihre militärische Forschung integrieren, um sich bei den Amerikanern besser Gehör verschaffen zu können. Adenauer antwortete, Deutschland wolle keine Kernwaffen produzieren und die Amerikaner nicht brüskieren, stimmte ansonsten aber mit Faure überein. Im Februar 1958 wurde von den drei Verteidigungsministern Chaban-Delmas, Strauß und Taviani tatsächlich ein Abkommen paraphiert. Dieses Abkommen sah eine finanzielle Beteiligung Italiens und Deutschlands an einer französischen Anreicherungsanlage vor. Doch worin bestand die französische Gegenleistung bei diesem Abkommen? Sollten Italien und Deutschland Zugang zu Atomwaffen bekommen? Diese Frage ist bis heute nicht beantwortet. Es wurde gelegentlich behauptet, Frankreich sei bei diesem Abkommen nur an finanzieller Unterstützung interessiert gewesen. Es kann aber durchaus sein, daß Frankreich wirklich die Führung einer europäischen Gruppe übernehmen wollte, um das Gleichgewicht in der atlantischen Allianz zu stärken. Eine solche Politik hätte dem Sinn der Ausführungen Maurice Faures' in Bonn entsprochen und stünde im Einklang mit den Überlegungen, die wir für die Jahre seit 1954 verfolgt haben. Wie auch immer, die Vierte Republik hatte nicht mehr die nötige Bewegungsfreiheit für eine solche großangelegte Politik, und eine der ersten Entscheidungen de Gaulles im Juli 1958 war denn auch die Aussetzung des Abkommens vom Februar.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß es eine Kontinuitätslinie von der Vierten zur Fünften Republik gibt. Der Nukleartest von 1960 in Reggane wurde schon seit 1952 vorbereitet, und die Grundmuster, auf denen auch die spätere Force de Frappe aufbaute, waren schon vor 1958 entwickelt: die Unteilbarkeit der nuklearen Entscheidung, die Probleme einer Allianz im Nuklearzeitalter, die Konsequenzen des Gleichgewichts zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten für Frankreich, der Begriff der Abschreckung „vom Schwächeren zum Stärkeren“, der Begriff des „Zünders“, die Wirkung der Kernwaffen nicht nur dem Gegner, sondern auch deren Funktion den Alliierten gegenüber. Der Begriff der nationalen Unabhängigkeit ist, insbesondere nach Suez, ebenfalls schon eingeführt. Allerdings verstand man den Begriff der Unabhängigkeit vor 1958 anders als später. Bis 1958 wurde in Paris allgemein angenommen, daß die französische Nuklearanstrengung nur im Einklang mit einer europäischen Kooperation und im Rahmen der atlantischen Allianz ihre volle Wirkung entfalten könnte. Für die Regierung der Vierten Republik schlossen sich nationale Nuklearwaffen, europäische Kooperation und Allianz gegenseitig nicht aus. Die französischen Atomwaffen wurden (genau wie die britischen) als ein Beitrag zur Verteidigung der Allianz im Ernstfall gesehen, schlimmstenfalls kam ihnen die Funktion eines „Zünders“ oder einer Rückversicherung zu. Man betrachtete die französische Waffe im Frieden als Hebel, um an den großen Entscheidungen der Allianz ebenbürtig teilnehmen zu können. Erst später wurde die nukleare Unabhängigkeit zum absoluten Wert, zum Ausdruck des Überlebens einer Nation im nuklearen Zeitalter.

PETER WETZLER

## KAISER HIROHITO UND DER KRIEG IM PAZIFIK

Zur politischen Verantwortung des Tennō  
in der modernen japanischen Geschichte

Kaiser Hirohito (1901–1989) wird vor allem wegen zweier weltpolitischer Ereignisse in die Geschichte eingehen. Der Pazifische Krieg und die japanische Niederlage im August 1945, aber auch der anschließende Aufstieg Japans zur Weltwirtschaftsmacht sind eng mit seinem Namen verbunden. Auf den zweiten Vorgang hat der vor kurzem verstorbene Kaiser wenig Einfluß gehabt. Bei dem ersten ist seine Mitwirkung stark umstritten. Die folgenden Ausführungen sind dieser Streitfrage nach dem Einfluß des Tennō auf die japanische Politik vor und während des Krieges gewidmet.

### Der Kaiser als Kriegsverbrecher

Sir William Flood Webb, Vorsitzender Richter des „Internationalen Militärgerichtshofes für den Fernen Osten“ in Tokio, von Anfang Mai 1946 bis Mitte April 1948, schrieb 1971 über die „Kriegsverbrechen“ des japanischen Kaisers Hirohito folgendes: „Bevor der Prozeß begann, war ich der Auffassung, daß der Kaiser als absoluter Herrscher (Japans) die prima facie-Verantwortung für die Genehmigung des Krieges trüge; auf Bitte meiner Regierung hin habe ich entsprechende Ratschläge gegeben . . . Das Beweismaterial, das dem Gericht vorgelegt worden war, bestätigte meine a priori-Feststellung und zeigte, daß der Kaiser tatsächlich den Krieg genehmigt hatte und demnach dafür verantwortlich war.“<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Sir William Flood Webb, „Introduction“, in: David Bergamini, *Japan's Imperial Conspiracy*, New York 1971, 2 Bde., Bd. 1, S. x–xi. Er schrieb ferner: „Das Beweismaterial des Staatsanwaltes ließ die Vermutung zu, der Kaiser habe den Krieg nur widerstrebend gebilligt. Zwar hat mich dieses Beweismaterial nicht ganz überzeugt, aber es war doch einer Prüfung wert.

Eine Eintragung im Tagebuch des Marquis Kido, des Kaiserlichen Siegelbewahrers, vom 30. 11. 1941 offenbarte, daß der Kaiser dem Krieg nur zögernd zugestimmt hatte. Sie zeigte auch, daß der Grund dieser Bedenken nicht etwa in seiner Friedensliebe, sondern in seiner Angst vor einer Niederlage zu suchen sei. Diese Befürchtungen wurden durch – wie es der Kaiser nannte – höchst zufriedenstellende Zusicherungen des Marineministers und des Admiralstabschefs zerstreut.“

Für das originale Japanisch siehe Kido Kōichi, *Kido Kōichi Nikki* (Tagebuch von Kido Kōichi), Tokyo 1966, 2 Bde., Bd. 2, S. 928. Japanische Namen werden in der japanischen Reihenfolge geschrieben, der Familiennahme also zuerst.

Die Behauptung, daß der japanische Kaiser für den pazifischen Teil des Zweiten Weltkriegs verantwortlich sei, wurde von Politikern und Bevölkerung der alliierten Länder während und für einige Zeit nach dem Ende des Kriegs zumeist als selbstverständliche Tatsache akzeptiert. Unter den gegebenen Umständen – dem Mangel an Informationen über die japanische Innenpolitik und dem allgemeinen Haß auf den Kriegsgegner<sup>2</sup> – war das normal. Es ist aber kaum verständlich, daß trotz historischer Forschungen und öffentlicher Diskussionen fast 30 Jahre nach dem Krieg immer noch die Ansicht vorwaltet, der Kaiser habe den Krieg in der Manier eines westeuropäischen, absoluten Monarchen geführt. Diese Auffassung beruht vor allem auf mehr populärwissenschaftlichen Büchern. David Bergaminis voluminöse Abhandlung *Japan's Imperial Conspiracy* hat in besonderem Maße zur Verbreitung dieser Legende beigetragen: Der Kaiser sei der eigentliche Drahtzieher hinter den Kulissen gewesen. Nach Kriegsende habe dann der Oberbefehlshaber der Besatzungsmächte, General Douglas MacArthur, den Kaiser gerettet. Von der Persönlichkeit des Tennō sehr beeindruckt, habe der amerikanische Oberkommandierende aus innen- wie außenpolitischen Gründen dafür gesorgt, daß der Tennō nicht vor dem Militärgericht in Tokio angeklagt wurde<sup>3</sup>.

Gleich nach der Veröffentlichung von Bergaminis Buch haben einige Rezensenten seine historischen Einschätzungen wegen der fehlerhaften Übersetzungen und Interpretationen seines Quellenmaterials heftig kritisiert<sup>4</sup>. Diese Fehler sind so gravierend, daß seine Verschwörungs-Theorie von kaum einem Historiker mehr ernst genommen wird. Trotzdem wird das Buch noch als Geschichtswerk von vielen Laien gelesen und als ein zuverlässiges Werk zitiert.

Vor kurzem erschien z. B. das Buch des Journalisten Peter Crome *Der Tenno*. Der Autor erkennt die „unübersehbaren Schwächen“ Bergaminis, hält sie aber nicht für so gravierend, „denn selbst wenn die Hälfte seiner Thesen falsch wäre – was mit

<sup>2</sup> Zum Thema Haß zwischen den Gegnern, John W. Dower, *War Without Mercy. Race & Power in the Pacific War*, New York 1986.

<sup>3</sup> Bergamini, Bd. 1, S. 203 f., 221 ff. Die Diskussion über den Kaiser und seine Schuld als Kriegsverbrecher ist sehr kompliziert. Verschiedene Autoren geben, auf Grund unterschiedlicher Zitierweise, fast gegensätzliche Eindrücke wieder. Vergleiche z. B. folgende Zitate von einem Interview mit Joseph Keenan, damals leitender Staatsanwalt: „Keenan conceded in an interview given in 1950 that ‚strictly legally‘ Hirohito could have been tried and convicted as a war criminal.“ Philip R. Piccigallo, *The Japanese on Trial*, Austin, Texas, 1979, S. 16. Hier könnte man zu dem Schluß kommen, daß Staatsanwalt Keenan den Kaiser zur Rechenschaft ziehen wollte. Mehr von dem gleichen Interview zeigt uns etwas anderes: „Should the emperor have been tried? ‚My (Keenan’s) answer to that, briefly is no. From the evidence at the trial, it was quite clear that Hirohito himself did not want war.‘ Could he have been tried? ‚Strictly legally, Emperor Hirohito could have been tried and convicted, because under the Constitution of Japan, he did have the power to make war and to stop it. We could have convicted him.‘“ Richard H. Minear, *Victor’s Justice. The Tokyo War Crimes Trial*, Princeton 1971, S. 113. Beide Autoren zitieren die folgende Quelle: Joseph B. Keenan Meets the Press, *American Mercury*, Bd. 70, S. 456 ff.

<sup>4</sup> James B. Crowley, *Japan’s Imperial Conspiracy*, in: *New York Times Book Review*, 24. Oktober 1971. Shumpei Okamoto, *Japan’s Imperial Conspiracy*, in: *Journal of Asian Studies*, Ann Arbor, Michigan, 1971–72, Bd. 31; S. 414 ff.



Sicherheit weit übertrieben ist, so umfaßt die verbleibende Hälfte immer noch mehr Informationen, als jemals über das Thema zusammengetragen worden sind.<sup>5</sup>

Dieses Vorgehen ist sehr unbefriedigend. Hier wird die Fiktion den Fakten vorgezogen, und es bleibt dem Leser überlassen, „die historische Spreu vom Weizen zu trennen“. Auch zitiert Crome keine Primärliteratur auf Japanisch, er präsentiert eine unausgewogene Auswahl von Sekundärliteratur und hat das Quellenmaterial Bergamini nicht sorgfältig überprüft. Wegen des unkritischen Umgangs mit Beweismaterial und wegen der vielen Fehler, die z. T. von Bergamini übernommen wurden, kann das Buch nur mit größter Vorsicht gelesen werden.

Im einzigen wissenschaftlich ernst zu nehmenden Buch über den kaiserlichen Hof und dessen Politik, das es in einer westlichen Sprache gibt, kommt David A. Titus zu dem Schluß, daß der Kaiser gegen das Militär eingestellt gewesen sei. Dies habe er jedoch nur hinter den Mauern des Hofes, nicht aber in der Öffentlichkeit kundtun können. Ansonsten wäre ein Putsch wahrscheinlich gewesen<sup>6</sup>. Das Werk beschäftigt sich allerdings stärker mit den Aktivitäten der Hof-Bürokraten als mit dem Kaiser selbst.

Die folgenden Ausführungen stellen daher einen Versuch dar, das Klischee vom realen Kaiserbild zu trennen. Bei der Abgeschlossenheit des Hofes in Japan wird es zwar niemals möglich sein, die tatsächliche Rolle des Kaisers im Hinblick auf Planung und Durchführung des Krieges exakt zu bestimmen. Aber es lassen sich doch viele bisher unbekannt Informationen in Tagebüchern und anderen „inoffiziellen“ Quellen entdecken. Auf diese Weise kann mosaikartig die politische Rolle des Kaisers vor und während des Zweiten Weltkriegs nachgezeichnet werden. Gleichzeitig sollen einige Aspekte des japanischen Führungsstils und der damaligen politischen Zielsetzungen beleuchtet werden.

### Schuldig oder unschuldig?

Von Bergamini und einigen anderen Autoren abgesehen, die sich teilweise auf ihn berufen, wird zur Zeit im Westen die politische Rolle des Kaisers während des Pazifischen Kriegs wohlwollend betrachtet. Gerhard Krebs hat in seinem grundlegenden Buch, *Japans Deutschlandpolitik 1935–1941*, diese Bewertung wie folgt zusammengefaßt: „Der Kaiser nutzte seinen Spielraum, den ihm die Uneinigkeit der politischen und militärischen Führung bot, zum Beispiel, um eine Offiziersrevolte im Februar 1936 zu beenden, den Abbruch der Ausgleichsverhandlungen mit den USA im Frühjahr 1941 zu verhindern und die Kapitulation im August 1945 durchzusetzen.“

<sup>5</sup> Peter Crome, *Der Tenno. Japan hinter dem Chrysanthemenvorhang*, Köln 1988, S. 233 ff. und passim. Für eine ähnliche Meinung siehe Edward Behr, *The Last Emperor*, Toronto, New York usw. 1987. Für eine vollständige, kritische Rezension siehe Gerhard Krebs, in: Kagami, *Japanischer Zeitschriftenspiegel*, Hamburg 1986 (Erscheinungsdatum: April 1989), S. 94–101.

<sup>6</sup> David Anson Titus, *Palace and Politics in Prewar Japan*, New York 1974, S. 328.

zen. Außerdem verweigerte er die Billigung für eine Allianz mit Deutschland und Italien in den Jahren 1938/9 mit der Begründung, eine Einigkeit innerhalb der Fünfministerkonferenz sowie zwischen Heer und Marine sei nicht erreicht. Den Pazifischen Krieg konnte er dagegen nach seinem eigenen Rollenverständnis nicht verhindern, da der Beschluß dafür einstimmig gefaßt war.<sup>7</sup>

Das heißt, daß die Autorität des Kaisers in der Praxis durch frühere Traditionen (der japanische Kaiser als überpolitische, religiöse Instanz) und Kaiser Hirohitos persönliches Rollenverständnis (konstitutioneller Monarch nach englischem Vorbild) eingeschränkt war. Man kann ihn nach dieser (westlichen) Auffassung kaum für Ereignisse verantwortlich machen, die er praktisch nicht beeinflussen konnte. In Japan dagegen ist der Kaiser – seine Aktivitäten in der Vergangenheit und die Bedeutung der Institution für die Zukunft – stark umstritten. Inoue Kiyoshi, emeritierter Professor der Universität Kyoto, schrieb zum Beispiel 1975 in der Einleitung seines Buchs *Tennō no Sensōsekinin* (Die Kriegsverantwortung des Kaisers) folgendes: „Der Kaiser war der einzige, souveräne Herrscher des Kaiserreichs Japan, und er war der einzige, souveräne Oberbefehlshaber der Streitkräfte im Kaiserreich Japans. Darüberhinaus war der Kaiser eine sogenannte heilige Autorität – Abkömmling der Dynastie, die bis zu jener Göttin, die das Land Japan begründete, zurückreicht. Ohne den Befehl Seiner Majestät des Kaisers, der die höchste Macht hatte und die höchste heilige Autorität darstellte, konnten Japan und seine Streitkräfte einen offensiven Krieg gegen Nachbarstaaten nicht führen. Das japanische Volk war so erzogen bzw. gezwungen, dem Kaiser bedingungslos und absolut treu zu sein und ihm in den Krieg zu folgen. Die Theorie, daß Kaiser Hirohito, der diese Position innehatte, keine Kriegsverantwortung trägt, kann wohl von ‚normalen‘ Menschen auf der Welt kaum akzeptiert werden. Dennoch ist diese Meinung in Japan vorherrschend.“<sup>8</sup>

Diese These Inoues steht in Gegensatz zu den Thesen anderer Autoren, die sich mit dem Kaiser und der kaiserlichen Tradition auseinandergesetzt haben. Der Schlüssel zum Verständnis dieses Streits liegt in der Auslegung bestimmter Begriffe durch die Kontrahenten. Diese haben sich in zwei Gruppen gespalten: in eine, die den Kaiser auf Grund bestimmter Charakteristika der japanischen Kultur und Innenpolitik entschuldigt, und eine andere, die den Kaiser unter Anwendung westlicher Prinzipien, die sie für „universalistisch“ hält, beschuldigt. Innerhalb dieser letz-

<sup>7</sup> Gerhard Krebs, *Japans Deutschlandpolitik 1935–1941*, Hamburg 1984, 2 Bde., Bd. 2, S. 20, Nr. 84. Das Buch erhielt 1987 den erstmals verliehenen Preis der Ostasiengesellschaft (OAG) für die beste deutschsprachige Darstellung über Japan.

<sup>8</sup> Inoue Kiyoshi, *Tennō no Sensōsekinin* (Die Kriegsverantwortung des Kaisers), Tokio 1975. „Hashigaki“ (Einleitung), erste Seite (ohne Numerierung). Siehe auch ders., *Tennōsei* (Das Kaiser-System), Tokio 1958. Dieses Buch gab die Richtung an für die spätere Kritik am Kaiser-System. Längst nicht alle japanischen Autoren stimmen mit dieser Meinung überein. Das Volumen und die Vielfältigkeit der Literatur in Japanisch sind überwältigend. Vgl. Ishii Shinji (Hrsg.), *Tennōsei Nyūmon* (Einleitung zum Tennō-System), Tokio 1989. Dies ist ein bibliographisches Werk, das 2000 Titel zum Thema Japans Kaiser enthält.

genannten Gruppe gibt es wiederum eine Aufspaltung in diejenigen, die einer Verschwörungs-Theorie anhängen, und solche, die sich mit der juristischen bzw. sozialwissenschaftlichen Seite und den daraus resultierenden Rechtfertigungen beschäftigen. Diese Vielfältigkeit der Meinungen ist bereits in den Nachlässen damaliger Protagonisten zu finden. Von besonderem Interesse ist die Stellung des Kaisers und der Streitkräfte in der Meiji-Verfassung.

### Die Meiji-Verfassung: Zur Stellung des Kaisers und zur Unabhängigkeit der Streitkräfte

Der Ursprung des kaiserlichen Hauses ist nach Ansicht vieler Japaner sehr wichtig für ihre Kultur. In der Meiji-Zeit (1868–1912) wurde die Mythologie dieses Ursprungs in der Verfassung von 1889 kodifiziert. Dort heißt es:

„Artikel I. Das Kaiserreich Groß-Japan wird beherrscht und regiert von dem Kaiser aus der seit der Gründung des Reiches ununterbrochen herrschenden Dynastie.

Artikel II. Die Thronfolge treten die männlichen Abkömmlinge des Kaisers nach Maßgabe des Gesetzes über das kaiserliche Haus an.

Artikel III. Der Kaiser ist heilig und unverletzlich.“<sup>9</sup>

Die Bedeutung des „Kaiserlichen Wegs“ für Beamte in den Provinzen und den Gemeinden auf dem Land wurde von Itô Hirobumi (1841–1909), dem Vater der Meiji-Verfassung, kurz nach der Verkündung der Verfassung erläutert: „The differences between our Constitution and their (other nations) constitutions are considerable. For example, Chapter I, which clarifies sovereignty in connection with the prerogative of the sovereign has no parallel in the constitutions of other countries. The reason for this difference can be understood at a moment's glance. Our country was founded and ruled by the emperor himself since the beginning of our history. Thus, to state this fact in the opening article of the Constitution is truly compatible with our national policy. And this fact distinguishes our Constitution from those of other countries.“<sup>10</sup>

In Japan haben „hohes Alter“ und „Altehrwürdigkeit“ einen sehr großen Stellenwert. Die Begründer des modernen kaiserlichen Staats haben daher diese Kontinuität des Kaiserlichen herausgestrichen, um die neue Herrschaftsform zu rechtfertigen. Dies hat Itô klar gestellt, als er über Artikel I der Verfassung schrieb: „At the outset, this Article states the great principle of the Constitution of the country, and declares that the empire of Japan shall, to the end of time identify itself with the

<sup>9</sup> Wilhelm Röhl, *Die Japanische Verfassung*, Frankfurt 1963, S. 147.

<sup>10</sup> Itô Hirobumi Den (*Die Biographie von Itô Hirobumi*), Tokyo 1940, 3 Bde., Bd. 2, S. 651. Zitiert in Ryusaku Tsunoda et al., *Sources of Japanese Tradition*, New York 1958, S. 666 f. Dies stammt aus einem Vortrag, der auf einer Konferenz von Provinz-Gouverneuren am 15. Februar 1889 gehalten wurde.

Imperial dynasty unbroken in lineage, and that the principle has never changed in the past, and will never change in the future, even to all eternity. It is intended thus to make clear forever the relations that shall exist between the Emperor and his Subjects."<sup>11</sup> Die eigenartige Verbindung zwischen Kaiser und Volk in Japan ist auch in dem „Erziehungserlaß“ des Kaisers Meiji vom 30. Oktober 1890 festzumachen: „Unsere kaiserlichen Vorfahren haben Unser Reich auf einer breiten und ewigen Grundlage geschaffen und die Tugend tief und fest verwurzelt; Unsere Untertanen, geeint in Treue zum Herrscher und in Pflichterfüllung gegenüber den Eltern, haben von Generation zu Generation die Herrlichkeit dieser Taten vervollkommenet. Darin liegt die unvergleichliche Eigenart Unseres Nationalwesens (*kokutai*).“<sup>12</sup>

Hier tauchte der Ausdruck „Nationalwesen“ amtlich zum ersten Mal auf. Nationalwesen heißt, aus dem Japanischen „*kokutai*“ wörtlich übersetzt, „Körper des Landes“ und wurde früher in diesem physischen Sinne gebraucht. Im Erziehungserlaß Meijis aber weist „*kokutai*“ „vom *moralischen Gesichtspunkt* auf das charakteristische Merkmal des Landes“ Japan hin<sup>13</sup>. Dieses Thema ist von den Militaristen der dreißiger Jahre aufgegriffen worden, wie man einem Edikt des Erziehungsministeriums von 1937 – „Die Grundlagen des Nationalwesens“ (*Kokutai no Hongi*) – entnehmen kann. In der Einleitung dazu heißt es: „Among the injunctions bequeathed by the Imperial Ancestors that are carried over into our Constitution the most thoroughly basic is the Oracle which is coeval with heaven and earth. This Oracle is the great august Will of the line of Emperors unbroken for ages eternal.“<sup>14</sup> Die Militärs haben dann betont, daß der Kaiser laut Artikel XI. und XII. der Verfassung des Kaiserreichs Japan von 1889 der Oberbefehlshaber des Heeres und der Kriegsmarine sei und deren Gestaltung bestimme<sup>15</sup>.

Diese Artikel bedeuten aber nicht, daß er die Führung der Armee tatsächlich innehatte oder die ranghöchsten Offiziere entscheidend beeinflussen konnte. Von Anfang an wurde die Verfassung so interpretiert, daß der Kaiser niemals als eigentlicher Oberbefehlshaber fungierte<sup>16</sup>. Seine Tätigkeit hinsichtlich der Armee ist nur eine von vielen – Krieg erklären, Frieden schließen, Verträge ratifizieren, die Ver-

<sup>11</sup> Marquis Hirobumi Ito, Commentaries on the Constitution of the Empire of Japan, Baron Mitoji Ito Übersetzer, Tokio 1906 (Garden Grove Reprint 1978), S. 2 f.

<sup>12</sup> Röhl, S. 47. Tsunoda, S. 646 f. für eine Übersetzung ins Englische von dem ganzen Text.

<sup>13</sup> Röhl, S. 47. Hervorhebung durch den Autor. Theoretisch könnte man von dem Nationalwesen jedes Landes sprechen. Dies hatten die japanischen Nationalisten offensichtlich nicht gemeint. Vgl. Richard H. Minear, Japanese Tradition and Western Law. Emperor, State, and Law in the Thought of Hozumi Yatsuka, Cambridge, Ma, 1970, S. 64–83. *Kokutai* „refers in a relatively unspecific manner to the unique essence of Japanese society“ (S. 65).

<sup>14</sup> Zitiert in Robert King Hall, *Shūshin: The Ethics of a Defeated Nation*, New York 1949, S. 58 f.

<sup>15</sup> Die Meiji-Verfassung: Artikel XI. Der Kaiser führt den Oberbefehl über das Heer und die Marine. Artikel XII. Der Kaiser bestimmt die Organisation und die Friedensstärke des Heeres und der Marine. Röhl, S. 174.

<sup>16</sup> „By 1871 the first stage in the transformation of the Japanese monarchy was essentially complete. . . The emperor continued as a transcendental and passive sovereign with authority which was theoretically absolute but which was actually exercised by ministers who governed in his name.“ John

waltung kontrollieren, Beamte ernennen, das Parlament einberufen und auflösen usw. – , die in den Artikeln V. bis XVI. aufgelistet sind. Wie man dem Abschnitt IV. der Verfassung – Die Minister und die Geheimen Staatsräte – entnehmen kann, ist aber seine tatsächliche Rolle eingeschränkt: „Die Minister, und zwar jeder für sich, beraten den Kaiser und tragen dafür die Verantwortung. Alle Gesetze, Thronverordnungen und kaiserlichen Erlasse in Staatsangelegenheiten bedürfen der Gegenzeichnung eines Ministers.“<sup>17</sup>

Dies macht gleichzeitig deutlich, daß alle Staatsminister in ihrer Position dem Kaiser gegenüber gleichgestellt waren und die Minister der Streitkräfte keinen besonderen Zugang zum Thron hatten. In der Tat hatten die Militärs bis zum Ende des Meiji-Zeitalters (1868–1912) in dieser Hinsicht keine Sonderstellung inne.

Generelle Übereinstimmung herrscht in der Forschung, daß die Meiji-Verfassung stark von damaligen preußischen Rechtsvorstellungen geprägt gewesen sei und die Streitkräfte ihre besondere Stellung diesem Umstand zu verdanken gehabt hätten. In einem Handbuch zur japanischen Geschichte schreibt der österreichische Japanologe Sepp Linhart folgendes zur Meiji-Verfassung: „Daß die Frage der Verfassung sehr ernst genommen wurde, ersieht man daraus, daß sich eine Delegation unter Itô Hirobumi, einem der führenden Meiji-Politiker, 1882/83 für eineinhalb Jahre nach Europa, vor allem nach Berlin und Wien, begab, um dortige Verfassungen zu studieren. Sehr rasch entschied man sich, bestärkt von konservativen Verfassungsrechtlern wie (Rudolf von) Gneist und Lorenz von Stein, für eine Verfassung nach preußischem Muster . . .“

Besonders eigenartig mutet uns heute an, daß das Heer und die Marine außerhalb der Kontrolle von Parlament und Regierung gestellt waren. Der Generalstab hatte einen direkten Zutritt zum Kaiser, und außerdem erreichte er, daß nur aktive Generale und Admirale Heeres- oder Marineminister werden konnten. Dadurch konnte die Armee nicht nur ein Eigenleben entfalten, sie konnte auch jedes von ihr nicht gewünschte Kabinett zu Fall bringen, indem sie ihre Zustimmung verweigerte.“<sup>18</sup>

Die bedeutenden amerikanischen Historiker Edwin O. Reischauer und Albert M. Craig haben ebenfalls diese Argumentation verfochten. In ihrem Standardwerk über Japan und China, das in fast allen Universitäten Amerikas benutzt wird, schrieben sie, daß Yamagata Aritomo (1838–1922) das deutsche Generalstabs-System im Jahre 1878 übernommen habe. Dabei sei das Prinzip etabliert worden, daß der Generalstabschef in Sachen rein militärischer Befehle unabhängig von den Ministern der Streitkräfte und der Regierung überhaupt sei und direkten Zutritt zum Thron habe. Der Minister sei lediglich für Finanzen und Administration zuständig gewesen<sup>19</sup>.

Whitney Hall, *A Monarch for Modern Japan*, in: Robert E. Ward, *Political Development in Modern Japan*, Princeton 1968, S. 11–64, S. 47.

<sup>17</sup> Röhl, S. 150, (Abschnitt IV., Artikel LV.). Vgl. auch Minear, *Japanese Tradition & Western Law*, S. 118 ff.

<sup>18</sup> Otto Ladstätter und Sepp Linhart, *China und Japan. Die Kulturen Ostasiens*, Wien 1983, S. 387 f.

<sup>19</sup> John K. Fairbank, Edwin O. Reischauer und Albert M. Craig, *East Asia. Tradition & Transformation*, Boston 1978, S. 543. Die folgende Diskussion und die Skizze „The Political System Under the



Fujiwara Akira, ein anerkannter Historiker, der über den Zusammenhang zwischen dem Kaiserlichen System und den Streitkräften in der modernen Geschichte Japans mehrere Abhandlungen publiziert hat, sieht die Situation aber ganz anders.

Laut einer ministeriellen Vorschrift, die vor der Verkündung der Meiji-Verfassung erlassen worden war, durfte der General- bzw. der Admiralstabschef dem Kaiser über militärische Geheimnisse direkt berichten. Im Anschluß an eine solche Audienz sollte der Heeres- bzw. Marineminister dem Premierminister den Inhalt der Unterredung mitteilen<sup>20</sup>. Weiterhin bestimmten auch die Vorschriften der Regierungverwaltung für Minister, im gleichen Jahr wie die Verfassung festgelegt, folgendes über dieses Verhältnis: „Angelegenheiten, die mit militärischen Geheimnissen oder Befehlen zu tun haben und dem Kaiser (direkt vom General- bzw. Admiralstabschef) berichtet werden, sollen – mit Ausnahme der Dinge, die vom Kaiser an das Kabinett weitergeleitet werden – dem Premierminister vom Heeres- bzw. Marineminister berichtet werden.“<sup>21</sup>

Es war also niemals beabsichtigt, die Streitkräfte als unabhängige Macht außerhalb der Regierungskontrolle zu etablieren. Man könnte höchstens sagen, daß für spezielle militärische Belange ein besonderer Organisations-Ablauf vorgesehen war. Dieses Vorgehen ermöglichte zwar in bestimmten Fällen den Stabschefs direkten Zutritt zum Kaiser, war aber strikt auf die Besprechung militärischer Geheimnisse und Befehle begrenzt, und auch diese Angelegenheiten sollten dem verantwortlichen Minister vertraut sein, der die Ergebnisse des Gesprächs mit dem Kaiser dem führenden Politiker der Regierung – dem Premierminister – mitzuteilen hatte. Ein solches Verfahren erlaubte weder eine Selbständigkeit des Generalstabs, noch ließ es eigenmächtige militärische Aktionen im Namen des Kaisers ohne Billigung der Regierung zu. Die Auffassung von der Selbständigkeit des Militärs und ihrer Umsetzung in eigenmächtig geplante Aktionen entwickelte sich erst später.

Die Verwirrung, die mit diesem Problem verbunden ist, hat der renommierte Jurist Minobe Tatsukichi (1873–1948) schon früher gut analysiert. Er hat das eigenständige politische Vorgehen der Militärs eingestanden, ihm aber jegliche konstitutionelle Grundlage abgesprochen<sup>22</sup>.

Meiji Constitution“ vermitteln auch den (irreführenden) Eindruck, daß der Generalstab des Heeres und der Admiralstab der Marine über den jeweiligen Ministern und außerhalb der Kontrolle der Regierung standen.

<sup>20</sup> Fujiwara Akira, *Tennōsei to Guntai* (Das Kaiser-System und die Streitkräfte), Tokio 1978, S. 116.

<sup>21</sup> Ebenda. Fujiwara zitiert hier das Original. Ienaga Saburō, *The Pacific War, 1931–1945*, New York 1978, S. 35, zitiert die gleichen Vorschriften, interpretiert aber die ganze Situation anders: „But at some point the words ‚by the chief of the general staff‘ were deleted from the text, blurring the restriction. The service ministers claimed authority to report directly to the emperor without cabinet approval; under this privilege they had only to inform the prime minister of their action. The army and navy ministers thus gained their right of access to the throne by an unethical trick.“ Ienagas moralische Sorge scheint hier seinen Sinn für Geschichte zu überwältigen. Die Bedeutung dieser Vorschrift ist unter Historikern sehr umstritten.

<sup>22</sup> Minobe Tatsukichi, *Kempō Satsuyō* (Das Wesentliche in der Grundverfassung), Tokio 1923, 2. Auflage 1946, S. 225; Frank O. Miller, Minobe Tatsukichi. *Interpreter of Constitutionalism in Japan*,

Das heißt, der konservative Jurist aus der Vorkriegszeit Minobe und der liberale Historiker aus der Nachkriegszeit Fujiwara sind der gleichen Auffassung, insofern es um die Unabhängigkeit der Streitkräfte geht: die Verfassung ließ sie nicht ohne Billigung der Minister agieren.

Der Unterschied zwischen Theorie und Praxis, zwischen juristischen Grundlagen und historischem Geschehen, ist bei vielen Autoren (Reischauer, Craig, Linhart) durcheinander geraten. General Yamagata, seine Kollegen und Nachfolger sind einem Beispiel deutscher Geschichte gefolgt, um ihre eigene Macht aufzubauen. Sie haben die neue Verfassung, deren Grundlinien stark von den Deutschen beeinflusst waren, nie voll unterstützt, aber auch nie versucht, die traditionellen Institutionen des Kaiserhauses zu überwinden<sup>23</sup>. Statt dessen bauten die Militärs diese Traditionen als Fundament für ihre eigene Machtübernahme aus. Bis heute haben Historiker meist die Entwicklung nach der Anfangsphase nicht weiter verfolgt und somit die Verhältnisse der dreißiger Jahre auf die Meiji-Ära übertragen<sup>24</sup>. Der Einfluß deutscher Juristen und des preußischen Vorbildes einerseits, der Anfang der Entwicklung zur Unabhängigkeit des Militärs während der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts und ihre Vollendung in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts – all dies muß klar differenziert werden.

In der Tat ist die Entwicklung, die den Streitkräften in den dreißiger Jahren eigenmächtige Aktionen erlauben wird, erst mit dem Kabinett von Yamamoto Gonojyō (Regierungszeit: Februar 1913–April 1914) eingeleitet worden. Damals haben die Parteien versucht, die Macht der Militärs zu mindern, und die Anordnung, daß die Minister der Streitkräfte aktive Offiziere zu sein hätten, gestrichen. Als Gegenmaßnahme haben sich Heer und Marine umorganisiert und viele Funktionen von den Ministerien auf den General- bzw. Admiralstab übertragen<sup>25</sup>.

Zuvor, zwischen 1890 und 1907, hatte der Heeresminister 518 Meldungen direkt an den Kaiser gemacht, der Generalstabschef 344. In der gleichen Zeit stand das

---

Berkeley 1965, S. 100: „The autonomy of the military command organs was all but unanimously accepted as a firmly, some would say immutably, fixed principle of Japanese constitutional law and practice. . . It was, he (Minobe) felt, based on preconstitutional practice carried over and implemented by ordinances but for which ‚ministers of state might logically be taken to be competent advisors‘ in matters of the military prerogative.“

<sup>23</sup> „The German expectation that the emperor would play a positive role in political decision-making was thwarted both by the traditional relationship of the ‚sacred emperor‘ to government and by the personalities of the Taishō and Shōwa emperors.“ Joseph Pitau, *Ideology of a New Nation*, Diss. Harvard 1962, S. 150 ff., in: Hall, S. 56, Nr. 41.

Aber: „The parallel between the steps taken between 1885 and 1890 insulating the Japanese military command from parliamentary interference and those which accomplished the same thing in Prussia and Germany between 1861 and 1883 is too plain to suppose coincidence. There can be little doubt that Yamagata and his colleagues took a lesson from the ‚political generals‘ of Prussia with whom they shared an abhorrence not only of the idea of military accountability to the parliament but of all the political and social consequences flowing from the establishment of a representative parliament.“ Miller, S. 100.

<sup>24</sup> Carol Gluck, *Japan's Modern Myths. Ideology in the Late Meiji Period*, New York 1985, ist eine merkwürdige Ausnahme. <sup>25</sup> Fujiwara, S. 116 f.

Verhältnis zwischen Marineminister und dem Admiralstabschef 489 zu 122<sup>26</sup>. Während dieser Zeit gab es zwei Kriege: den Chinesisch-Japanischen Krieg 1894–95 und den Russisch-Japanischen Krieg 1904–05. Trotzdem haben die Minister viel häufiger als die Stabschefs dem Kaiser Bericht erstattet. Daher läßt sich vermuten, daß es nicht militärische Probleme, sondern Auseinandersetzungen in Führungskreisen nach dem Ende der Meiji-Ära waren, welche Veränderungen verursacht haben.

Die Vorstellung von einem unabhängigen Generalstab stammt aus der Zeit der Meiji-Ära, aber ihre Verwirklichung und die Behauptung, daß es immer so gewesen sei, kamen erst später. Die Umgestaltung im Juni 1913 verschob die Gewichte zugunsten des Generalstabs in wesentlichen Punkten. Der Generalstab erlangte in Sachen Kriegsplanung, Operationen und – verhängnisvollerweise – Truppenbewegungen und Aktionen im Ausland eine gewisse Unabhängigkeit. Planung, Genehmigung und Durchführung dieser Aufgaben waren ausschließlich ihm vorbehalten, der Minister hatte lediglich beratende Funktion. Nach 1913 haben insbesondere die führenden Kräfte des Heeres die Macht des Generalstabs gegenüber dem Ministerium gezielt auch auf andere Gebiete ausgeweitet. Die Marine zog langsamer nach und erreichte erst mit der Diskussion um die Ratifizierung des Londoner Flottenabkommens von 1930 eine politische Eigenstellung.

#### Der Kaiser, ein absoluter Herrscher?

Der erste konkrete Akt in den Bemühungen des Heeres, die japanische Politik zu gestalten, war die Ermordung des lokalen Machthabers in der Mandschurei, Chang Tso-lin, am 4. Juni 1928. Die Aktion war ohne Wissen oder Genehmigung der Regierung geplant und durchgeführt worden. Chang hatte damals als Kriegsherr der Mandschurei die Unterstützung der dort stationierten japanischen Kwantung-Armee genossen. Als er etwas zu eigenmächtig wurde, veranlaßten japanische Offiziere seine Ermordung, weil sie meinten, daß sein Sohn – der drogenabhängig war – leichter zu beeinflussen sei. In der Behandlung dieses Falles können wir den Unterschied fassen zwischen der Behauptung Sir William Flood Webbs und Professor Inoue Kiyoshis einerseits, der Kaiser sei absoluter Herrscher Japans und trage die Verantwortung für die Genehmigung militärischer Aktionen bzw. des Krieges, und der Realität andererseits, wie sie von dem Genrō Saionji<sup>27</sup>, seinem Sekretär Harada und angeblich auch vom Kaiser selbst gesehen wurde.

<sup>26</sup> Ebenda, S. 116. Fujiwara zitiert hier das Tagebuch des führenden Politikers Itō Miyoji (1857–1934). Itō Miyoji, *Suisō Nikki*, (Landhaus Tagebuch des Regens am frischen Pflanzenwuchs), Tokio 1966, Anhang, S. 881–914.

<sup>27</sup> Fürst Saionji Kinmochi (1849–1940) war der letzte Überlebende aus den Reihen der Genrō, der „älteren Staatsmänner“ der Meiji-Zeit, die – außerhalb des Verfassungsrahmens – als Berater des Tennō fungierten und Vorschlagsrecht bei der Auswahl des Premiers besaßen. Er übte großen Einfluß auf den Kaiser aus.

Hier wird „Fürst“ für Adlige benutzt, die nicht zum kaiserlichen Haus zählen, während die mit „Prinz“ bezeichneten der Kaiser-Dynastie angehören.

Am Tage des Erscheinens des Zeitungsberichts über den Bombenanschlag, den die Kwantung-Armee chinesischen Soldaten zuschrieb, hat Fürst Saionji vor seinem Sekretär Harada bemerkt: „Irgendwie sehr merkwürdig! Das kann zwar niemandem gesagt werden, aber ist hier nicht die japanische Armee vielleicht doch der Hauptübeltäter gewesen?“ Einige Tage danach kam der damalige Premierminister Tanaka Giichi zu einem Geheimgespräch mit Fürst Saionji und behauptete: „Das wird wohl die japanische Armee gewesen sein.“<sup>28</sup> Saionji erklärte dem Premierminister, daß die Verantwortlichen gegebenenfalls wegen des internationalen Ansehens Japans und auch, langfristig gesehen, wegen des Ansehens der Armee in China schnell und konsequent bestraft werden sollten. Tanaka, einst selbst Berufssoldat und Stabsoffizier, wollte bis nach der Thronerhebungszeremonie am 10. November desselben Jahres warten. Saionji schien ihm zuzustimmen und sagte nur, daß der Kaiser sofort benachrichtigt werden sollte. Die wichtigsten Staatsminister widersetzten sich aber Saionjis Ratschlag mit dem Argument, das internationale Ansehen Japans könne Schaden nehmen. Deshalb zögerte auch Tanaka. Nachdem er von Saionji mehrmals aufgefordert worden war, benachrichtigte Tanaka endlich den Kaiser von dem Vorfall.

Der Zeitzeuge Harada hat die Einwände der einflußreichen Mitglieder in Tanakas Kabinett so beschrieben: „Eine Bestrafung oder etwas ähnliches muß auf jeden Fall vermieden werden. Was das Vergehen der japanischen Soldaten anbelangt: würden diese Taten durch eine Bestrafung publik gemacht, so würde die Person des Kaisers in den Schmutz gezogen werden, weil es ja Soldaten des Kaisers waren, die so etwas getan haben, und weil es später im Ausland bekannt würde. Mit was für einem Ansehen würde der Kaiser dann den wichtigen Gesandten verschiedener Länder entgegentreten können ... Das, was Fürst Saionji sagte, ist sicherlich ein Irrtum.“<sup>29</sup>

Dennoch setzte sich der Genrō durch, und im Juni 1928 berichtete der Premierminister dem Kaiser, daß die Armee höchstwahrscheinlich für die Sache verantwortlich sei. Tanakas Bericht und die Reaktion des Kaisers hat Harada folgendermaßen beschrieben: „Was die Affäre Chang Tso-lin betrifft, so glaube ich, daß die Hauptübeltäter höchstwahrscheinlich unter den Soldaten der kaiserlichen Armee zu finden sind; deshalb habe ich veranlaßt, daß der mir direkt unterstellte Heeresminister eine Untersuchung durchführt. Dieser wird Ihnen persönlich die Details der Untersu-

<sup>28</sup> Harada Kumao, *Saionjikkō to Seikyoku*, (Fürst Saionji und die politische Entwicklung), Tokio 1950–56, 8 Bde, (im folgenden: *Memoiren von Harada*), Bd. 1, S. 3. Die Erzählung unten folgt den *Memoiren von Harada*. Hier ist daran zu erinnern, daß eine unserer Hauptquellen – die *Harada-Memoiren* – ein Beispiel für das japanische Verständnis einer westlich geprägten Rechtfertigung der damaligen Stellung des Kaisers und seiner Handlungsweise in den dreißiger Jahren sind. Vgl. William Fitch Morton, *Tanaka Giichi and Japan's China Policy*, Folkestone, Kent, 1980, S. 130 ff., 149 f., 153 f., 158 ff. Gavan McCormack, *Chang Tso-lin in Northeast China, 1911–1928*, Stanford 1977. Siehe im Anhang die wichtigsten Autoren der erwähnten Tagebücher und *Memoiren*.

<sup>29</sup> *Memoiren von Harada*, Bd. 1, S. 4 f.

chung mitteilen.“ Unmittelbar darauf ist der Heeresminister vor dem Kaiser erschienen, hat den Vorfall allgemein dargelegt und versichert, daß er nach eingehender Untersuchung dem Kaiser Bericht erstatten werde. Daraufhin entgegnete ihm der Kaiser: „Die Disziplin der Reichsarmee (*kokugun no gunki*) soll streng aufrecht erhalten werden!“<sup>30</sup>

Trotzdem konnte die Regierung die geforderte Bestrafung der Verantwortlichen nicht durchsetzen. Der Generalstab war – vom rechtlichen Standpunkt aus betrachtet – seit 1913 in der Lage, die Planung und Durchführung solcher Aktionen ohne Kenntnis der Regierung vorzunehmen. Allerdings hätte er zwischen der Planung und der Durchführung die Genehmigung des Kaisers einholen müssen. Da dies nicht geschah, war sein Handeln strafbar. Schließlich hat die Regierung im Namen des Kaisers die Initiative ergriffen. Aber der zu diesem Zweck ausgewählte verantwortliche Beamte und Gesprächspartner des Kaisers, der Heeresminister, der eine Untersuchung einleiten sollte, war nicht imstande, diese Aufgabe zu lösen, weil er gar nicht befugt war, gegen das Ausland gerichtete Operationen zu überwachen bzw. zu untersuchen.

Nachdem sich in Regierungskreisen herumgesprochen hatte, daß die Kwantung-Armee für die Ermordung verantwortlich war, versuchte Tanaka im Mai 1929 – unter dem Druck der Streitkräfte und seiner Partei, der *Seiyūkai* – das Ganze zu verschleiern. Laut Harada und dem damaligen Oberhofmarschall Suzuki mußte Tanaka dann zurücktreten, weil er deswegen ins Zwielficht geraten war. Er berichtete dem Thron, daß die Verantwortung zwar nicht geklärt sei, aber einige Polizisten administrativ strafversetzt werden sollten. Der Kaiser ließ erkennen, daß er einen Widerspruch zwischen dem ersten und dem zweiten Bericht sehe und mit dem Ergebnis unzufrieden sei. Daher mußte Tanaka zurücktreten<sup>31</sup>.

War der Kaiser unter diesen Umständen für das Attentat verantwortlich zu machen? Hätte er darauf bestehen müssen, daß die Täter zur Verantwortung gezogen werden? Prima facie, mit den Worten des australischen Juristen Sir Flood Webb, muß die Frage bejaht werden. Hirohito war laut japanischer Verfassung Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Im Sinne der Meiji-Verfassung, wie sie von Anfang an in Japan ausgelegt und in die Praxis umgesetzt worden war, hatte der Kaiser jedoch keine Verantwortung. Die theoretische Stellung des Tenno als „absoluter Herrscher“ und „höchster Oberbefehlshaber der japanischen Streitkräfte“

<sup>30</sup> Ebenda, S. 5. Dieser Inhalt ist bestätigt, wenn auch nicht im Wortlaut, bei Honjō Shigeru, Honjō Nikki (Tagebuch von Honjō), Tokio 1967, S. 160. Siehe Mikiso Hane Übersetzer, Emperor Hirohito and his Chief Aide-de-Camp. The Honjō Diary, 1933–36, Tokyo 1982, S. 76. Suzuki Kantarō u. Imamura Hitoshi, Suzuki Kantarō Jiden (Die Autobiographie von Suzuki Kantarō), Tokio 1981, S. 224 ff. Siehe auch Titus, S. 144.

<sup>31</sup> Memoiren von Harada, Bd. 1, S. 3–11. Tagebuch von Honjō, S. 160 f. Hane Übersetzer, S. 76 f. In einer Eintragung von Mitte Juni 1933 schrieb General Honjō eine Mitteilung von dem damaligen Oberhofmarschall Suzuki über den Zusammenhang zwischen der Behandlung des Mordanschlags und dem Rücktritt von Premierminister Tanaka 1929 nieder.



hatte keine direkte politische oder militärische Bedeutung. Dies erhellt auch aus der Tatsache, daß der Kaiser erst nachträglich – auf Geheiß Saionjis – von der Ermordung informiert worden war. Nicht einmal Professor Inoue konnte in seiner kritischen Abhandlung den Kaiser dieses Verbrechens beschuldigen. Bergamini und Crome dagegen sahen eine kaiserliche Verschwörung und interpretierten den Sachverhalt entsprechend. Aber ihre Interpretation des Vorfalles wird durch die Quellen nicht bestätigt<sup>32</sup>.

Dennoch war der Kaiser nicht ganz korrekt in seinem Vorgehen. Fürst Saionji sah den Kaiser als konstitutionellen Monarchen nach englischem Muster. Der Kaiser selbst schien mit dieser Rolle einverstanden zu sein<sup>33</sup>. Dann aber hätte er Premiermi-

<sup>32</sup> Bergamini schreibt, daß Tanaka und nicht der Kaiser den Anschlag rechtmäßig untersuchen lassen wollte. Nicht Saionji habe den Premierminister aufgefordert, den Kaiser von der Ermordung zu unterrichten, sondern umgekehrt: Bergamini Tanaka fragt den Genrō zögernd, ob er sich nicht nach der Meinung des Kaisers erkundigen wolle. Der Kaiser und nicht Tanaka habe der Armee mit dieser Verschleierung gefallen wollen. Das Vorgehen Bergamini ist aber höchst suspekt. Für die Verbindung zwischen den Armee-Extremisten und dem Kaiser muß man einen geheimen Gewährsmann annehmen, obwohl weder Harada noch andere Quellen, die etwa aus dieser Zeit stammen, Hirohito mit einem solchen in Zusammenhang bringen. Bergamini, S. 474 ff. Hier zitiert er dieselbe Quelle wie oben – Harada Memoiren, Bd. 1, S. 3 f. – und ein Interview mit einem unbekanntem Adligen, der nicht genannt werden darf („privileged source“). Bergamini, Bd. 2, S. 1460, Nr. 474. Vgl. auch Tagebuch von Honjō, S. 160f.

Inoue, S. 20 f., 68 f. Vgl. Crome, S. 250 f. hinsichtlich einer anderen Meinung: „Für den Historiker Kiyoshi Inoue liefern die Vorgänge um das Attentat gleichzeitig ein sprechendes Beispiel für Kaiser Hirohitos persönliches Engagement bei der Expansion (in China).“ Aber Inoues Beschreibung abstrahiert, entsprechend seiner Profession als Historiker, nicht so sehr, wie es hier von dem Journalisten Crome angedeutet wird.

Morton schrieb sympathischerweise, daß Tanaka wegen seiner überzeugten Treue zum Kaiser gehandelt hatte. Tanaka hat angeblich damals gesagt: „I will not tell a lie to the Emperor.“ Morton, S. 277, Nr. 253. Hier wird zitiert: Matsui Nanao, Mammō Taisaku to Bōjūdai Jiken (Mandschurei – Mongolei Politik und ein bestimmter schwerwiegender Zwischenfall), in: Oozeki Keizō, Tanaka-Dan o Omou (Erinnerung an Baron Tanaka), privat verlegt und verteilt 1931. Titus, S. 144 ff. für eine andere Interpretation, die sich von der Bergamini unterscheidet und den Quellen sehr nahe kommt.

Trotz der erwähnten Rezensionen (Anmerkung 4) und der Vielfältigkeit der Informationen hat der Journalist Behr auch in diesem Fall seine Erzählung auf Bergamini gestützt und angedeutet, daß Kaiser Hirohito hinter der Ermordung Chang Tso-lins stand. Behr, S. 168 ff. Dies obwohl Pu Yi – „der letzte Kaiser“, über den Behr schrieb – in seiner Autobiographie vermerkte, daß Chang für die japanische Kwantung-Armee „zu un bequem geworden war“, und er nichts über den japanischen Kaiser zu sagen gehabt hatte. Pu Yi, Pu Yi: Ich war Kaiser von China, München 1987, S. 194 f.

<sup>33</sup> Lesley Connors, *The Emperor's Advisor. Saionji Kinmochi and pre-war Japanese politics*, London 1987, S. 212 f. Hier benutzt Connors in dieser Zusammenfassung das Wort „English“ nicht. Aber es ist klar, daß die vom Autor beschriebene konstitutionelle Monarchie auf englischem Muster basiert: „„Liberal“, as applied to the Saionji group, implied first and most importantly a commitment to constitutional monarchy; that is to a monarch who reigned but did not rule and whose powers were limited by the provisions of the Constitution, the exercise of which powers was subject to the scrutiny of popularly elected representatives of the people in their capacity as law makers.“

Die Liberalen haben gerne den Kaiser zu den ihren gezählt. Zum Beispiel hat Saionji in März 1932 gesagt: „Prinz Konoe sagte während einer Rede, daß die extrem liberalen Gedanken des Kaisers der

nister Tanaka nicht zum Rücktritt zwingen dürfen, auch wenn er damit die Rechtmäßigkeit der zivilen Regierungsform wahren wollte. Dies genau ist die Meinung einiger moderner Kritiker des Kaisers.

### 26. Februar 1936: ein Putschversuch

Die entschiedensten Stellungnahmen, die der Kaiser vor August 1945 abgab, erfolgten zwischen dem 26. und dem 29. Februar 1936. Da bereits viele Studien über den Anlaß dazu existieren, soll hier nur die kompromißlose Haltung des Tennō beschrieben werden<sup>34</sup>. Damals haben über 900 Offiziere und Soldaten einen regelrechten Aufstand unternommen, bei dem bedeutende Politiker ermordet und wichtige Schaltstellen des Staates besetzt wurden, um Japan auf den „richtigen Weg“ einer Shōwa-Revolution zu führen<sup>35</sup>.

Als der Kaiser geweckt und ihm von dem Aufstand berichtet wurde, sagte er: „Haben sie es endlich getan? Es ist gewiß das Resultat meiner Unzulänglichkeit“<sup>36</sup>. Der Kaiser übernahm ohne Zögern die Verantwortung für den „Unglücksfall“ in der Art eines japanischen Oberhauptes. Moralisch betrachtet, aus Sicht des japanischen Konfuzianismus hätte dieser Vorfall nicht geschehen können, wenn dem Tennō die Tugend nicht gefehlt hätte. Ein japanisches Oberhaupt, hier der Tennō, trägt die Verantwortung für alles, was unter seiner Herrschaft – gewollt oder ungewollt – passiert. Aber dies bedeutet nicht, daß Hirohito den Fall geduldet hat. Kurz nach 6 Uhr morgens am 26. Februar, als der Generaladjutant Honjō Shigeru vor den Kaiser trat, sagte der Kaiser, daß die Affäre schnellstens zu Ende gebracht und aus dem Unglück ein Glücksfall gemacht werden solle. Um 9 Uhr kam Armeeminister Kawashima zur Audienz. Der Kaiser befahl ihm, den Aufstand sofort niederzuschlagen<sup>37</sup>. Honjō berichtet weiter, daß der Kaiser ihn an diesem Tage alle zwanzig

---

Hauptgrund für den Zusammenstoß mit dem Heer waren.“ Und Saionji wollte wissen, ob diese Bemerkung kritisch gemeint war. Daraufhin hat Harada ihm versichert, daß Konoe dem Kaiser gegenüber nicht kritisch eingestellt sei; er sei nur wegen der Kluft zwischen dem Kaiser und dem Heer besorgt. *Memoiren von Harada*, Bd. 2, S. 248. Ob der Kaiser tatsächlich liberal war, muß (später) festgestellt werden.

<sup>34</sup> Ben-ami Shillony, *Revolt in Japan. The Young Officers and the February 26, 1936 Incident*, Princeton 1973. Für seine Einschätzung der Rolle des Kaisers siehe S. 95–109. In Japanisch siehe z. B. Takahashi Masae, *Ni Ni Roku Jiken (Der Februar 26. Zwischenfall)*, Tokio 1965; Kōno Osamu, *Tennō to Ni Ni Roku Jiken (Der Kaiser und der Zwischenfall am Februar 26.)*, Tokio 1985.

<sup>35</sup> Ladstätter und Linhart, S. 398, zählen „über 400“, aber es gab weit mehr als 400 Soldaten in diesem Putschversuch. Ladstätter und Linhardt sind nur ein Beispiel für die Verwirrung bezüglich der Geschehnisse um den Kaiser. Generaladjutant Honjō hat damals 940 Soldaten aufgezählt; Tagebuch von Honjō, S. 272. Hane Übersetzer, S. 208.

<sup>36</sup> Hofmarschall Kanroji Osanaga. Dies wird oft zitiert von Verteidigern des Tennō. Siehe z. B. Ooku Saburō (Hrsg.), *Tennō Hirohito*, Tokio 1986, S. 42. Matsuzaki Toshiya, *Tennō Heika no Sanpunken Supūichi (Drei Minuten Erzählungen des Kaisers)*, Tokio 1988, S. 82.

<sup>37</sup> Tagebuch von Honjō, S. 272; Hane Übersetzer, S. 208 f.

oder dreißig Minuten zu sich rief, ihn über den Zwischenfall befragte und die Niederschlagung anordnete<sup>38</sup>. Die Haltung des Kaisers war auch anderen Personen bekannt, wie dem Tagebuch des späteren Kaiserlichen Siegelbewahrers Kido Kōichi zu entnehmen ist. Der Armeeminister erzählte ihm, der Kaiser habe bei ihrer ersten Begegnung an diesem Tag gesagt: „Diesmal ist die Angelegenheit, ohne nach den geistigen Motiven (*seishin*) zu fragen, ein extremes Leidwesen (*subon'i*). Ich stelle fest, daß das Nationalwesen angetastet worden ist.“<sup>39</sup> Der Sekretär Genrō Saionjis, Baron Harada, schrieb Ähnliches und bemerkte zudem, daß auf hartnäckige Berufssoldaten wie Vize-Stabschef General Sugiyama die entschiedene Haltung des Kaisers Eindruck gemacht habe. Sieben Monate später erinnerte sich der General: „Damals (26. 02. 36) gab es keinen Kaiserlichen Siegelbewahrer und keinen Oberhofmarschall. Der Kaiser selbst stellte ganz allein Fragen, und in der Tat haben mich der Scharfsinn und die mutige Entscheidung des Kaisers beeindruckt.“<sup>40</sup>

Tagebücher wie diese machen deutlich, daß der Kaiser von Anfang an entschieden gegen die Aufständischen Stellung bezogen hat und daß alle von ihm sehr beeindruckt waren. Die Befehle des Kaisers wurden dennoch nur zögernd befolgt. Anstatt die Rebellion sofort niederzuschlagen, formulierten General Sugiyama und Armeeminister Kawashima zusammen mit den anderen Offizieren des obersten Militärrats der Armee die folgende Verlautbarung: „Der Hauptgrund für eure energischen Aktivitäten ist dem Kaiser zur Kenntnis gebracht worden. Eure *wahre Absicht*, für die richtige Gestaltung des Nationalwesens einzutreten, ist anerkannt worden. Insofern es um die Verbesserung der kritikwürdigen Politik geht, sind die hohe Behörde und obere Heeresoffiziere dabei sich zu bemühen, dies zu verwirklichen. Darüberhinaus ist alles abhängig von der Stimmung des Kaisers.“<sup>41</sup>

Diese Verlautbarung sollte den aufständischen Offizieren übergeben, aber nicht veröffentlicht werden. Tatsächlich ist sie aber überall in der Truppe verteilt worden. Zudem wurde ein wichtiges Wort geändert. An Stelle von „wahrer Absicht“ (*shin'i*) steht im Text, der an die Truppe ging, „Aktion“ (*kōdō*). Warum und wie das passieren konnte, ist immer noch nicht geklärt worden<sup>42</sup>. Unter Berücksichtigung der Unterschiede zwischen der japanischen und deutschen Sprache kann man leicht sehen, daß die neue Version die Rebellen eher unterstützt hat: „Eure *Aktionen*, die für die richtige Gestaltung des Nationalwesens eintreten, sind anerkannt worden.“<sup>43</sup>

<sup>38</sup> Ebenda, S. 274; Hane Übersetzer, S. 211.

<sup>39</sup> Tagebuch von Kido, Bd. 1, S. 464.

<sup>40</sup> Memoiren von Harada, Bd. V, S. 150f. Die Memoranda von General Sugiyama sind auch veröffentlicht worden, aber sie setzen erst im November 1940 ein. Vgl. Sanbohonbu (Generalstab), Sugiyama Memo (Die Memoranda von General Sugiyama), Tokio 1967, 2 Bde. Die zwei erwähnten Hofbeamten fungierten als die wichtigsten Berater des Kaisers. Normalerweise stellte der Kaiser Fragen nur durch seine Berater.

<sup>41</sup> Tagebuch von Honjō, S. 273; Hane Übersetzer, S. 209. Hervorhebung durch den Autor.

<sup>42</sup> Hane Übersetzer, S. 258, Nr. 4.

<sup>43</sup> Tagebuch von Honjō, S. 273; Hane Übersetzer, S. 209. Rekonstruiert vom Autor auf Grund von Honjōs Erklärung. Hervorhebung durch den Autor.

Es scheint, daß die Armee, wie schon 1928/29, den Kaiser persönlich und die Regierung allgemein vor vollendete Tatsachen stellen wollte. War dies 1931 beim Zwischenfall in der Mandschurei gelungen<sup>44</sup>, so blieb der Kaiser im Februar 1936 standfest. Er mußte die obersten Heeresoffiziere mehrmals auffordern, am Ende ihnen sogar drohen: Er werde persönlich einen Einsatz gegen die Rebellen führen. Aber soweit kam es nicht, da die aufständischen Offiziere am Ende doch vor dem angekündigten Einsatz loyaler Truppen kapitulierten<sup>45</sup>. Es hat den Anschein, daß der Kaiser während des Aufstands vom 26. Februar 1936 energisch gegen den wachsenden Militarismus Front machte. Man könnte zwar argumentieren, daß die zitierten Quellen das Ergebnis eines Komplotts sind, durch das der Kaiser und das Kaiser-System gleich nach dem Krieg gestützt werden sollten. Berücksichtigt man aber das Fehlen jeder Beziehung zwischen den Autoren – Hofbeamte und Heeresoffiziere, die außerhalb des Hofes kaum miteinander zu tun hatten – und den Charakter der Quellen selbst – Tagebücher, die nicht zur Veröffentlichung bestimmt waren –, so ist dies sehr unwahrscheinlich. Wahrscheinlicher ist, daß der Kaiser sich in der Tat persönlich sowie als konstitutioneller Monarch getroffen fühlte, als jene nicht genehmigten militärischen Aktionen – 1928, 1931 und 1936 – unternommen wurden. Der Unterschied zu seiner Haltung während der Verhandlungen über eine Aktion, die verfassungsrechtlich gestützt war, nämlich über die Kriegserklärung gegen die USA und den Angriff auf Pearl Harbor 1941, ist deutlich zu sehen.

### Die Eröffnung des Krieges gegen die USA

Im September 1941 beschloß die japanische Regierung endgültig, Krieg gegen die USA zu führen. Betrachtet man die Rolle des Kaisers bei dieser Entscheidung, gibt es zwei Hauptfragen: Hatte er von dem warnungslosen Angriff auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 Kenntnis gehabt oder ihn sogar gebilligt? Hätte er den Krieg verhindern können, wie z. B. Sir William Flood Webb behauptet?

Zur Erörterung der ersten Frage sollen zunächst die Memoranda von General Sugiyama herangezogen werden, die im Westen durch David Bergaminis Buch berühmt geworden sind. Bergamini schrieb in seiner Einleitung: „The *Sugiyama Memoranda* revealed that Hirohito had participated in the Pearl Harbor planning a full six months before any of his official advisors were informed of it.“ Als Beweismaterial zitiert er später folgendes aus den Memoranda: „In January 1941, in an-

<sup>44</sup> „Im September 1931 eröffnete das Oberkommando der Kwantung-Armee in der Nähe von Mukden die Feindseligkeiten und ging dann daran, nach einem vorgefaßten Plan die Mandschurei zu unterwerfen . . . Die zivilen Führer, vor ein *fait accompli* gestellt, waren nicht in der Lage, der militärischen Aktion zu steuern.“ John Whitney Hall, *Das Japanische Kaiserreich*, Frankfurt a. M. 1968, S. 325. Vgl. Takehiko Yoshihashi, *Conspiracy at Mukden. The Rise of the Japanese Military*, New Haven 1963, für eine Studie dieses Zwischenfalls.

<sup>45</sup> Tagebuch von Honjō, S. 272 ff.; Hane Übersetzer, S. 208 ff.; Memoiren von Harada, Bd. 5, S. 5 ff.; Tagebuch von Kido, Bd. 1, S. 464 ff.

swer to Commander of Great Fleet Yamamoto, Emperor ordered Rear Admiral Onishi to research Hawaii attack.“<sup>46</sup>

Der renommierte Historiker James B. Crowley hat Bergaminis Interpretation dieses Zitats und der Sugiyama Memoranda insgesamt als Beweis für eine kaiserliche Verschwörung energisch zurückgewiesen: „Actually, what Mr. Bergamini dramatically cites as an unimpeachable handwritten source is something quite different. In point of fact it is not a handwritten note of General Sugiyama. It is not even a document prepared by the army general staff. It is merely an informational appendix, affixed to a formal liaison conference decision, submitted by naval authorities to inform the army general staff of naval operational steps taken and projected. Furthermore, it does not say the Emperor personally ordered the planning of the Pearl Harbor attack . . . Mr. Bergamini has previously misread, misunderstood and misrepresented the ‚Sugiyama Memoranda‘.“<sup>47</sup>

Zur Zeit gibt es immer noch keinen Beweis dafür, daß der Kaiser den Angriff auf Pearl Harbor geplant oder befohlen hat. Ob der Tennō Kenntnis vom Angriff gehabt hat und damit einverstanden war, ist umstritten. Es ist anzunehmen, daß er Kenntnis davon gehabt hat, aber dies ist nicht mittels geschichtswissenschaftlicher Methoden zu beweisen. Die Armee hat erst im August 1941 erfahren, daß die Marine einen Angriff ohne Vorwarnung auf Pearl Harbor erwog. Erst am 29. Oktober 1941 ist der Vereinigten Flotte „der Operationsplan der kaiserlichen Marine“ vorgelegt worden. Darin befand sich einiges über einen Angriff auf Hawaii, aber ein Zeitplan war nicht festgelegt. Nach dem Beschluß der Ministerkonferenz Anfang November hat Marinestabschef Nagano dann am 3. November dem Oberbefehlshaber der Vereinigten Flotte Yamamoto befohlen, im Rahmen des genannten Plans einen Angriff ohne Warnung auf Hawaii mit sechs Flugzeugträgern durchzuführen<sup>48</sup>.

Zwischen dem 27. Oktober und dem 5. November gab es verschiedene Verbindungskonferenzen (*renrakukondankai*, bzw. *renrakukaigi*) und einige Kaiserliche Konferenzen (*gozenkaigi*). Der Inhalt der ersteren wurde dem Kaiser berichtet, bei den letztgenannten war er persönlich anwesend. Wenn ein Angriff ohne Warnung während dieser Konferenzen diskutiert wurde, ist dies jedoch von den damaligen Teilnehmern nicht notiert worden<sup>49</sup>.

Am 30. November kam Prinz Takamatsu zum Hof. Er berichtete dem Kaiser, daß

<sup>46</sup> Bergamini, Bd. I, S. xxxvi; Bd. 2, S. 955, Nr. 1. Bergamini schreibt weiter: „It is an eloquent commentary on Japanese historical research that when this piece of primary documentary evidence – directly contradicting all the secondary accounts previously printed – was published (together with other memoranda by Sugiyama) in Japan in 1967, it appears that not a single Japanese much less Western newspapers carried an item on it.“ Aber in der Tat wurde Bergaminis Werk schon sehr bald ins Japanische übersetzt „und errang einen führenden Platz auf der Bestsellerliste“. Krebs, S. 97.

Für das Originalzitat vgl. Memoranda von Sugiyama, Bd. 2, S. 370.

<sup>47</sup> James B. Crowley, S. 3 u. 66. Vgl. Crome, S. 229 f., 234 ff. für seine Fehlinterpretationen.

<sup>48</sup> Memo von Sugiyama, Bd. 2, S. 6. „Einleitung zur Quelle.“

<sup>49</sup> Memo von Sugiyama, Bd. 1, S. 356–417. Tagebuch von Kido, Bd. 2, S. 919 ff.; Nobutaka Ike, Japan's Decision for War, Stanford 1967, S. 190–239.



die Marine alle Hände voll zu tun habe und daß er einen Krieg zwischen Japan und Amerika, wenn überhaupt möglich, vermeiden wolle. Daraufhin hat der Kaiser den Marineminister und den Admiralstabschef an den Hof gerufen und sie aufgefordert, sich zu äußern, wenn sie nur das kleinste Gefühl der Unsicherheit hätten. Am selben Tag sind Premierminister, Generaladjutant und Oberhofmarschall vom Tennō zur Beratung hinzugezogen worden. Danach befahl der Kaiser, daß sie weitermachen sollten, wie vorher beschlossen. Der Inhalt dieser Diskussionen ist von keinem der Teilnehmer aufgezeichnet worden, und man weiß daher nicht, ob der Angriff auf Pearl Harbor erwähnt worden war<sup>50</sup>. Dies heißt aber nicht, daß nicht darüber gesprochen wurde.

Inoue Kiyoshi behauptet z. B., auf Grund der Unterschiede zwischen früheren kaiserlichen Kriegserklärungen und der Hirohitos sei klar, daß der Tennō Kenntnis vom Angriff auf Pearl Harbor gehabt haben muß. In der Erklärung am Anfang des Chinesisch – Japanischen Krieges 1894 sowie in der Erklärung gegen Rußland 1904 und Deutschland 1914 wird erwähnt, daß der Krieg gemäß dem Völkerrecht geführt werden soll, während dieser Absatz in der Erklärung von 1941 fehlt<sup>51</sup>. Man kann auch sagen, daß am Schluß der Kriegserklärung eine Anspielung auf den Angriff zu finden ist. Da wurde am 6. Dezember 1941 – zwei Tage vor dem Angriff japanischer Zeit – im Vorschlag der Verbindungskonferenz für ein kaiserliches Reskript zur Kriegserklärung geschrieben: „... das Kaiserreich hat jetzt zum Zweck der Selbstverteidigung (den Krieg) mit einem Sprung (*ketsuzen*) angefangen“<sup>52</sup>. Am 8. Dezember wurde der Text unverändert als kaiserliches Reskript veröffentlicht<sup>53</sup>. Kurz danach – am 10. Dezember – bekam Admiral Yamamoto Isoroku, der den Angriff geplant hatte, offizielles Lob durch ein kaiserliches Reskript gesendet. Wäre der Angriff ohne Wissen oder sogar gegen den Willen des Tennō durchgeführt worden, hätte der Kaiser dies nicht machen müssen. Außerdem waren bei früheren Kriegshandlungen alle kaiserlichen Auszeichnungen mit „kaiserlichen Worten“ (*okotoba*), nicht aber mit einem „kaiserlichen Reskript“ (*chokugo*) honoriert worden<sup>54</sup>.

Im Hinblick auf die erwähnten Konferenzen kann man folgern, daß der Kaiser jedenfalls genügend Gelegenheiten hatte, etwas über den Angriff auf Pearl Harbor zu erfahren. Man kann freilich auch der Ansicht sein, daß seine Berater ihm zu seinem Schutz diese Informationen absichtlich vorenthalten haben<sup>55</sup>.

Andererseits ist die zweite Frage durchaus positiv zu beantworten. Der Kaiser hat an vielen Konferenzen und Diskussionen über den Krieg teilgenommen. Sein Hauptinteresse während dieser Beratungen bestand aber nicht darin, den Krieg zu verhindern, sondern festzustellen, ob und unter welchen Umständen der Krieg zu

<sup>50</sup> Tagebuch von Kido, Bd. 2, S. 927 f.

<sup>51</sup> Inoue, S. 151 f.

<sup>52</sup> Memo von Sugiyama, Bd. 1, S. 567 f. Hervorhebung durch den Autor.

<sup>53</sup> Senda Kakō, Tennō to Chokugo to Shōwashi (Der Kaiser, kaiserliche Reskripte, und die Geschichte der Shōwa-Zeit), Tokio 1983, S. 327 ff.

<sup>54</sup> Ebenda, S. 334.

<sup>55</sup> Robert J. C. Butow, Tojo and the Coming of the War, Stanford 1961, S. 370 f. und Fußnote 13.

gewinnen sei. Als beispielsweise am 29. Juli 1941 Admiralstabschef Nagano dem Kaiser berichtete, daß ein Angriff im Süden (Südost-Asien) den Krieg gegen Amerika und England unvermeidlich mache, war der Tennō sehr beunruhigt und gab zu erkennen, daß er an einem Sieg über Amerika und England zweifele<sup>56</sup>. Auch gab es einen merkwürdigen Wortwechsel zwischen dem Kaiser und seinem Generalstabschef Sugiyama am 5. September 1941. Auf die Frage des Kaisers, ob der Krieg wirklich plangemäß in kurzer Zeit durchgeführt werden könne, antwortete Sugiyama, daß er dies glaube. Daraufhin hat der Tennō den General daran erinnert, daß er ihm schon früher, als Sugiyama noch Heeresminister war, eine ähnliche Frage im Zusammenhang mit dem Krieg in China gestellt habe. Sugiyama habe damals geantwortet, daß ein Sieg über Chiang Kaishek in Kürze gelingen könne, doch sei nach vier Jahren der Sieg immer noch nicht errungen. Auf diese Bemerkung des Kaisers erwiderte der General, daß das Innere Chinas sehr groß sei und daher der Krieg noch andauere. Nun fragte der Tennō, ob nicht auch der pazifische Ozean riesig sei und wie Sugiyama denn dann mit einem Sieg in nur fünf bzw. drei Monaten rechnen könne<sup>57</sup>. Der Kaiser hat den General auch energisch gefragt, ob der Krieg mit absoluter Sicherheit zu gewinnen sei. Sugiyama erwiderte, daß das niemand sagen könne; doch sei ein guter Kriegsplan für den Sieg entwickelt worden – um langfristig den Frieden zu sichern, müßten sie jetzt kämpfen<sup>58</sup>.

Im Hinblick auf die Kriegserklärung war der Kaiser in ähnlicher Weise eher mit der Rechtfertigung des Krieges beschäftigt. Am 13. Oktober 1941 bat er um entsprechende Hilfeleistungen des Kaiserlichen Siegelbewahrsers Kido und des Premierministers<sup>59</sup>. Später hat sich Kido mit der Formulierung des Dokuments beschäftigt. Daher ist es nicht ganz sicher, ob die berühmte Distanzierung in der kaiserlichen Kriegserklärung: „Sicherlich, dies ist nicht mein Wille!“ tatsächlich vom Kaiser stammt oder ein Resultat redaktioneller Vorsichtsmaßnahmen Kidos war<sup>60</sup>.

Der Entschluß, Pearl Harbor anzugreifen und damit den Krieg zu eröffnen, ist am 1. Dezember 1941 gefallen. Als er Tōjō am 17. Oktober 1941 beauftragte, ein

<sup>56</sup> Memo von Sugiyama, Bd. 1, S. 284. In diesem Fall hat Marineminister Ayukawa dem Kaiser erklärt, daß dies die Meinung von Nagano persönlich war und die Marine allgemein nicht diese Meinung teilte. Ebenda.

<sup>57</sup> Laut dem damaligen Premierminister Konoe Fumimaro hat Sugiyama geantwortet, daß der Krieg in drei Monaten beendet werden könnte. *Asahi Shimbunsha* (Hrsg.), *Ushinawareshi Seiji – Konoe Fumimaro no Shuki* (Vergebene Politik – Konoe Fumimaros Notizen), Tokio 1946, S. 121. Siehe Shigemitsu Mamoru, Shigemitsu Mamoru Shuki (Die Notizen Shigemitsu Mamorus), Itō Ryū u. Watanabe Yukio, Tokio 1986 (im folgenden: Shigemitsu Notizen). Shigemitsu erwähnt fünf Monate in Sugiyamas Aussage, aber drei Monate in der Erwiderung des Kaisers (S. 289–90). Siehe auch ders., *Shōwa no Dōran* (Shōwa-Aufbruch), Tokio 1952, 2 Bde. Dieses Werk ist zum Teil ins Deutsche übersetzt: Mamoru Shigemitsu, *Die Schicksalsjahre Japans vom Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges (1920–1945)*, Frankfurt a. M. 1959. Aber die Übersetzung ist aus dem Amerikanischen (*Japan & Her Destiny*) und nicht aus dem Japanischen gemacht worden.

<sup>58</sup> Memo von Sugiyama, Bd. 1, S. 310 f.

<sup>59</sup> Tagebuch von Kido, Bd. 2, S. 914.

<sup>60</sup> Ebenda, S. 932; Inoue, S. 50 f.

Kabinett zu bilden, hat der Kaiser befohlen, die Entscheidung der kaiserlichen Konferenz vom 6. September, die praktisch Japan auf den Weg in den Krieg geleitet hat, nochmals zu überprüfen<sup>61</sup>. Dies hatte Tōjō getan und war dabei wieder zu dem Schluß gekommen, daß ein Krieg mit England und Amerika unvermeidlich sei. Nach der erneuten Entscheidung für den Krieg am 1. Dezember hat er seine Erinnerung an die Haltung des Kaisers während dieser Zeit notieren lassen: „Weil der Kaiser gesagt hat, daß die Verhandlungen zwischen Japan und den USA zurück zum Ausgangspunkt gebracht werden sollten und daß alles nochmals untersucht werden sollte, hatte ich die Absicht, dies gewissenhaft zu tun. Da ich zu meinem Bedauern zu dem Ergebnis kam, daß wir in den Krieg eintreten mußten, bat ich den Kaiser um Erlaubnis. Aber der Kaiser zögerte und hat seine Zustimmung versagt. Dann, endlich, sagte er, daß er unvermeidlich sei. Der Kaiser liebt wirklich den Frieden; er schätzt den Frieden – das kann man voll Respekt auf den ersten Blick erkennen. Ich mußte irgendwie um die Erlaubnis für eine unverzeihliche Sache bitten, und es war extrem bedauerlich. Der Kaiser hat mir mit leiser Stimme vom Bündnisvertrag Japans mit England (1902), dem freundlichen Empfang seitens des englischen Staats während seines Besuchs in England (1921) usw. berichtet. Ich habe von Herzen gebetet, nie wieder in eine solche mißliche Lage zu geraten und um derartige Einwilligungen bitten zu müssen. In dem kaiserlichen Erlaß zur Kriegserklärung hat der Ausdruck ‚sicherlich, dies ist nicht mein Wille!‘ nicht in der ursprünglichen Version gestanden. Er ist auf besonderen Wunsch des Kaisers hinzugefügt worden.“<sup>62</sup>

Etwa einen Monat nach Beginn des Kriegs hatte Premierminister Tōjō erneut Gelegenheit, die Entscheidung für den Krieg aus der Sicht des Kaisers zu bedenken. Die Aussage Tōjōs ist wegen ihres traditionellen Charakters erwähnenswert: sie hat mit einer westlich orientierten, juristischen Rechtfertigung nichts zu tun. Dabei wird gleichzeitig ein Zwiespalt in der Person des Kaisers und moderner japanischer Kultur enthüllt. „Bzgl. des Großen Ostasiatischen Kriegs (*Dai Tōa Sensō*), habe ich selbst nur daran gedacht, ob wir diesen großen Krieg gewinnen würden. Aber der Kaiser hat die große Verantwortung gegenüber dem Gründer des japanischen Reichs und das Gedenken an frühere Kaiser (*kōsōkōrei*) immer zutiefst empfunden. Er trug bei dieser Entscheidung eine so große Verantwortung, daß sie nicht mit der von uns Ministern zu vergleichen ist: Angefangen von der Reichsgründung in grauer Vorzeit hat sich die kaiserliche Dynastie bis zu ihrer heutigen Stellung entwickelt. (Für dies war er verantwortlich.) Ich konnte mich schließlich dieser Schlußfolgerung erst im Verlauf eines Monats nach Beginn des Kriegs anschließen. Es ist in der Tat eine bedauerliche Entwicklung.“<sup>63</sup>

Der Kaiser trug also in erster Linie die Verantwortung für das Fortbestehen der Kai-

<sup>61</sup> Tagebuch von Kido, Bd. 2, S. 917; Memo von Sugiyama, Bd. 1, S. 352; Butow, S. 300 ff. Für die kaiserliche Konferenz am 6. 9. 1941 vgl. Tagebuch von Kido, Bd. 2, S. 905 f.; Memo von Sugiyama, Bd. 1, S. 311–31; Ike, S. 133–63 für eine englische Übersetzung des offiziellen Rekords.

<sup>62</sup> Akamatsu Sadao, Tōjō Hishokan Kimitsu Nisshi (Das Geheimjournal des Privatsekretärs Tōjō), Tokio 1985 (im folgenden: Journal von Akamatsu), S. 47 f.

<sup>63</sup> Ebenda. Vgl. auch S. 121 f.

ser-Dynastie und – damit zusammenhängend – für das Weiterleben des japanischen Volkes. Premierminister General Tōjō hat das erst einen Monat nach Beginn des Krieges begreifen können. Manche aber begreifen es immer noch nicht.

Wie wichtig für den Tennō das Überleben der japanischen kaiserlichen Tradition war, wird von fast allen unterschätzt. Statt dessen ist das westliche Vorbild von Frieden und Freiheit (Parlamentarismus) in die Handlungen des Kaisers hineininterpretiert worden, als Beweis dafür, daß er sich persönlich für den Frieden eingesetzt hätte, wenn es die Möglichkeit dazu gegeben hätte. Merkwürdigerweise sind solche Plädoyers nach dem Krieg vor allem von den Amerikanern vorgebracht worden. Sie wurden später von den Japanern übernommen und haben bis heute Geltung<sup>64</sup>. Daß die Armee erst im August 1941 einiges über den Angriffsplan erfahren hat, unterstützt diese Argumentation. Wenn erst am 29. Oktober 1941 der Vereinigten Flotte „der Operationsplan der kaiserlichen Marine“ vorgelegt worden ist und darin nur vage von einem Handstreich gegen Hawaii zu lesen und noch kein Zeitplan zu sehen war, so ist es logisch, daß der Kaiser vor diesem Zeitpunkt nichts davon gewußt hatte. Für die politischen Entscheidungsträger damals war es selbstverständlich, daß ein Plan beschlossene Sache sein mußte, bevor er in einer kaiserlichen Konferenz zur Diskussion gestellt werden konnte (bis auf Tōjō Hideki waren alle dieser Meinung gewesen).

Aber wäre der Tennō prinzipiell gegen den Krieg und für den Frieden gewesen, so hätte er, wie das bei anderen Gelegenheiten der Fall war, mit Hilfe seiner Berater dafür gesorgt, daß diese Meinung durchgesetzt würde. Am Ende der kaiserlichen Konferenz vom 6. September 1941 hat der Kaiser ein Gedicht von seinem Großvater, dem Meiji-Kaiser, vorgelesen:

Alle vier Meere  
 seien ja Geschwister, so  
 denkt man in der Welt.  
 Warum wollen die Wogen  
 dennoch stürmisch aufwallen?<sup>65</sup>

<sup>64</sup> Z. B. Butow, S. 169 ff., 255, 257 ff., 267, 276 ff., 308 f., 344, 358, 370 f. 385 ff., 398 f., 408 ff., 422. Yoshitake Oka, Konoe Fumimaro: A Political Biography, Shumpei Okamoto u. Patricia Murray (tr.), Tokyo 1983, S. 145 ff. (Japanische Ausgabe: Ummei no Seijika, Tokio 1972), Kobori Keiichirō, Kinjō Tennōron (Die Debatte über den regierenden Kaiser), Tokio 1986, S. 30–40. Für eher populäre Bearbeitungen: Hyōe Murakami, Japan, the Years of Trial 1919–52, Tokyo 1983, S. 86–94; Ooku Saburo et al. (redaktionelle Oberaufsicht), Tennō Hirohito (Der Kaiser Hirohito), Tokio 1986, S. 45 f.

<sup>65</sup> Shigemitsu Notizen, S. 291:

Yomo no umi  
 mina harakara to  
 omofu yo ni  
 Nazo ara nami no  
 tachi sawaguramu?

Für eine englische Übersetzung siehe Butow, S. 258. Butow behauptet, daß das Original – zweite Zeile von unten – etwas anders lautet: „nado namikaze no“ (warum der Wind, die Wellen).

Dies unterstrich die kritische Einstellung des Kaisers dem Militär gegenüber. Es wäre zu erwarten gewesen, daß das Militär nun eher vorsichtig werden würde. Gerade das Gegenteil ist eingetreten, aber anscheinend verhielt sich der Kaiser sehr nachgiebig: „Die Haltung derjenigen am Hof vom Heer, die Militäradjutanten waren, hat dem Kaiser mißfallen. Er hat mehr als einmal den Generaladjutanten zum Wechsel dieser (Offiziere) aufgefordert. Als der Generaladjutant auf Geheiß des kaiserlichen Willens sich mit dem Heer unterhalten hat, haben die Stabsoffiziere (*chūkenkanbu*) behauptet: weil der Kaiser ein Gott (*kami-sama*) sei, solle er so etwas nicht sagen, und es gebe auch keinen Grund, so etwas zu sagen. Dies war vermutlich die Meinung nahestehender (Offiziere) und daher haben sie ihn ignoriert. Es war nicht zu vermeiden, daß der Generaladjutant daraufhin ausweichend geantwortet und den Kaiser für eine Weile um Aufschub (der Versetzung) gebeten hat. Die Entgegnung des Militärs auf den kaiserlichen Willen muß eine höchst beunruhigende Sache sein.“<sup>66</sup>

Zwischen dem 6. September und dem 30. November lag die endgültige Planung und Vorbereitung. Der Tennō hatte erfahren, daß die Mitglieder der Regierung und die Führer der Streitkräfte noch nicht einig waren. Auf den verschiedenen Verbindungskonferenzen und Kaiserlichen Konferenzen bemühten sich Militär und Politiker um einen Konsens. Der Kaiser hat sich – bis auf die erwähnte Unterredung mit Tōjō, die allerdings erst nach getroffener Entscheidung stattfand – nicht mit aller Konsequenz eingesetzt, obwohl ihn Tōjō höchst wahrscheinlich über den Ablauf detailliert informierte<sup>67</sup>. Es ist nicht zu übersehen, daß es, falls man sich jetzt noch gegen den Krieg entschieden hätte, möglicherweise zu einem Aufstand gekommen wäre, der noch schlimmer als der vom Februar 1936 hätte werden können<sup>68</sup>. Am

---

All the seas, in every quarter,  
are as brothers to one another.  
Why, then, do the winds and waves of strife  
rage so turbulently throughout the world?

Shigemitsu, *Shōwa no Dōran*, Bd. 2, S. 102, hat auch diese Version. Memo von Sugiyama, Bd. 1, S. 311, für noch eine andere Fassung. <sup>66</sup> Shigemitsu Notizen, S. 304.

<sup>67</sup> Akamatsu Journal, S. 33 f., laut Kanzleramtsdirektor Inada: „Es gab kein Kabinett wie das Tōjō-Kabinett, in dem nicht nur der Premierminister, sondern auch jeder Minister so oft dem Thron Bericht erstattet hat. . . . Es war ganz anders als in der Zeit der Partei-Politik, als nach einer Entscheidung diese als geheftetes Buch, auf dickem Papier ins Reine geschrieben, dem Thron präsentiert worden war. In außerordentlichen Zeiten (während des Tōjō-Kabinetts) wurden dem Kaiser mit Schreibmaschine geschriebene Entwürfe mit roter Korrektur darauf präsentiert. Erster Entwurf, zweiter Entwurf . . . endgültiger Entwurf usw. kamen im Verlauf einer nach dem anderen, und sie bekamen weiterhin die kaiserliche Genehmigung (*goyō*).“

Vgl. auch Butow, S. 324 ff., für eine Entschuldigung des Kaisers wegen bereits vollzogener Übereinstimmung der Minister und Berater.

<sup>68</sup> Hirozaki Sadamitsu, *Hishokan Memo* (Memoranda des Kabinettssekretärs), in: Jōhō Yoshio (Hrsg.), *Tōjō Hideki*, Tokio 1974, S. 81 f. Hirozaki zitiert Tōjō Hideki am Tag seiner Ernennung zum Premierminister (18. 10. 41). Um solchen möglichen Aufstand niederzuschlagen, hat Tōjō gebeten, daß er gleichzeitig zum Premier-, Innen- und Armeeminister ernannt wird.

Akamatsu Journal, S. 29, für eine ähnliche Meinung.



Ende hatte die Haltung des Kaisers verschiedene Gründe: Seine Vorstellung von konstitutioneller Monarchie und den Wunsch nach Frieden, seine Angst vor einer Niederlage und seine Furcht vor einem Staatsstreich.

### Der Kaiser im Krieg

Ein gutes Beispiel für selbstbewußtes Handeln des Kaisers bezüglich seiner Stellung in der japanischen Gesellschaft bietet die Untersuchung des renommierten Journalisten der Zeitschrift *Bungeishunjū*, Handō Kazutoshi: „Der Kaiser und das kaiserliche Hauptquartier“ (*Tennō to Daibonei*)<sup>69</sup>. Im Gegensatz zur Rechts- und Friedenspartei, die den Kaiser verteidigt, und anders als Bergamini, der den Kaiser als obersten Kriegstreiber gezeichnet hat, zeigt Handō den Tenno während des Krieges als einen kaiserlichen Oberkommandeur, der energisch und wirksam die Streitkräfte unterstützt. Handōs Kaiserbild und seine Behandlung der historischen Quellen verdienen einige Überlegungen.

Zu Beginn seines Aufsatzes bezieht sich Handō auf die japanische Verfassung von 1889. Anders als hier dargestellt, ist er der Auffassung, daß Artikel 55 der Verfassung sich auf alle Minister mit Ausnahme der militärischen Minister bezieht. Er unterstreicht seine These mit einer Unterscheidung der zwei Wörter *hobitsu* und *hoyoku*. Das erste befindet sich in Artikel 55, und das zweite erklärt Handō, ohne eine Quelle zu nennen, im Zusammenhang mit dem Recht des Militärs, direkten Zutritt zum Thron in Anspruch zu nehmen. Er behauptet, daß die Bedeutung der Begriffe unterschiedlich sei. Aber philologische Recherchen zeigen, daß beide Wörter „Beistand leisten“ bedeuten; seine Argumentation scheint daher unbegründet zu sein.

Handō wendet sich dann den Aktivitäten des Kaisers während des Krieges zu und belegt seine Darstellung mit zuverlässigen Quellen. Am 15. Februar 1942 bekam der Premierminister Tōjō Hideki eine Nachricht aus Malaya. Die Armee hatte die feindlichen Truppen in der Festung Singapur an diesem Tag um 19.50 Uhr zur bedingungslosen Kapitulation gezwungen. Stabschef Sugiyama sollte um 22 Uhr dem Kaiser einen entsprechenden Bericht erstatten.

Tōjō hat diese Nachricht sogleich Kido telephonisch mitgeteilt. Der kaiserliche Siegelbewahrer hielt in seinem Tagebuch fest, daß die Geschwindigkeit der Eroberung Singapurs durch die kaiserliche Armee „wirklich ein großartiger Höhepunkt (*itari*) ist“<sup>70</sup>. Die Engländer waren damit de facto aus Ost- und Südostasien vertrieben. Als am folgenden Tag der Siegelbewahrer dem Kaiser über die Kapitulation Singapurs berichtete, gab sich der Kaiser sehr aufgeräumt. Er bemerkte zu Kido: „Im

<sup>69</sup> Handō Kazutoshi, *Tennō to Daibonei* (Der Kaiser und das kaiserliche Hauptquartier), in: Miyake Masaki, Hata Ikuhiko, Fujiwara Masao, Yoshii Hiroshi (Hrsg.), *Shōwashi no Gumbu to Seiji* (Militär und Politik in der Shōwa Geschichte), 5 Bde., Tokio 1983, Bd. 4, S. 77–120.

<sup>70</sup> Tagebuch von Kido, Bd. 2, S. 945.

Hinblick auf die glänzenden Kriegsergebnisse, die aufeinanderfolgten, habe ich dir öfter gesagt, bin ich der Überzeugung, daß dies so ist, weil ganz zu Anfang genügend sorgfältige Untersuchungen gemacht geworden sind.“ Kido war tief ergriffen<sup>71</sup>. Um 11.10 Uhr kam Generalleutnant Usami, Militäradjutant des Kaisers a. D., und um 13.30 Uhr Graf Makino, um dem Kaiser zum Sieg in Singapur zu gratulieren. Aber Handô macht darauf aufmerksam, daß die Euphorie des Kaisers nur bis Mai 1942 anhielt, als die Schlacht im Korallenmeer stattfand. Sie ging unentschieden aus, wurde aber in Japan als Sieg gefeiert. Nunmehr trat der willensstarke, standfeste Charakter des Kaisers wieder hervor, wie er sich schon beim Militäraufstand vom 26. Februar 1936 gezeigt hatte. Aber diesmal hat er seine Willenskraft für und nicht gegen das Militär eingesetzt. Als z. B. Admiral Nagano Osami, der Stabschef der Marine, dem Kaiser über die Schlacht im Korallenmeer Bericht erstattete, kommentierte der Kaiser: „Das Kriegsergebnis ist sehr zufriedenstellend. Bei der vollständigen Zerstörung eines schwachen Feindes ist anscheinend kein Fehler begangen worden.“<sup>72</sup>

Nach dem Mai 1942 gewannen die kaiserlichen Streitkräfte bis zu ihrer endgültigen Niederlage im August 1945 zur See und zu Lande kaum noch eine Schlacht. Dennoch blieb, laut Handô, die Willenskraft des Kaisers bis kurz vor Kriegsende ungebrochen. Handôs Schilderung der Lage am Hof ist jedoch nicht ganz korrekt. Zwar werden die Aussagen des Kaisers gegenüber Kido und später gegenüber Admiral Nagano wiedergegeben, doch fehlen in dem Aufsatz die Reaktion Kidos und die Besuche von Usami und Makino, die in dem Tagebuch zu finden sind. Die Eintragungen Kidos über Singapur vom 11. Februar und eine skeptische Äußerung des Kaisers bezüglich des Kriegs vom 12. Februar (S. 944 u. 945) sind auch nicht erwähnt. Ferner erfährt man von Handô nicht, wie die Atmosphäre am Hof war. Seine Beschreibung des Kaisers täuscht den unerfahrenen Leser.

### Das Ende des Pazifischen Kriegs

„Bis zum Sommer 1945 war das Land militärisch geschlagen, aber immer noch nicht bereit, die in der Potsdamer Erklärung geforderte bedingungslose Kapitulation anzunehmen. Im August wurden darauf Japan zwei Schläge versetzt, die die Kapitulation unvermeidlich machten. Am 6. August warfen die Vereinigten Staaten ihre erste Atombombe auf Hiroshima. Am 8. August erklärten die Russen Japan den Krieg und begannen, die Mandschurei zu überrennen. Am 9. August wurde auf Nagasaki eine zweite Atombombe abgeworfen. *Trotz des fortgesetzten Protests der Militärs nahm es der Kaiser am 14. August auf sich, „das Unerträgliche zu ertragen“. Am folgenden Tag nahm Japan offiziell die Potsdamer Erklärung an.*“<sup>73</sup>

<sup>71</sup> Ebenda, S. 946.

<sup>72</sup> Ebenda: Usami Okie (1883–1945), Militäradjutant des Kaisers 1936–39; Makino Nobuaki (1861–1949), Kaiserlicher Siegelbewahrer 1925–35. Vgl. Handô, S. 83.

<sup>73</sup> Hall, Kaiserreich, S. 342. Hervorhebung durch den Autor.

So lautet die amerikanische Standarderklärung zur Rolle des Kaisers bei der Beendigung des Kriegs. Der Weg zu dieser Erklärung ist schon sehr früh eingeschlagen worden – Jahre vor dem Ende des Krieges, als die Entscheidung anstand, ob der Kaiser als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt und das kaiserliche System abgeschafft werden sollte. Andererseits ist das Thema auch in Japan bereits während des Kriegs aufgenommen worden, und zwar auf Initiative jener, die den Kaiser und das kaiserliche System erhalten wollten.

Auf amerikanischer Seite ist in einer amtlichen Analyse vom 10. März 1943 erstmals die Frage aufgeworfen worden, ob die Vereinigten Staaten die Beibehaltung des kaiserlichen Hauses im Hinblick auf die zukünftige politische Entwicklung Japans fordern sollten. Am 25. Mai 1943 folgte dann ein Bericht, der die Geschichte des Kaisertums, die juristische Lage, die Stellung des Kaisers in der Verfassung, seine politische Rolle und religiöse Bedeutung zusammenfaßte<sup>74</sup>. Darin wird auch ein möglicher Nutzen des Kaisers für Amerika nach der Kapitulation erwähnt. Diese Idee ist von Joseph C. Grew, Botschafter in Japan von 1932 bis 1941, im August 1943 weiterentwickelt worden. Nach der Kapitulation Japans solle der Kaiser schonend behandelt werden, um die Okkupation zu erleichtern. Grew argumentierte, daß die Bevölkerung Japans den Kaiser für ihr höchstes religiöses Wesen halte und auf seinen Befehl gehorsam die Anweisungen der Besatzungsbehörden befolgen würde. Ohne einen solchen kaiserlichen Befehl würden selbst nach einer bedingungslosen Kapitulation viele Japaner bis zum Tode gegen die Alliierten kämpfen<sup>75</sup>. Es gab damals innerhalb des State Department viele, die sich dieser Argumentation anschlossen. Aber später, 1944 und 1945, kamen besonders aus dem War Department entgegengesetzte Äußerungen. Alle aber, ob sie für oder gegen die Beibehaltung des Kaiser-Systems waren, nahmen an, daß es von zentraler Bedeutung für die japanische Kultur sei<sup>76</sup>. Die Debatte wurde bis Kriegsende fortgesetzt und praktisch erst nach der Kapitulation bei Beginn der Okkupation von General MacArthur entschieden<sup>77</sup>. Indes hatte der amerikanische Entscheidungsprozeß für die Haltung des Kaisers während dieser Zeit keine Bedeutung.

<sup>74</sup> Robert E. Ward, *Presurrender Planning: Treatment of the Emperor and Constitutional Changes*, in: Robert E. Ward, Sakamoto Yoshikazu, *Democratizing Japan. The Allied Occupation*, Honolulu 1987, S. 1–41, S. 3.

<sup>75</sup> Nezu Masashi, *Tennō to Shōwashi (Der Kaiser und die Geschichte der Shōwa Ära)*, Tokio 1976, 2 Bde., Bd. 2, S. 205. Dieser Bericht Grews ist nicht in seinen Memoiren zu finden. Dies schließt nicht aus, daß er damals derartiges geschrieben hat. Es wäre nicht möglich, alle seine Schriften in einem zweibändigen Werk zu zitieren. Vgl. Joseph C. Grew, *Turbulent Era. A Diplomatic Record of Forty Years, 1904–1945*, Boston 1952, 2 Bde., Bd. 2, S. 1406 ff. Im April 1944 hat Grew Cordell Hull einen Bericht geschickt, der eine ähnliche Argumentation verfolgte (S. 1408 ff.).

<sup>76</sup> Vgl. Akira Iriye, *Power and Culture. The Japanese American War, 1941–1945*, Cambridge 1981, S. 250 ff.; Ward, S. 9f. Für eine ausführliche Kritik dieses Postulats Nezu, Bd. 2, S. 205–77. Einige Punkte dieser Kritik Nezus sind auf Grund neuer Informationen überholt, aber sie ist ein gutes Beispiel für die Denkweise eines liberalen Nachkriegsintellektuellen. Nezu leugnet, daß der Kaiser so wichtig für die japanische Kultur war, wie die Amerikaner dies behaupteten.

<sup>77</sup> Ward, S. 4 ff.

Die Geschichte der Kapitulation Japans ist schon oft und sachkundig dargestellt worden. Die Historiker haben sich vor allem mit der Wahl des damaligen Premierministers, Baron Suzuki Kantarō, und mit den Umständen der Kaiserlichen Konferenz am 9. August 1945 beschäftigt, auf welcher der Kaiser entschied, das Potsdamer Abkommen, d. h. die bedingungslose Kapitulation, anzunehmen<sup>78</sup>. Die Rolle der Meinungsbildung am Hof ist weniger oft beschrieben, die Frage nach dem Überleben des kaiserlichen Hauses noch seltener aufgeworfen und lediglich im Hinblick auf die Verzögerung der Kapitulation wegen der Bedenken militärischer Kreise erörtert worden. Die Zukunft des kaiserlichen Hauses schien – folgt man der Literatur – dem Kaiser und den anderen Adligen gleichgültig gewesen zu sein. Dies war aber nicht der Fall.

Kido Kōichi und die anderen Hofbeamten, die als kaiserliche Berater fungierten, einflußreiche Politiker aus dem Adel wie der ehemalige Premierminister Konoe und Mitglieder der kaiserlichen Familie haben sich alle mit der Zukunft des kaiserlichen Hauses intensiv beschäftigt. Inwieweit der Kaiser selbst diese Sorge geteilt hat, ist noch nicht klar. Am 22. Juni 1944, kurz nach der Niederlage von Saipan, haben Fürst Konoe und Prinz Higashikuni sich heimlich getroffen, um einen Kabinettswechsel zu diskutieren. Ein Sekretär von Premierminister Tōjō hatte zuvor Higashikuni aufgesucht, um ihm mitzuteilen, daß Tōjō sein Mandat niederlegen möchte. Dies fand der Prinz unmöglich. Vor allem sollte Tōjō im Amt bleiben, um die Verantwortung für den Krieg zu tragen. Im einzelnen berichtet Prinz Higashikuni dem Fürsten Konoe von diesem Gespräch: „Tōjō sagt: ‚Ich habe bis heute meine ganze Kraft diesem Amt gewidmet, aber es geht einfach nicht mehr.‘ . . . Daraufhin habe ich (Higashikuni dem Sekretär) gesagt, daß er jetzt absolut nicht aufhören darf. Selbst bei einer großen Umbildung des Kabinetts muß Tōjō einfach weitermachen. Ich halte es schließlich für das Beste, wenn wir Tōjō bis zum Ende die Verantwortung tragen lassen. Wenn es schlecht laufen sollte, würden alle sagen, daß Tōjō ‚schlecht‘ sei. Ich glaube, daß es am besten wäre, Tōjō die ganze Verantwortung anzulasten. Wenn der Premierminister ausgewechselt würde, gerieten die Richtlinien der Verantwortung durcheinander, und am Ende, fürchte ich, würde sie auf dem Kaiserhaus lasten. Daher lassen wir diesmal Tōjō bis zum letzten Atemzug alles machen.“<sup>79</sup>

Konoe hat dann den Prinzen nach seiner Meinung zu seiner eigenen Rolle gefragt und ihn daran erinnert, daß, wenn es schlecht laufen sollte, sie ihn oder den Prinzen Takamatsu um ihre Dienste bitten müßten. Prinz Higashikuni hatte zuvor schon ähnliche Befürchtungen in seinem Tagebuch notiert<sup>80</sup>. Am 24. Juni 1944 hat

<sup>78</sup> Vgl. Robert J. Butow, *Japan's Decision to Surrender*, Stanford 1954 (im folgenden: Butow, *Japan's Decision*), besonders S. 63–75, 166–88. Ich teile nicht Butows Interpretation, daß „the so-called imperial decision was not actually a decision at all. Indeed, it was little more than an expression of the Emperor's personal desire“ (S. 176).

<sup>79</sup> Kyōdō Tsūshinsha Hrsg., *Konoe Nikki* (Das Tagebuch von Konoe), Tokio 1968, S. 10 f.

<sup>80</sup> Higashikuni Naruhiko, *Higashikuni Nikki* (Das Tagebuch von Higashikuni), Tokio 1968, 17. 1. 44 und 11. 4. 44, S. 127, 131.

Konoe auch dem kaiserlichen Siegelbewahrer Kido von der Ansicht Higashikunis erzählt<sup>81</sup>. Die Verbreitung dieser Idee bedeutet jedoch nicht, daß der Kaiser über sie informiert war, wenn man es auch nicht ausschließen kann. Am 22. Juni 1944 ist Prinz Takamatsu an den Hof gekommen und hat dem Kaiser besorgt berichtet, daß der Krieg in eine entscheidende Phase getreten sei. Tags darauf ist er von Konoe über dessen Gespräch mit Higashikuni informiert worden. Am 26. hat er nochmals mit dem Kaiser gesprochen, aber der Inhalt dieser Unterredung ist unbekannt<sup>82</sup>.

Zur gleichen Zeit war Kido, der politische Berater des Kaisers, in der Frage, wie man das Kaiser-System, wenn schon nicht den Kaiser persönlich, am besten schützen könne, ganz anderer Meinung. Sie wird hier zitiert, weil Kidos Plan in erstaunlicher Weise den Geschehnissen ein Jahr später glich.

„Wenn es die Aufgabe unserer Politik sein soll, sofort den Krieg zu beenden, kann das folgende Kabinett nur von einem Prinzen gebildet werden. Wenn aber der Krieg nicht sofort beendet werden sollte, muß untersucht werden, ob es Angriffsreserven gibt.

Wenn letztendlich entschieden wird, den Krieg zu beenden, um zu vermeiden, dem Heer, der Marine, den Staatsbehörden und dem Volk die Verantwortung (für den Krieg) zu übertragen, muß der Kaiser alles zu seiner Verantwortung erklären.

In diesem Fall darf Tōjō nicht schweigen. Er muß die richtigen Schritte tun.“<sup>83</sup>

Wiederum ist nicht klar, ob dem Kaiser dieser Plan mitgeteilt wurde. Das Gespräch ist unter dem Datum vom 24. Juni 1944 in Konoes Tagebuch eingetragen. Merkwürdigerweise hat Kido den Plan in seinem Tagebuch nicht notiert. Man könnte daher behaupten, daß er ihn vorsichtigerweise nicht aufgeschrieben oder nachher gestrichen hat bzw. daß er damals nicht von Bedeutung war<sup>84</sup>.

Einen Monat später hat Kido seine Meinung geändert. Im Juli wurden die Mitglieder der kaiserlichen Familie über ihre Zukunft zunehmend besorgter. Prinz Kaya hat z. B. Prinz Higashikuni am 7. Juli 1944 besucht und gesagt, daß der Krieg zweifellos verloren sei. Unter anderem müßten sie sich um das Überleben des kaiserlichen Systems sorgen<sup>85</sup>. Am 8. Juli haben Konoe, Kido und Higashikuni sich getroffen und einen Plan entwickelt zur Beendigung des Krieges. Danach sollte der Tennō mit einer Friedensproklamation dem Thron entsagen und dabei unausgesprochen die Verantwortung auf sich nehmen. Sein Sohn Akihito würde als minderjähriger Kaiser auf den Thron erhoben werden, ein jüngerer Bruder Hirohitos, der Prinz Takamatsu, würde als Regent bis zur Mündigkeit Akihitos fungieren<sup>86</sup>. Die Diskussionen waren sehr aktuell bis zum 19. Juli 1944, als Premierminister Tōjō sein Mandat niederlegte. In dieser Zeit hatte Kido die Überzeugung gewonnen, daß es, falls der Kaiser Tōjō stützte, schlimme Folgen haben konnte.

<sup>81</sup> Tagebuch von Konoe, S. 14 f.

<sup>82</sup> Tagebuch von Kido, Bd. 2, S. 1112 f.

<sup>83</sup> Tagebuch von Konoe, S. 15.

<sup>84</sup> Vgl. Tagebuch von Kido, Bd. 2, S. 1112.

<sup>85</sup> Tagebuch von Higashikuni, S. 135.

<sup>86</sup> Ebenda und S. 136 f. für die folgenden Diskussionen.



Nahm alles einen schlechten Verlauf, wurde möglicherweise die Kriegsverantwortung auch dem Kaiser persönlich angelastet. Kido kam daher zu dem Schluß, daß der Premierminister sein Amt aufgeben müsse. Diese Erörterung hat teilweise am 13. Juli in Anwesenheit des Tennō stattgefunden, d. h. er wurde spätestens Mitte Juli 1944 mit der Überlebensfrage des kaiserlichen Hauses nach einer Niederlage konfrontiert<sup>87</sup>.

Als Tōjō um erweiterte Kompetenzen bat, skizzierte Kido dem Kaiser die Gefahr. Damals nahm der Kaiser eine sehr sachliche Haltung ein und erwähnte die Lage der kaiserlichen Familie nicht. Später allerdings scheint er zusammen mit Kido den Rücktritt von Tōjō forciert zu haben<sup>88</sup>. Die Haltung des Kaisers zwischen Mitte Juli 1944 und Mitte August 1945 scheint äußerst ambivalent gewesen zu sein. Es gibt Anzeichen dafür, daß er im Juli 1944 zeitweise sehr angespannt und nach Auskunft des Prinzen Kaya sogar nervenschwach war<sup>89</sup>. Andere Zeugnisse haben dieses Thema kaum erwähnt, wie es überhaupt für jene Zeit einen Mangel an relevanten Informationen gibt. Eine Ausnahme macht jedoch die Begegnung zwischen Konoe und dem Kaiser am 14. Februar 1945.

Am 6. Januar 1945 hatte der Kaiser dem Siegelbewahrer Kido aufgetragen, die „älteren Staatsmänner“ – die ehemaligen Premierminister – zu bestellen, weil er sich von ihnen zur Kriegslage beraten lassen wolle. Dies war eine ungewöhnliche Maßnahme, die Kido beunruhigte, da er fürchtete, daß die Militärs drastischen Widerstand gegen den Tennō leisten würden. Endlich, im Februar, veranlaßte Kido, daß die Staatsmänner einer nach dem anderen in Audienz vom Kaiser empfangen wurden. Damals hat dann nur einer, Konoe, für ein Ende des Kriegs plädiert, und zwar aus einem ganz eigenartigen Grund – er fürchte eine kommunistische Revolution in Japan<sup>90</sup>. Eine Revolution hätte die kaiserliche Familie vernichtet, und vielleicht ist der Hinweis dem Kaiser nicht entgangen. Daraufhin hat er Konoe gefragt, ob er meine, daß die Vereinigten Staaten das kaiserliche Haus vernichten wollten. Dies verneinte Konoe. Dann sagte der Kaiser, daß Generalstabschef Umezu derartige Absichten den Amerikanern wohl nur zur Beunruhigung des Tennō unterstelle<sup>91</sup>. Hier liegt möglicherweise ein Schlüssel zum Verständnis der Haltung des Kaisers und seiner Berater am Ende des Kriegs: Die Bedrohung durch einen Staatsstreich des Militärs.

<sup>87</sup> Tagebuch von Kido, Bd. 2, S. 1116 ff. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß der Kaiser erst zu dieser Zeit von dieser Sorge geplagt war, wenn man die Diskussionen um den Anfang des pazifischen Kriegs bedenkt.

<sup>88</sup> Einige Offiziere haben gemeint, daß Kido seine Meinung geändert habe, weil er um seine Bedeutung als kaiserlicher Berater gefürchtet habe. Tōjō war extrem direkt und präzise in seinen Berichten für den Thron und dies machte Kido überflüssig (Journal von Akamatsu, S. 158 f.).

Es ist eher wahrscheinlich, daß Kido besorgt war, daß die Berichterstattung des Tōjō-Kabinetts für den Thron zu direkter kaiserlicher Herrschaft führte. Vgl. Akamatsu Journal, S. 33; Fußnote 67 oben.

<sup>89</sup> Tagebuch von Konoe, S. 77.

<sup>90</sup> Butow, *Japan's Decision*, S. 44 ff.; S. 47 ff. für eine Zusammenstellung der Rede Konoes.

<sup>91</sup> Hosokawa Morisada, *Jōhō Tennō ni Tasezu* (Nachrichten, die den Kaiser nicht erreichten), Tokio 1953, 2 Bde., Bd. 2, S. 342. Hosokawa war Sekretär des Prinzen Takamatsu.

Ein Staatsstreich erschien damals vielen möglich, was heute leicht vergessen wird. Kurz nach der eben genannten Beratung wurde eine neue Regierung gebildet, die den Krieg zu Ende bringen sollte. Die gefährliche militärische Lage war dem Kaiser bekannt. In einer Audienz mit dem damaligen Außenminister Shigemitsu war noch vor dem Kabinettswechsel die Lage in China besprochen worden. Der Kaiser hatte bei dieser Gelegenheit gesagt, daß möglicherweise ein sofortiger Abzug aus China notwendig werde<sup>92</sup>. Aber weder der Tennō noch sein engster Berater Kido haben dem Mann, der angeblich beauftragt war, den Krieg zu Ende zu bringen – Baron Suzuki Kantarō –, direkt gesagt, daß eben dies seine Hauptaufgabe sei. Die Aufgabe, bei der es freilich um Leben oder Tod Japans ging, sollte durch die „Bauchakrobatik“ (*haragei*) oder „die seelische Fernwirkung“ (*ishin denshin*) zwischen dem Kaiser bzw. seinem politischen Berater und dem ernannten Premierminister übermittelt werden<sup>93</sup>. Suzuki wurde am 5. April 1945 Premierminister, der Kaiser hat sich aber erst am 22. Juni, einen Tag nach der Niederlage von Okinawa, definitiv für den Frieden ausgesprochen<sup>94</sup>. Eher als asiatische Mystik hat vermutlich die Angst vor einem Staatsstreich das Verhalten der Anhänger der sogenannten Friedenspartei bestimmt.

Die Haltung des Militärs war wohlbekannt. Sie wollten in einer letzten Schlacht auf den Hauptinseln Japans dem Feind eine Lektion erteilen und dabei günstigere Waffenstillstandsbedingungen (nicht eine Kapitulation) erreichen. General Miyazaki hat beispielsweise in einer Rede am 19. Februar 1945 vor Zivilisten ausgeführt: „The course of the war will force us at last to meet the enemy on our own soil. After the retreat from Guadalcanal, the army has had little opportunity to engage the enemy in land battles, but when we meet on Japan proper, our army will demonstrate its invincible superiority.“<sup>95</sup>

Das Heer verfügte zwar im Frühjahr 1945 nicht über die Mittel, einen Krieg zu führen, doch schien das für die höheren Offiziere eher eine Herausforderung darzustellen. Kido, Suzuki und den anderen „älteren Staatsmännern“ wurde dies während einer Debatte am 15. April deutlich gemacht, als Suzuki zum Premierminister gewählt wurde<sup>96</sup>. Und noch am 8. Juni hat das Heer in einer kaiserlichen Konferenz den Beschluß durchgesetzt, daß trotz der aussichtslosen Lage bis zum letzten Mann und bis zur letzten Frau gekämpft werde<sup>97</sup>.

Es kann sein, daß der Kaiser über den Mangel an Kriegsmaterial immer noch nicht richtig informiert war. Aber sein engster Berater Kido hatte die friedensgeneigte Haltung Hirohitos während der kaiserlichen Konferenz am 8. Juni wahrge-

<sup>92</sup> Shigemitsu Notizen, S. 449 ff.

<sup>93</sup> Autobiographie von Suzuki, S. 245. Butow, *Japan's Decision*, S. 62 ff., 70 ff., für eine Erklärung dieser Denkweise.

<sup>94</sup> Tagebuch von Kido, Bd. 2, S. 1212 f.

<sup>95</sup> The Pacific War Research Society, *The Day Man Lost. Hiroshima*, 6. August 1945 (japanische Ausgabe: *Genbaku no Ochita Hi*), Tokyo 1972, S. 57–228, Zitat, S. 92. Vgl. Butow, *Japan's Decision*, S. 70, 93 ff.

<sup>96</sup> Tagebuch von Kido, Bd. 2, S. 1187 ff.

<sup>97</sup> Ebenda, S. 1208 f.

nommen, und am nächsten Tag stellte er einen Alternativplan für einen „Frieden mit Ehre“ vor, der sich im Grunde kaum von einer bedingungslosen Kapitulation unterschied. Am 9. Juni legte er seinen Plan dem Kaiser vor und erhielt sofort dessen Einwilligung. In kurzer Zeit bekam er die Zustimmung der wichtigsten Minister<sup>98</sup>. Zudem teilte Admiral Hasegawa am 12. Juni die Ergebnisse einer Untersuchung mit, die der Kaiser Ende Februar in Auftrag gegeben hatte. Admiral Hasegawa berichtete dem Tennō, daß trotz grandioser Pläne nicht genügend Kriegsmaterial – nicht einmal für Selbstmord-Kommandos – zur Verfügung stehe und auch nicht produziert werden könne<sup>99</sup>. Vielleicht hat der Kaiser daraufhin, bestärkt durch Kidos Plan und empört nach der Unterrichtung durch Hasegawa, am 22. Juni die Vier-Minister (Premier, Außen, Heer und Marine) zusammen mit den beiden Stabschefs zur Audienz gerufen. Er hat ihnen befohlen zu untersuchen, wie der Krieg schnellstens zu beenden sei. Allein Generalstabschef Umezu äußerte Bedenken und meinte, daß dies nur sehr sorgfältig geschehen könne. Der Kaiser erwiderte, daß es selbstverständlich sorgfältig gemacht werden müsse, wollte aber dennoch keine Zeit verloren wissen<sup>100</sup>.

Das Militär, besonders das Heer, wollte immer noch den letzten Kampf auf den Hauptinseln. Es war bis zur Kapitulation und der Rundfunksendung des Kaisers am 15. August von diesem Plan überzeugt. Der Kaiser sowie die Mitglieder der Friedenspartei mußten sich bemühen, einen Staatsstreich zu vermeiden, da Hartnäckigkeit die Militärs unberechenbar machte. Im Juni hat Prinz Takamatsu seinem Sekretär z. B. gesagt, daß durch rationale Argumente die spezifische Denkweise (*seishinron*) des Heeres nicht angesprochen werden könne. Nur mit „vernunftwidrigen“ Maßnahmen sei der Krieg schnellstens zu beenden<sup>101</sup>. Wieder hat Kido es am 25. Juli für notwendig gehalten, den Kaiser an den illusorischen Charakter des militärischen Plans zu erinnern. Mit einem Schlag auf den Hauptinseln wollte das Heer eine Wende im Krieg forcieren. Eher war mit Fallschirmjägern der Alliierten zu rechnen, die alle Maßnahmen gegen eine Invasion von der See her bedeutungslos machten. Sie konnten den Generalstab festsetzen, und im schlimmsten Fall konnte der Feind die fast 2600 Jahre alten Symbole der kaiserlichen Familie – die drei heiligen Landesschätze (*sanshu no shingi*) – beschlagnahmen und das japanische Nationalwesen und das Kaiserliche Haus vernichten<sup>102</sup>.

Am Ende, in der Nacht vom 9. auf den 10. August, hat sich der Tennō definitiv für den Frieden und gegen die Militärs entschieden und am 15. diese Entscheidung durchgesetzt: „Wir haben unserer Regierung angeordnet, den Regierungen der USA, Großbritanniens, Chinas, und der Sowjetunion mitzuteilen, daß unser Reich die Bedingungen der gemeinsamen Deklaration annimmt ... Der Krieg hat sich

<sup>98</sup> Butow, *Japan's Decision*, S. 113 f.

<sup>99</sup> Ebenda, S. 115 f.

<sup>100</sup> Tagebuch von Kido, Bd. 2, S. 1213.

<sup>101</sup> Tagebuch von Hosokawa, Bd. 2, S. 391.

<sup>102</sup> Tagebuch von Kido, Bd. 2, S. 1220.

nicht unbedingt zu Japans Vorteil entwickelt, und der allgemeine Lauf der Welt hat sich gegen unsere Interessen gewendet. Darüber hinaus hat der Feind begonnen, eine neue, sehr grausame Waffe einzusetzen, deren Vernichtungskraft überhaupt nicht vorhersehbar ist und die den Verlust vieler unschuldiger Menschenleben fordert. Falls wir weiterkämpfen, würde das nicht nur den Zusammenbruch und die Vernichtung der japanischen Nation bedeuten, es würde zur völligen Auslöschung der menschlichen Zivilisation führen . . . Entsprechend dem Diktat der Zeit und des Schicksals haben wir uns entschlossen, den Weg für einen großen Frieden für alle künftigen Generationen zu bereiten, indem wir das Unerträgliche ertragen und das Unerleidbare erleiden.“<sup>103</sup> Wie diese Entscheidung des Kaisers endlich zustande gekommen ist, ist ausführlich dokumentiert und wiederholt dargestellt worden<sup>104</sup>; warum, das ist immer noch umstritten.

### Das Dilemma des Kaisers

Es ist immer schwieriger, die Motive als die Taten eines Mannes zu ergründen. Trotzdem ist für viele in Japan die Frage sehr aktuell, ob der Kaiser grundsätzlich für den Frieden oder für militaristischen Expansionismus stand. Hat er sich aus persönlicher Überzeugung oder reinem Opportunismus für verfassungsgemäßes Handeln und den Frieden eingesetzt? Schließlich: Ist er für den Pazifischen Krieg verantwortlich zu machen? Wenn man nach Motiven suchen will, sind dies vielleicht die falschen Fragen. Der Unterschied zwischen Juristen und Historikern besteht u. a. darin, daß letztere nicht ein Urteil fällen, sondern nur die Wirklichkeit zu erforschen suchen. Dann muß man fragen, ob Krieg und Frieden, Konstitutionalismus und Militarismus von höchster Bedeutung für den Kaiser gewesen sind. Wie zu Beginn angedeutet, ist es sehr wahrscheinlich, daß eben dies nicht der Fall war.

Die Schilderung der Ereignisse zwischen 1928 und 1945 zeigt, daß der Kaiser sich nach den Maßstäben einer legalistischen Argumentation in einem Dilemma befand. Am Anfang mußte er, um die rechtmäßigen Maßnahmen der Regierung zu unterstützen, im Sinne seiner eigenen Auffassung vom verfassungsmäßigen Monarchen unrechtmäßig tätig werden. Am Ende, in den letzten Kriegsjahren, hat sich der Kaiser anscheinend weniger um den Konstitutionalismus als um seine und seiner Dynastie Zukunft Sorgen gemacht. Damals hat er ein Doppelspiel betrieben: dem Militär zugehört und seine Vorbereitungen gebilligt, aber gleichzeitig die kaiserliche Bereitschaft zum Frieden angedeutet<sup>105</sup>.

Wenn man die verschiedenen offiziellen Dokumente prüft und die Zeitzeugnisse

<sup>103</sup> Senda, S. 391 f., für das japanische Original. Butow, *Japan's Decision*, S. 248, für eine vollständige Übersetzung ins Englische. Ladstätter und Linhart, S. 403, für diese verkürzte deutsche Übersetzung.

<sup>104</sup> Vgl. Butow, *Japan's Decision*, S. 160–227. The Pacific War Research Society, *Japan's Longest Day* (japanische Ausgabe: *Nihon no Ichiban Nagai Hi*), Tokyo 1968.

<sup>105</sup> Vgl. Tagebuch von Hosokawa, Bd. 2, S. 342 ff.

sorgfältig liest, ergibt sich weder das Bild eines überzeugten Konstitutionalisten noch eines Militaristen. Man kann den Kaiser mit dem einen oder dem anderen Etikett belegen und ihn in juristischer Hinsicht verantwortlich machen oder entlasten. Aber man kann seine Aktivitäten während dieser Zeit, wissenschaftlich gesehen, nicht auf einen Nenner bringen. Dabei sei folgende These aufgestellt: *Der Kaiser war weder für Frieden oder Krieg, noch hielt er sich für die Verfassung oder die „Große Ostasiatische Wohlstandssphäre“ zuständig. Das Hauptanliegen des Kaisers bestand während einer stürmischen Zeit darin, das Überleben der kaiserlichen Linie und des japanischen Volkes zu sichern.* Hinsichtlich dieser Verantwortung hat er ganz unterschiedliche Gruppen gestützt, unabhängig von ihrer politischen Überzeugung oder seinen persönlichen Idealen. Zeitweise ist er für das Völkerrecht eingetreten; zeitweise stand er im Gegensatz zu den traditionellen Überzeugungen der japanischen Militaristen; zeitweise ist er mit den Militaristen gegangen. Am Ende hat er sich eindeutig für den Frieden und gegen die *Samurai*-Tradition einer selbstmörderischen Schlacht eingesetzt. *Während des Wechselspiels zwischen 1926 und 1945 hat der Kaiser nicht für irgendein Prinzip gestanden, sondern sich immer als Kopf jener Gruppe dargestellt, die seiner Ansicht nach sein Haus und sein Volk am besten förderte.* Diese Handlungsweise ist vielleicht nach den Normen des internationalen Völkerrechts zu verurteilen, zu verstehen ist sie nur vor dem Hintergrund der japanischen Geschichte.

Die politische Rolle des Kaisers vor dem September 1945 stellt sich viel komplizierter dar, als es die Untersuchungen bis heute vermitteln. Wie Bernd Martin in einem Nachruf auf Hirohito schrieb: „Als Mensch seiner Zeit, erhoben auf den Thron, unterlag Hirohito ähnlichen Irrtümern und Fehleinschätzungen wie viele seiner in führenden Positionen tätigen Landsleute . . . In seinem Handeln immer am Gemeinwohl (bzw. dem, was er dafür hielt) und am nationalen Konsens orientiert, war Hirohito in einer unruhigen Zeit eine Leitfigur, die trotz aller Manipulationen seitens radikaler Kreise das Land durch die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs und den entbehrungsreichen Wiederaufbau gesteuert hat.“<sup>106</sup>

Seine politische Rolle ist noch nicht vollständig geklärt, weil es trotz einer intensiven Debatte inner- und außerhalb Japans und trotz der Bedeutung der kaiserlichen Tradition noch zu viele Unklarheiten gibt. Auch ist die Behandlung der politischen Aktivitäten des Kaisers durch Chronisten und Historiker – Fragestellung sowohl wie Beantwortung – von unterschiedlicher Zuverlässigkeit. Es existieren keine wissenschaftlichen Beweise dafür, daß er der Drahtzieher einer großen Verschwörung war, wie David Bergamini, Inoue Kiyoshi, Peter Crome und andere Kritiker es nahelegen wollen. Aber viele Indizien sprechen auch dafür, daß er nicht nur ein konstitutioneller Monarch – ein Symbol des Staates – gewesen ist, wie es die amerikanischen Behörden während des Kriegsverbrecherprozesses unmittelbar nach dem pazifischen Krieg und dann einige wohlwollende Historiker Glauben machen wollten. Irgendwo zwischen beiden Extremen ist seine Rolle festzumachen.

<sup>106</sup> Bernd Martin, Kaiser Hirohito – Eine kritische Würdigung, in: Das Parlament, Nr. 48, Bonn, 25. November 1988.



Anhang  
Die wichtigsten Chronisten\*

- AKAMATSU Sadao, geb. Komatsu (1900–1982): Oberst, Berufssoldat, Sekretär von Tōjō Hideki.  
*Tōjō Hideki* (1884–1948): General, Berufssoldat, hatte folgende Ämter während des Kriegs inne:  
 27. 7. 40–17. 10. 41: Heeresminister  
 18. 10. 41: Premierminister, Innenminister, Heeresminister  
 1.–17. 9. 42: Außenminister  
 20.–23. 4. 43: Erziehungsminister  
 1. 11. 43: Munitionsminister (neues Ministerium)  
 21. 2. 44: Generalstabschef  
 22. 7. 44: alle Ämter niedergelegt  
 Mai 46–April 48: Hauptangeklagter im Tokioter Kriegsverbrecherprozeß  
 23. 12. 48: Hingerichtet  
 Journal von Akamatsu: 15. 11. 40–23. 12. 48
- HARADA Kumao (1888–1946): Baron, Privatsekretär für Saionji Kinmochi zwischen 1926 und 1940.  
 Fürst *SAIONJI Kinmochi* (1849–1940) war der letzte Überlebende aus den Reihen der Genrō, der „älteren Staatsmänner“ der Meiji-Zeit, die – außerhalb des Verfassungsrahmens – als Berater des Tennō fungierten und Vorschlagsrecht bei der Auswahl des Premiers besaßen. Memoiren von Harada: 6. 3. 30–21. 11. 40
- HIGASHIKUNI Naruhiko (1887–): Prinz (aus dem Haus Fushimi), Onkel der Kaiserin (Hirohitos), Heeresgeneral und Staboffizier während des Krieges, Premierminister bei der Kapitulation, Aug.–Sept. 1945. Tagebuch: 1. 1. 41–9. 10. 45
- HONJŌ Shigeru (1876–1945): General, Berufssoldat, Oberbefehlshaber der Kwantung-Armee zur Zeit des Zwischenfalls in der Mandschurei (Aug. 1931–Aug. 1932), Generaladjutant des Kaisers zur Zeit des versuchten Putsches 26.–29. Feb. 1936 (April 1933–März 1936). Tagebuch: 1925–1945. Harashobō Auflage: 13. 7. 31–26. 3. 36
- HOSOKAWA Morisada (k. A.): Hosokawa war Sekretär von Prinz Takamatsu.  
 Prinz *TAKAMATSU Nobuhito* (1905–1987): Zweiter Bruder von Hirohito, Mitglied des Admiralstabs, Staboffizier im kaiserlichen Hauptquartier, Hauptmann bei Kriegsende. Tagebuch von Hosokawa: 2. 11. 43–1. 12. 45
- KIDO Kōichi (1889–1977): Marquis, Berufsbürokrat, kaiserlicher Siegelbewahrer während des pazifischen Kriegs (1. Juni 1940– 24. November 1945). Der Siegelbewahrer war der engste politische Berater des Kaisers. Das Amt wurde von den Amerikanern im Nov. 1945 abgeschafft. Tagebuch: 1. 1. 30–15. 12. 45
- KONOE Fumimaro (1891–1945): Fürst, Premierminister, als der Krieg mit China 1937 angefangen und der mit den USA 1941 gebilligt wurde. Amtszeit: 4. 6. 37–5. 1. 39; 22. 7. 40–18. 7. 41; 18. 7. 41–18. 10. 41. Die Konoe-Familie ist ein Hauptzweig der wichtigsten adligen Familie Japans – der Fujiwara. Tagebuch: 21. 6. 44–24. 7. 44
- SHIGEMITSU Mamoru (1887–1957): Diplomat. Gesandter in China: 6. 8. 1931 – Juni 1932. Während des Shanghai-Zwischenfalls verlor er ein Bein: 29. 4. 1932. Botschafter

\* Hier werden nur die Personen vorgestellt, deren Schriften in diesem Aufsatz zitiert sind.

- in der UdSSR: 27. 8. 1936–September 1938. Botschafter in Großbritannien: 22. 9. 1938–Juli 1941. Botschafter in China (Nanking): 19. 12. 1941. Ankunft in Nanking: Januar 1942. Außenminister und Minister für Groß-Ostasien im Koiso-Kabinett: Juli 1944–April 1945. Außenminister im Kabinett Prinz Higashikunis: 17. 8.–17. 9. 1945. Unterzeichner der Kapitulationsurkunde zusammen mit Generalstabschef Umezu: 2. 9. 1945. Verhaftet von den Behörden des Internationalen Militärgerichtshofs Tokio als „Class-A“-Kriegsverbrecher: 29. 4. 1946. Verurteilt zu 7 Jahren Haft: 12. 11. 1948. Auf Bewährung entlassen: 21. 11. 1950. Politische Rehabilitation: 8. 2. 1952. Außenminister und Vizekanzler im Hatoyama-Kabinett: 10. 12. 1954–20. 12. 1956. Die Notizen Shigemitsu Mamorus: 25. 1. 36–15. 9. 46
- SUGIYAMA Hajime (1880–1945): Feldmarschall, Berufssoldat. Heeresminister, als der Krieg mit China begann; Generalstabschef, als der Krieg mit den USA begann. Amtszeit: Heeresminister: 9. 2. 37–6. 38; 22. 7. 44–7. 4. 45. Generalstabschef: 3. 10. 40–21. 2. 44. Die Memoranda sind aus den Notizen Sugiyamas durch den Generalstab zusammengestellt. Memoranda: 13. 11. 40–21. 2. 44.
- SUZUKI Kantarô (1867–1948): Admiral, Berufssoldat. Oberhofmarschall, als der Putschversuch vom 26. Februar 1936 stattfand. Premierminister bei Kriegsende. Amtszeit: Marinestabschef: 1924–1929; Oberhofmarschall: 1. 29–11. 36; Premierminister: 5. 4.–15. 8. 45. Autobiographie.

GABRIEL GORODETSKY

## STALIN UND HITLERS ANGRIFF AUF DIE SOWJETUNION

Eine Auseinandersetzung mit der Legende vom deutschen  
Präventivschlag\*

Im Frühjahr 1985 veröffentlichte ein gewisser „Victor Suvorov“ einen sensationell aufgemachten Artikel in der russischen Emigrantenzeitung *Russkaia mysl'*, die in Paris erscheint. Suvorov behauptete, Stalin sei im Sommer 1941 im Begriff gewesen, einen Überraschungsangriff auf das nationalsozialistische Deutschland zu führen, als Hitler ihm zuvorkam und in Rußland einmarschierte. Nach der Übersetzung ins Englische verursachte der Artikel zunächst einige Aufregung, geriet dann aber bald wieder in Vergessenheit<sup>1</sup>. Es ist zweifelhaft, ob Suvorovs Artikel von Fachleuten ernst genommen worden wäre, hätte es nicht ein zeitliches Zusammentreffen mit dem erbittert geführten Historikerstreit über die Wirkungen des deutschen Nationalismus gegeben. In Anbetracht der Popularität, die Suvorovs Ansichten mittlerweile in Deutschland genießen, und angesichts der Tatsache, daß ihn dies ermutigt hat, sie inzwischen auch in Buchform vorzulegen, ist jedoch eine Diskussion seiner Thesen dringend geboten<sup>2</sup>.

Noch ehe Suvorovs Behauptungen in den Historikerstreit einfließen, war das Thema Rußland im Hintergrund präsent. Als Ernst Nolte bestritt, daß der National-

\* Ich möchte meiner Kollegin Shulamit Volkov für ihre freundschaftliche Unterstützung, ihre nie nachlassende Hilfsbereitschaft und ihre kritische Durchsicht der Manuskripte danken. Mein Dank gilt auch Professor Saul Friedländer, der mich durch den Irrgarten des Historikerstreits geleitet und einen früheren Entwurf hilfreich kommentiert hat. Gleichfalls möchte ich Frau Petra Marquardt-Bigman für ihre gewissenhafte Übersetzung dieses Aufsatzes in die deutsche Sprache danken.

<sup>1</sup> Eshche raz o soobshchenii TASS, in: *Russkaia mysl'*, 16. und 23. 5. 1985; Who Was Planning to Attack Whom in June 1941, Hitler or Stalin?, in: *Journal of the Royal United Services Institute for Defence Studies* 130 (1985), Heft 2.

<sup>2</sup> Viktor Suworow, *Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül*, Stuttgart 1989. Das Buch bietet im Vergleich zu den bisherigen Artikeln wenig Neues. Die Memoiren sowjetischer Militärs sind vielleicht besser genutzt, aber es werden keinerlei neue archivalische Materialien oder solide Belege vorgelegt; dies wird auch von Günter Gillessen, einem Suvorov durchaus wohlgesonnenen Kritiker, bestätigt, in: *Der Krieg zweier Aggressoren*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 27. 4. 1989. Suvorov unterzog sich auch nicht der Mühe, die reichhaltige und nützliche westliche Literatur zu diesem Zeitraum zu konsultieren, was ihm einige Hinweise zur Beantwortung von Fragen, die er aufwirft, hätte geben können. Schwerwiegende Mängel werden unten erörtert.

sozialismus ein besonderes und beispielloses Phänomen darstelle, berief er sich auf „asiatische“ Vorläufer wie etwa das Massaker an den Armeniern, insbesondere aber auf den „Klassenmord“ der Bolschewiki und auf die Liquidierung ganzer Gesellschaftsgruppen durch Stalin. Er argumentierte ferner, daß Hitlers Brutalität durch eine verständliche Furcht vor der Sowjetunion und die Kenntnis von Stalins dämonischen Methoden beeinflusst worden sei. Wenn Hitler sich darüber hinaus, wie Nolte weiter argumentierte, wirklich von den Juden bedroht fühlte, war es dann nicht folgerichtig für ihn, seinen Expansionsdrang nach Osten zu richten, wo sich die jüdische Bevölkerung konzentrierte, und die drohende Gefahr zu vernichten<sup>3</sup>?

In diesem Zusammenhang wurden Suvorovs Ideen, in England und Frankreich der Vergessenheit anheimgefallen, in Deutschland eifertig aufgegriffen und zum Ausgangspunkt einer lebhaften Debatte, an der sich auch namhafte deutsche Gelehrte beteiligt haben<sup>4</sup>. Grob gesagt, werden Suvorovs Argumente aufgenommen, um Noltens Bemerkungen zur Rationalität und Legitimität der Politik des Dritten Reiches zu untermauern. Falls Stalin tatsächlich fest entschlossen war, Mitteleuropa zu „befreien“, dann kann Hitlers Entscheidung, gegen Rußland zu kämpfen, nicht mehr als Erfüllung des in *Mein Kampf* formulierten ideologischen Entwurfes betrachtet werden, ebensowenig als eine strategische Torheit oder als ein rüder Akt der Aggression. Hitlers Krieg im Osten wird in einen „Präventivkrieg“ verwandelt, gerechtfertigt durch traditionelle geopolitische Interessen Deutschlands und durch die Bedrohung, die das verabscheuenswerte totalitäre Regime Stalins für Deutsch-

<sup>3</sup> Ernst Nolte, *Die Vergangenheit, die nicht vergehen will. Auseinandersetzung oder Schlußstrich?*, in: Jb. Berliner Wiss. Gesellsch. 1986 (1987), S. 249–266. Nolte hatte ähnliche Ideen vertreten in: *Between Myth and Revisionism? The Third Reich in the Perspective of the 1980s*, in: Hansjoachim Wolfgang Koch (Hrsg.), *Aspects of the Third Reich*, London 1985, S. 35f. Eberhard Jäckel, *Die elende Praxis der Untersteller: Das Einmalige der nationalsozialistischen Verbrechen läßt sich nicht leugnen*, in: *Die Zeit* vom 12. 9. 1986, diskutierte die Frage, ob in Hitlers Denken eine Verbindung zwischen der „Endlösung“ und der ideologischen Lehre vom Lebensraum bestand. Nolte fand indirekte Unterstützung durch neuere Arbeiten hervorragender Sowjetexperten, die versucht haben, Stalins Liquidierung der Kulaken mit Hitlers Endlösung gleichzusetzen; ein bekanntes Beispiel dafür ist Robert Conquest, *The Harvest of Sorrow*, New York 1986. Es kann nicht überraschen, daß dies eines der wenigen westlichen Bücher ist, die Suvorov in „Der Eisbrecher“ zitiert. Für eine umfassendere Diskussion der Beziehung zwischen den verschiedenen Völkermorden siehe Charles S. Maier, *The Unmasterable Past: History, Holocaust, and German National Identity*, Cambridge/Mass. 1988, Kap. 3. Eine polemische Darstellung des Zusammenhangs zwischen der russischen Frage und der Debatte von einem linken Standpunkt aus legte Hans-Ulrich Wehler vor: *Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“*, München 1988, S. 152–193. Die wichtigsten Beiträge zu der Debatte sind zusammengestellt in *Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*, Texte von Rudolf Augstein u. a., München 1987.

<sup>4</sup> Günter Gillessen, *Der Krieg der Diktatoren: ein erstes Resümee der Debatte über Hitlers Angriff im Osten*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 25. 2. 1987. Ähnliche Interpretationen waren früher fast unbemerkt hingenommen worden. Siehe z. B. Hans Günther Seraphim, *Die deutsch-russischen Beziehungen, 1939–1941*, Hamburg 1949, S. 38, Philipp Walter Fabry, *Der Hitler-Stalin-Pakt, 1939–1941*, Darmstadt 1962, S. 427–430, und Hansjoachim Koch, *Hitler's „Programme“ and the Genesis of Operation „Barbarossa“*, in: *Historisches Jahrbuch* 26 (1983), Heft 4, S. 891–920.

land und die zivilisierte westliche Welt darstellte. Paradoxerweise werden somit Suworovs Arbeiten, die in erster Linie den Zweck verfolgten, im Westen Besorgnis über das heutige Rußland und das Wesen der Entspannung zu wecken, nun für den Versuch benutzt, hervorstechende Züge des Nationalsozialismus zu rechtfertigen.

Man kann die Auswirkungen der Thesen Suworovs nicht leichthin abtun. Die Wandlung in der deutschen Geschichtsschreibung über den Krieg im Osten ist recht auffällig. Andreas Hillgruber, der nun plötzlich auf die Bedrohung durch die Sowjetunion verwies, hatte 1965 einen Stalin porträtiert, der den Kopf in den Sand steckte und darauf versessen war, Hitler durch Übererfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber Deutschland noch am Vorabend des Krieges zu besänftigen<sup>5</sup>. Ein neueres Buch des österreichischen Gelehrten Ernst Topitsch mit dem Titel *Stalins Krieg* argumentiert beispielsweise, daß man durch die Konzentration auf Hitlers Aggressionen – besonders seinen Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 – den wirklich Schuldigen, nämlich Stalin, übersehen habe. Der Zweite Weltkrieg, so behauptet er, sei im Grunde genommen ein sowjetischer Angriff auf die westlichen Demokratien gewesen, in dem Deutschland nur als militärischer Ersatz diente<sup>6</sup>. Besorgniserregender ist vielleicht der Umstand, daß Suworov nun ähnliche Ansichten zu stützen schien, wie sie Joachim Hoffmann kurz vorher in der offiziellen deutschen Geschichte des Krieges vertreten hatte. Während die Historiker im Freiburger Militärgeschichtlichen Forschungsamt ein beeindruckend hohes Niveau und Professionalität im Umgang mit deutschem Material an den Tag legten, kam der politische Aspekt des Krieges im Osten schlechter weg. Die hitzige Kontroverse zu diesem Thema veranlaßte das MGF zu dem ungewöhnlichen Schritt, zwei diametral entgegengesetzte Versionen zu den Ursprüngen von „Barbarossa“ vorzulegen. Während ein Team unter Leitung von Professor Messerschmidt den bislang herrschenden Argumentationssträngen folgte, nahm Hoffmann im Grunde genommen Suworovs

<sup>5</sup> Andreas Hillgruber, *Hitlers Strategie*, Frankfurt 1965, S. 105. Sein Versuch, Schuld auch den Russen anzulasten, ist offensichtlich in: Ders., *Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege*, Göttingen 1967, S. 97. Der Fairness halber sollte allerdings betont werden, daß Hillgruber viel zu intelligent ist, um Suworovs Ideen unkritisch zu unterstützen. Sein „Zweierlei Untergang“ konzentriert sich auf die Mißhandlung der deutschen Bevölkerung durch die Russen bei Kriegsende und die Errichtung eines sowjetischen *cordon sanitaire*, die in den „befreiten“ Gebieten mit stillschweigender westlicher Duldung erfolgte und der deutschen Vorherrschaft in Mitteleuropa Grenzen setzen sollte. Die Gleichsetzung des Unheils, das den „Ostdeutschen“ von den Russen zugefügt wurde, mit dem Holocaust ist zweifellos der Schwachpunkt seines Artikels. Daß seine Ansichten denen von Nolte nahestehen, ist von Hans Mommsen entschieden verfochten, von Martin Broszat jedoch eingeschränkt worden. Dazu Martin Broszat, *Wo sich die Geister scheiden*, in: „Historikerstreit“, S. 190. Vgl. auch Richard J. Evans, *The New Nationalism and the Old History: Perspectives on the West German Historikerstreit*, in: *The Journal of Modern History* 59 (1987), Heft 4, S. 707 f. Eine eingehende Kritik an Hillgrubers Arbeit bei Omer Bartov, *Historians on the Eastern Front. Andreas Hillgruber and Germany's Tragedy*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* XVI (1987), S. 325–345.

<sup>6</sup> Ernst Topitsch, *Stalins Krieg. Die sowjetische Langzeitstrategie gegen den Westen als rationale Machtpolitik*, München 1985, am. erschienen: *Stalin's War: A Radical New Theory of the Origins of the Second World War*, New York 1987.



Darstellung einer von der Sowjetunion ausgehenden strategischen Bedrohung vorweg, die Hitler davon überzeugen mußte, daß der Juni 1941 der letzte Termin für einen möglichen Präventivkrieg sei<sup>7</sup>.

Hoffmann und Topitsch haben miteinander gemein, was auch für das Wesen der Debatte im allgemeinen kennzeichnend ist: nämlich das Versäumnis, neues Material vorzulegen, um ihre Behauptungen zu untermauern. Bislang hat die Debatte ernsthafte Kommentare lediglich zur militärischen Seite der Theorie hervorgebracht<sup>8</sup>, jedoch ist es noch nicht gelungen, den politischen und diplomatischen Kontext aufzuzeigen, in dem die militärischen Entscheidungen getroffen wurden. Die Studien zu den militärischen Aspekten beschränken sich meist auf die theoretische Untersuchung sowjetischer Außenpolitik am Vorabend des Krieges und weisen ausgeprägte ideologische Voreingenommenheit auf<sup>9</sup>. Darüber hinaus wurde der Vorgang ausschließlich vor dem Hintergrund der deutsch-sowjetischen Beziehungen untersucht, während das sowjetische Verhältnis zu Großbritannien, das für ein umfassendes Verständnis unerlässlich ist, keine Beachtung fand. Die Konzentration auf theoretische Gesichtspunkte und die mentalen Wurzeln des Konflikts hat außerdem dazu beigetragen, die Debatte von den tatsächlichen Ereignissen abzulenken, die zum Krieg im Osten führten. Das Ziel der folgenden Ausführungen ist es, eine Überprüfung der Behauptungen und dann eine alternative Erklärung des Verhaltens Stalins am Vorabend von „Barbarossa“ vorzulegen, mit der die These vom „Präventivkrieg“ zurückgewiesen wird.

Weder Suvorovs Hypothese noch die Belege, mit denen er sie zu stützen suchte, waren sensationelle Enthüllungen<sup>10</sup>. Offen gesagt, war es Suvorovs enge Verbindung mit dem sowjetischen Geheimdienst, die Autorität und Glaubwürdigkeit ausstrahlte. Einer Diskussion des Themas sollten deshalb einige Bemerkungen zum „Phänomen“ Suvorov vorausgehen. Victor Suvorov ist das Pseudonym eines sowjetischen Hauptmanns, der als Agent für den GRU (den militärischen Nachrichtendienst der Sowjetunion) arbeitete und sich Anfang der achtziger Jahre nach England absetzte. Seitdem hat er mehrere Bücher über das sowjetische Militär und seine persönlichen Erfahrungen veröffentlicht<sup>11</sup>. Die Aura von Geheimnis und Romantik um

<sup>7</sup> Die Rote Armee bis Kriegsbeginn 1941, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Bd. 3, 4. Halbbd.: Der Angriff auf die Sowjetunion, bearb. von Horst Boog u. a., Stuttgart 1983. Hoffmanns Vorlieben und Vorurteile gehen deutlich aus seiner früheren Veröffentlichung hervor: Die Geschichte der Wlassow-Armee, Freiburg 1984, siehe besonders S. 307 f. Eine ziemlich kritische Sicht der Behandlung von „Barbarossa“ durch das Forschungsamt findet sich in: Volker R. Berghahn, Das Militärgeschichtliche Forschungsamt in Freiburg, in: Geschichte und Gesellschaft, 14 (1988), S. 269–274.

<sup>8</sup> Der beste kritische Überblick über die gegenwärtigen Interpretationen findet sich bei Bianka Pietrow, Deutschland im Juni 1941 – ein Opfer sowjetischer Aggression?, in: Geschichte und Gesellschaft 14 (1988), S. 116–135. Pietrow bemerkt zu Recht (S. 119), daß Hoffmann sich von vornherein auf eine nicht repräsentative Quelle – Gefangenenerhöre – stützt.

<sup>9</sup> Pietrow, Deutschland im Juni 1941, S. 119.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 116 f.

<sup>11</sup> The Akvarium (über die Ausbildung sowjetischer Spione), London 1987; ders., Spetsnats. The Story Behind the Soviet SAS, London 1988; ders., The Liberators (hier beschreibt er seine Erfahrungen bei

Suvorov ist von seinen Herausgebern noch verstärkt worden. Sie machen uns nachdrücklich darauf aufmerksam, daß ihn in Moskau ein Todesurteil erwartet und daß seine wahre Identität und sein Aufenthaltsort deshalb ein streng gewahrtes Geheimnis sind.

Vor einer Überprüfung der Substanz seiner Argumente muß darauf hingewiesen werden, daß es ziemlich schwierig ist, eine Debatte mit einem „Geist“ zu führen. Keiner der Wissenschaftler, die sich von Suvorovs Theorien faszinieren ließen, hat nach seinen Motiven geforscht oder die Validität seiner Informationen in Frage gestellt. Dabei ist von führenden Nachrichtendienstexperten verlässlich begründet worden, daß nur wenige Überläufer Geheimnisse leichten Herzens preisgeben und daß sie deshalb unter großem emotionalen Druck stehen. Schlimmer noch, ihnen wird niemals getraut und nur wenigen gelingt es jemals, vollkommen akzeptiert zu werden. Sobald ihre Vernehmung abgeschlossen ist, haben sie kaum noch Erfreuliches vor sich. Der wendigere Überläufer begegnet dem, indem er seine frühere Rolle im sowjetischen Nachrichtendienst übertreibt und andeutet, er habe Zugang zu Papieren und Archiven gehabt, die er in Wahrheit niemals gesehen hat, oder indem er behauptet, über Wissen aus erster Hand und einflußreiche Bekannte zu verfügen. Kurz gesagt, er klammert sich an große Geheimnisse, in der Hoffnung, „den schrecklichen Tag hinauszuzögern, an dem er am Ende sein wird, ausgepumpt, die Arbeit seines Lebens vorbei, ein Fremder in einem freien, aber nicht vertrauten Land“<sup>12</sup>. Suvorov ist keine Ausnahme.

Der Überläufer kann diesen Tag außerdem hinausschieben, indem er sein Wissen einsetzt, um politische Vorstellungen, denen seine neuen Arbeitgeber anhängen, zu propagieren. Ähnlich wie bei Krivitsky und anderen bekannten Überläufern der dreißiger Jahre, sind Suvorovs Arbeiten in hohem Maße politischer Natur und darauf ausgerichtet, Kriegsfurcht zu fördern und gleichzeitig die öffentliche Meinung im Westen vor einer erneuten Entspannung zu warnen<sup>13</sup>.

Mit seinen Arbeiten zu „Barbarossa“ versuchte Suvorov erstmals, die Richtigkeit seiner politischen und ideologischen Überzeugung mit Hilfe der Geschichte zu beweisen. An einem wichtigen Kreuzweg der sowjetischen Außenpolitik, deren defensiver Charakter für den damaligen Zeitpunkt einhellig anerkannt worden war, werden dieser nun bedrohliche und aggressive Züge zugeschrieben. Stalins Politik wird in einem ausschließlich ideologischen Bezugsrahmen analysiert. Dem Leser

---

der sowjetischen Invasion der Tschechoslowakei 1968), London 1981; ders., GRU. Die Speerspitze. Spionage-Organisation und Sicherheitsapparat der Roten Armee – Aufbau, Ziele, Strategie, Arbeitsweise und Führungskader, Bern 1988 und ders., Inside the Soviet Army, New York 1982.

<sup>12</sup> Phillip Knightley, *The Defection Game. The Second Oldest Profession*, London 1987.

<sup>13</sup> Dies kann Besprechungen seiner Bücher entnommen werden. Siehe zum Beispiel in der *Financial Times*: „Worrying for the West, particularly his message that Soviet Generals do not believe in graduated nuclear deterrence.“ Oder: „He is uniquely placed to reveal in detail the horrifying facts about the Russian military build-up. *Inside the Soviet Army* is essential reading for anyone who is concerned about the peace of the world.“ Oder: „This important book reveals the system by which the striking force of world revolution is organized ... a dire warning to the West.“

wird glauben gemacht, daß Stalin den „Befreiungskrieg“ (ein Begriff, den der Verfasser benutzt, um die Selbsteinschätzung der sowjetischen Politik in der Tschechoslowakei 1968 zu charakterisieren, und den er anachronistischerweise auf die dreißiger und vierziger Jahre zurückprojiziert) bereits in den zwanziger Jahren vorhergesehen habe. Bezeichnenderweise übersieht Suvorov ähnliche Versuche, die in hitzigen Debatten von den Wortführern der Sowjetologie im letzten Jahrzehnt entschieden zurückgewiesen wurden<sup>14</sup>.

Das völlige Fehlen von Zeugnissen zu Stalins Absichten und zu seiner Strategie am Vorabend des Krieges läßt uns entweder Churchills abschätzigem Urteil beistimmen, der Stalin und seine Mitarbeiter als „die im Hinblick auf Strategie, Politik, Voraussicht (und) Kompetenz am vollständigsten hinters Licht geführten Stümper des Zweiten Weltkriegs“ bezeichnet<sup>15</sup>, oder ihm zweifelhafte Machenschaften unterstellen. Beide Haltungen spiegeln sich beispielsweise in den Interpretationen einer langen Rede wider, die Stalin am 5. Mai 1941 vor den Absolventen der Militärakademie gehalten hat und deren genauer Inhalt bis zum heutigen Tage im Dunkeln liegt. In der ersten Sichtweise dient die Rede als Beleg für Stalins Zuversicht, einer deutschen Offensive standzuhalten. In der anderen Sichtweise, die bereits 1942 zu der später von Suvorov vertretenen Auffassung führte, wird Stalin eine sorgfältig durchdachte Strategie unterstellt, die auf der Erkenntnis der Unvermeidbarkeit eines Krieges im Jahr 1942 beruhte und einen sowjetischen Präventivschlag nicht ausschloß<sup>16</sup>.

Die wenigen Zeugnisse, die ans Licht gekommen sind, stammen von der sowjetischen Armee kurz nach Stalins Tod. Als Chruschtschow an die Macht kam, nutzten die Marschälle ihre Machtstellung, um sich selbst von der Verantwortung für die katastrophalen Ereignisse des 22. Juni 1941 freizusprechen, indem sie alle Schuld Stalin zuschoben. Die zahlreichen Memoiren von Militärs, ob in Buch- oder Artikelform, beschrieben den sowjetischen Aufmarsch einhellig als defensiv. Es sollte allerdings auch erwähnt werden, daß in der historischen Debatte bittere persönliche Kontroversen zwischen den Marschällen Schukov, Malinovskij, Tschuikov, Timoschenko, Rokossovskij und anderen entbrannten, wobei oft widersprüchliche Aussagen gemacht wurden<sup>17</sup>.

Das Fehlen von Zeugnissen führte sogar John Erickson, den führenden Experten für sowjetische Militärgeschichte, der die einzigartige Gelegenheit hatte, prominente sowjetische Politiker und Generäle zu interviewen und in den sechziger Jahren Einsicht in archivalische Materialien zu nehmen, in eine Sackgasse, als er eine rationale Erklärung für Stalins Politik in den Monaten vor der deutschen Invasion

<sup>14</sup> Eine derartige repräsentative Sicht findet sich in Robert C. Tucker, *The Emergence of Stalin's Foreign Policy*, in: *Slavic Review* 4 (1977).

<sup>15</sup> Winston Spencer Churchill, *The Second World War*, Bd. 3: *The Grand Alliance*, London 1968, S. 316.

<sup>16</sup> Alexander Werth, *Russia at War 1941–1945*, London 1964, S. 122 f.

<sup>17</sup> Die beste Zusammenstellung ihrer Ansichten findet sich in Seweryn Bialer, *Stalin and his Generals. Soviet Military Memoirs of World War II*, New York 1969.

suchte. In seiner gut dokumentierten Studie *The Road to Stalingrad* mußte er sich mit der folgenden unbefriedigenden Beurteilung zufriedengeben: „Up to April 1941 Stalin's policy did make a certain amount of sense ... Soviet weakness, even if Stalin was the last to admit it, required semiappeasement and, until quite recently, it had paid handsome dividends. The crisis over the Balkans nevertheless marks a major turning-point in Soviet-German relations, and it led to a policy of total appeasement on the part of Stalin, an attitude which is more difficult to explain.“<sup>18</sup>

Nachdem es ihm nicht gelungen war, eine logische Erklärung zu finden, nahm Erickson Zuflucht zu einem moralistischen und emotionalen Urteil über den Menschen Stalin, das deutlich in der Tradition des Kalten Krieges steht: „Locked up in the Kremlin, the master of a world which he had created by his own selective killings and which reflected back upon him only those images he had himself ordained, steeped in his own ‚genius‘ and fed on its outpourings, Stalin could rage away dissension and doubt, from whatever quarter it came. Even now he kept his soldiers hard under the heel of NKVD repression.“<sup>19</sup>

Eine andere gängige Interpretation, die allerdings wiederum nur mit Indizien arbeitet, basiert auf der inzwischen einwandfrei nachgewiesenen Tatsache, daß Stalin aus verschiedenen Quellen tatsächlich im Besitz genauer Informationen über die deutschen Absichten und den deutschen Aufmarsch war<sup>20</sup>. Der beste Beleg dafür stammt von Schukov, der in seinen Memoiren die von General Golikov, dem Leiter des sowjetischen Nachrichtendienstes (GRU), geäußerte Besorgnis über die deutschen Truppenbewegungen bezeugt. Seine Aussage wird von zahlreichen sowjetischen und westlichen nachrichtendienstlichen Quellen gestützt. Im Rahmen seiner 1956 geführten Kampagne, mit der er Stalins Nimbus zerstören wollte, hatte Chruschtschow zunächst die Veröffentlichung eines langen Artikels angeordnet, der das Ausmaß der Stalin vorliegenden Informationen enthüllte, dann aber dessen Veröffentlichung unterbunden. Dieser faszinierende Artikel hat in letzter Zeit weite Verbreitung gefunden. Insgesamt deutet das Material darauf hin, daß Golikov am 20. März und am 5. Mai entscheidende Nachrichten über die deutschen Pläne an Stalin weitergab. Golikov maß den Meldungen solche Wichtigkeit bei, daß er ihre Bedeutung Stalin gegenüber betonte, obwohl er ansonsten dazu neigte, Hinweise zu unterdrücken, die nicht mit Stalins Vorstellung übereinstimmten, daß Großbritannien durch Verbreitung von Gerüchten versuche, eine Krise in den deutsch-sowjetischen Beziehungen zu provozieren<sup>21</sup>.

<sup>18</sup> John Erickson, *Stalin's War with Germany*, Bd. 1: *The Road to Stalingrad*, London 1957, S. 77 (meine Hervorhebung).

<sup>19</sup> Ebenda, S. 80.

<sup>20</sup> Barton Whaley, *Codeword Barbarossa*, Cambridge/Mass. 1973, Franas Harry Hinsley, *British Intelligence in the Second World War*, London 1979, Bd. I, Kap. 14.

<sup>21</sup> Alexander M. Nekrich, 1941 22 iunija, Moskau 1965, S. 124f.; Georgij Konstantinovič Zhukov, *Vospominaniia i razmyshleniia*, London 1969, S. 229f., S. 233 und S. 248. Die beispiellose russische Freigabe findet sich in: Nakanune, ili tragediia kassandry: povest' v dokumentakh, in: *Nedel'ia* 42–44 (1988). Eine komplette Version von Chruschtschows berühmter Rede im Jahr 1956 wurde

Doch tappen wir immer noch im Dunkeln, wenn es um die Frage geht, wie diese Informationen interpretiert und genutzt wurden. Meist wird angenommen, Stalin habe sich nicht zu dem Glauben durchringen können, daß Hitler an zwei Fronten Krieg führen werde. Die Warnungen seien deshalb von ihm als ein „Nervenkrieg“ interpretiert worden, der seinen Höhepunkt in einem Ultimatum finden müsse. Er habe somit zu der Annahme geneigt, daß die Briten angesichts der ständigen Verschlechterung ihrer strategischen Position ihr Heil darin suchten, einen Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu provozieren. Stalins Streben sei dahin gegangen, einen Konflikt um jeden Preis zu vermeiden<sup>22</sup>.

Eine andere – bislang freilich kaum durch Belege erhärtete – Erklärung schreibt die Katastrophen der Anfangsstadien des Krieges einer Erstarrung zu, die Stalin befallen habe, als ihm bewußt wurde, daß ein Krieg mit Deutschland tatsächlich unvermeidlich war. Seine verwirrenden halbherzigen Maßnahmen (von Suworow fälschlich für einen geheimen Offensivaufmarsch genommen) hätten diese Angst und Unsicherheit widergespiegelt. Doch selbst eine scheinbar so ausgewogene Interpretation hat die Tendenz, Stalins mangelhaftes Urteilsvermögen seiner „kommunistischen Logik“ zuzuschreiben – was einen Widerspruch in sich darstellt – und dabei die Rationalität seines Verhaltens in Zweifel zu ziehen<sup>23</sup>.

Das Fehlen eindeutiger Belege und Unstimmigkeiten zwischen den verschiedenen sowjetischen Memoiren schuf einen Raum, in den sich Suworovs Theorien nahtlos einfügten. Bedauerlicherweise scheinen wir nicht viel von dem einzigen Vorteil zu profitieren, den Suworow im Vergleich zu anderen westlichen Historikern hat: seine intime Kenntnis und seine Erfahrung, die er innerhalb der sowjetischen Sicherheitskräfte sammeln konnte. Nachdrücklich zu diesem Punkt befragt, behauptete Suworow, seine Informationen anhand „geheimer sowjetischer Quellen“ sowie der veröffentlichten sowjetischen Literatur und der Kriegsmemoiren überprüft zu haben. Doch nach allem, was wir über den Zugang wissen, der sowjetischen Wissenschaftlern gewährt wird, kann man mit Zuversicht davon ausgehen, daß es Suworow angesichts seiner untergeordneten Stellung nicht gestattet war, auch nur einen flüchtigen Blick in die Archive der sowjetischen Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten und für Verteidigung zu werfen, geschweige denn Einsicht in Stalins Papiere zu nehmen. Die Memoirenliteratur wurde von Suworow in nachfolgenden Debatten überdies als „Fabrikationen sowjetischer Propaganda“ abgetan<sup>24</sup>.

---

unlängst in Moskau veröffentlicht und bestätigt zweifelsohne diese Beobachtungen, O kul'te lichnosti i ego posledstviakh, in: *Nedelia* 16 (1989), S. 8 f. Ausreichendes Material steht zur Verfügung, um zu beweisen, daß bei den im Januar 1941 vom Militärat durchgeführten Strategiespielen die Annahme einer Bedrohung durch Deutschland die Grundlage für die Erörterung von Defensivmaßnahmen bildete; siehe Earl F. Ziemke, *Stalin as a Strategist*, in: *Military Affairs* (Dec. 1983), S. 174–180.

<sup>22</sup> Hinsley, *British Intelligence*, Bd. I, Kap. 14; Knightley, *The Second Oldest Profession*, S. 176–197.

<sup>23</sup> Seaton, *Russo-German War*, S. 21.

<sup>24</sup> Victor Suworow, *Yes, Stalin was Planning to Attack Hitler in June 1941*, in: *Journal of the Royal United Services* 131 (1986), Heft 2.



Suvorovs These basiert ausschließlich auf einer Folgerung zu Stalins strategischen Absichten und auf selektiven, unzulänglichen und unvollständigen Belegen zur Taktik. Er zitiert Marschall Malinovskij und Marschall Sacharov sowie einige rangniedrigere Offiziere, um die massive Verstärkung der 1. und 2. Strategischen Staffel und ihre geheime Aufstellung in Grenznähe zu dokumentieren. Er gibt sich große Mühe, kontinuierliche, langfristige und sorgfältige Vorbereitungen nachzuweisen, die von den Russen getroffen worden seien, um die Offensive gegen Deutschland zu ergreifen. Doch bleibt er im Hinblick auf Daten vage und verlegt die erste Phase der Mobilmachung weit in den März 1941 vor. Der Transfer von Truppen an die Front, behauptet er, „hatte im März begonnen, erreichte im Mai eine ungeheure Größenordnung und nahm im Juni einfach gigantische Ausmaße an“<sup>25</sup>.

Ein sorgfältiges Studium seiner Quellen legt jedoch nahe, daß sich Suvorov eigentlich auf drei verschiedene Bewegungen „Anfang April und Mai“ bezieht und dann auf eine „kolossale“ Bewegung, die sich seit dem 13. Juni verstärkte. Suvorov bagatellisiert den Widerspruch zwischen seiner Darstellung einer kontinuierlichen Mobilmachung und dem tatsächlich stufenweisen Aufmarsch, indem er letzteren mit der außerordentlichen Belastung des unzulänglichen Transportsystems in Verbindung bringt. Tatsächlich deutet aber dieser stufenweise Aufmarsch, der genau dem deutschen Aufmarsch korrespondiert, auf Informationen über die deutschen Pläne und Truppenverschiebungen<sup>26</sup>. Bis Anfang April konnten die deutschen Intentionen bis zu einem gewissen Grad verschleiert werden. Die deutschen Truppenmassierungen waren zum Teil mit den sekundären Operationen auf dem Balkan zu erklären, und der Bedrohung, die sie gleichwohl darstellten, suchten die Deutschen durch eine umfassende Desinformations-Kampagne die mobilisierende Wirkung zu nehmen<sup>27</sup>.

Suvorov weist dann die Auffassung zurück, daß der Aufmarsch entweder defensiv war oder einen demonstrativen Akt darstellte, der darauf abzielte, die Deutschen von einem Angriff abzubringen. Stalins Versuche, „alles, was mit Verteidigung zu tun hatte, zu zerstören“, illustriert er mit dem Abbau der Verteidigungslinie von

<sup>25</sup> Im folgenden beschreibt er wiederum drei Wellen „Mitte März, April, und sogar Mai“, siehe Suvorov, *Who Was Planning to Attack Whom?*, S. 52f. Eine erst vor kurzem erschienene Analyse der defensiven Natur des Aufmarsches dieser beiden Staffeln findet sich in J. W. Kipp, *Military Theory. Barbarossa, Soviet Covering Forces and the Initial period of War: Military History and Airland Battle*, in: *The Journal of Soviet Military Studies I* (1988), S. 198 f.

<sup>26</sup> Zu diesem Punkt siehe die Zahlen zum deutschen Aufmarsch bei Seaton, *Russo-German War*, S. 41:

Datum	Zahl der Divisionen	
	Osten	Balkan
12. März	34	15
23. April	59	27
5. Juni	100	13
22. Juni	124	7

<sup>27</sup> Whaley, *Codeword Barbarossa*, Bd. 6f.

1939 und mit dem Versäumnis, Gräben, auch Panzersperrgräben, auszuheben und Barrikaden und Stacheldrahthindernisse anzulegen. Sein letztes und vielleicht stärkstes Argument lautet, die Russen hätten aus „wirtschaftlichen und militärischen Gründen“ den nach dem 13. Juni eingeschlagenen Kurs nicht mehr revidieren, ihre Truppen weder zurückziehen noch für den Winter in den Grenzgebieten belassen können. Obwohl er nicht in der Lage ist, irgendeine Direktive vorzulegen, die Stalins offensive Absichten enthüllen würde, stellt Suvorov schließlich eindeutig und selbstsicher fest, daß „die sowjetische Truppenkonzentration an der Grenze bis zum 10. Juli abgeschlossen sein sollte“<sup>28</sup>.

Suvorovs Eifer, eine revisionistische These zu präsentieren, steht ein solider Block an Material gegenüber, dessen konservativere Interpretation der Zeit standgehalten hat. Suvorovs Darstellung zeigt entweder eine erstaunliche Unkenntnis der fundamentalen Prinzipien, die der sowjetischen Militärdoktrin jener Zeit zugrundelagen, oder aber ein bewußtes Streben nach Irreführung. Er verleitet den Leser zu der Annahme, daß eine Gegenoffensive und ein Präventivschlag das Gleiche seien. Selbst wenn man aber davon ausgeht, ein Präventivschlag sei damals grundsätzlich schon ein Bestandteil des Arsenalns sowjetischer Politik gewesen (was nicht der Fall ist), wäre dies praktisch anders geworden, nachdem fast der gesamte Kontinent bis Anfang 1941 zusammengebrochen war, was Stalin mit dem vollen Gewicht der noch völlig unversehrten Wehrmacht konfrontierte<sup>29</sup>.

In Wirklichkeit war die sowjetische Strategie, reichlich ehrgeizig, darauf ausgerichtet, im Falle einer Invasion den Krieg unverzüglich in das Territorium des Gegners zu tragen. Dieses Konzept wurde von dem brillanten Trio Tuchatschewskij, Triandafillov und Isserson entwickelt. Das Ziel der Defensive bestand darin, dem Gegner die Initiative abzunehmen und Vorbedingungen für eine Gegenoffensive zu schaffen. Defensive Operationen wurden als Übergang, als zeitlich begrenztes Phänomen betrachtet, das nicht für die gesamte Länge einer strategischen Front durchgehalten werden konnte<sup>30</sup>. Die Erste Strategische Staffel – häufig auch als „Sicherungskräfte“ bezeichnet – sollte die Aufstellung des Gegners brechen, während die Zweite Strategische Staffel mobil gemacht, transportiert und entfaltet wurde<sup>31</sup>. In

<sup>28</sup> Suvorov, *Who Was Planning to Attack Whom?*, S. 54. In: *Der Eisbrecher*, S. 429f., zieht Suvorov den 6. Juli vor und erwähnt auch den Kodennamen der Operation, „Gewitter“, obwohl er zugibt, daß Stalins Plan im Zuge der Invasion von ihm vernichtet wurde und niemals irgendjemandem vor Augen kam.

<sup>29</sup> Siehe z. B. Barry Leach, *German Strategy Against Russia, 1939–1941*, Oxford 1973, Kap. 3 und 4; V. A. Anfilov, *Bessmertny podvig*, Moskau 1971, S. 149–160; M. V. Zakharov, *Stranitsy istorii Sovetskikh Vooruzhennykh sil nakanune Velikoi Otechestvennoi voiny 1939–1941 gg.*, in: *Voprosy istorii* 5 (1970), und Schukow, *Vospominaniia i razmyshleniia*, Moskau 1970, S. 182 ff.

<sup>30</sup> Die Doktrin wurde eingehend erörtert in: *Narodnyi Komissariat Oborony, Vremennyi polei ustav RKKK 1936*, Moskau 1937. Zum Vermächtnis von Tuchatschewskijs Beitrag zu dieser Strategie siehe R. Savushkin, *K voprosu o zarozhdenii teorii posledovael'nykh nastupatel'nykh operatsii*, in: *Voennoistoricheskii zhurnal*, 5 (1983), S. 78–82.

<sup>31</sup> A. V. Anfilov, *Proval „blitskriga“*, Moskau 1974, S. 162 und S. 178–189, und A. G. Khor'kov, *Nekotorye voprosy strategicheskogo razvertyvaniia Sovetskikh vooruzhennykh sil v nachale Velikoi Ote-*

Anbetracht der komplexen und fast unlösbaren Natur der Probleme, die eine Umsetzung dieser überaus progressiven Strategie mit sich brachte, auch in Anbetracht der Beschränkungen, die durch die Unzulänglichkeit der sowjetischen Infrastruktur, durch die Industrialisierung und durch die Kommandokontrolle gegeben waren, tendierte die Doktrin dazu, das Anfangsstadium eines Krieges zu ignorieren. 1940 waren die Begründer der strategischen Schule entweder tot oder einer Säuberung zum Opfer gefallen. Doch war ihr strategisches Konzept bis 1941 nicht durch eine Alternative ersetzt worden. Mit der Wahrscheinlichkeit eines Krieges konfrontiert, warf Stalin, statt der gängigen Doktrin zu folgen, wie sie sein Stabschef Marshall Schaposchnikov propagierte, seine Streitkräfte an die Front, ohne ihre angemessene logistische Unterstützung und ausreichende Ausstattung mit Verteidigungsmitteln sicherzustellen<sup>32</sup>.

Ende April wurde Schukov damit beauftragt, den „Verteidigungsplan für die Staatsgrenzen 1941“ umzusetzen, dem keinerlei „Operationsbefehle“ beigefügt waren. Der Plan schien darauf hinzudeuten, daß es Stalin, wie ein renommierter Historiker gesagt hat, darum ging, „eher eine Demonstration der Stärke zu geben als (Rußlands) Sicherheit zu schützen, und dies spiegelte sich im Grundmuster des folgenden Aufmarsches wider“<sup>33</sup>. Solch befremdliche Aufstellung wurde von lokalen Kommandeuren kritisiert und von General Kirponos, dem Befehlshaber des Militärdistrikts Kiew, als „passive Verteidigung“ charakterisiert<sup>34</sup>. Im Gegensatz zu Suvorovs Analyse scheint es überhaupt kein Konzept für eine operative oder taktische Gruppierung gegeben zu haben, als die sowjetischen Streitkräfte entlang der gesamten Länge der Grenze aufgestellt wurden, wobei sie selbst nach Westen vorspringende Ausbuchtungen besetzten und dort bei weitem keine angemessene Stärke

---

chestvennoi voiny, in: *Voennoistoricheskii zhurnal* 1 (1986), S. 9ff. Die im Krieg gegen Finnland und gegen die Japaner in Khalkhin-Gol gesammelten Erfahrungen schienen das Argument zu untermauern, daß die anfänglichen Operationen, für sich genommen, von sekundärer Bedeutung seien, Amnan Sella, *Khalkhin-Gol: The Forgotten War*, in: *Journal of Contemporary History* 18 (1983), Heft 4. Die Strategie der „Operation in die Tiefe“, als die sie bekannt wurde – von der Suvorov allerdings keine Kenntnis zu haben scheint –, wird erörtert in *inter alia* von K. S. Schultz, Vladimir K. Triandafillov and the Development of Soviet „Deep Operations“, in: *Soviet Armed Forces Review Annual IX (1984–1985)*, S. 232–244, und R. Savushkin, *K voprosu istochnika teorii posledovatel'nikh nastuplenikh operatsy*, in: *Voennoistoricheskii zhurnal*, 5 (1983).

<sup>32</sup> In einem soeben erschienenen Artikel in: *Moskovskii Novosti* vom 7. Mai 1989, diskutiert Lt.-General Nikolai Pavlenko, ein führender sowjetischer Militärgeschichtler, die Leistung der Roten Armee in den Anfangsstadien des Krieges mit bisher in der Sowjetunion nicht dagewesener Offenheit. So diskutiert er offen Tabus wie das Ribbentrop-Molotov-Abkommen, die Deutschland im Oktober 1941 gemachten Friedensangebote, die schlechten Leistungen der Sowjetarmee bei Kriegsbeginn und den ineffizienten und unnötig langen Marsch auf Berlin. Seine Sichtweise des 22. Juni 1941 weist deutlich auf Stalins Versagen bei der Ausführung der strategischen Theorie, wodurch die defensive Aufstellung aufgebrochen und ein beträchtliches Chaos verursacht wurde.

<sup>33</sup> Seaton, *Russo-German War*, S. 18.

<sup>34</sup> I. Bagramian, *Zapisky nachalnika operativnogo otdela*, in: *Voennoistoricheskii zhurnal* 1 (1967).

erreichten<sup>35</sup>. Diese Strategie ist für die anfänglichen Rückschläge im Krieg in nicht geringerem Maße verantwortlich als das ja evidente Element des „Überraschungsangriffs“. Was Suvorov zu tun versucht, ist die Ableitung sinisterer Intentionen aus einer zutiefst untauglichen Strategie.

Es wird von dem meisten sowjetischen Quellen bezeugt – von Suvorov allerdings ignoriert –, daß umfassende Befestigungs- und Bauarbeiten im Gange waren, die enorme Ressourcen an Arbeitskraft und Material in Anspruch nahmen. Dabei handelte es sich um die Schaffung einer Grenzlinie, die an die Stelle der „Stalinlinie“ treten sollte, die nun ihrer Waffen beraubt und von ihren Besatzungen entblößt war. Der Abbau der Verteidigung von 1939 war die Voraussetzung, um die 2. Strategische Staffel in die Lage zu versetzen, ihre Panzerdivisionen zur Grenze zu verlegen und die anfängliche Eindämmung des Gegners zu nutzen<sup>36</sup>.

Bei der Verfechtung seiner Argumente läßt sich Suvorov zudem einen recht unbeschwerten Umgang mit seinem wichtigsten Beweismaterial zuschulden kommen. Dafür nur zwei Beispiele. Er zitiert Generalmajor V. Zemskov, dem unterstellt wird, daß er den wahren strategischen Zweck des sowjetischen Aufmarsches zufällig preisgegeben habe, als er die der Roten Armee durch den deutschen Angriff aufgezwungene Strategie folgendermaßen erklärte: „Wir waren genötigt, diese Reserven, statt, wie es dem Plan entsprochen hätte, für die Offensive, zur Verteidigung einzusetzen.“ In der Quelle heißt es jedoch: „Wir waren genötigt, diese Reserven, statt sie, wie es dem Plan entsprochen hätte, für den *Gegenangriff* zu verwenden, zur Verteidigung einzusetzen.“<sup>37</sup> Gleichermäßen inkriminierend ist das selektive Zitieren eines Satzes von Marschall Wassilevskij, der angeblich die Richtigkeit von Suvorovs These beweist: „Es war von wesentlicher Bedeutung, Befürchtungen zu zerstreuen, daß im Westen Gerüchte über aggressive Absichten der UdSSR entstehen könnten. Wir hatten ... den Rubikon des Krieges erreicht, und wir mußten einen festen Schritt nach vorn tun.“ Dieses Zitat gewinnt einen bedrohlichen Sinn, wenn es nicht vollständig wiedergegeben und aus seinem Kontext herausgelöst wird. Tatsächlich erklärt Wassilevskij, warum die Furcht, provozierend zu handeln, Stalin daran hinderte, die Streitkräfte zur Abwehr eines deutschen Angriffs wirkungsvoller zu gruppieren. Wassilevskijs abschließendes Urteil lautet vollständig: „Wir hatten *durch die Macht von Umständen, die nicht von uns abhängen*, den Rubicon des Krieges erreicht,

<sup>35</sup> Anfilov, *Bessmertny podvig*, S. 170–174 und ders., *Istoriia Velikoi Otechestvennoi Voiny Sovetskogo Soiuza, 1941–1945* (1960), Bd. I, S. 471–475. Einige der von Stalin durchgeführten politischen Maßnahmen waren eindeutig defensiv. Die hektischen Truppenbewegungen an die Grenzen seit dem 13. Juni waren im Baltikum von Massenverhaftungen und dem Transfer von wahrscheinlich bis zu 50 000 jener Einwohner begleitet, von denen man annahm, daß sie eine deutsche Besetzung einer sowjetischen vorzogen; siehe Seaton, *Russo-German War*, S. 42.

<sup>36</sup> *Istoriia Velikoi Otechestvennoi Voiny*, Bd. I, S. 477 f. und Zhukov, *Vospominaniia*, S. 112 ff. Siehe auch Pietrow, *Deutschland im Juni 1941*, S. 130 f.

<sup>37</sup> Suvorov, *Der Eisbrecher*, S. 324 und ders., *Who Was Planning to Attack Whom?*, S. 54; V. Zemskov, *Nekotore voprosy sozdaniia i ispolzovaniia strategicheskikh rezervov*, in: *Voenno-istoricheskii zhurnal* 10 (1979), S. 13 (meine Hervorhebung).

und es war nun nötig, einen festen Schritt vorwärts zu tun. Die Interessen unseres Vaterlandes erforderten dies.“ Wassilevskijs Artikel wiederholt lediglich die gängige Kritik an Stalins Versäumnis, Vorbereitungen gegen den deutschen Angriff zu treffen und jenen unterschiedenen Schritt nach vorne zu machen, den der deutsche Aufmarsch diktierte<sup>38</sup>.

Es ist bislang kein ernsthafter Versuch unternommen worden, eine rationale Erklärung vorzulegen, die mit unserem Bild von Stalin als einem überaus scharfsinnigen und durchsetzungsfähigen Politiker in Einklang stünde. Suvorovs Schlußfolgerungen leiten sich aus einem ziemlich willkürlichen Versuch her, zwei dem Anschein nach eng verbundene Ereignisse miteinander zu harmonisieren: die massive, plötzliche und heimliche Bewegung der Roten Armee zu den Grenzen, die er als offensiven Aufmarsch betrachtet, und der Herausgabe des scheinbar „unbegreiflichen“ Tass-Kommuniqués vom 13. Juni, in dem Stalin Gerüchte über einen bevorstehenden sowjetisch-deutschen Zusammenstoß zurückwies. Suvorov sucht uns die irriige Schlußfolgerung einzuhammern, daß der endgültige Befehl zum Angriff „zwischen dem 12. und dem 15. Juni“ gegeben wurde und in engem Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Kommuniqués stand. Somit ist der 13. Juni seiner Ansicht nach „eines der wichtigsten Daten der gesamten sowjetischen Geschichte, unendlich wichtiger als der 22. Juni 1941“<sup>39</sup>.

Das Tass-Kommuniqué verdient sicherlich eine gründlichere Analyse als die oberflächliche und unbefriedigende Behandlung, die ihm Suvorov zuteil werden läßt. Die folgende Erklärung, die auf neu entdeckten Archivmaterialien basiert, bekräftigt die gängige Ansicht, daß der Aufmarsch der Roten Armee einen in letzter Minute unternommenen Versuch darstellte, einen deutschen Angriff zu vereiteln, einen Versuch, den zum einen Churchill auslöste, indem er Stalin sehr präzise Ultrameldungen über Hitlers Vorhaben übermittelte, zum anderen Stalins Meisterspion Sorge, der aus Tokio bestätigendes Material lieferte. Die ungeschickte Ausführung des Aufmarsches, die von Suvorov minutiös dargestellt wird, spiegelt Stalins unlösbare Aufgabe wider, Defensivmaßnahmen zu treffen, denen die Rote Armee unvorbereitet gegenüberstand, und gleichzeitig, für den Fall, daß sich die Nachrichten als falsch herausstellten, jegliche Provokation zu vermeiden, die einen Krieg auslösen konnte.

Stalins Furcht vor einem britisch-deutschen Frieden beeinträchtigte sein Urteil in hohem Maße und trug zu der Passivität bei, die sich mit dem Näherrücken des deutschen Angriffs immer noch deutlicher ausdrückte. Die Ursprünge seines pathologischen Argwohns lagen in der Angst vor einer erneuten Intervention. Alle wichtigsten internationalen Ereignisse der Zwischenkriegszeit wurden in Moskau innerhalb

<sup>38</sup> Suworow, *Der Eisbrecher*, S. 339; siehe *Voenno-istoričeskii žurnal* 2 (1978), S. 68.

<sup>39</sup> Suworow, *Who Was Planning to Attack Whom?*, S. 50, und ders., *Der Eisbrecher*, S. 240. Falls die Aufstellung der Roten Armee tatsächlich offensiv war und das Kommuniqué als Desinformation diente, dann wäre die Verwirrung, die es im Oberkommando auslöste, schwer zu erklären, siehe z. B. Anfilov, *Bessmertny podvig*, S. 178–184; Bagramian, *Tak nachalas vojna*, Moskau 1971, S. 68–76 und I. Azarov, *Osazhdennaia Odessa*, Moskau 1966, S. 8 ff.



dieses Bezugsrahmens gesehen. Daher war die Ausnutzung von Differenzen zwischen den westlichen Mächten das Grundprinzip sowjetischer Außenpolitik seit dem Frieden von Brest-Litovsk im Jahre 1918 und dem Rapallo-Vertrag von 1922; dies wurde nicht zuletzt durch den Abschluß des Ribbentrop-Molotov-Pakts im August 1939 eindeutig demonstriert. Das dem Pakt mit Deutschland zugrundeliegende Kalkül zielte zweifellos auf die Schaffung einer Pufferzone, nachdem es in den dreißiger Jahren nicht gelungen war, Sicherheit auf diplomatischem Wege zu erreichen, und zudem Polen im März 1939 Garantien von England erhalten hatte<sup>40</sup>. Man ging in Moskau nun davon aus, daß Rußland, während sich Deutschland und England in Feindseligkeiten verstrickten, in der Lage sein werde, seine militärische Bereitschaft zu verbessern<sup>41</sup>.

Daß diese Annahme falsch war, wurde erstmals erkannt, als Polen fiel, bevor die Briten in der Lage gewesen waren, ihr Expeditionskorps zu mobilisieren. Der „Sitzkrieg“, der darauf folgte, war von der ständigen sowjetischen Furcht vor einem Friedensschluß zwischen Großbritannien und Deutschland begleitet. Der Blitzkrieg in Frankreich und das nachfolgende deutsche Vorrücken auf dem Balkan waren aber noch alarmierender. In seinen Memoiren zeichnet Chruschtschow ein lebendiges Bild der Panik, die Stalin ergriff, als die Nachricht vom deutschen Einmarsch in Paris den Kreml erreichte: Stalin „ließ einige ausgesuchte russische Flüche los und sagte, daß uns Hitler nun mit Sicherheit den Hals umdrehen werde“. So drückt sich wohl kaum jemand aus, der daran denkt, in absehbarer Zeit eine Offensive in Gang zu setzen<sup>42</sup>.

Stalin, über die deutschen Absichten und den deutschen Aufmarsch ausreichend informiert, war sich gleichermaßen der Schwäche seiner Streitkräfte bewußt. Darüber hinaus konnte sich die sowjetische Rüstungsindustrie, obwohl sie enorme Fortschritte gemacht hatte, in keiner Weise mit der deutschen messen, die inzwischen einen Großteil der industriellen Ressourcen Europas kontrollierte. Gegen Ende April, nach dem Fall Jugoslawiens und Griechenlands, muß Stalin erkannt haben, daß ihn die überwältigende Notwendigkeit einer „Atempause“ zu weiterer Nachgiebigkeit gegenüber Deutschland zwang, nicht etwa zu einer aggressiven Strategie, wie Suworow behauptet<sup>43</sup>.

Die Situation wurde jedoch durch Stalins Überzeugung kompliziert, daß Hitler keinen Zweifrontenkrieg riskieren werde. Die im Frühling 1941 sich mehrenden Informationen über den gefährlichen deutschen Aufmarsch ignorierend, erklärte er

<sup>40</sup> In: Suworow, *Der Eisbrecher*, S. 11–57. Suworow folgt der längst überholten Annahme, die ihren Ursprung im Höhepunkt des Kalten Krieges hat, daß Stalins Pläne für die Inbesitznahme Osteuropas auf die späten zwanziger Jahre zurückgingen und ideologisch motiviert gewesen seien. Für eine umfassende Erörterung siehe *Slavic Review* 36 (1977), Heft 4.

<sup>41</sup> Erickson, *The Road to Stalingrad*, S. 77; *Istoriia Vtoroi Mirovoi Voiny, 1941–1945*, Moskau 1974–79, Bd. 3, S. 142 f.

<sup>42</sup> Nikita Khrushchev, *Khrushchev Remembers*, Boston 1970, S. 176 f. und Harrison E. Salisbury, *The Siege of Leningrad*, London 1969, S. 67–81.

<sup>43</sup> Whaley, *Codeword Barbarossa*, S. 210–213.

seiner Entourage, daß „Deutschland, solange es nicht seine Rechnung mit England beglichen habe (und dies, so nehme er an, könnte nicht vor Mitte oder Ende 1942 geschehen), nicht an zwei Fronten kämpfen und seine mit dem Pakt übernommenen Verpflichtungen genau einhalten werde“. Sollte jedoch Deutschland darauf sinnen, den Krieg im Osten früher zu beginnen, sei Hitler gezwungen, Friedensfühler nach England auszustrecken<sup>44</sup>. Diese Annahme wurde durch die Struktur der zwischen der Sowjetunion und England seit Kriegsausbruch bestehenden Beziehungen verstärkt. Der Ribbentrop-Molotov-Pakt gab in Großbritannien einer fatalistischen politischen Konzeption Nahrung, die im Foreign Office sorgsam kultiviert wurde und die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit Rußland für die Dauer des Krieges ausschloß. Man hatte keinen Zweifel daran, daß Stalins Neutralitätsabkommen mit Hitler letztlich in einem festen Bündnis konsolidiert werden würde<sup>45</sup>. Solch vorgefaßte Meinung war von dem latenten Wunsch begleitet, daß der Krieg eine Gelegenheit bieten werde, beide verhassten Regime loszuwerden. „Die Sowjetunion“, so hieß es zwischen 1939 und 1941 oft und oft, „ist eher ein potentieller Feind denn ein potentieller Verbündeter.“<sup>46</sup> Im Gegensatz zu Churchills späterer Darstellung wurden so in London die massiven deutschen Truppenkonzentrationen im Osten noch bis in die erste Juniwoche hinein als deutsches Druckmittel interpretiert, das positive Ergebnisse in Verhandlungen sicherstellen sollte, die – wie man in England annahm – mit Rußland bevorstünden<sup>47</sup>. Durch seine ausgezeichneten Verbindungen in London war Ivan Maiski, der sowjetische Botschafter in London, mit diesem politischen Standpunkt wohl vertraut, den die britische Regierung auch kaum zu verbergen suchte.

Churchills berühmte Warnung vor den deutschen Intentionen<sup>48</sup>, die Stalin am 21. April erhielt, fiel zeitlich mit einem nicht autorisierten Vorstoß des britischen Botschafters in Moskau, Sir Stafford Cripps, bei Molotov zusammen. Cripps, kein Anhänger jener von der Regierung vertretenen fatalistischen Konzeption, glaubte, das einzig wirksame – wenn auch fraglos „heikle“ – Mittel, die Russen näher an

<sup>44</sup> Siehe die erstaunliche Enthüllung in G. Kumanev, 22-go, Ha rassvete ..., in: Pravda v. 22. 6. 1989. Siehe auch Vladimir Petrov (Hrsg.), June 22, 1941 Chapel Hill 1968, S. 178 ff.; Pavel A. Zhilin, Kak fashistskoi Germaniia gotovila napadenie na Sovetskii soiuz, Moskau 1966, S. 219; Zhukov, Vospominaniia, S. 225.

<sup>45</sup> Siehe z. B.: Public Record Office, F[oreign] O[ffice] 371/24846, 24844, N2779/40/38 und N5937/30/38, Kommentare des Foreign-Office 8., 11. und 13. März, 3. Juli; 24852 N6029/24/38, Memorandum von Sargent, 17. Juli und Stellungnahme von Halifax, 18. Juli; 24853 N7279/283/38, Memorandum, 24. November 1940; 29135 W53/53/50, Weekly Intelligence Summary, 15. Jan.; 29479 N1316 und 1324/78/38, Kommentare, 3. Apr.; 29481 N2171 und 2466/78/38, Kommentare 13. und 27. Mai; W[ar] O[ffice] 208/1761 JIC(41)218, 23. Mai 1941.

<sup>46</sup> FO 371/24852 N6029/24/38, Memorandum von Sargent, 17. Juli 1940.

<sup>47</sup> Hinsley, British Intelligence, Kap. 14. Siehe auch Gabriel Gorodetsky, Churchill's Warning to Stalin: A Reappraisal, in: Historisches Jahrbuch 29 (1986), Heft 4, S. 979–990.

<sup>48</sup> Suvorov gibt eine weit hergeholt und tendenziöse Darstellung der Warnung in: Weshalb hat Stalin Churchill nicht getraut?, in: Der Eisbrecher, S. 289–303. Eine detaillierte Darstellung dieser Episode findet sich in dem von mir verfaßten Beitrag Churchill's Warning to Stalin: A Reappraisal.

Großbritannien zu ziehen, bestehe in der Ausnutzung der sowjetischen Furcht vor einem deutsch-britischen Frieden. Wie die Ereignisse bald bewiesen, hatte das Foreign Office recht mit seiner Ablehnung der Verwendung dieser „zweischneidigen Waffe, die Stalin dazu bringen könnte, noch hartnäckiger an seiner Appeasementpolitik festzuhalten“<sup>49</sup>. Ohne auf Instruktionen aus London zu warten, überreichte indes Cripps den Russen ein langes Memorandum. Einer scharfsinnigen Darlegung der Dilemmata, vor denen die Russen standen, folgten Versprechungen (und, als letzte Zuflucht, Drohungen), die sie in den Kreis der Alliierten ziehen sollten. Zusammen mit Churchills Warnung gelesen, die Cripps den Russen einige Tage später vorlegte, hatte das Memorandum die entgegengesetzte Wirkung und zeitigte insofern ernsthafte Konsequenzen, als es den sowjetischen Verdacht noch verstärkte, Großbritannien sei in seiner Verzweiflung bestrebt, Rußland in einen Krieg zu verwickeln. Was die Russen offenbar am meisten beunruhigte, war Cripps Warnung: „I had already mentioned to your Excellency, that it was not outside the bounds of possibility, if the war were protracted for a long period, that there might be a temptation for Great Britain (and especially for certain circles in Great Britain) to come to some arrangement to end the war on the sort of basis which has again recently been suggested in certain German quarters, that is that Western Europe should be returned to its former status, while Germany should be unhampered in the expansion of her ‚living space‘ to the east. Such a suggestion might also receive a response in the United States of America. In this connexion it must be remembered that the maintenance of the integrity of the Soviet Union is not a direct interest of the British Government as is the maintenance of the integrity of France and some other Western European countries.“<sup>50</sup>

Diese neuerliche Andeutung über einen britisch-deutschen Frieden ließ während der letzten Aprilwoche in Moskau beispiellose Angst aufkommen. Die Russen befanden sich nun in einer wenig beneidenswerten Lage: einerseits entschlossen, einen Zusammenbruch der Beziehungen mit Großbritannien zu vermeiden, mußten sie gleichzeitig eifrig bestrebt sein, beschwichtigende Schritte im Hinblick auf Deutschland zu tun. Um Deutschland so wenig wie möglich zu provozieren, verlegten die Russen ihre Aktivität nun nach London, wo sie den Augen der Deutschen in Moskau entzogen waren. Zunächst einmal beobachteten sie die britische Politik schärfer, besonders nach dem Debakel in Griechenland und Kreta, das wachsende Kritik und Unruhe in England hervorrief. Ivan Maiski wurde instruiert, ein wachsames Auge auf die sogenannten „Münchener“ Elemente in der Regierung zu haben und die Gegner des Appeasement in ihrer Haltung zu bestärken<sup>51</sup>. In intensiven Gesprächen mit Beatrice Webb, mit R. A. Butler, dem Parlamentarischen Staatssekretär im Foreign Office, und mit Sir Walter Monckton, dem späteren Verteidigungs-

<sup>49</sup> FO 371/29480 N1762/78/38, Telegramm von Cripps, 23. April, und Kommentar von Sargent und Eden, 25. April 1941.

<sup>50</sup> FO 371/29465 N1828/3/38.

<sup>51</sup> Bodleian Library (Oxford), Lord Monckton's Papers, Box 5, S. 49.

gungsminister, suchte Maiski die Gerüchte über Friedensfühler zum Verstummen zu bringen<sup>52</sup>.

Im Licht der bisher dargestellten Ereignisse wird der Englandflug, den Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß am 12. Mai als persönliche Friedensmission unternahm, zu einem Schlüssel für das Verständnis der sowjetischen Haltung gegenüber dem nahenden Konflikt. Heß hatte Hitler geholfen, die antibolschewistischen Parteien in *Mein Kampf* zu entwerfen, und er war für seine pro-britischen Neigungen und Kontakte allseits bekannt. Die britische Regierung, von seiner unerwarteten Ankunft überrumpelt, umgab die Affäre mit Stillschweigen und übersah dabei die Wirkungen, die dies in Moskau haben konnte<sup>53</sup>. Als der völlig konsternierte Maiski zum Foreign Office eilte, um eine Erklärung zu erhalten, traf er mit Butler zusammen, der sich getreu der von der Regierung verordneten Informationssperre „reserviert“ zeigte und sich weigerte, irgendwelche Informationen zu geben. Maiski schloß aus dieser verfehlten Nachrichtenpolitik, daß das Kabinett tatsächlich ein Friedensangebot ernsthaft in Erwägung ziehe. Daß nur verzerrte Informationen zu erhalten waren, bestärkte ihn in seiner Schlußfolgerung, zumal die Presse anfänglich enthusiastische Berichte brachte und Meldungen auftauchten, der Herzog von Hamilton – von dem es hieß, er habe in ständigem Kontakt mit Heß gestanden – sowie Lord Simon und Ivone Kirkpatrick, der frühere Botschaftsrat an der britischen Mission in Berlin, hätten mit Heß verhandelt. Cripps extemporierte Warnung schien sich plötzlich zu bewahrheiten. Im Laufe einer offenen Unterhaltung mit engen Freunden, den alt gewordenen Fabiern Beatrice und Sidney Webb, beklagte sich Maiski über das lange Memorandum von Cripps, das die Regierung irritierte. Er fuhr dann fort, über den Krieg zu sprechen, wobei er versuchte, den Webbs eine Reaktion zu Cripps' Überlegungen zu entlocken, die ihn offensichtlich tief beunruhigten: „Would England hold out – would there not be a powerful section of the ruling class in favour of a negotiated peace with Hitler? He gave us what he believed to be the truth about the Hess affair. Hess had been quite frank about his mission; though he refused to say that it was with the assent of Hitler. He wanted to persuade the

<sup>52</sup> FO 371/29465 N1801/3/38; Webb-Papers, Diary, S. 7079; Monckton Papers, Box 5, S. 49, Memorandum, 28. Mai 1941. Eine von guten Kenntnissen zeugende Interpretation dieser Ereignisse findet sich bei Martin Kitchen, *British Policy towards the Soviet Union during the Second World War*, New York 1986, S. 52–55. Neu Steven M. Miner, in einer tendenziösen Arbeit: *Between Churchill and Stalin. The Soviet Union, Great Britain, and the Origins of the Grand Alliance*, North Carolina 1988, S. 130–137; in dem Versuch zu beweisen, daß es Stalins vollständige Bindung an seine „Allianz“ mit Hitler gewesen sei, die ihn der Gefahr gegenüber blind gemacht habe, spielt er den sowjetischen Verdacht völlig herunter.

<sup>53</sup> Der Titel, den bezeichnenderweise V. G. Trukhanovskii für das Kapitel über Heß in: *Vneshnaia politika Anglii v period vtoroii mirovii voiny, 1939–1945*, Moskau 1965, wählte, lautet „England Makes a Choice“; M. Gus, „Taina“ Missia Gessa, in: *Voienno-istoricheskii zhurnal* 9 (1960). In *Khrushchev Remembers*, S. 137, erinnert sich Chruschtschow, Stalin gesagt zu haben: „I think Hess must actually be on a secret mission from Hitler to negotiate with the English about cutting short the war in the West to free Hitler's hands for the push east. Stalin heard me out, and then said, 'Yes, that's it. You understand correctly'“.

British Government to give way: the British and the Allies would be beaten in the war for the domination of Europe, though it would exhaust Germany in doing it. Germany must remain the dominating force in Europe; Great Britain must keep her Empire, except a few minor concessions in Africa. Then Germany and Great Britain could stop the spread of Bolshevism which was a Devil.<sup>54</sup>

Bei Maiski setzte sich danach eine irrige Meinung fest, die er dann auch nach Moskau kabela: „A struggle began behind the scenes in British politics ... Churchill, Eden, Bevin and all the Labour Ministers generally at once declared definitely against any negotiations ... But among the Ministers there have been found men like Simon, who, supported by the former ‚Clivedenites‘, have considered that the Government should make use of such an unexpected opportunity of sounding Hitler about possible peace terms.“<sup>55</sup>

Maiskis Eindruck war nicht die einzige Quelle für das sowjetische Urteil über Heß' Mission und Cripps' Memorandum. Meldungen des sowjetischen Nachrichtendienstes wiesen in die gleiche Richtung. Richard Sorge, der bedeutende sowjetische Agent in Japan, übermittelte Berichte, in denen der Flug von Heß als ein in letzter Minute und mit Hitlers Einverständnis unternommener Versuch geschildert war, einen Frieden auszuhandeln<sup>56</sup>. Darüber hinaus schlug Cripps, im Bewußtsein der explosiven Natur des Falles, vor, die von Heß erhaltenen Informationen zu benutzen, um sowjetische Befürchtungen entweder zu schüren oder zu beschwichtigen: „Hess incident has no doubt intrigued the Soviet Government quite as much as anybody else and may well have aroused their old fears of a peaceable deal at their expense. I am, of course, unaware to what extent, if at all, Hess is prepared to talk. But on the assumption that he is, I very much hope you will consider urgently the possibility of using his revelations to stiffen the Soviet resistance to German pressure either (a) by increasing their fears of being left alone to face the music or (b) by encouraging them to think that the music, if faced now and in company, will not be so formidable after all; or preferably by both.“<sup>57</sup> Richtig eingesetzt, so erklärte Cripps in einem nachfolgenden Telegramm, „the information may discourage the Russians from speculating and convince them that they have something to dig their toes into now, but may have nothing that will hold them later on.“

So wurden sowjetische Befürchtungen zweifellos verstärkt, als das Foreign Office Anfang Juni – kurz nachdem Cripps nach London berufen worden war – die Entscheidung traf, „Heß auf lügenhafte Weise (zu) benutzen“: „We are putting it about through covert channels that Hess's flight indicates growing split over Hitler's policy of collaboration with the Soviet Union and that if pursued he will insist on short term benefits knowing that he will be forced to abandon it and to break any

<sup>54</sup> Webb-Papers, Diary, S. 7079 f.

<sup>55</sup> Ivan M. Maisky, *Memoirs of a Soviet Ambassador. The War, 1939–1943*, London 1963, S. 144–147.

<sup>56</sup> F. D. Volkov, *Neudavshiiia Pryzhok Rudolf Gessa*, in: *Novaia i noveishaia istoriia* 6 (1968), S. 116; siehe auch Frederick William Deakin und G. R. Storry, *The Case of Richard Sorge*, London 1966, S. 226.

<sup>57</sup> Cripps-Papers, Diary, 13. Mai 1941; FO 371/29481 N2171/78/38, 13. Mai 1941.



promises which he may have made to the Soviet Union, so that in the end their last state will be worse than their first. They will have lost potential friends and made vital concessions and will be left to face Germany single-handed in a weakened state.“<sup>58</sup>

Dieser schreckenerregende Hinweis traf mit verlässlichen Informationen Sorgen aus Tokio zusammen. Im April meldete er nach Moskau, daß die Deutschen ihre Vorbereitungen für den Einmarsch abgeschlossen hätten. Anfang Mai wurde er von einem deutschen Sonderbeauftragten über Hitlers strategische Begründung der Invasion unterrichtet. Mitte Mai erhielt er von einem deutschen Offizier die Mitteilung, daß der Termin des Angriffs auf den 20. Juni angesetzt sei. Nicht als offensiven Aufmarsch, wie das Suvorov darstellt, sondern als ein Ergebnis dieser unheilverkündenden Meldungen ordnete Stalin Mitte Mai den Transfer starker Kräfte aus dem Osten an, lange nachdem er seinen Rücken durch den Abschluß eines Neutralitätspaktes mit Japan abgesichert hatte.<sup>59</sup>

Anfang Juni wurde Cripps unter Begleitumständen zu Beratungen nach London zurückgerufen, die den Russen Anlaß zu Spekulationen lieferten. Seine Abreise fiel mit der Evakuierung von Botschaftsangestellten und deren Familien zusammen, während die Gerüchte über einen unmittelbar bevorstehenden Zusammenstoß zunahmen. In einem letzten Versuch, die Russen daran zu hindern, angeblichen deutschen Forderungen nachzugeben, sagte Cripps, ohne dazu autorisiert zu sein, dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Wyschinskij, er sei zwar lediglich zu Konsultationen zurückgerufen worden, werde jedoch vielleicht gar nicht mehr nach Moskau zurückkehren. Seine Ankündigung verursachte in Moskau „beträchtliche Überraschung“. Wie zur Bestätigung seiner Absichten kehrte zudem seine Frau mit ihm nach London zurück.<sup>60</sup> Die Nachricht über Cripps' Abreise, so notierte man im Foreign Office, „was carried by nearly all the news agencies on June 6th. It caused considerable sensation among journalists of all nationalities in London and speculation as to the reason of the journey became wild. There was a general tendency to assume a sudden worsening of Anglo-Russian relations.“<sup>61</sup>

Kurz danach erfuhr Maiski, daß Lord Simon, der Apostel von Appeasement, mit der Vernehmung von Heß betraut worden war.<sup>62</sup> Für die außerordentlich mißtrauischen Moskauer schien die Rückberufung von Cripps, zusammen mit der vom Foreign Office verbreiteten Desinformation über die Natur seiner Reise, die Hypothese zu untermauern, daß hinter den Kulissen schließlich doch irgendeine Abma-

<sup>58</sup> FO 371 29481 N2466 und 29482 N2787/78/38, Telegramm von Cripps, 26. Mai, und Antwort 10. Juni, sowie Orme Sargents Kommentar, 30. Mai 1941; David Dilks (Hrsg.), *The Diaries of Sir Alexander Cadogan*, London 1971, S. 386 f.

<sup>59</sup> *Front bez linii fronta*, Moskau 1966, passim; Julius Mader u. a., *Dr. Sorge funkt aus Tokio*, Berlin 1966, passim. Siehe auch Knightley, *The Second Oldest Profession*, S. 187–190.

<sup>60</sup> FO 371/29466 N2628/3/38, Eden an Cripps über Treffen mit Maiski, 5. Juni 1941.

<sup>61</sup> FO 371/29466 N2674/3/38, Foreign Office Kommentar 9. Juni 1941.

<sup>62</sup> London School of Economics, Beatrice Webb-Papers, Diary, S. 7103–7107, 14. Juni 1941; *Foreign Relations of the United States*, 1941, Bd. 1, S. 173.

chung ausgehandelt werde, die Hitler freie Hand im Osten gebe. Ebenso alarmierend wirkten Indizien, die darauf hindeuteten, daß die Amerikaner Druck auf Churchill und Eden ausübten, Rußland im Tausch gegen Friedensofferten zu opfern. Fast am gleichen Tag, an dem Cripps Moskau verließ, brach John Winant, der vor kurzem ernannte amerikanische Botschafter in London, zu Konsultationen nach Washington auf. Seine Abreise ließ sofort jene weit verbreiteten Spekulationen wiederaufleben, wie sie durch die Heß-Affäre ausgelöst waren, nämlich daß über einen Frieden diskutiert werde<sup>63</sup>. Derartige Gerüchte, zu deren Urhebern so angesehene Männer wie der ehemalige Präsident Herbert Hoover gehörten, hielten und verstärkten sich als Resultat des von den Briten gewährten Schweigens. Zudem erschreckte die Russen, daß Winants Ankunft in Washington eine rapide Verschlechterung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen herbeizuführen schien. Am 10. Juni wurden zwei stellvertretende sowjetische Militärattachés aus den Vereinigten Staaten ausgewiesen<sup>64</sup>. Schließlich bestand auch immer die Möglichkeit, daß Großbritannien, selbst wenn es die deutschen Friedensvorschläge unbeantwortet ließ, Berlin seinen Wunsch signalisierte, unbeteiligt zu bleiben, falls es zu einem deutsch-sowjetischen Krieg komme. Andererseits mochten die Deutschen provoziert und nach Osten gelenkt werden, wenn ihnen der Verdacht kam, daß die Rückberufung von Cripps auf Konsultationen über eine eventuelle britisch-sowjetische Wiederannäherung – angesichts der ständigen Gerüchte über einen drohenden deutsch-sowjetischen Krieg – hindeute. Die Erinnerung daran, wie hart die Deutschen Anfang April Jugoslawien wegen seiner Annäherung an Rußland bestraft hatten, war noch sehr lebendig<sup>65</sup>.

In diesem Zusammenhang muß das berühmte Tass-Kommuniqué analysiert werden. In seinen Memoiren verweilt Maiski besonders lange bei seinen eigenen Mitteilungen, mit denen er Stalin vor dem bevorstehenden Angriff gewarnt habe. Mit Bedacht verleitet er den Leser zu dem Glauben, er, Maiski, habe am 10. Juni ein „dringendes Chiffre-Kabel“ nach Moskau gesandt, und zwar mit speziellen nachrichtendienstlichen Informationen über die deutschen Pläne, die ihm von Sir Alexander Cadogan, dem Staatssekretär im Foreign Office, zur Verfügung gestellt worden seien. Danach distanziert sich Maiski von dem Kommuniqué, das Tass am 14. Juni veröffentlichte und das die Möglichkeit eines Krieges mit Deutschland als abwegig bezeichnete, indem er erklärt, mit welcher „extremer Verwunderung“ er das Kommuniqué gelesen habe.

<sup>63</sup> John G. Winant, *A Letter from Grosvenor Square. An Account of a Stewardship*, London 1947, S. 143f.

<sup>64</sup> Joseph P. Lash, *Roosevelt and Churchill, 1939–1941. The Partnership that Saved the West*, Norton 1976. Harper-Papers, H22.f.21, Harper an Henderson, 22. Juni 1941. Siehe auch Raymond Howard Dawson, *The Decision to Aid Russia, 1941. Foreign Policy and Domestic Politics*, Chapel Hill 1959, S. 60f.

<sup>65</sup> Maisky, *Memoirs*, S. 148 ff. und S. 165. Eine Andeutung des Zusammenhangs zwischen Cripps' Drohungen, der Heß-Affäre und dem Kommuniqué findet sich in F. D. Volkov, *SSSR-Angliia 1929–1945 gg.*, Moskau 1964, S. 343f.

An drei Stellen seiner Memoiren, die diesen ereignisreichen Zeitraum ansonsten eher flüchtig behandeln, führt Maiski den Leser zu dem Schluß, daß der „Pfeil in Richtung Großbritannien, der zu Beginn des Tass-Kommuniqués abgeschossen wurde, keinen Raum für Zweifel daran ließ, daß er die Antwort auf die von Cadogan abgegebene Warnung darstellte“<sup>66</sup>. Die offensichtliche Unstimmigkeit in Maiskis Version liegt darin, daß das bedeutsame Treffen mit Cadogan, bei dem er detaillierte Informationen über deutsche Truppenkonzentrationen erhielt, nicht, wie er behauptet, am 10. Juni, sondern erst am 15. Juni stattfand, also nach der Veröffentlichung des Kommuniqués. Maiskis dreiste Lüge steht im Zusammenhang mit seinem Versuch, alle Schuld für die falsche Beurteilung der Situation am Vorabend des Krieges Stalin aufzubürden. Angesichts seiner eigenen Einschätzung der internen britischen Szenerie hat Maiski sich zweifellos für vieles zu rechtfertigen. Der Schlüssel zu seiner verzerrten Darstellung kann in der Zielrichtung des Kommuniqués und in dessen überaus sorgfältiger Formulierung gefunden werden. Der „Pfeil“, der Maiski angeblich vor ein Rätsel stellte, sah folgendermaßen aus: „Even before Cripps's arrival in London and especially after he had arrived there, (Hervorh. durch Verf.) there have been more and more rumours of an early war between the Soviet Union and Germany ... All this is nothing but clumsy propaganda by forces interested in an extension of the war.“

Cripps war erst am Abend des 11. Juni in London angekommen, und das Kommuniqué bezog sich auf Schlagzeilen der britischen Presse vom 12. Juni, die implizierten, daß „eine gewisse Verschärfung der deutsch-sowjetischen Beziehungen erkennbar“ sei<sup>67</sup>. Unter der Überschrift „Sir S. Cripps kehrt zurück: Mögliche Gespräche mit Rußland; Hoffnung auf bessere Beziehungen“ schrieb beispielsweise die *Sunday Times*, daß Rußland um eine Verbesserung der Beziehungen mit Großbritannien bemüht sei, um eine deutsche Aggression zu vereiteln<sup>68</sup>. Allein Maiski konnte die Quelle für die Sammlung und Auswertung der britischen Pressestimmen gewesen sein. In der Tat beklagte Maiski in einer Unterhaltung mit dem außenpolitischen Redakteur der *Times* am Abend des 12. Juni bitterlich, was seiner Meinung nach „Foreign-Office-Propaganda in allen gestrigen Morgenzeitungen“ gewesen war. „Eine solche offizielle Kampagne ... muß in Moskau die denkbar schlimmste Wirkung zeitigen.“<sup>69</sup> Am folgenden Tag, noch vor der Ausgabe des Kommuniqués, äußerte Maiski Eden gegenüber seine Besorgnis über jene „Art von Berichten“, die seine Regierung kaum als unabhängige Meinungsäußerungen ansehen werde<sup>70</sup>. So befremdlich es auch klingen mag, steckte doch ein Körnchen Wahrheit im Moskauer Verdacht. Ohne Wissen von Cripps und möglicherweise auch Eden, war die

<sup>66</sup> Maiski, *Memoirs*, S. 150 ff.

<sup>67</sup> Cripps Visit Sets Berlin Wondering, in: *News Chronicle* vom 9. Juni 1941.

<sup>68</sup> 8. und 9. Juni 1941.

<sup>69</sup> FO 371/29483 N2862/78/38.

<sup>70</sup> FO 418/87, Telegramm an Baggallay (Moskau), 13. Juni 1941.

Presse zu diesem Thema vom Foreign Office selbst unterrichtet worden<sup>71</sup>. Über das Motiv können nur Vermutungen angestellt werden, doch hegte zumindest Cadogan, wie er in seinem Tagebuch verriet, die heimliche Hoffnung, daß die Russen in den unterstellten Verhandlungen mit den Deutschen kein Abkommen unterzeichnen würden, „da ich es allzu gern sähe, wenn Deutschland seine Kräfte dort verausgabte.“<sup>72</sup>

Trotz der erklärten Zielrichtung war das im Kommuniqué enthaltene Dementi in erster Linie für deutsche Augen gedacht. Man hoffte, der sowjetische Hinweis, daß man Kenntnis von den deutschen Truppenkonzentrationen habe, werde Berlin zu einer Reaktion veranlassen. Ebenso wichtig war es, die Deutschen daran zu hindern, Cripps' Rückberufung als ein Zeichen dafür mißzuverstehen, daß, wie die britische Presse zu verstehen gab, britisch-sowjetische Verhandlungen im Gange seien. In der Tat beschwerten sich die Russen prompt, daß das Dementi in der britischen Presse nicht genügend herausgestellt worden sei, womit sie eindeutig eine Einmischung der Regierung implizierten<sup>73</sup>. Maiski hat das in Moskau festgelegte Vorgehen, das ja auf seinen Berichten basierte, mit Sicherheit gebilligt. Es gibt nichts, was darauf hinweist, daß er mit Moskaus Beurteilung der deutschen Truppenkonzentrationen vor dem 15. Juni nicht übereingestimmt hätte<sup>74</sup>.

Maiskis Gefühl, daß Großbritannien verzweifelt versuche, Rußland in den Krieg zu verwickeln, schien durch seine Unterredung mit Eden nach Cripps' Rückkehr am 13. Juni, gerade als das Kommuniqué herausgegeben wurde, bestätigt zu werden. Maiski „zeigte keinerlei persönliche Reaktion“ und wies Edens – allgemein gehaltene – Warnung hinsichtlich des deutschen Aufmarsches ab. Er „war sich sicher, daß (England) die deutschen Truppenkonzentrationen übertrieb. Er glaubte nicht an die Möglichkeit eines deutschen Angriffs auf Rußland“. Maiski warf Eden offen vor, daß er in der Presse „sensationelle Aussagen“ über einen bevorstehenden deutsch-sowjetischen Konflikt verbreiten lasse. Für solche Aktivitäten, so warnte er Eden, „werde seine Regierung kein Verständnis aufbringen“. Von überaus vorsichtigem Naturell, drängte er dennoch Eden, die Quelle und die Einzelheiten dieser Nachrichtendienstberichte noch am selben Abend oder übers Wochenende offenzulegen<sup>75</sup>.

<sup>71</sup> FO 371/29483 N2887/78/38, Kommentar Cadogan und Sargent, 13. und 14. Juni; 29315 W7499/53/50, PIS, 18. Juni 1941.

<sup>72</sup> Cadogan, Diaries, S. 382.

<sup>73</sup> FO 371/29483 N2873/78/38, Kommentar von Coote, 14. Juni 1941. Die Nachrichtenabteilung des Foreign Office gewann aus Gesprächen mit dem Tass-Vertreter in London den deutlichen Eindruck, daß die sowjetische Botschaft die britische Regierung verdächtigte, Berichte über einen bevorstehenden Zusammenstoß zu verbreiten, die darauf zielten, die Sowjetregierung in den Krieg zu verwickeln. Siehe dazu: N2887/78/38, Warner's Niederschrift, 13. Juni 1941.

<sup>74</sup> FO 371/29483 N2862/78/38, Memorandum von McDonald.

<sup>75</sup> FO 371/29482 N2792/78/38, Eden Memorandum. In: Suvorov, Who Was Planning to Attack Whom? übersah Suvorov die diplomatische Dimension der Krise völlig. Nachdem er deswegen kritisiert wurde (siehe z. B. meine Erwiderung: Was Stalin Planning to Attack Hitler in June 1941?, in: Journal of the Royal United Services 131 [1986], Heft 2), versucht Suvorov diesen Mangel in „Der Eisbrecher“, S. 270 ff., zu beheben. Da das Kommuniqué der Dreh- und Angelpunkt von Suvorovs

Daß Eden für die gezeigte Dringlichkeit unempfänglich blieb, muß Maiskis Verdacht der Provokation noch verstärkt haben.

Die Entscheidung, bedeutungsschweres, durch Ultra gewonnenes Material freizugeben, wurde erst spät am Sonntag, dem 15. Juni, von Churchill endgültig getroffen. Maiski war deshalb völlig verblüfft, als er Montag morgen zum Foreign Office bestellt wurde, um Cadogans distanzierendes und monotones Rezitativ „präziser und konkreter“ Meldungen über den deutschen Aufmarsch und Angriffsplan anzuhören. Maiski verstörte nicht so sehr die Tatsache, daß „diese Lawine aus Feuer und Tod jeden Moment (über Rußland) niedergehen konnte“, sondern eher der beruhigende Inhalt seiner bisherigen Berichte. Er beeilte sich deshalb, nach Moskau zu kabeln und seine früheren Lagebeurteilungen zu revidieren<sup>76</sup>. Nach Chruschtschows Geheimrede von 1956 ergänzte Maiski sein Kabel am 18. Juni mit weiteren Einzel-

These ist, ist ein kritischer Kommentar zu seinen angewandten historischen Methoden notwendig. Seine Behandlung dieser Episode eignet sich vorzüglich zur Illustration ähnlicher Mängel in seiner Arbeit, die ihren Ursprung in schlampiger Forschung haben, wozu sich starre und dogmatische politische Vorurteile gesellen, die jedem Versuch, die außerordentliche Komplexität der Situation zu verstehen, im Wege stehen. Suvorov gründet seine Argumentation auf ein einziges Dokument, nämlich Maiskis Unterredung mit Eden am 13. Juni. Selbst innerhalb dieses begrenzten Rahmens macht er sich nicht die Mühe, Einsicht in den detaillierten Bericht über dieses Gespräch zu nehmen, der im British Public Record Office problemlos zugänglich ist, und er zieht auch nicht die verlässliche und detaillierte Zusammenfassung in der von Sir Llewellyn Woodward verfaßten offiziellen Foreign Office-Darstellung heran: *British Foreign Policy in the Second World War*, Bd. 1–5, London 1970–1976. Statt dessen bevorzugt er eine Zusammenfassung der Unterredung in einem kurzen Abschnitt der „Geschichte des Zweiten Weltkrieges 1939–1945“, der deutschen Übersetzung von „Istoriiia vtoroi mirovoi voiny“, Bd. 3, Moskau 1974, S. 352. Suvorov betrachtet das Treffen nicht als ein turbulentes, in dem Maiski Eden in einem dem Kommuniké ähnlichen Ton Vorwürfe machte. Die Unterredung, die in „freundschaftlicher Atmosphäre“ stattgefunden habe, sei von Maiski angeregt worden, dem es um die Zusicherung konkreter militärischer Unterstützungsmaßnahmen gegangen sei, wie etwa „direkte Kampfeinsätze der Royal Air Force zugunsten der Roten Armee, Kriegslieferungen, Koordinierung der Aktionen der militärischen Führung beider Länder“. Stalin, so folgert Suvorov, „spielt ein schmutziges Spiel“; er habe britische Unterstützung für seine eigene Offensive gegen Deutschland gesucht. Den Beweis dafür findet Suvorov in der Tatsache, daß das Memorandum über Zusammenarbeit spricht, „falls in nächster Zukunft ein Krieg zwischen der UdSSR und Deutschland ausbrechen sollte“. Daß die Sowjetunion vor Deutschland erwähnt wird, ist für ihn ein über alle Zweifel erhabenes Indiz dafür, daß es sich um eine sowjetische Offensive gegen Deutschland handelte. Wenn Suvorov das originale Dokument konsultiert hätte, hätte er herausgefunden, daß Maiski auf Edens Initiative aus oben angeführten Gründen zum Foreign Office gerufen wurde. Weit entfernt von freundlichem Einvernehmen, war die Unterredung „durchweg etwas steif“, und zwar aufgrund von Maiskis Weigerung, „die Möglichkeit eines Konflikts zwischen Deutschland und Rußland“ – und nicht etwa umgekehrt, wie Suvorov behauptet – in Erwägung zu ziehen. Unter diesen Umständen schlug Eden eine begrenzte Unterstützung vor, deren Annahme Maiski hartnäckig verweigerte. „Obwohl ich ihn fragte“, berichtete Eden, „wollte er seine eigene Reaktion zu der Nachricht nicht preisgeben.“

<sup>76</sup> FO 371/29466 N3047/78/38, Kommentar Cadogans; *Diaries of Cadogan*, S. 388; *Maiski, Memoirs*, S. 149. Als zentraler Beleg für die Warnung an die Russen hat Maiskis Version die meisten Historiker zu einer fehlerhaften und mißbilligenden Beurteilung des Tass-Kommunikés geführt, darunter auch den ansonsten untadeligen Whaley, *Codeward Barbarossa*, S. 107 f. und S. 114.



heiten zum deutschen Aufmarsch, wobei er Cripps als von der Unvermeidbarkeit eines bewaffneten Konflikts „zutiefst überzeugt“ zitierte. Am 18. Juni traf sich Cripps mit Maiski und dessen Frau zum Mittagessen. Cripps beklagte sich bei Maiski darüber, daß das Kommuniqué vom diplomatischen Korps in Moskau als „direkter persönlicher Angriff gegen mich“ bewertet werde. Maiski versuchte nicht, dies zu leugnen. Im Vergleich zu ihrer Begegnung unmittelbar nach Cripps' Rückkehr aus Moskau einige Tage zuvor zeigte sich Maiski „sehr viel weniger zuversichtlich, daß es keinen Krieg geben werde“. Sein verspäteter Versuch, eine Zusicherung britischer Unterstützung zu erhalten, hatte wenig Erfolg. Nonchalant äußerte Cripps die Ansicht, daß die „charakteristische russische Unfähigkeit zur sorgfältigen Organisation die Niederlage zur Folge haben“ werde. Angesichts des sowjetischen Verdachts, daß die Briten bereit sein könnten, einen deutschen Angriff stillschweigend zu dulden, war es kein Wunder, daß das „Gespräch den sowjetischen Botschafter, der nun sehr deprimiert schien, völlig am Boden zerstört zurück ließ“<sup>77</sup>. Diesen Eindruck gewann auch Geoffrey Dawson, der Herausgeber der *Times*, der Maiski plötzlich von einer deutschen Invasion überzeugt fand. Am Samstag, den 21. Juni, hat Cripps dann Maiski mit dem wesentlichen Inhalt der aktuellsten und genauesten Ultra-Informationen darüber versorgt, was für den nächsten Tag zu erwarten war<sup>78</sup>.

Die Haltung, die von der britischen Regierung gegenüber der sich zusammenbrauenden Krise an den Tag gelegt wurde, war für das eigene Urteil des Kreml von zentraler Bedeutung. Stalins unerschütterter Glaube an eine Provokation einerseits und andererseits seine Überzeugung, daß einem deutschen Angriff ein Ultimatum vorausgehen werde, hielt in der Atmosphäre des Terrors, die im Kreml herrschte, seine Entourage, Informanten aus den Nachrichtendiensten und auch Maiski davon ab, eine eindeutige Lagebeurteilung zu geben. Wie ein sowjetischer Historiker vor kurzem enthüllte, teilte Graf von der Schulenburg, der deutsche Botschafter in der Sowjetunion – ein Anhänger von Bismarcks Lehre, daß Krieg mit Rußland um jeden Preis zu vermeiden sei – den Russen das genaue Datum des von Hitler geplanten Angriffs eine Woche im voraus mit. Höhnisch wies Stalin diese Warnung in einer Sitzung des Politbüros zurück: „Wir werden nun in Rechnung stellen, daß die Desinformation die Botschafterebene erreicht hat.“<sup>79</sup>

Die Lagebeurteilungen, die Maiski zwischen dem 10. und 15. Juni gab, nährten mithin Stalins Furcht vor einer Provokation, wie sie sich in dem berühmten Kommuniqué widerspiegelt, und lähmten ihn gegenüber der wirklichen Gefahr, die im militärischen Bereich lauerte. Daher ist es, im Gegensatz zu Suworovs Ansichten, Kusnetsov, dem Befehlshaber des Ostsee-Distrikts, in der Nacht vom 13. zum

<sup>77</sup> FO 371/29466 N3099/3/38, Memorandum von Cripps 19. Juni 1941.

<sup>78</sup> FO 371/29484 N3047/78/38; *The Times-Archiv*, Dawson an Halifax, 22. Juni 1941. Am 24. Juni offenbarte der kommunistische Parlamentarier Gallacher, daß man die Bewertung am 19. Juni revidiert hatte, in: *Parl. Deb. HC.*, Bd. 372, col. 986.

<sup>79</sup> Kumanev, 22-go, *Harassvete ...*, in: *Pravda* vom 22. 6. 1989.

14. Juni, nach der Ausgabe des Kommuniqués, nicht gelungen, Stalins Genehmigung für die Alarmierung der Flotte zu erhalten. Kusnetsov stellte fest, daß Stalin, der eben von Maiski über die Reaktionen auf Cripps' Rückberufung unterrichtet worden war, zwar die Möglichkeit einer Invasion nicht ausschloß, aber von der Vorstellung besessen war, daß Großbritannien mit allen Mitteln danach trachtete, Rußland in den Krieg zu verwickeln. General Schukov, der Chef des Generalstabs, und Verteidigungskommissar Marschall S. K. Timoschenko stießen mit einem ähnlichen Versuch auf die gleiche Reaktion: „Ihr schlägt vor, mobil zu machen, die Truppen in Bereitschaft zu versetzen und sie an die westlichen Grenzen zu verlegen? Das bedeutet Krieg!“<sup>80</sup> Diese zwingenden und zentralen Belege, die sich überdies so nahtlos in den Ablauf der politischen und diplomatischen Ereignisse einfügen, sind in Suvorovs Interpretation so wenig zu finden wie in der seiner Anhänger unter den deutschen Historikern.

Wie jetzt evident ist, verfolgte das subtile Kommuniqué vom 14. Juni also das Ziel, eine Provokation zu verhindern. Von seiner eindeutigen Botschaft, daß keine sowjetisch-britische Entente im Entstehen begriffen sei, erwartete sich Stalin als Reaktion zumindest eine Bestätigung britischerseits und eine Verneinung kriegerischer Absichten deutscherseits, wenn er nicht gar hoffte, Hitler an den Verhandlungstisch zu bekommen. Doch wurde das Kommuniqué in Berlin nicht einmal veröffentlicht. Während Stalin mit seinen Beratern noch über das Ausbleiben von Reaktionen nachdachte, wurde er am 16. Juni mit Maiskis revidierter Lagebeurteilung nach seinem Gespräch mit Cadogan konfrontiert. Die Auswirkungen zeigten sich unverzüglich. Am Abend des 16. Juni stattete der britische Geschäftsträger dem Kreml einen Höflichkeitsbesuch ab, seinen ersten seit Cripps' Abreise. In einem Versuch, die Wirkung des Kommuniqués zu mindern, wurde ihm mitgeteilt, daß es „lediglich eine Tatsache feststellte und daß dies in vorsichtigen Worten geschah“. Man gab ihm sogar zu, daß das Kommuniqué durch die Pressereaktionen auf Cripps' Rückberufung ausgelöst worden sei. Während des Mittagessens mit Maiski am 18. Juni betonte Cripps, daß seine Rückkehr nach Moskau „in hohem Maße“ von sowjetischen Erklärungen zu den im Kommuniqué enthaltenen Hinweisen auf seine Person „beeinflusst“ sein werde. Maiski versicherte ihm sofort, daß ihm die Russen die „größte persönliche Hochachtung“ entgegenbrächten<sup>81</sup>. Innerhalb von Stunden wandte sich Maiski mit einer entschuldigenden und versöhnlichen Erklärung an Eden, die in ihrer Formulierung mit der in Moskau gegebenen fast identisch war. Das zeigt deutlich den Zusammenhang zwischen der Herausgabe des Kommuniqués und Cripps' Rückkehr nach England: „It is indeed an undeniable fact“, schrieb Maiski, „that the British press, after the return of Sir Stafford Cripps to Lon-

<sup>80</sup> A. G. Golovko, *Vmeste s flotom*, Moskau 1960, S. 14–20; N. M. Kharlamov, *Trudnaia Missiia*, Moskau 1983, Kap. 3; N. B. Kuznetsov, *Nakanune*, Moskau 1966, S. 324–340; A. Panteleiev, *Morskoi front*, Moskau 1965, S. 31–42; B. Vainer, *Severny flot v Velikoi Otechestvennoi voine*, Moskau 1964, S. 21–25; Zhukov, *Vospominaniia*, S. 232 ff.

<sup>81</sup> FO 371/29483 N2898/78/38.

don, gave very much prominence to the rumours concerning the alleged impending attack on the U.S.S.R. by Germany; and particularly in connection with the press report that in his talk with the Prime Minister, Sir Stafford expressed the opinion that war between the U.S.S.R. and Germany was unavoidable in the near future. In my conversation with you on the 13th June, i. e., before the Tass communique was published, I drew your attention to this unfortunate press campaign which, to my regret, was being carried on even though, during our earlier conversation on the 5th June, you intimated your desire to see that the press did not 'speculate' too much on the policy and position of the U.S.S.R. in connection with the return of Sir Stafford Cripps.<sup>82</sup>

Noch aufschlußreicher war die plötzliche hektische Geschäftigkeit im Kreml. Zwar schloß auch die neue Information eine britische Provokation nicht aus, doch machte sie es wahrscheinlicher, daß es ganz unabhängig von dem Geschehen in London Krieg geben werde. Bislang war dem Bestreben, eine Provokation zu verhindern, Priorität eingeräumt worden. Das dürfte auch die extreme Heimlichkeit erklären, mit der bislang die Truppen an die Front verlegt wurden. Erst am 18. und 19. Juni wurden sowohl die Luft- wie die Bodestreitkräfte angewiesen, Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen. Nach dem Widerruf der früheren Instruktionen erhielten die Befehlshaber der baltischen und der nördlichen Flotte den Befehl, ihre Besatzungen in Bereitschaft zu halten. Am 19. Juni wurde General Jeremenko befohlen, sein Fernostkommando abzugeben und unverzüglich nach Moskau zu kommen. Am 21. Juni gestand Stalin die Unsicherheit der Situation offen ein. In ähnlicher Weise teilte Molotov dem türkischen Botschafter mit, daß die Situation „verworren und ungewiß“ geworden sei. Schukov hat Stalin in Erinnerung als hin- und hergerissen zwischen der Angst vor einem deutschen Überfall und der Furcht, einen ungewollten Krieg auszulösen. Auf Drängen des Generalstabs gab er nun die Direktive 1 aus, die auf die Möglichkeit eines Krieges hinwies und grundlegende Defensivmaßnahmen in Gang setzte; sie warnte aber die Frontbefehlshaber immer noch vor „jeglichen provokativen Schritten, die ernsthafte Komplikationen verursachen könnten“<sup>83</sup>. Im übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß im Gegensatz zu Suvorovs Vermutungen niemals eine Direktive, die auf offensive Absichten hingewiesen hätte, in sowjetischen Memoiren erwähnt oder von der Wehrmacht erbeutet worden ist.

Endlich hatten die Russen die Größe der Krise vor ihrer Haustür erkannt. Die zur Vorkehrung – und nach wie vor verstoßen – durchgeführten Truppenbewegungen waren nun von verzweifelten diplomatischen Bemühungen begleitet, den Deutschen doch noch nahezubringen, was man mit dem Kommuniqué nicht erreicht hatte. Am Sonntag, dem 22. Juni, wurde Ribbentrop eine dringliche Beschwerde

<sup>82</sup> FO 371/29466 N3099/3/38. Eine ähnlich falsche britische Interpretation in FO 371/29482 N2842 und 29483 N2891/78/38, Telegramm von Baggallay und Kommentar von Cadogan, 14. und 15. Juni 1941.

<sup>83</sup> Erickson, *The Road to Stalingrad*, S. 96; FO 371/29484 N3005, N3006/78/38, Telegramme von Baggallay, 21. Juni 1941.

über die wachsende Zahl deutscher Aufklärungsflüge über sowjetischem Territorium vorgetragen. Weitaus bezeichnender waren aber Instruktionen an die sowjetische Botschaft in Berlin, die Bereitschaft der sowjetischen Regierung zur Aufnahme von Verhandlungen zum Ausdruck zu bringen<sup>84</sup>.

Bis in den späten Morgen des 22. Juni schloß der Kreml die Möglichkeit nicht aus, daß Rußland zu politischer Nachgiebigkeit gepreßt werden sollte. Wie Molotov bereits am 27. Juni in einem Gespräch mit Cripps eingestand, hatte man nicht erwartet, daß Krieg „ohne irgendeine Auseinandersetzung oder ein Ultimatum kommen könnte“<sup>85</sup>. Immer noch herrschte die Annahme, daß Hitler sich nicht auf einen Großangriff eingelassen hätte, wäre er sich nicht der britischen Billigung sicher gewesen. Die frühesten Weisungen an die Front, abgesandt noch ehe man die politische Situation begriff, hatten deshalb dahingehend gelautet, nicht selbst das Feuer zu eröffnen und Provokationen zu vermeiden<sup>86</sup>. Als der britische Geschäftsträger am 22. Juni morgens auf eigene Initiative und ohne besondere Anweisungen im Kreml erschien, fand er die Russen nicht nur, wie man erwarten durfte, „überaus nervös“ vor, sondern auch „über alle Maßen vorsichtig“<sup>87</sup>. In London stellte Maiski, bevor er irgendwelche Anweisungen von seiner Regierung erhalten hatte, eine Reihe von Fragen an Eden, die ähnliche Besorgnisse verrieten: „Could he assure his Government that our position and our policy were unchanged? He felt sure that Germany would seek to combine offensive action on Russia with a peace move towards the Western Powers. Could the Soviet Government be assured that our war effort would not slacken?“<sup>88</sup>

Das Politbüro der Kommunistischen Partei Großbritanniens gab am gleichen Tag, noch ehe es von Moskau instruiert worden war und bevor es von Churchills Unterstützungsgelöbnis gehört hatte, die Erklärung heraus, Hitlers Angriff sei „die Folge der geheimen Schritte, die hinter dem Schleier der Heß-Mission stattgefunden haben“<sup>89</sup>. Dem sowjetischen Verdacht, die britische Regierung habe insgeheim Einverständnis mit dem deutschen Angriff bekundet, wurde von prominenten Mitgliedern der sowjetischen Botschaft in London selbst nach Churchills Rede und Edens Hilfsversprechen bei mehreren Gelegenheiten Ausdruck verliehen. Sie ließen sich nicht davon abbringen, daß, falls Churchill und Eden zum Rücktritt gezwungen werden sollten, ihre Nachfolger „einen Separatfrieden mit Deutschland auf Kosten Rußlands abschließen würden“<sup>90</sup>. So war auch Cripps keineswegs überrascht, bei

<sup>84</sup> Valentin Berezikov, *Gody diplomaticheskoi sluzhby*, Moskau 1972, S. 60–64; Raymond James Sontag und J. S. Beddie, *Nazi-Soviet Relations 1939–1941. Documents from the Archives of the German Foreign Office*, Washington 1975, S. 353–356.

<sup>85</sup> FO 371/29466 N3232/3/38.

<sup>86</sup> Sella, „Barbarossa“. *Surprise Attack and Communication*, in: *Journal of Contemporary History* 13 (1978), Heft 3, S. 555–583.

<sup>87</sup> FO 371/29466/N3018/3/38; Maiski, *Memoirs*, S. 156 f.

<sup>88</sup> FO 371/29560 N3056/3014/38, Eden Memorandum 22. Juni 1941.

<sup>89</sup> *Daily Express*, 23. Juni 1941.

<sup>90</sup> FO 371/29466 N3180 und 3489/3/38, Kommentare vom 23. und 28. Juni 1941.

Stalin, als er ihn nach der Invasion zum ersten Mal sprach, Besorgnis über einen eventuellen britisch-deutschen Separatfrieden zu finden. Schließlich, so schrieb er in seinem Tagebuch, „haben wir in der Vergangenheit versucht, sie (besorgt zu stimmen), um sie daran zu hindern, mit den Deutschen zu weit zu gehen“<sup>91</sup>. „Alle glaubten“, so erinnerte sich Litwinov einige Monate später in Washington, „daß die britische Flotte über die Nordsee heran dampfte, um zusammen mit Hitler Leningrad und Kronstadt anzugreifen“<sup>92</sup>.

Es ist deshalb keine Überraschung, daß es Stalin in den sowjetisch-britischen Verhandlungen während der Anfangsstadien des Krieges nicht um eine zweite Front ging, sondern daß er sich ausschließlich um eine Vereinbarung bemühte, die beide Seiten verpflichten sollte, keinen Separatfrieden zu schließen<sup>93</sup>. Solche Befürchtungen hielten sich noch lange. Als Stalin im Oktober 1941 mit Beaverbrook in Moskau zusammentraf, „schien er an Heß sehr interessiert. Stalin deutete an, er sei der Ansicht, daß Heß nicht auf Hitlers Aufforderung hin, aber mit Hitlers Wissen gehandelt habe“<sup>94</sup>. Im Herbst 1942 verlangte Stalin sogar, Heß vor Gericht zu stellen, weil er befürchtete, die Briten könnten den „Stellvertreter des Führers“ in eventuellen britisch-deutschen Separatverhandlungen als Emissär benutzen. Stalin erklärte Churchill noch 1944, daß Heß an einem „fehlgeschlagenen“ Versuch beteiligt gewesen sei, einen gemeinsamen britisch-deutschen Kreuzzug gegen Rußland zu organisieren<sup>95</sup>.

Somit erweist die Überprüfung der sowjetischen Reaktion auf den deutschen Aufmarsch, wie absurd Suvorovs abenteuerliche Behauptung ist, Stalin sei im Begriff gewesen, am 6. Juli einen Angriff gegen Deutschland zu beginnen, der durch Hitlers Überraschungsschlag bzw. – wie einige deutsche Historiker nun behaupten – durch Hitlers Präventivkrieg gegen Rußland verhindert worden sei.

<sup>91</sup> Cripps-Papers, Diary, 9. Juli 1941. Zu Molotovs fixer Idee siehe die sowjetischen Aufzeichnungen seines ersten Treffens mit Cripps am 27. Juni 1941, in: Ministry of Foreign Affairs (Moskau), in: Sovetsko-Angliiskie otnosheniia, Moskau 1984, I, S. 47–50.

<sup>92</sup> The Library of Congress, Botschafter Davies'-Papers, Box 11. Siehe auch Halifax-Papers, York County Library, A.7.8.9, Diary, 11. Dezember 1941.

<sup>93</sup> Koalitsiia: pervye, trudnye mesiatsy – novye dokumenty diplomaticheskoi khroniki voennykh let, in: Novoe vremia 1 (1987).

<sup>94</sup> CAB 65/20 WP(41)272, No. 12.

<sup>95</sup> Churchill, Second World War, Bd. 3, S. 49.



JOCHEN-CHRISTOPH KAISER

PROTESTANTISMUS, DIAKONIE UND  
„JUDENFRAGE“ 1933–1941

Seit der Bildung der großen privaten Wohlfahrtsorganisationen im 19. Jahrhundert und ihrer staatlichen Anerkennung als Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in der Weimarer Republik repräsentierten vornehmlich Caritasverband und Innere Mission – vom Volumen ihrer Tätigkeitsfelder und ihrer personellen Ausstattung her – den nichtöffentlichen Bereich sozialer Arbeit in Deutschland. Diese Aussage gilt unbeschadet der Tatsache, daß sich nach 1918 noch verwandte andere Zusammenschlüsse konstituierten, von denen in erster Linie das Deutsche Rote Kreuz, die Arbeiterwohlfahrt und der Fünfte, später Paritätische Wohlfahrtsverband zu nennen sind. Der versuchten Gleichschaltung durch die NS-Volkswohlfahrt entgingen nach 1933 nur die konfessionellen Gruppierungen, die sich allerdings einschneidende Beschränkungen ihrer Wirksamkeit gefallen lassen mußten, weil die Partei das Monopol auf die „Gesundheitsführung des deutschen Volkes“ für sich beanspruchte<sup>1</sup>, d. h. den Erziehungssektor und die Betreuung rehabilitationsfähiger „Volksgenossen“ in eigene Regie übernahm, während die Fürsorge an chronisch Kranken sowie sonst geistig und körperlich Behinderten Sache der kirchlichen Einrichtungen bleiben sollte.

Führungsgremium der uns im folgenden vor allem beschäftigenden Inneren Mission war seit 1848 der Berliner Centralausschuß (CA), der die Arbeit wissenschaftlich begleitete, die Interessen der Werke gegenüber Staat, Kommunen und Landeskirchen vertrat und als Koordinierungszentrum fungierte, ohne jedoch Weisungskompetenzen zu besitzen. Die auf regionaler Ebene wirkenden Provinzial- und Landesgeschäftsführer – ausschließlich Pfarrer – wußten sich vom Centralausschuß weitgehend unabhängig, schlossen sich aber aus Gründen der Selbstbehauptung in ökonomischen wie politischen Krisenzeiten eng an ihn an. Das wurde besonders deutlich, als mit der Konsolidierung der NS-Herrschaft auch der Einfluß der NS-Volkswohlfahrt wuchs und die konfessionellen Trägerverbände zunehmend Repressionen und Schikanen ausgesetzt waren<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. dazu Michael Kater, Die „Gesundheitsführung“ des Deutschen Volkes, in: *Medizinhistorisches Journal* 18 (1983), S. 349–375; Herwart Vorländer, NS-Volkswohlfahrt und Winterhilfswerk des deutschen Volkes, in: *VfZ* 34 (1986), S. 341–380; s. jetzt auch ders., *Die NSV. Darstellung und Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation*, Boppard a. Rh. 1988.

<sup>2</sup> Zu den Ereignissen im einzelnen Jochen-Christoph Kaiser, *Sozialer Protestantismus im 20. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte der Inneren Mission 1918–1945*, München 1989.

Ähnlich den übrigen Verbänden des freien Protestantismus, aber anders als die verfaßte(n) Kirche(n) beteiligten sich die Innere Mission und ihr Centralausschuß nicht in direkter Form an den Mitte 1933 beginnenden scharfen Auseinandersetzungen zwischen Deutschen Christen und Bekennender Kirche (BK). Das hatte mehrere Ursachen: Einmal gab es viele Deutsche Christen in exponierter Position innerhalb des CA und unter den Geschäftsführern, die jeden Versuch einer parteilichen Fixierung auf den Kurs der jungreformatorischen Bewegung oder des Pfarrernotbundes verhinderten. Ausschlaggebend für diese zumindest nach außen gewahrte Abstinenz gegenüber einer aktiven Teilnahme am Kirchenkampf war jedoch ein anderes Moment: die Sorge um die Arbeitsfähigkeit, dann auch um den Erhalt der Einrichtungen und Heime mit ihren nach Zehntausenden zählenden Patienten und Pflegelingen, die niemand innerhalb der Inneren Mission durch einseitige kirchenpolitische Festlegungen gefährden wollte. Sehr früh begriffen die – mehrheitlich dem gemäßigten Flügel der Bekennenden Kirche zuneigenden – Verantwortlichen nämlich, daß ungeschützte Optionen zugunsten dieser Seite von Staat, Partei und NSV als regimiekritisch-oppositionelle Haltung gewertet und entsprechende Konsequenzen nach sich ziehen würden. Als sich im Herbst 1934 auf Initiative einer Reihe bekenntnistreuer Vereinsgeistlicher und Direktoren der Inneren und Äußerer Mission die „Arbeitsgemeinschaft der diakonischen und missionarischen Werke und Verbände“ bildete<sup>3</sup>, die bald die Mehrheit der hier tätigen Pfarrer und „Laien“ um sich sammeln konnte, geschah dies nicht, um nun – im Bündnis gestärkt – an der Seite der BK im Kirchenkampf die Stimme des Verbandsprotestantismus besser zur Geltung zu bringen; es ging vielmehr in erster Linie um den Zusammenhalt der Werke innerhalb des evangelischen Organisationsspektrums und um die effizientere Abschirmung von Mitgliedern und Patienten bei Übergriffen von Staat, Partei und Deutschen Christen. Verbandsintegrität und Schutzauftrag genossen also Priorität vor dem öffentlichen Einstehen für die theologischen und die damit zusammenhängenden humanitären Forderungen der BK<sup>4</sup>, der man sich dennoch zugehörig fühlte. Als die tödliche Bedrohung für Pflegelinge und Juden(-Christen) 1939 offenkundig wurde, kam die Erkenntnis mancher Beteiligten zu spät, daß die zurückliegenden (kirchen-)politischen Kompromisse und das unbeirrte Festhalten an einem Kurs höchstens „stiller Interventionen“ gegenüber dem Regime ihre problematischen

<sup>3</sup> Dazu die Skizze des Vf.: Die Arbeitsgemeinschaft der diakonischen und missionarischen Werke und Verbände 1934/35, in: Jahrbuch für Westf. Kirchengeschichte 80 (1987), S. 197–205.

<sup>4</sup> Daß es der BK an sich nicht um die Wiederherstellung von Grund- und Menschenrechten, sondern um die Reinheit des Bekenntnisses ging, ist evident. Hinweisen kann man in diesem Zusammenhang aber auf die gelegentlichen Schritte öffentlichen Protestes von den Kanzeln und die Eingaben-Politik bei führenden Partei- und Staatsvertretern im Dienste einer christlich motivierten Humanität. S. etwa die Eingabe der Vorläufigen Kirchenleitung an den „Führer und Reichskanzler“ vom Frühjahr 1936 und die Entschließung der 12. Bekenntnissynode der Ev. Kirche der Altpreuß. Union im Oktober 1943 in Breslau, die beide kürzere Passagen gegen Judenhaß bzw. Vernichtung (rassisch) „Minderwertiger“ enthalten. Dazu Kirchl. Jahrbuch 1933–1944, Gütersloh<sup>2</sup> 1976, S. 383–387, und Martin Greschat (Hrsg.), Zwischen Widerspruch und Widerstand. Texte zur Denkschrift der Bekennenden Kirche an Hitler (1936), München 1987.

Schattenseiten gehabt hatten und jetzt kaum noch etwas zu ändern vermochten. Zwar überlebten die Verbände und vor allem die Innere Mission bis Kriegsende – nicht zuletzt auch, weil ihre personellen Ressourcen in Lazaretten und Gemeindepflegestationen für die Zivilbevölkerung gebraucht wurden und durch Eigenkräfte der NSV und ihrer Schwesternschaften nicht zu ersetzen waren –, den Mord an zahlreichen geistig und körperlich Behinderten wie schließlich jenen an vielen Juden(-Christen) bzw. christlichen „Nichtariern“<sup>5</sup> konnten die in der „Arbeitsgemeinschaft“ vereinigten Verbände jedoch nicht verhindern. – Bevor die komplexe Geschichte der evangelischen Fürsorge für die „nichtarischen“ Gemeindeglieder näher betrachtet werden kann, muß ein kurzer Blick auf die Entwicklung des Verhältnisses von „Protestantismus und Judentum“ vor 1933 und dann im „Dritten Reich“ selbst erfolgen, weil die Innere Mission als Teil der deutschen evangelischen Kirche deren Einstellung und Verhalten hinsichtlich der „Judenfrage“ vor und nach 1933 im wesentlichen mittrug.

### I.

Das Verhältnis von Juden und Christen hat eine lange wechselvolle Geschichte. Obschon beide Religionen eng miteinander verwandt sind, trennt sie doch aus historischer Perspektive betrachtet ein tiefgreifender theologischer Dissens, der sich schon im Altertum und erst recht im Mittelalter mit einer geistigen und sozialen Fremdheit verband. Das dominierende Christentum bildete mit Hilfe der Substitutionstheorie, nach der das göttliche Heilsversprechen vom Volk Israel auf die Christenheit übergegangen und damit der jüdische Erwähltheitsanspruch aufgehoben war, ein Superioritätsgefühl aus, das Dialog und Koexistenz mit der jüdischen Minderheit nicht einmal denkbar erscheinen ließ. Die durch die Taufe vollzogene Konversion blieb über Jahrhunderte hinweg der einzige Weg für die Juden, den „Makel“

<sup>5</sup> Zur Problematisierung des Gebrauchs der zeitgenössischen Begriffe „Nichtarier“, „Rassejude“, „Glaubensjude“, „Judenchristen“ vgl. Lutz-Ernst Reutter, *Katholische Kirche als Fluchthelfer im Dritten Reich. Die Betreuung von Auswanderern durch den St. Raphaels-Verein, Recklinghausen/Hamburg 1971*, S. 11, und Aleksander-Saša Vuletić, *Die evangelischen Kirchen in Deutschland und ihre „nichtarischen“ Mitglieder 1933–1945*, Magisterarbeit, masch., Düsseldorf 1985, S. 2–5. Letzterer macht zu Recht auf den mißverständlichen Gebrauch des in der Kirche verbreiteten Terminus „Judenchristen“ aufmerksam, der den historisch-theologisch fixierten Gegensatz zu „Heidenchristen“ markiert und deshalb nicht ohne weiteres heute zur Kennzeichnung von Christen ursprünglich jüdischer Herkunft dienen kann. Außerdem besaß dieser Personenkreis weithin kein Bewußtsein von einer wie auch immer gearteten „jüdischen Identität“, sondern sah sich als Katholik oder Protestant deutscher Nationalität. Im folgenden benutze ich in Anlehnung an Reutter und Vuletić den Begriff „Nichtarier“ im Sinne deutscher Staatsbürger christlicher Konfession, die selbst oder deren Vorfahren einmal der jüdischen Kultusgemeinde angehört hatten und die allein aus diesem Grunde als „Juden“ im Sinne der Nürnberger Gesetze galten. Dem schließt sich auch Ludwig an, der daneben die marxistische Terminologie „jüdische Deutsche“ bzw. „nichtjüdische Deutsche“ verwendet. Vgl. ders., *Die Opfer unter dem Rad verbinden. Vor- und Entstehungsgeschichte, Arbeit und Mitarbeiter des „Büro Pfarrer Grüber“*, Diss. B, masch., Humboldt-Universität Berlin, Sektion Theologie, Berlin (DDR) 1988, S. VI.

ihrer Abstammung und religiösen Sonderexistenz zu überwinden und in die jeweilige Gesellschaftsform integriert zu werden, was Heinrich Heine zu seinem bekannten Diktum von der Taufe als „Entreebillet in die bürgerliche Gesellschaft“ veranlaßte. Christliche Judenfeindschaft speiste sich also primär aus religiösen Quellen, vermischte sich aber mit Aufkommen eines neuen, sozialdarwinistisch-biologisch akzentuierten Antisemitismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit diesen qualitativ andersartigen Momenten. Die enge Verflechtung von Konfession und Gesellschaft überlagerte langsam, aber wirkungsvoll die älteren religiösen Motive, die gleichwohl als Unterströmung und Verstärker innerhalb des Antisemitismus neuen Typs erhalten blieben<sup>6</sup>. Die schon kurz nach der Jahrhundertwende nahezu vollständig vollzogene „Neuimplementierung“ einer wie selbstverständlichen, alltäglichen judengegnerischen Grundeinstellung unter den Gebildeten und vor allem der studentischen Jugend im Reich partizipierte an beidem<sup>7</sup>: an religiösen Aversionen wie an rassistischen Begründungen.

Die protestantische Pfarrerschaft und der theologische Nachwuchs der Jahre um 1900 wirkten mit diesen Erfahrungen bis weit in das 20. Jahrhundert hinein. Die Jüngeren von ihnen bestritten als mittlere Generation den Kirchenkampf auf seinen divergierenden Flügeln, saßen aber vor allem in den Führungsgremien von Kirchenleitungen und Bruderräten und übten daher einen kaum zu überschätzenden Einfluß – oft bis über 1945 hinaus – aus. Sie waren, was das Verhältnis von „Kirchen und Judentum“ anging, in ihrer Mehrheit geprägt von den Ideen des Sozial- und Kirchenpolitikers, Hofpredigers und Pfarrers der Berliner Stadtmission, Adolf Stoecker. Diesem Vertreter eines genuin *politischen* Protestantismus folgten sie weitgehend auch in seinen antisemitischen Anschauungen. Darin stützte sich Stoecker ausdrücklich nicht mehr auf theologisch-religiöse Beweggründe, allerdings auch nicht auf biologistische, obwohl er mit den Rassenantisemiten manche Bündnisse einging, sondern auf ökonomisch-kulturelle Argumente, die in erster Linie auf seine kleinbürgerlich-handwerklich strukturierte Anhängerschaft zielten<sup>8</sup>. Weil Stoecker dem sozialen Protestantismus seiner Zeit so stark seinen Stempel aufdrückte, lernten die Vereinsgeistlichen der Inneren Mission von ihm auch ihre Lektion, was die „Judenfrage“ in der Kirche anging, und das hieß nicht theologische Auseinandersetzung und Urteil von dieser Warte her, sondern die Überzeugung, daß man gegen die ver-

<sup>6</sup> Allgemein dazu die Arbeiten von Reinhard Rürup, *Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur „Judenfrage“ der bürgerlichen Gesellschaft*, Göttingen 1975, ND Frankfurt a. M. 1987; Bernd Martin/Ernst Schulin (Hrsg.), *Die Juden als Minderheit in der Geschichte*, München 1985; Hermann Greive, *Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland*, Darmstadt 1983.

<sup>7</sup> S. jetzt Norbert Kampe, *Studenten und „Judenfrage“ im Deutschen Kaiserreich*, Göttingen 1988.

<sup>8</sup> Dazu s. Eberhard Bethge, *Adolf Stoecker und der kirchliche Antisemitismus. Judenhaß und Sozialistenfeindschaft – eine christlich-deutsche Tradition?*, in: ders., *Am gegebenen Ort. Aufsätze und Reden 1970–1979*, München 1979, S. 202–224; ferner Werner Jochmann, *Stoecker als national-konservativer Politiker und antisemitischer Agitator*, in: Günter Brakelmann/Martin Greschat/ders. (Hrsg.), *Protestantismus und Politik. Werk und Wirkung Adolf Stoeckers*, Hamburg 1982, S. 123–198.

meintliche ökonomische und kulturelle „Überfremdung“ des deutschen Volkes durch die Juden als Christ und Pfarrer innerhalb der Wohlfahrtspflege an seinem Teil zu kämpfen habe. So dachte die Mehrheit der evangelischen Geistlichen und „Laien“ in Deutschland; nur linksliberale und religiös-sozialistische Kleingruppen widersprachen dieser Einstellung, konnten sich aber schon in der Republik kaum Gehör verschaffen und wurden nach 1933 vollends mundtot gemacht<sup>9</sup>.

Es ist heute communis opinio der Forschung auf dem Sektor der kirchlichen Zeitgeschichte, daß der deutsche Protestantismus angesichts der Herausforderungen der NS-Judenpolitik keine eindeutige und das heißt abweisende Antwort gefunden hat<sup>10</sup>. Weder die sich kontinuierlich verschärfenden Ausgrenzungs- und Diskriminierungsmaßnahmen gegenüber der jüdischen Minderheit in rechtlicher Hinsicht noch spektakuläre Ereignisse wie die Aprilboykotte bis hin zu den Nürnberger Rassegesetzen von 1935 bewirkten ein Umdenken in der „Judenfrage“; zu sehr blieben evangelische Theologie und Kirche in geschichtstheologischen und ethnozentrischen Prämissen befangen, anstatt den heilsgeschichtlichen Aspekt der „Judenfrage“ in den Vordergrund zu rücken<sup>11</sup>. So ist der Schluß zulässig, daß erst die „Reichskristallnacht“ einer Minderheit im protestantischen Lager Anlaß gab, sich innerlich von den erkennbaren rassenpolitischen Zielen des Regimes zu distanzieren und auf breiterer Front als bisher Hilfsaktionen einzuleiten.

Dieser Einschätzung steht nicht entgegen, daß sich der eigentliche Kirchenkampf an dem Versuch der Deutschen Christen entzündete, den „Arierparagraphen“ gewaltsam auf die verfaßte Kirche und ihre Substrukturen zu übertragen, womit diese vor allem die protestantischen Pfarrer jüdischer Herkunft treffen wollten. Obschon deren Zahl wohl doch höher war als bisher angenommen, bildeten sie eine absolute Minorität unter der evangelischen Geistlichkeit<sup>12</sup>. – Die Situation der

<sup>9</sup> Daß es innerhalb des nach dem Weltkrieg an Wirkungsmächtigkeit verlierenden Kulturprotestantismus vereinzelt gewichtige Stimmen gab, die sich aus theologischen und humanitären Beweggründen gegen jede Diskriminierung von Juden wandten, hat Kurt Nowak kürzlich gezeigt: Ders., Politische Kultur und Judenfrage in der Weimarer Republik im Urteilsspektrum verfassungstreuer Kulturprotestanten, in: Lessinghefte, Wolfenbüttel 1988. Zum hier vornehmlich behandelten „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ s. ferner Barbara Suchy, The Verein zur Abwehr des Antisemitismus. I: From its Beginnings to the First World War. II: From the First World War to its Dissolution 1933, in: Leo Baeck Year Book XXVIII (1983), S. 206–239, und XXX (1985), S. 67–103.

<sup>10</sup> Als neuesten Überblick zur Forschungssituation vgl. Kurt Meier, Die „Judenfrage“ im theologischen und historischen Horizont des deutschen Protestantismus seit 1945. Ein Literaturbericht, in: Jochen-Christoph Kaiser/Martin Greschat (Hrsg.), Der Holocaust und die Protestanten. Analysen einer Verstrickung, Frankfurt a. M. 1988, S. 241–269. S. auch Wolfgang Gerlach, Zwischen Kreuz und Davidstern. Bekennende Kirche in ihrer Stellung zum Judentum im Dritten Reich, Diss. Hamburg 1972, im Druck unter dem Titel: Als die Zeugen schwiegen. Bekennende Kirche und die Juden, Berlin 1987; ferner Kurt Nowak, Nationalsozialistische Judenpolitik und die „christlichen Nichtarier“, in: Kaiser/Greschat, Holocaust, S. 73–99, und Ludwig, Opfer, passim.

<sup>11</sup> Dazu Marikje Smid, Protestantismus und Antisemitismus 1930–1933, in: Kaiser/Greschat, Holocaust, S. 38–72.

<sup>12</sup> Bisher ging man von rund 30 betroffenen Pfarrern im Altreich bei einer Gesamtzahl von etwa 18 000 aus, kann aber inzwischen mehr als 100 „nichtarische“ Geistliche nachweisen; vgl. den Bericht über



christlichen „Nichtarier“ insgesamt war ungleich problematischer als diejenige der Glaubensjuden, weil sie in kirchlicher und sozialer Hinsicht gewissermaßen „zwischen allen Stühlen saßen“: Die jüdischen Kultusgemeinden zählten sie nicht zu ihrer Klientel, der Staat behandelte sie aber wie andere Juden auch, und in der evangelischen Kirche tobte seit 1933 ein Kampf um Bekenntnis und Rechtsordnung, dessen auslösendes Moment zwar der „Arierparagraph“ bildete, der dessenungeachtet aber die Stellung der „nichtarischen“ Gemeindeglieder und Amtsträger innerhalb der verfaßten Kirche(n) mehr und mehr unterminierte. Vielen Kirchenvorständen schien es ratsamer, ihre derart „belasteten“ Seelsorger zu bitten, ihr Amt aufzugeben und in Pension zu gehen, als die kirchenpolitischen Spannungen in den Gemeinden selbst auszutragen. Denn politisch-humanitäre Gesichtspunkte spielten in dieser Auseinandersetzung kaum eine Rolle. Es waren ganz wesentlich theologische Motive, aus denen die Gegner einer kirchlichen, nicht gesellschaftlichen Ausgrenzung der jüdischen Glaubensbrüder ihren Protest gegen den „Arierparagraphen“ anmeldeten<sup>13</sup>.

Die Aufgabe christlicher Verkündigung unter Mitbürgern jüdischen Glaubens in Deutschland und bei den Glaubensjuden vor allem Osteuropas hatten bisher traditionell die vier Judenmissionsgesellschaften im Reich wahrgenommen, die international stark mit englischen und skandinavischen Schwesterorganisationen verflochten waren. Doch ihre „Erfolgsbilanz“ ging schon seit der Jahrhundertwende stetig zurück; nach 1933 wurde vollends deutlich, daß die Taufe für den Rassenantisemitismus des NS-Regimes keine oder höchstens noch eine Rolle zur „Tarnung“ der jüdischen Abkunft spielte, was erst durch die Nürnberger Gesetze rechtlich unterbunden werden konnte. Bei der Volkszählung vom 16. Juni 1933 hatte man nur die Mitglieder der jüdischen Kultusgemeinden als „Juden“ erfaßt, während die zum Christentum Übergetretenen statistisch nicht berücksichtigt wurden. Deshalb hofften einige wenige BK-Pfarrer noch eine Zeitlang, mit Hilfe der Taufe die Stigmatisierung der Rassenverfolgten aufheben zu können, was Heydrich als Chef der Sicherheitspolizei 1936 veranlaßte, die Meldeämter besonders darauf hinweisen zu lassen, daß bei jedem Wohnortwechsel neben der Religion auch Angaben darüber zu machen seien, ob der Meldepflichtige unter die Nürnberger Gesetze falle oder

---

neueste einschlägige Nachforschungen des Evangelischen Pfarrarchivs in Eisenach bei J. F. Enke, Schicksale evangelischer judenchristlicher Pfarrer während der NS-Zeit 1933–1945, in: Deutsches Pfarrblatt 88 (1988), S. 275 f.

<sup>13</sup> Otto L. Elias, Der evangelische Kirchenkampf und die Judenfrage, in: Informationsblatt für die Gemeinden in den niederdeutschen lutherischen Landeskirchen 10 (1961), S. 213–220, hier S. 213, und Kurt Meier, Kirche und Judentum. Die Haltung der evangelischen Kirche zur Judenpolitik des Dritten Reiches, Halle/Göttingen 1968, S. 25 ff. Zur rechtlichen Stellung der Judenchristen vgl. Heinz Brunotte, Die Kirchenmitgliedschaft der „nichtarischen“ Christen im Kirchenkampf, in: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht 13 (1967/68), S. 140–174, und in Anlehnung an die Monita von Karl Kupisch und Martin Niemöller die harte Kritik Gerlachs an diesem Aufsatz, der das dramatische Versagen der Kirchenkanzlei gegenüber den Juden nicht klar genug herausstellte; ders., Zeugen, S. 314 f.

nicht<sup>14</sup>. Jedenfalls unterliegt keinem Zweifel, daß „Judentaufen“ im Sinne des Systems höchst unerwünscht waren, wengleich der NS-Staat damit seine innere Zwiespältigkeit und Widersprüchlichkeit dokumentierte: Einerseits hielt er die Religionszugehörigkeit für eine zweitrangige Frage, andererseits blieb sie – auch nach den Nürnberger Gesetzen – das einzige rechtlich fixierbare Unterscheidungsmerkmal zwischen „Ariern“ und „Juden“.

Das Verhältnis des deutschen Katholizismus und der Weltkirche zur „Judenfrage“ im Dritten Reich gehört zu den noch unzureichend aufgearbeiteten Problemen der kirchlichen Zeitgeschichte katholischer Provenienz<sup>15</sup>, birgt angesichts einer disparaten Quellenlage und mehrerer parallel zueinander verlaufender Entwicklungsstränge allerdings auch größere Schwierigkeiten: Das Verhalten von Vatikan, deutschem Episkopat und diakonischem Engagement der Caritas und die private mutige Hilfe einzelner Katholiken sind ineinander verschränkt und doch wieder getrennt zu würdigen<sup>16</sup>.

In der katholischen Kirche wirkten ähnliche, aus religiösen Wurzeln stammende antijüdische Prägungen noch im 20. Jahrhundert nach und erfüllten dort vergleichbare Funktionen wie innerhalb des deutschen Protestantismus. Zwar wurde vom deutschen Episkopat schon vor 1933 die NS-Rassenlehre einhellig als unchristlich und mit der kirchlichen Lehre unvereinbar verworfen; in kirchenpolitischer Hinsicht hielten sich die Fuldaer Bischofskonferenz und ihr Vorsitzender, der Breslauer Kardinal Bertram, jedoch zurück. Dabei spielten Erwägungen, das durch das Konkordat Erreichte und die übrigen Arbeitsfelder des deutschen Katholizismus nicht zu gefährden, eine ausschlaggebende Rolle. Zu öffentlichen Protesten gegen die Aprilboykotte, den „Arierparagraphen“ und die auf sie folgenden juristischen Unterdrückungsmaßnahmen rang man sich seitens der „Amtskirche“ daher nicht durch, wurde aber bald auf das Schicksal der eigenen Glaubensgenossen jüdischer Herkunft aufmerksam und versuchte ihnen zu helfen.

Dies geschah organisatorisch in zweigleisiger Form: Auf Beschluß der Fuldaer Bischofskonferenz errichtete der Deutsche Caritasverband im April 1934 ein Caritas-Notwerk unter dem Vorsitz des Bischofs von Berlin; die Geschäftsführung über-

<sup>14</sup> Belege bei Nowak, Judenpolitik, S. 80 f. und S. 95 f., und Jochen-Christoph Kaiser, Evangelische Judenmission im Dritten Reich, in: ders./Greschat, Holocaust, S. 186–215. Zum Problem der „Judentaufen“ s. auch Anm. 33.

<sup>15</sup> So in Anlehnung an Ulrich von Hehl Martin Höllen in seiner Arbeit: Heinrich Wienken, der „unpolitische“ Kirchenpolitiker. Eine Biographie aus drei Epochen des deutschen Katholizismus, Mainz 1980, S. 104. Erste Ergebnisse faßte das Referat von Burkhard van Schewick auf dem 86. Deutschen Katholikentag 1980 in Berlin zusammen: ders., Katholische Kirche und nationalsozialistische Rassenpolitik, in: Klaus Gotto/Konrad Repgen (Hrsg.), Kirche, Katholiken und Nationalsozialismus, Mainz 1980, S. 83–100, auf den sich auch der Überblick von Heiner Lichtenstein im wesentlichen stützt: Krummstab und Davidstern. Die katholische Kirche und der Holocaust, in: Monika Krings-Kemen/Ludwig Lemhöfer, Katholische Kirche und NS-Staat. Aus der Vergangenheit lernen?, Frankfurt a. M. 1981, S. 69–81. Das Folgende nach Schewick, Katholische Kirche, in: Gotto/Repgen, Kirche, S. 83–100.

<sup>16</sup> Höllen, Wienken, S. 105.

nahm der Zentrumspolitiker und ehemalige Reichstagsabgeordnete Heinrich Krone, der übrigens 1933 für kurze Zeit Vorsitzender des „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus“ gewesen war und sich damit als dezidiert Gegner des Antisemitismus jeder Spielart ausgewiesen hatte<sup>17</sup>. Das Notwerk kümmerte sich in den ersten Jahren seines Bestehens vornehmlich um Katholiken, die aus politischen Gründen mit dem Regime in Konflikt gerieten, verwandte sich dann aber zunehmend auch für die „nichtarischen“ Christen katholischer Konfession, die innerhalb der unterstützungsbedürftigen Klientel bald an die erste Stelle traten<sup>18</sup>. Schon ein Jahr zuvor hatte der 1871 gegründete „St. Raphaels-Verein zum Schutze katholischer deutscher Auswanderer“ eine eigene Abteilung, ein „Sonderhilfswerk“ für die von der NS-Ausnahmegesetzgebung betroffenen Katholiken ins Leben gerufen, das dieser in besondere Not geratenen Personengruppe Hilfe bei der beabsichtigten Emigration leisten sollte. „Sonderhilfswerk“ und „Caritas-Notwerk“ schlossen sich zwecks besserer Koordinierung ihrer Arbeit auf Initiative des Osnabrücker Bischofs und Vorsitzenden des Raphaelsvereins, Wilhelm Berning, zur Dachorganisation „Hilfsausschuß für katholische Nichtarier“ zusammen. Damit besaß der deutsche Katholizismus lange vor der „Reichskristallnacht“ ein arbeitsfähiges Instrument zur Betreuung der „Nichtarier“ der eigenen Konfession. Die evangelischen Landeskirchen und ihre Innere Mission konnten auf einen derartigen Verband nicht zurückgreifen, obschon auch hier eine institutionalisierte Auswandererfürsorge existierte, die sich aber nur in Ausnahmefällen um die Förderung protestantischer „Nichtarier“ bemüht zu haben scheint<sup>19</sup>. Das dürfte auch der Grund dafür sein, daß die kombinierte Hilfe von Caritasverband und Raphaelsverein in zahlenmäßiger Hinsicht weitaus größere „Erfolge“ verbuchen konnte als Innere Mission und „Büro Grüber“, obschon sie angesichts der tödlichen Folgen für diese Christen – von der Mehrheit der Glau-

<sup>17</sup> Krone war 1927–1933 bereits stellvertretender Vorsitzender; er hatte das Amt von Konstantin Fehrenbach übernommen und mußte den ersten Vorsitz, den er nur von April bis Juni 1933 innehatte, mit der Selbstauflösung des Vereins am 7. 7. 1933 niederlegen. Vgl. Werner Fritsch, Art. Verein zur Abwehr des Antisemitismus (Abwehrverein) 1890–1933, in: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 4, Leipzig 1986, S. 375–378.

<sup>18</sup> Dies und das Weitere nach Reutter, Fluchthelfer im Dritten Reich, S. 44 ff.

<sup>19</sup> Die Geschichte der evangelischen Auswandererfürsorge ist noch weitgehend unbekannt. Wichtigster Einzelverband war der 1897 gegründete „Evangelische Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer“ in Witzenhausen, der zahlreiche Zweigstellen im Reich unterhielt und 1922 dem vom CA für IM errichteten „Verband für evangelische Auswandererfürsorge“ – einer lockeren Arbeitsgemeinschaft – beitrug. Vgl. RGG 21, S. 679 f. – Am 25. 3. 1939 wandte sich der hannoversche IM-Geschäftsführer, Pfr. Dr. Depuhl, an Pfr. Braune in Lobetal mit der Anfrage, wer denn eigentlich für die Auswandererhilfe auf evangelischer Seite zuständig sei – der Ev. Hauptverein oder das „Büro Pfarrer Grüber“? In seinem Schreiben deutete Depuhl an, daß der Ev. Hauptverein gelegentlich auch „nichtdeutschblütige“ Auswanderer betreue. Der Hinweis scheint das bisher einzige Indiz für die sporadische Hilfe durch diese Institution, die bis zur Auflösung der Beratungsstellen Anfang 1941 auf diesem Felde auch keine Rolle mehr spielte; Archiv der Hoffnungstaler Anstalten in Lobetal bei Bernau (DDR) (AHA), Akte „Nichtarische Christen“. – Die aus den Handakten des Anstaltsleiters Braune bestehende Aktengruppe bildet die wichtigste, bisher nicht oder nur teilweise ausgewertete Quelle zur Geschichte der protestantischen „Nichtarierfürsorge“ nach 1933.

bensjuden ganz zu schweigen – letztlich vor dem mörderischen Zugriff der Staatsmacht kapitulieren mußte<sup>20</sup>.

## II.

Die Innere Mission sah 1933 keine Veranlassung, von sich aus eine Erklärung zur Frage der Juden und Judenchristen in ihren Arbeitsbereichen abzugeben. Anders als die divergierenden Parteilagen des Kirchenkampfes fühlte sie sich im Interesse ihrer Werke einem Kurs strikter politischer Zurückhaltung verpflichtet, wobei wie gesagt die anfänglich starke Durchsetzung ihrer Leitungsgremien auf Reichsebene mit Deutschen Christen und Mitgliedern der Partei noch jeden Gedanken an eine solche Stellungnahme zusätzlich ausschloß.

Die Zahl der evangelischen „Nichtarier“ war allerdings gering, wenn auch die Angaben in der Literatur strittig sind. Nach dem Krieg wurden in einer der ersten Veröffentlichungen zum Verhältnis von Kirche und Judentum im Dritten Reich 50 000 „Volljuden“, etwa 200 000 „Halbjuden“ und 100 000 „Vierteljuden“ genannt, so daß man für 1933 mit rund 300 000 Betroffenen rechnen kann<sup>21</sup>. Die exakter erfassbaren Vergleichszahlen für Anfang 1939, bezogen auf das „Altreich“, lauteten: 213 930 Juden insgesamt, darunter 19 716 Personen, die zwar als „Rasse-Juden“ galten, sich aber nicht zur jüdischen Religionsgemeinschaft zählten. Von ihnen wiederum bekannten sich 3025 oder 15,3% zum Katholizismus. Wenn man die Zahl der Dissidenten, also derjenigen, die keiner Glaubensrichtung angehörten, einmal vernachlässigt, ist der Schluß erlaubt, daß die übrigen 16 691 „Nichtarier“ oder rund 80% von ihnen zum Protestantismus zu zählen sind<sup>22</sup>.

Nach dem Gesagten überrascht es nicht, wenn das eigentlich auslösende Element des Kirchenstreites, die Adaption des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ durch den kirchlichen Bereich, in Centralausschuß und Innerer Mission keine Konflikte auslöste, sondern auf administrativem Wege geregelt wurde: Eher beiläufig legte der CA-Vorstand nämlich bereits auf einer Sitzung am 10. August 1933 fest, daß der „Arierparagraph“ nun auch für seine Mitglieder gelten sollte. Damit nahm er immerhin eine Regelung vorweg, die zu diesem frühen Zeitpunkt weder in der Reichskirche noch in irgendeiner Landeskirche Rechtskraft

<sup>20</sup> Schewick, Katholische Kirche, in: Gotto/Repgen, Kirche, S. 94.

<sup>21</sup> Angaben nach der früheren Mitarbeiterin von Superintendent Martin Albertz, Charlotte Friedenthal, in der Schrift: Die evangelische Kirche und die Judenfrage, zit. nach Elias, Kirchenkampf und Judenfrage, in: Informationsblatt 10 (1961), S. 214.

<sup>22</sup> Zahlen nach Reutter, Fluchthelfer im Dritten Reich, S. 12. Reutter bezieht sich auf Bruno Blau, The Jewish Population of Germany 1939–1945, in: Jewish Social Studies XII, New York 1950, S. 162. Zu anderen Ergebnissen gelangt in Anlehnung an die Ergebnisse der Volkszählung von 1939 Nowak, der von 23 529 christlichen Volljuden im Reich (ohne Memelland) ausgeht, von denen 13 126 evangelischen Landes- und Freikirchen angehörten, während 10 403 katholisch waren. Zu ihnen kamen 34 745 Protestanten als „Mischlinge“ ersten Grades und 24 796 als „Mischlinge“ zweiten Grades. Die analoge Zahl der Katholiken betrug danach 21 408 : 12 987. Vgl. ders., Das Stigma der Rasse, in: Kaiser/Greschat, Holocaust, S. 77 f. und S. 95.

erlangt hatte<sup>23</sup>. Die schon angedeutete innere Nähe der meisten Vereinsgeistlichen zu den Ideen der christlich-sozialen Bewegung Adolf Stoeckers macht die reibungslose Übernahme des „Arierparagraphen“ durch den Centralausschuß erklärbarer. Wenn der CA auf das Problem der Glaubensjuden in ihrer sich seit den Aprilboykotten stetig verschärfenden gesellschaftlichen Lage auch während der folgenden Jahre schon nicht einging, mußte er doch von den Bedrängnissen jener Minderheit der sogenannten Nichtarier Notiz nehmen, die sich zur evangelischen Kirche bekannte.

Die Innere Mission kam mit diesem Problem zunächst durch die Arbeit ihrer Wohlfahrtsämter in Berührung. Während die Anstalts- und Heimunterbringung judenchristlicher Patienten und pflegebedürftiger älterer Menschen erst in späteren Jahren Konflikte provozierte – wir kommen darauf zurück –, wandten sich schon bald nach der Machtergreifung immer wieder „nichtarische“ Protestanten an lokale und regionale Einrichtungen der Inneren Mission, um dort Rat und Hilfe in Auswanderungs-, Ausbildungs- und Unterhaltsfragen zu suchen. Da auch zahlreiche Pfarrer der Bekennenden Kirche als Anlaufstellen dienten, ergaben sich auf diese Weise Querverbindungen zwischen ihnen und Vertretern der übergemeindlich tätigen evangelischen Wohlfahrtspflege. Zu jenen Bekenntnispfarrern, die bald nach der Machtergreifung mit der existentiellen Not „nichtarischer“ Gemeindeglieder befaßt wurden und ihnen außergewöhnliches Verständnis entgegenbrachten, gehörte der Spandauer Superintendent Martin Albertz, der in der Leitung der Bekennenden Kirche führend tätig war. Er kooperierte eng mit Marga Meusel, der Referentin des evangelischen Bezirkswohlfahrtsamtes Zehlendorf, die der „Nichtarierfürsorge“ seit Ende 1933 besonderes Augenmerk geschenkt hatte und die Kontakte ihrer Dienststelle im Rahmen des brandenburgischen Provinzialverbandes der Inneren Mission und als Mitglied der Bekennenden Kirche nutzte, um helfend einzugreifen<sup>24</sup>. Weil sich der Provinzialgeschäftsführer, Pfr. Dr. Wenzel, ebenfalls zur BK hielt, ergab sich aus diesen intensiven Verbindungen fast von selbst der Gedanke, die Bearbeitung des täglich dringlicher werdenden „Nichtarierproblems“ an einem zentralen

<sup>23</sup> Der Vorstandsbeschuß nahm allerdings auf die innerkirchliche Diskussion keinen Bezug, sondern orientierte sich formal an entsprechenden Regelungen der „Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege“, dem seit 1925 existierenden Zusammenschluß der meisten Spitzenverbände, der nun von der NSV majorisiert wurde. Laut Protokoll der Sitzung erhob sich gegen die Einführung des „Arierparagraphen“ kein Widerspruch; Archiv des Diakonischen Werkes der EKD, Berlin (ADW), CA 876 IV/1.

<sup>24</sup> Das ev. Wohlfahrtsamt wurde übrigens von dem Dahlemer Pfarrer Martin Niemöller nebenamtlich geleitet, der zuvor in seinem Provinzialpfarramt für IM in Münster bis 1931 auf diesem Sektor einschlägige Erfahrungen hatte sammeln können. In Zehlendorf wirkte seit Anfang 1933 auf ehrenamtlicher Basis auch die Wohlfahrtspflegerin Charlotte Friedenthal, die „nichtarischer“ Herkunft war und ihre Anstellung beim Freiwilligen Arbeitsdienst der Inneren Mission aus diesem Grunde 1933 verloren hatte. Nicht zuletzt auf ihr Engagement dürfte es zurückzuführen sein, daß sich die Zehlendorfer Dienststelle schon bald nach der Machtergreifung diesem neuen Aufgabenbereich widmete. Vgl. das Schreiben Ch. Friedenthals an Pastor Fritz von Bodelschwing vom 22. 11. 1934, in: ADW, BP I 249.



Ort – möglichst in Berlin – zu koordinieren. Schon im August 1934 hatten sich Marga Meusel und die Leiterin der Berliner Nachgehenden Fürsorge, Gerda Lucas, mit diesem Vorschlag an Albertz gewandt, der daraufhin mit Pastor Senf – Mitarbeiter des CA-Vizepräsidenten und Leiters der Hoffnungstaler Anstalten in Lobetal bei Bernau, Pastor Paul-Gerhard Braune – über die Chancen eines solchen Projekts, das natürlich Geld kosten würde, verhandelte<sup>25</sup>. Viel konnte dabei jedoch nicht erreicht werden; im November 1934 bat Albertz deshalb Pastor Fritz von Bodelschwingh, sich persönlich für die Einrichtung der Berliner Stelle einzusetzen; die wachsende Not der „nichtarischen“ Glaubensgenossen, für die zu sorgen „einfach Christenpflicht sei“, mache ein Betreuungszentrum unumgänglich<sup>26</sup>. Aber der Vorsteher der Betheler Anstalten winkte ab; er sei derartig überlastet, daß er diese Aufgabe nicht selbst übernehmen könne. Gleichwohl sehe er die Notwendigkeit der Schaffung eines besonderen Berliner Büros ein und schlage vor, daß Albertz sich an den „Reichsverband christlicher Staatsbürger ‚nichtarischer‘ oder nicht rein arischer Abstammung“ wende, der im August 1933 in Berlin gegründet worden war. Vielleicht könne auch Pastor Wenzel weiterhelfen, der als zuständiger Vereinsgeistlicher in dieser Angelegenheit zumindest informiert werden müsse<sup>27</sup>.

Bei Wenzel scheint die Anregung auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein. Anfang 1935 zeichnete sich ab, daß die anvisierte Beratungsstelle im April ihre Arbeit aufnehmen könnte. Um die Dinge voranzutreiben, hatte Marga Meusel inzwischen eine weitere Initiative ergriffen und via Dr. Wenzel der Redaktion der CA-Zeitschrift „Innere Mission“ ein Manuskript über „die Aufgaben der Inneren Mission an den ‚nichtarischen Christen‘“ eingereicht, das dieser mit einer befürwortenden Stellungnahme an den Schriftleiter Gerhard Schröder weiterleitete<sup>28</sup>. Dessen Reaktion war jedoch ablehnend: An eine Publikation sei derzeit nicht zu denken; statt dessen solle die Verfasserin eine Denkschrift über diese Frage für den Centralausschuß ausarbeiten. Der tatsächlichen Lage entsprechend, schloß er seinen Brief mit der deprimierend wirkenden Feststellung, daß es in der Inneren Mission nicht an Stimmen fehle, die glaubten, „daß die Not der ‚Nichtarier‘ gar nicht so groß sei, sondern daß in dieser Hinsicht häufig übertrieben“ werde<sup>29</sup>.

Aus der erhofften Installierung eines Beratungsbüros für die „Nichtarierfürsorge“

<sup>25</sup> Das geht aus einem Brief Ch. Friedenthals an Gerda Lucas vom 15. 11. 1934 hervor; ebenda. Einem Kostenvoranschlag vom Februar 1935 zufolge rechnete man mit 1600 RM, die halbjährlich aufzubringen seien; ebenda.

<sup>26</sup> Albertz fügte hinzu, die selbst betroffene Ch. Friedenthal könne als „ausgezeichnete Kraft“ hier mitarbeiten; Albertz an v. Bodelschwingh vom 13. 11. 1934, ebenda.

<sup>27</sup> Vgl. die Briefe v. Bodelschwinghs an Albertz vom 20. 11. und an Ch. Friedenthal vom 13. 12. 1934, ebenda.

<sup>28</sup> M. Meusel schrieb am 13. 3. 1935 an Wenzel, sie wolle ihren Beitrag publizieren, obschon sie damit sicherlich Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen müsse; sie fühle sich aber mitverantwortlich dafür, einen größeren Personenkreis in dieser Angelegenheit „mobil zu machen“. Was sie täglich erlebe, sei furchtbar. – Im Auftrag von Wenzel schickte dessen Mitarbeiterin Frl. Dr. Wenzel Manuskript und Empfehlungsschreiben am 16. 3. 1935 Schröder zu; ebenda.

<sup>29</sup> Schröder an die Mitarbeiterin Dr. Theodor Wenzels, Frl. Dr. Wenzel, am 22. 3. 1935, ebenda.

wurde auch im Frühjahr 1935 nichts. Auf Nachfragen von Albertz, der im übrigen die Absage Schröders an Marga Meusel heftig kritisierte, antwortete Wenzel, er sei noch immer bereit, den Plan wie besprochen zu verwirklichen, wolle das aber nur mit Zustimmung des Centralausschusses tun und müsse deshalb abwarten, ob ihm die nächste Vorstandssitzung dafür „grünes Licht“ gebe<sup>30</sup>. Offenbar konnte der Centralausschuß sich dazu nicht durchringen, weil inzwischen – wiederum auf einen Vorstoß Marga Meusels hin – exakte Zahlen darüber vorlagen, für wie brisant man das Thema in vielen Einrichtungen der Inneren Mission hielt. Eine Umfrage des Zehlendorfer Bezirkswohlfahrtsamtes an die dem Kaiserswerther Verband angeschlossenen Diakonissenmutterhäuser ergab im April des Jahres, daß von 27 antwortenden Mutterhäusern 16 die Aufnahme „nichtarischer“ Schwesternschülerinnen überhaupt ablehnten, 7 diese an zahlreiche Kautelen knüpften und 4 eine Stellungnahme verweigerten. Begründet wurde das im ersten Fall mit dem Hinweis auf die staatliche Anerkennung ihrer Ausbildung, die durch eine Aufnahme „nichtarischer“ Kandidatinnen gefährdet sei, während die anderen Diakonissenanstalten sich vorbehalten wollten, jede Bewerbung genau zu prüfen und höchstens den Eintritt in das Mutterhaus zu gestatten, die Teilnahme am Unterricht in den Krankenpflegeschulen aber ausschlossen<sup>31</sup>.

Das anhaltende Zögern der Inneren Mission nahm Marga Meusel dann zum Anlaß, eine größere Denkschrift über die Lage der „nichtarischen“ Protestanten im

<sup>30</sup> Albertz war irrtümlich von der Annahme ausgegangen, Schröder werde die Organisation des Beratungsbüros in die Hand nehmen. Nachdem dieser aber in Meusels Beitrag wesentliche Passagen gestrichen habe – daß Schröder den Aufsatz gar nicht angenommen hatte, wußte er wohl nicht –, glaube er nicht mehr, „daß ein Mann, der in diesen Dingen ängstlich ist, geeignet ist, als Rückhalt für eine solche Stelle zu dienen“. Schreiben vom 1. 4. 1935 an Wenzel.

<sup>31</sup> Den Anlaß zu der Umfrage hatte eine Anregung aus Kreisen der Ökumene gegeben, in Zusammenarbeit mit dieser ein Mutterhaus für christliche „Nichtarierinnen“ einzurichten. Marga Meusel hielt das für falsch, da sie darin einen ersten Schritt auf dem von den DC verfochtenen Wege zur Gründung eigener judenchristlicher Gemeinden sah. Bereits am 29. 11. 1934 hatte sie sich in einem Brief an Albertz gegen solche Mutterhäuser gewandt, weil die Betroffenen damit „in eine Sonderstellung hineingedrängt“ würden. Man müsse den Mutterhäusern klar machen, daß sie keinen Unterschied bei der Aufnahme von Ariern und „Nichtariern“ anerkennen dürften. Allerdings sei auch ihr nicht entgangen, daß in dieser Zeit besonders viele „Nichtarier“ zu kirchlichen Berufen drängten und die Kirche als „Versorgungsanstalt“ betrachteten. Zwar seien auch sie Brüder und Schwestern im Glauben, müßten aber gegenüber den anderen Kirchengliedern heute „zurücktreten“; ADW, BP I 249. Besonders kennzeichnend für die Stimmung in den Mutterhäusern gegenüber „Nichtarierinnen“ war die Antwort des Vorstehers der Betheler Diakonissenanstalt Sarepta, Pastor Meyer, dessen Haus zu jenen Einrichtungen gehörte, die bereit waren, unter einschränkenden Bedingungen judenchristliche Aspirantinnen aufzunehmen. Meyer kritisierte, daß sich neuerdings auch Mädchen meldeten, die es noch vor kurzer Zeit weit von sich gewiesen hätten, in ein Mutterhaus einzutreten: „Wir halten es nicht für billig, wenn solche Kräfte sich jetzt, weil sie zufällig keinen anderen Weg mehr sehen, an die Mutterhäuser herandrängen. Sie würden eine starke innere Belastung der Mutterhaus-Diakonie bedeuten, wenn sie wahllos aufgenommen würden. Es läßt sich nicht verkennen, daß das praktische Verhalten der ‚Nichtarierinnen‘ nicht immer so taktvoll ist, wie es wünschenswert wäre.“ Das sei nicht nur seine Beobachtung. – Das Rundschreiben und die eingehenden Antworten vom April/Mai 1935 befinden sich im Ev. Zentralarchiv in Berlin (EZA), 50/199.

Reich auszuarbeiten. Ob eine erste Fassung – dem Vorschlag Schröders folgend – ursprünglich für den Centralausschuß bestimmt war, geht aus den Akten nicht hervor, ist aber anzunehmen. Jedenfalls diente eine weitere Version der dritten Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union im September 1935 als Vorlage, die Superintendent Albertz, selbst Mitglied der Synode, dieser übergab<sup>32</sup>. Mit drastischen und beklemmenden Beispielen schilderte Frau Meusel darin das Schicksal der Betroffenen und rief die Bekennende Kirche auf, das Ihre zu tun, um der Verfolgung der Judenchristen und der staatlich sanktionierten Verhetzung des eigenen Volkes in der Judenfrage Einhalt zu gebieten – ein Appell, den die Synodalen in dieser mutigen, freilich auch undiplomatischen Form nicht aufnahmen<sup>33</sup>. Die Denkschrift verschonte die Kirche nicht, der sie Untätigkeit vorwarf, und richtete zutreffende Vorwürfe auch an die Adresse der Inneren Mission, wenn sie fragte, warum ausgerechnet Bodelschwingh in Anzeigen in der ärztlichen Fachpresse nach „arischen“ Medizinalpraktikanten suche und weshalb selbst Stenotypistinnen der Inneren Mission den Ariernachweis erbringen müßten<sup>34</sup>.

Vermutlich fühlte sich gerade der Centralausschuß durch solche Angriffe brüskiert und andererseits in seiner ablehnenden Haltung gegenüber einer zentralen Betreuungsstelle bestätigt; denn in Anbetracht der politischen Brisanz der Angelegenheit hätte eine positive Entscheidung seine Maxime äußerster Vorsicht bei Aussagen, die seine Gegner innerhalb von Partei und NSV als regimekritisch werten konnten, ins Wanken gebracht. Er kam zwar nicht völlig umhin, sich den Fragen einer wohlfahrtspflegerischen Betreuung der Judenchristen zu stellen, rang sich jedoch nicht zu einer klaren Positionsbestimmung durch, sondern versuchte, das Problem zu bagatellisieren und seine Lösung der Reichskirche „zuzuschieben“. Das geschah etwa, als es um die Verteilung der Ausgleichszahlungen aus dem Winterhilfswerk ging, an denen kein „Nichtarier“, gleich welcher Konfession, faktisch partizipieren durfte<sup>35</sup>. Anstatt selbst darüber Verhandlungen mit Hilgenfeldt als

<sup>32</sup> Zum Text, dem die Vf. im Mai 1936 einen Nachtrag über erste Erfahrungen mit den inzwischen erlassenen Nürnberger Gesetzen anfügte, vgl. Wilhelm Niemöller (Hrsg.), Die Synode zu Steglitz. Die dritte Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union. Geschichte – Dokumente – Berichte, Göttingen 1970, S. 29–58. Bereits der Augsburgener BK-Synode der DEK (4.–6. 6. 1935) hatte eine Fassung der Meusel-Denkschrift vorgelegen, über die man dort jedoch hinwegging. Vgl. zum Text EZA, 50/636, und Gerlach, Zeugen, S. 138 ff.

<sup>33</sup> In einem Beschluß zur Judenfrage sprachen sie die Erwartung aus, daß der Reichsbruderrat dazu „baldigst für eine nach Schrift und Bekenntnis richtungweisende Antwort“ sorgen werde. Der einzige Punkt, der in diesem Zusammenhang breit diskutiert wurde, waren die sogenannten Judentaufen, die einzelne Berliner Gemeindekirchenräte verworfen hatten. Ebenda, S. 373 f., S. 284 ff. und passim. Dazu s. auch Kaiser, Evangelische Judenmission im Dritten Reich, in: ders./Greschat, Holocaust, S. 192 f.

<sup>34</sup> Gerlach, Zeugen, S. 47. Angesichts dieser Haltung der Kirche und ihrer Verbände nehme es nicht wunder, daß manche längst getauften „Nichtarier“ ins Judentum zurückgingen und die Mehrzahl der Übertrittswilligen sich neuerdings der katholischen Kirche anschloße.

<sup>35</sup> Vgl. Anm. 105.

Reichsleiter des WHW aufzunehmen, überließ der Centralausschuß dieses schwierige Geschäft der Kirchenkanzlei<sup>36</sup>.

Auch in der Ökumene beschäftigte man sich seit 1933 intensiv mit Hilfsaktionen für deutsche Flüchtlinge und besonders für die christlichen „Nichtarier“. Motor dieser Unternehmungen war der Berliner Theologe, Sozialpädagoge und internationale Sekretär des „Weltbundes für die Freundschaftsarbeit der Kirchen“, Friedrich Siegmund-Schultze, der frühzeitig die NS-Judenpolitik angeprangert und bereits in den ersten Monaten des Jahres 1933 zahlreiche Rassenverfolgte – keineswegs nur christliche „Nichtarier“ – vor dem Zugriff der Gestapo bewahrt hatte. Dies mit dem Resultat, daß man ihn am 21. Juni verhaftete und in die Schweiz abschob<sup>37</sup>. Hier versuchte er mit Hilfe des Weltbundvorsitzenden Bischof Bell/Chichester und weniger deutscher Gesinnungsfreunde, unter denen an erster Stelle der Heidelberger Stadtpfarrer Hermann Maas zu nennen ist, eine ökumenische Hilfsorganisation zu schaffen, was sich bis 1936 hinzog. Man wollte die Hilfsstelle unter allen Umständen in Deutschland etablieren, um möglichst wirksam arbeiten zu können. Doch die verwickelten kirchlichen Verhältnisse, Spannungen innerhalb der Bekennenden Kirche selbst, die als wichtigster Ansprechpartner fungierte, und die ständigen Auseinandersetzungen der BK mit dem stark etatistisch orientierten Kirchlichen Außenamt unter Bischof Heckel sowie dem Reichskirchenausschuß und seinem Vorsitzenden, Generalsuperintendent Zoellner, vereitelten neben den schon genannten Faktoren

<sup>36</sup> Für die Bearbeitung dieser Frage war Oberkonsistorialrat Gustavus verantwortlich. Vgl. den Prot.-Auszug der CA-Vorstandssitzung vom 27. 11. 1935, in: ADW, CA 1947/91. – Am 22. 10. 1935 hatten Oberrabbiner Dr. Leo Baeck und der Vorsitzende der Berliner jüdischen Gemeinden, Direktor Heinrich Stahl, eine eigene jüdische Winterhilfe mit einer feierlichen Kundgebung eröffnet. Informell wurde den konfessionellen Wohlfahrtsverbänden mitgeteilt, daß aus den Erträgen dieser Sammlung alle „Volljuden“, d. h. auch jene, die den jüdischen Kultusgemeinden aus religiösen Gründen nicht mehr angehörten, unterstützt werden sollten; vgl. M. Meusels Denkschrift, in: Niemöller, Die Synode zu Steglitz, S. 56 und Anm. 55. Noch in der Sitzung der Reichsarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege am 15. 10. 1935 waren die Verbände von Hilgenfeldt gebeten worden, öffentlich jenen angeblichen Falschmeldungen aus dem Ausland entgegenzutreten, die besagten, die Juden würden aus Mitteln des WHW nicht mitversorgt. Das sei unwahr, man verzichte nunmehr lediglich darauf, in jüdischen Geschäften und Haushaltungen zu sammeln; die NSV habe inzwischen mit der jüdischen Wohlfahrtspflege ein Abkommen geschlossen, nach dem die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden die Winterhilfe für ihre Klientel unter Aufsicht Hilgenfeldts in eigener Regie durchführen solle. Frucht dieses Abkommens scheint die oben genannte Aktion Baecks und Stahls gewesen zu sein. Vgl. das Protokoll der Geschäftsführerkonferenz der IM vom 17. 10. 1935, in: ADW, CA 761 XII.

<sup>37</sup> Im Rahmen dieser Untersuchung kann die ökumenische Perspektive nicht näher entfaltet werden. Vgl. dazu Armin Boyens, Kirchenkampf und Ökumene 1933–1939. Darstellung und Dokumentation, München 1969, S. 37 ff. und S. 45; Gerlach, Zeugen, S. 88 ff. und S. 217 ff.; ders., Zur Entstehung des „Internationalen Hilfskomitees für deutsche Flüchtlinge“ 1933–1936, in: Aktiver Friede. Gedenkschrift für Friedrich Siegmund-Schultze (1885–1969), hrsg. v. Hermann Delfs, Soest 1972, S. 35–45; Ludwig, Opfer, S. 8 ff.; Ulrike Berger, Der Ökumenische Rat der Kirche und die Juden. Die Entwicklung der Beziehungen dargestellt anhand offizieller Stellungnahmen, Magisterarbeit, masch., KiHo Berlin 1976.



die Gründung immer wieder<sup>38</sup>; erst am 1. Januar 1936 konnte das Hilfskomitee seine Arbeit in Genf aufnehmen. Stellvertretender Leiter der deutschen Zweigstelle des Weltbundes war der Lichterfelder Superintendent Max Diestel. Von Siegmund-Schultze und Maas über die ökumenische Entwicklung stets auf dem laufenden gehalten, versuchte er Anfang 1936 in Berlin, die deutsche Dependance der Genfer Hilfsorganisation ins Leben zu rufen. Dabei ging er streng legalistisch vor und führte Verhandlungen mit Ministerien, Reichskirchenausschuß und Kirchlichem Außenamt, um zu erkunden, ob eine solche der Ökumene verbundene Einrichtung auch ungestört würde arbeiten können<sup>39</sup>. Parallel dazu hatte Siegmund-Schultze Kontakte mit dem deutschen Gesandten in Bern, v. Weizsäcker, angeknüpft, um die Haltung des Auswärtigen Amtes bzw. der Reichsregierung gegenüber einem locker mit dem Weltbund verbundenen, ansonsten aber selbständigen Berliner Hilfskomitee zu erkunden<sup>40</sup>. Die telegraphische Antwort aus Berlin an die Berner Gesandtschaft lautete schlicht: „Regierung nimmt kein amtliches Interesse an dieser Angelegenheit“<sup>41</sup>, was die Genfer und deutschen Initiatoren des Projekts insofern beruhigte, als sie daraus ableiten zu können meinten, man lege ihnen staatlicherseits nichts in den Weg.

Ende des Jahres lud Superintendent Diestel Vertreter der Behörden, der Reichskirche und der Inneren Mission zu einer Besprechung ein, auf der die Absicht des

<sup>38</sup> Briefwechsel Siegmund-Schultzes mit Maas und anderen in dieser Angelegenheit, in: EZA, 51, H II c 6,1.

<sup>39</sup> Es war Diestels besonderes Anliegen, für das geplante deutsche Hilfswerk eine möglichst breite kirchenpolitische Basis zu schaffen, was zu Konflikten mit dem radikalen BK-Flügel, der die Kooperation mit den Kirchengremien verweigerte, führen mußte. Diestel wollte keinesfalls die Bekenntnende Kirche, der er angehörte, allein in sein Unternehmen einbeziehen. Am 9. 11. 1935 schrieb er an Maas: „Jedenfalls kann es die B. K. in der gegenwärtigen Situation nicht machen. Andererseits sollte die Stelle, die später die Exekutive hat, rein kirchlich sein, aber in ihrer Arbeit und in ihrem Bestande gesichert durch eine vorausgehende Vereinbarung und eine gewisse Vollmacht, ohne die sie zweifellos impotent sein würde.“ Maas wiederum setzte ganz auf die BK als einzigen Partner, der die Einrichtung einer Hilfsstelle wirksam fördern könne. Er war indessen skeptisch, ob man sich seitens der 1. Vorläufigen Kirchenleitung (VKL) dazu durchringen werde. In diesem Sinne schrieb er am 14. 11. 1935 an Siegmund-Schultze: „Es scheint mir, daß ich dorthin [sc. auf die BK] nun alle Kraft konzentrieren muß, denn es fehlt bisher wohl an dem wirklichen Verantwortungsgefühl aus tiefstem Glauben heraus, als auch an Mut zu wirklicher und schneller Tat.“ Man wolle anscheinend „den Zentralausschuß für Innere Mission beauftragen, neben vielen anderen auch das noch zu betreiben, aber was ist das alles?“ EZA, 51, H II c 6,1. Deutlicher konnte der Pessimismus gegenüber der bekenntniskirchlichen Handlungsbereitschaft und der Leistungsfähigkeit des „sozialen Mischkonzerns“ Innere Mission gegenüber der „Nichtarierhilfe“ nicht formuliert werden – eine überaus realistische Sicht, wie die weitere Entwicklung zeigen sollte.

<sup>40</sup> Schreiben Siegmund-Schultzes an v. Weizsäcker vom 25. 11. 1935 und Antwort des Gesandten vom 26. 11. mit dem Hinweis, er müsse erst in Berlin nachfragen; ebenda. – Siegmund-Schultze hoffte anscheinend auf ein gewisses Wohlwollen des AA für diese Pläne, da die Wilhelmstraße schon 1933 mit Rücksicht auf die Stimmung im Ausland ein behutsames Vorgehen in der „Judenfrage“ auch innerhalb der Reichskirche unterstützt hatte; vgl. Boyens, *Kirchenkampf*, S. 68.

<sup>41</sup> Minutes of the Commission on Refugees Appointed by the World Alliance of Life and Work vom 20. 12. 1935, darin Mitteilung Siegmund-Schultzes über den Eingang des Telegramms; ebenda.



Weltbundes durchgesprochen werden sollte, in Genf eine Beratungsstelle für „nicht-arisches“ Christen zu gründen. Man müsse sich in Deutschland darüber klar werden, welche Folgerungen dies für die eigene Arbeit haben werde<sup>42</sup>. Am 7. Februar traf sich nur ein kleiner Kreis im Lichterfelder Gemeindehaus Diestels, darunter der „nicht-arisches“ Superintendent Carl-Gunther Schweitzer, der Literaturhistoriker und Protestant ebenfalls jüdischer Abkunft Dr. Heinrich Spiero, Pfarrer Engelmann vom CA, Pfarrer Heyne von der Inneren Mission Bremens und schließlich die BK-Pfarrer Albertz/Berlin und Hermann Maas aus Heidelberg. Abgesandte der eingeladenen Reichsministerien waren nicht erschienen, dafür aber zwei Gestapobeamte, die das Geschehen aufmerksam verfolgten und eine vertrauensvolle Aussprache der Teilnehmer mit ihrer Gegenwart verhinderten<sup>43</sup>. Ob wirklich ein definitiver Beschluß über die von Diestel vorgeschlagene Einrichtung eines deutschen Zentralbüros unter starker Betonung des karitativen Moments gefaßt wurde, muß offenbleiben, da die beiden Teilnehmer, deren Bericht über die Zusammenkunft erhalten ist, dies unterschiedlich überliefern<sup>44</sup>. So notierte Bodo Heyne, man habe die Konstituierung des Komitees vertagt, um zunächst eine Stellungnahme der zuständigen Ministerien abzuwarten<sup>45</sup>. Anders dagegen Hermann Maas, der wenige Tage später Siegmund-Schultze von den Ergebnissen des Treffens Kenntnis gab und dabei ausdrücklich die erfolgte Gründung erwähnte. Allerdings hatten sich seine Befürchtungen wegen der Möglichkeiten und des Durchsetzungswillens von BK und IM-Vertretern im Hinblick auf die zu errichtende Hilfsstelle und ihre kirchliche Anbindung voll bestätigt. Denn Engelmann trug den Gründungsbeschluß nicht mit, weil er zunächst nähere

<sup>42</sup> Rundschreiben Diestels vom 21. 12. 1935 mit der Einladung zum 7. 1. 1936, in: ADW, CA 1947/91. Auf ausdrückliches Anraten des Regierungsrats im Propagandaministerium, Dr. Adalbert von Hanstein, der Anfang Februar 1936 ins Reichskirchenministerium wechselte, hatte Diestel Vertreter der genannten beiden Ministerien sowie des RdI, des AA und des Reichswirtschaftsministeriums zu der Besprechung gebeten; Schreiben Diestels an Zoellner vom 8. 2. 1936, in: EZA, 5/141.

<sup>43</sup> Am 8. 2. 1936 äußerte Diestel in einem Brief an Generalsuperintendent Zoellner – den Vorsitzenden des Reichskirchenausschusses – den Verdacht, seitens dieses Gremiums oder des Kirchlichen Außenamtes, die beide der Ökumene wegen der Interventionen zugunsten der Juden in Deutschland seit 1933 höchst distanziert begegneten, sei dem Gestapa ein diskreter Hinweis auf die Gründungsversammlung gegeben worden: „Ich hatte den Eindruck, daß hier von irgendeiner Seite her durch eine leichtfertige Denunziation ein sehr ernst zu nehmender Versuch zu hilfsbereiter Tätigkeit gegenüber christlichen Brüdern sabotiert werden sollte. Vielleicht könnte es auch die Ungeschicklichkeit irgendeiner behördlichen Stelle sein, die nicht begriff, was los war und in ihrem Übereifer, anstatt bei mir anzufragen, was diese Versammlung zu bedeuten hätte, Weisungen an andere Stellen gab, die zu der Katastrophe führten.“ In einem zweiten Brief an Zoellner vom 9. 3. präziserte er seine Vermutung, es sei wohl das Kirchliche Außenamt gewesen, daß sich auf eine Anfrage seitens der Staatsbehörden unwissend gegeben und ihm damit die Gestapo „auf den Hals geschickt“ habe – ein Vorwurf, den Zoellner in einer handschriftlichen Randnotiz als „unerhört“ qualifizierte und dann Anweisung gab, Diestels zweites Schreiben nicht zu beantworten; vgl. den Entwurf der – dann auf Weisung Zoellners nicht abgeschickten – Antwort von Oberkonsistorialrat Dr. Wahl vom April 1936, in: EZA, 51, H II c 12.

<sup>44</sup> Um die Gestapobeamten „loszuwerden“, schloß man die offizielle Versammlung bald und beriet sich dann in Diestels Privatwohnung weiter.

<sup>45</sup> Bericht des IM-Vertreters P. Bodo Heyne/Bremen vom gleichen Tage, in: ADW, CA 1947/91.

Instruktionen seiner Dienststelle einholen müsse, und beteiligte sich nicht an der Diskussion. Ganz offenkundig spielten kirchen- und allgemeinpolitische Rücksichten bei Engelmann und Heyne eine wesentliche Rolle, aber auch die Front der BK-Geistlichen war keineswegs fest gefügt: Wenige Tage zuvor hatte nämlich der Reichsbruderrat in Bethel mit 17:11 Stimmen der Vorläufigen Kirchenleitung unter Marahrens das Mißtrauen ausgesprochen, weil sie ungeachtet der Bedenken des Bruderrats mit den Kirchengremien zusammenarbeitete. Damit kündigte sich die Spaltung der Bekennenden Kirche auf der Synode von Oeynhausen im Februar 1936 an. Diestel gehörte in Bethel zu der unterlegenen Fraktion, Albertz, der dann Mitglied der Zweiten Vorläufigen Kirchenleitung wurde, zu den „Siegern“ dieses internen Kampfes. Eine derartige Konstellation und das Mißtrauen der IM schwächte und belastete die Neugründung natürlich in hohem Maße. Resignierend teilte Maas denn auch Siegmund-Schultze mit, nur der Weltbund bleibe jetzt als Träger der Hilfsstelle übrig<sup>46</sup>.

Das Beispiel der ökumenischen Intervention, die in Deutschland selbst dauerhaft nichts auszurichten vermochte, aber in den übrigen Staaten Europas und Amerikas – zumeist evangelischen „Nichtariern“ – nicht unbeträchtliche Unterstützung leistete, demonstriert die Komplexität der kirchenpolitischen Szenerie im Reich und die ganze Hilflosigkeit der hier Handelnden. Nicht genug, daß man sich seitens der Inneren Mission der expandierenden NSV erwehren mußte und die Bekennende Kirche in harten Auseinandersetzungen mit den Landeskirchen unter deutschchristlichem Regiment stand, auch der *innere* Streit lähmte jede dringend benötigte Innovation. Mißtrauen und Furcht kreisten um die stete Sorge, man verlasse den Boden der politischen Legitimität und gebe der Staatsmacht Anlaß zu gerechtfertigtem Einschreiten. Gilt diese Beobachtung vor allem für den sozialen Protestantismus, der in ein Netzwerk von staatlich-gesellschaftlichen Institutionen eingebunden war, so blieben auch die Theologen der Bekennenden Kirche in vielfältigen Abhängigkeiten und Ängsten befangen, die sich vor allem aus der Furcht begründeten, ihre theologischen und kirchenpolitischen Optionen könnten vom Regime als *politische* Opposition qualifiziert werden. Trotz aller theologischen Radikalität, ja Rigidität behielt die Wünschbarkeit der Einheit der Kirchen des deutschen Protestantismus mit der Nation und der von ihr repräsentierten Staatsmacht für eine Mehrheit der Bekenntnispfarrer Vorrang vor dem Versuch, am Rande der Legalität oder gar subversiv den Auftrag der christlichen Ethik gerade gegenüber den Notleidenden und Verfolgten ohne derartige Rücksichten zu vollziehen. Das ist nun kein Vorwurf *ex post*, sondern ein Hinweis darauf, daß christliche Existenz und volkskirchliche Wirklichkeit im totalitären Staat in ethischer Hinsicht den gleichen Bedingungen unterliegen wie die Gesamtgesellschaft auch. Dieser bedrückende Rahmen war es eben, der Kirche wie Innere Mission als Institutionen zu weitgehendem Verharren auf einmal erreichten Positionen führte. Doch schuf dieser Kontext zugleich den Freiraum für den

<sup>46</sup> Brief vom 13. 1. 1936, in: EZA, 51, H II c 6, 1. Zu den kirchenpolitischen Vorgängen im Vorfeld von Oeynhausen: Kurt Meier, *Der Evangelische Kirchenkampf*, Bd. II, Halle/Göttingen 1976, S. 94 f.

Einsatz von Einzelpersonlichkeiten wie Paul-Gerhard Braune oder Heinrich Grüber, die ohne oder nur mit verdecktem Mandat das zu tun vermochten, was sich die Kirche und ihre Innere Mission offiziell nicht gestatteten.

Den Quellenzeugnissen nach zu schließen, befaßte sich der Centralausschuß nunmehr zwei Jahre lang nicht mehr mit dem „Nichtarierproblem“. Er führte zwar auf Grund des Berichtes von Pastor Engelmann eine Umfrage über die grundsätzliche Notwendigkeit einer „Nichtarierbetreuung“ aus der Sicht seiner Vereinsgeistlichen durch; diese fiel jedoch durchweg negativ aus<sup>47</sup>. Tatsächlich schien sich Mitte der 30er Jahre gerade wegen der Nürnberger Gesetze eine gewisse Rechtssicherheit in bezug auf die nationalsozialistische Judenpolitik zu entwickeln, die das Bewußtsein für eine weiterbestehende Notlage der Betroffenen wieder abflachen ließ.

Im Herbst des Jahres 1936 beschäftigte sich dagegen die BK-nahe Arbeitsgemeinschaft der diakonischen und missionarischen Werke und Verbände, der eine Reihe führender Vereinsgeistlicher – unter ihnen Vizepräsident Braune und Präsident Frick als persönliche Mitglieder – angehörten, noch einmal damit. Auf Drängen des Vertreters der Zweiten Vorläufigen Kirchenleitung im Beirat der Arbeitsgemeinschaft, Superintendent Bernhard Heinrich Forck/Hamburg, kam die „Nichtarierbetreuung“ auf die Tagesordnung der Betheler Beiratssitzung im September 1936. Forck bezog sich auf die Rundbriefe Marga Meusels an die Diakonissenmutterhäuser von Anfang 1935 und an die Diakonenanstalten vom Februar 1936, deren ablehnende Antworten er „erschütternd“ fand<sup>48</sup>. In Bethel vereinbarte man eine gemeinsame Konferenz der Vorsitzenden des Kaiserswerther Verbandes, Pastor Graf von Lüttichau, des Zehlendorfer Verbandes, Pastor Pilgram, und des Verbandes der Diakonenhäuser, Pastor Philipps vom Spandauer Johannesstift, mit der VKL, die am 26. Oktober in Dahlem tagte. Die Teilnehmer – unter ihnen auch Martin Albertz und Charlotte Friedenthal, Pastor Pilgram war nicht erschienen – verabschiedeten eine Sechspunkte-Erklärung, in der sie grundsätzlich die Aufnahme „nichtarischer“ Pflinglinge

<sup>47</sup> Nach einer Aktennotiz Heynes waren aus Bremen, Bethel und Schlesien nur verschwindend geringe Zahlen betreuungsbedürftiger „Nichtarier“ gemeldet worden. Am 29. 5. schrieb auch P. Schäfer/Kassel an den CA, das „Nichtarierproblem“ sei in seiner Landeskirche ohne Belang. Als Oberkirchenrat Greifenstein/München in seiner Eigenschaft als Landesführer der bayerischen IM unter Bezug auf eine Zeitungsmeldung über die geplante Genfer Gründung anfragte, ob es in Deutschland eine ähnliche Einrichtung gebe, verwies ihn der CA am 3. 7. an Pfr. Hermann Maas/Heidelberg; ADW, CA 1947/91.

<sup>48</sup> Forck an v. Bodelschwingh vom 17. 9. 1936, in: EZA, 50/199. Die im Frühjahr 1936 einlaufenden Antworten auf die Umfrage unter den Brüderhäusern lauteten ähnlich wie bei den Einrichtungen der weiblichen Diakonie: Von 18 antwortenden Diakonenanstalten waren nur drei, wenngleich mit Bedenken, bereit, evangelische „Nichtarier“ aufzunehmen (Nazareth/Bethel, Rauhes Haus/Hamburg, Schlesische Diakonenanstalt/Kraschnitz), während das Martineum/Volmarstein mit diesem Problem noch nicht konfrontiert worden war. Die restlichen 14 Einrichtungen lehnten den Eintritt nicht rein arischer Diakonenschüler rundheraus ab; ebenda. Schon im Mai (28. 5.) hatte sich die 2. VKL mit einer großen Denkschrift an Hitler selbst gewandt, in der sie auch einen der NS-Weltanschauung inhärenten Antisemitismus kritisierte, der zum Judenhaß verpflichtete. Der Text ist abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch 1933–44, Gütersloh<sup>2</sup>1976, S. 132–137; zur Denkschrift s. auch Meier, Kirche und Judentum, S. 30 f., und Greschat, Zwischen Widerspruch und Widerstand.

in die Anstalten der Inneren Mission forderten und die Verpflichtung anerkannten, auch Judenchristen in den evangelischen karitativen Ausbildungsstätten zuzulassen. Da die sonstigen Privatschulen der Inneren Mission ihre „nichtarischen“ Schüler abgeben mußten, wolle die Arbeitsgemeinschaft für deren weitere Betreuung sorgen<sup>49</sup>.

### III.

Auch innerhalb des bekennniskirchlichen Flügels der Inneren Mission geriet das Thema dann wieder in Vergessenheit, das heißt, es wurde wegen anderer, den Beteiligten noch gravierender erscheinender Konflikte, die mit dem Kampf der BK um ihre Selbstbehauptung zu tun hatten, in den Hintergrund gedrängt. Erst im Spätherbst 1938, knapp drei Wochen vor der sogenannten Reichskristallnacht, erhielt die Auseinandersetzung um die „Nichtarierbetreuung“ wieder Aktualität. Der Vorstoß kam diesmal aus dem Bereich der Anstaltsdiakonie. Es handelte sich nicht mehr um das Bereitstellen von Ausbildungsplätzen – davon hatte man anscheinend längst Abstand genommen<sup>50</sup> –, sondern um die zukünftige Haltung gegenüber Pflinglingen

<sup>49</sup> Aktennotiz Forcks vom 22. 9. 1936 über die Betheler Sitzung am 18. 9. und das Protokoll der gemeinsamen Besprechung am 26. 10. in Dahlem, in: EZA, 50/199. Graf Lüttichau und Philipps wiesen allerdings darauf hin, sie könnten die Einhaltung dieser Erklärung nur für ihre eigenen Einrichtungen zusagen, wollten diesen Standpunkt aber bei der nächsten Zusammenkunft aller Anstaltsleiter vertreten. Wie die Praxis der Behandlung „nichtarischer“ Schwestern- und Diakonenschüler und Medizinstudenten in vielen Häusern der IM in jenen Tagen aussah, schildert anschaulich ein Brief M. Meusels an die VKL vom 30. 11. 1936. Danach hatte sie sich im Oberlinhaus/Nowawes für die Aufnahme des Medizinalpraktikanten Peter Christian Löwenberg, eines „Halbjuden“, eingesetzt, gegen dessen Einstellung dort die zuständigen Behörden keine Einwendungen erhoben hatten. Dennoch antwortete ihr Vorsteher Pastor Kleinau, eine Beschäftigung L.s sei nicht möglich: „Unsere Ärzte sind sämtlich in der SA. oder Pg. und haben als solche im persönlichen kollegialen Verkehr Bindungen übernommen, durch die es ihnen unmöglich gemacht ist, Herrn Löwenberg als Famulus heranzuziehen.“ Ebenda. – Am 16. 6. 1937 teilte CA-Schatzmeister Dr. Heinrich auf der Geschäftsführerkonferenz mit, Bodelschwingh habe eine Sondergenehmigung vom Reichsminister des Innern (RdI) für die Ausbildung „halbjüdischer“ Praktikantinnen erhalten; der Staat sei an einer gewissen Ausbildung dieser Personengruppe interessiert, damit sie nicht der Allgemeinheit zur Last falle; ADW, CA 761 XIX.

<sup>50</sup> Davon kann man ausgehen, obwohl eine allgemeinverbindliche Regelung bis in den Krieg hinein nicht erfolgte. Der Erste CA-Direktor, Pastor Schirmacher, erbat deshalb am 7. 8. 1940 eine grundsätzliche Stellungnahme der Kirchenkanzlei, die jedoch abwinkte und vorschlug, Entscheidungen jeweils von Fall zu Fall zu treffen. In der Praxis hieß das nach Ansicht des zuständigen Referenten der Kirchenkanzlei, daß die „nichtarischen“ Schwestern bleiben konnten, wenn der Vorsteher des Mutterhauses Pfarrer der BK war. Die Anfrage des CA ist abgedruckt bei Meier, Kirche und Judentum, S. 111 f.; zur Reaktion der Reichskirche s. den bei Brunotte, Kirchenmitgliedschaft, in: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht 13 (1967/68), S. 161, erwähnten Vermerk von Konsistorialrat Nordmann. – Daß „nichtarische“ Schwestern auch in Mutterhäusern nicht sicher wären, die sich der BK verbunden wußten, und im Einzelfall ebenso deportiert und vergast wurden wie ihre übrigen Schicksalsgenossen, schildert Ruth Felgentreff am Beispiel der Kaiserswerther Diakonissen Erna und Johanne Aufricht: „Ist verpflichtet den Judenstern zu tragen“. Eine Dokumentation über Johanne und Erna Aufricht. Kaiserswerth-Theresienstadt-Auschwitz, o. O. u. o. J. [Düsseldorfer-Kaiserswerth 1973].



„nichtarischer“ Abkunft in den Heimen und Anstalten der Inneren Mission, deren Aufenthalt dort vor allem aus zwei Gründen immer problematischer wurde: Den Einrichtungen drohte nämlich nach Änderung der Steuergesetze ein Entzug ihrer Anerkennung als gemeinnützig, wenn sie weiterhin auch diesen Personenkreis betreuten; das bedeutete für diese Anstalten angesichts der durch die restriktive staatliche Sammlungsgesetzgebung bedingten Finanzmisere der freien Wohlfahrtspflege kaum tragbare Steuerlasten. Darüber hinaus gestaltete sich das Verhältnis zwischen arischen und „nichtarischen“ Patienten bzw. zwischen ihren Angehörigen zunehmend schwieriger. Darauf Bezug nehmend schrieb der Leiter der Betheler Zweiganstalt Eckardtsheim, Pastor Dietrich, wenige Monate später an seinen Kollegen Braune, nach seinen Erfahrungen sei es für „Nichtarier“ „nicht ganz leicht, sich in einer sonst rein arischen Umgebung aufhalten zu müssen. Taktlosigkeit und Anpöbeleien durch andere Patienten können kaum gänzlich vermieden werden, und wenn solche Patienten sich beschwerdeführend an die Behörden oder an Parteistellen wenden, würde es kaum möglich sein, die nicht-arischen Patienten zu behalten. Wir sind deshalb im Interesse unserer Gesamtanstalt solchen Aufnahmegesuchen gegenüber zwangsläufig recht zurückhaltend geworden.“<sup>51</sup> Ärzte und Vorsteher brachte dieser Sachverhalt darauf, beide Gruppen voneinander zu isolieren und eigene Fachabteilungen für diejenigen zu schaffen, die unter die Nürnberger Gesetze fielen. Ein Nebengedanke war der, daß der Staat diese Trennung honorieren und die Gemeinnützigkeit erneut bestätigen werde. In diesem Sinne wandte sich der schon genannte Pastor Philipps im Oktober 1938 an den Centralausschuß und fragte an, ob es nicht „eine besondere Aufgabe der christlichen Liebespflicht“ sei, „den ‚nichtarischen‘ Volksgenossen eine Zufluchtsstätte zu schaffen“. Das könne freilich nur von zentraler Warte aus organisiert werden; die einzelnen Anstalten, bei denen sich die Aufnahmeanträge gerade für die Alten- und Pflegeheime in letzter Zeit häuften, seien damit überfordert<sup>52</sup>.

<sup>51</sup> Dietrich machte dann den Vorschlag, nicht ausgelastete oder leerstehende Anstaltsgebäude für die Unterbringung der hilfsbedürftigen „Nichtarier“ zur Verfügung zu stellen; Schreiben vom 11. 3. 1939. Braune antwortete darauf am 13. 3., in dieser Situation richteten sich viele Augen auf Bethel; wenn er den Auftrag zur Etablierung einer Hilfsstelle übernommen habe, so sei dies überhaupt nur „im Zusammenhang mit dem Gesamtvertrauen geschehen, das Staat und Kirche zu Bethel haben“. Im übrigen hielt Braune die Argumentation Dietrichs und seine Anregung, Sonderheime für Bedürftige jüdischer Abkunft zur Verfügung zu stellen, für nicht ganz redlich, und sah darin den Versuch, Bethel und seine Zweiganstalten aus der brisanten Angelegenheit herauszuhalten. An v. Bodelschwingh schrieb er am gleichen Tage, Dietrich wolle offensichtlich die auf ihn zukommenden Verpflichtungen von sich abschieben. Dabei vergesse er, „daß er selbst bezw. Bethel die Stelle der Inneren Mission und Kirche ist, die für solchen Anruf in erster Linie in Frage kommt“; AHA, Akte „Nichtarische Christen“.

<sup>52</sup> Schreiben vom 21. 10. 1938, abgedruckt bei Meier, Kirche und Judentum, S. 105 ff. Am 28. 10. leitete der CA die Eingabe mit der Bitte um Rückäußerung an die Kirchenkanzlei weiter; ebenda. S. auch Brunotte, Kirchenmitgliedschaft, in: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht 13 (1967/68), S. 153 f. Am 16. 6. 1937 hatte P. Vietor/Volmarstein den Geschäftsführern geklagt, es sei aus steuerrechtlichen Gründen kaum mehr möglich, „nichtarische“ Pflegekräfte einzusetzen; die Aufnahme jener prozentual kaum ins Gewicht fallenden Gruppe „nichtarischer“ Patienten dürfe davon aber



Diese Anregung, die bedrückenden Vorkommnisse des Novemberpogroms und das auf der Novemberkonferenz der im Kaiserswerther Verband vereinigten Mutterhäuser verbreitete Gerücht, schon ein einziger „nichtarischer“ Patient bringe die Einrichtungen um ihre Anerkennung als gemeinnützig<sup>53</sup>, veranlaßte den Centralauschuß, seinen Vizepräsidenten Paul-Gerhard Braune damit zu beauftragen, zu den von Philipps und in Kaiserswerth angeschnittenen Fragen ein Positionspapier der Inneren Mission auszuarbeiten und die notwendigen Verhandlungen mit den zuständigen Ministerien zu führen. In Vorbereitung dieser Pläne stimmte sich Braune mit von Bodelschwingh ab, zu dessen Leitungsbereich Lobetal als Zweiganstalt von Bethel gehörte. Ausgehend von der gemeinsamen Überzeugung, daß die Kirche allgemein und besonders die deutsche Kirche jetzt nicht mehr „schweigen und untätig sein“ dürfe, sondern „reden und handeln“ müsse, kamen beide überein, sich für die Schaffung von Einrichtungen zur seelsorgerlichen und fürsorgerischen Hilfeleistung an Kindern, Jugendlichen, Älteren und Kranken zu verwenden und dazu jetzt die notwendigen Schritte einzuleiten. Auch Beratung und Betreuung von Auswanderungswilligen gehörten zu dem Maßnahmenpaket<sup>54</sup>.

Nachdem zuvor schon Fritz v. Bodelschwingh im Reichskirchenministerium und bei Ministerialdirektor Kritzinger/Reichskanzlei in dieser Sache vorstellig geworden war, erhielt auch Braune in seiner Funktion als Mitarbeiter und Beauftragter Bodelschwinghs im November mehrfach Gelegenheit, dort seine Vorschläge zur Lösung des „Nichtarierproblems“ für den Bereich der Inneren Mission zu erläutern<sup>55</sup>. Als ihn Ministerialdirektor Kritzinger nach der Besprechung in der Reichskanzlei am 29. 11. darum ersuchte, seine Gedanken in schriftlicher Form noch einmal zusammenzufassen, entstand daraus eine größere, in der einschlägigen Literatur bisher weitgehend unbekannte bzw. unterbewertete Denkschrift, die Braune am 7. Dezember dem Reichsminister und Chef der Reichskanzlei Lammers zuleitete. Ursprüng-

---

nicht tangiert werden. Schirmacher faßte daraufhin die Diskussion mit einem für ihn typischen „ausgewogenen“ Diktum zusammen: „Die Innere Mission ist für das deutsche Volk da; aber nach den Bibelgesetzen können wir nicht davon ab, auch anderen zu helfen.“ Protokoll, in: ADW, CA 761 XIX. Zu Person und Werk Schirmachers s. jetzt auch den Beitrag des Vf.: „Politische Diakonie“ zwischen 1918 und 1941. Der Rechenschaftsbericht Horst Schirmachers über seinen „Dienst in der Inneren Mission der Deutschen Evangelischen Kirche“, in: Jahrb. f. Westf. Kirchengeschichte 80 (1987), S. 207–228.

<sup>53</sup> Am 9. 1. 1939 berichtete Braune v. Bodelschwingh, in Kaiserswerth sei auf die Erwähnung dieses unrichtigen Gerüchts eine regelrechte „Panik“ unter den Teilnehmern ausgebrochen, die alle ihre Einrichtungen nun in höchster Gefahr wähten; AHA, Akte „Nichtarische Christen“.

<sup>54</sup> Vermerk Braunes vom 16. 11. 1938, ebenda.

<sup>55</sup> Aus einem Brief Schirmachers an die Kirchenkanzlei vom 26. 11. 1938 geht hervor, daß Braune kurz zuvor in dieser Angelegenheit im Reichskirchenministerium (RKM) vorgesprochen hatte. Er knüpfte – so der deutschchristlich orientierte Schirmacher mit triumphierendem Unterton – dabei an die DC-Forderung von 1932 an, eigene judenchristliche Gemeinden zu bilden, was die BK bisher stets kategorisch abgelehnt habe. Nun verwende er sich für die Einrichtung „nichtarischer“ Sonderabteilungen in den ev. Anstalten – wohl in der Hoffnung, daß ein nachträgliches Ja zu dem frühen Vorstoß der Deutschen Christen den Minister günstig stimmen werde; ADW, CA 1947/91.

lich sollte Bodelschwingh die Eingabe ebenfalls unterzeichnen; doch kam man getreu der Taktik des Betheler Pfarrers und prominenten Kirchenpolitikers davon wieder ab, weil „Pastor Fritz“ eher in stillen, wenig publikumswirksamen Verhandlungen seine Ziele durchzusetzen suchte, während Braune im Sinne dieser Arbeitsteilung den stärker öffentlichen Part zu übernehmen hatte<sup>56</sup>. Braune beschränkte sich bewußt auf die Beschreibung der vielfältigen Sorgen und Nöte der evangelischen „Nichtarier“, die von allen antijüdischen Maßnahmen des Staates betroffen seien, andererseits aber an den Selbsthilfeeinrichtungen der jüdischen Kultusgemeinden keinen Anteil hätten. Weder würden sie von der jüdischen Wohlfahrtspflege betreut, noch dürften ihre Kinder jüdische Schulen besuchen, was man diesen andererseits auch nicht zumuten könne. Unter solchen Umständen schein die Schulpflicht für judenchristliche Kinder, deren Zahl er auf rund 1000 schätze und die ständig sinke, zu ruhen. Gerade in letzter Zeit seien „zahlreiche Hilfesuche an Pfarrer, an Stellen der Inneren Mission und demzufolge auch an unsere Anstalten hier und in Bethel gekommen. Wir werden fortlaufend von ehemaligen Akademikern, ehemaligen Staatsbeamten, Rechtsanwälten, Landgerichtsdirektoren, Staatsanwälten, Studienräten, Ärzten, Kaufleuten und anderen gebeten, entweder sie selbst oder ihre alten Eltern oder ihre Kinder in einem unserer Heime aufzunehmen, damit entweder die Umschulung zum Zwecke der Auswanderung durchgeführt werden kann oder damit die alten und kranken Glieder der Familie eine Bleibe haben. Unter den Bittstellern befinden sich zumeist Personen, die von Kindheit an Christen waren oder deren Eltern und Voreltern schon Christen gewesen sind, ja solche, die in kirchlichen Ehrenämtern gestanden haben, Personen, die überhaupt nichts mehr mit dem jüdischen Glauben und mit der Synagogengemeinde zu tun haben und die andererseits ihre Pflichten, oft genug als Kriegsteilnehmer, gegenüber dem deutschen Volk immer erfüllt haben.“<sup>57</sup> Der größte Teil der Erwachsenen strebe die Auswanderung an und

<sup>56</sup> Ein zwölfseitiger Entwurf und die elfseitige Endfassung der Denkschrift in: AHA, Akte „Nichtarische Christen“. Abdruck bei Kurt Scharf, Paul-Gerhard Braune, ein Mann des kirchlichen Widerstandes. Eine Gedenkrede mit dokumentarischem Anhang, Bielefeld-Bethel 1979, S. 17–23. Wie aus einem Schreiben v. Bodelschwinghs an Braune vom 5. 12. 1938 zu ersehen ist, machte ersterer mehrere Änderungsvorschläge, die weit mehr als nur stilistische Korrekturen betrafen, sondern substantiell in das Memorandum eingriffen und demonstrieren, welch hohen Anteil der westfälische Theologe am Zustandekommen dieses erst seit kurzem stärker wahrgenommenen kirchlichen Papiers hatte; ebenda.

<sup>57</sup> Scharf, Braune, S. 18. Die Betonung der früheren sozialen Stellung der Petenten dürfte für Braune den Sinn gehabt haben, bei den Ministerialbeamten, denen er sein Memorandum übermittelte, an eine „Restsolidarität“ mit den einstigen Standesgenossen und Kollegen zu appellieren. Seine Akzentuierung des oft schon seit Generationen ausgebildeten christlich-deutschen Bewußtseins seiner Klientel macht andererseits deutlich, daß er einmal noch ganz in den gängigen Vorstellungsinhalten des älteren religiösen Antisemitismus resp. Antijudaismus dachte und dann nicht zu Unrecht davon überzeugt war, damit innerhalb der höheren protestantisch-konservativ geprägten Ministerialbürokratie auf ein gewisses Verständnis zu stoßen. Daß dies im Grunde auf den Versuch einer „Entjudung“ der christlichen „Nichtarier“ hinauslief, die alle anderen Betroffenen um so mehr den Pressionen des Staates auslieferte, war Braune möglicherweise genauso bewußt, wie er eine solche Argumentation als taktisches Mittel zur Durchsetzung seiner Ziele einsetzte. Über den Einzelfall

wolle zuvor eine Umschulung – meist auf dem Landwirtschaftssektor – absolvieren, um die Chancen einer Beschäftigung im Ausland zu verbessern. Da der Staat aber die Ausbildung „nichtarischer“ Praktikanten in bäuerlichen Betrieben untersage, türmten sich neue, nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten auf, die durch eine Ausnahmegenehmigung jedoch zu beheben seien. Als ähnlich ausweglos könne man die Altersfürsorge und die Betreuung geistig behinderter Patienten bezeichnen. Die Errichtung „nichtarischer“ Sonderabteilungen in den konfessionellen Anstalten mache der Erlaß des Reichsinnenministers vom 22. Juni des Jahres für den Verbleib dieser Gruppe zur Voraussetzung; dem stehe die ungeklärte Frage der Kostenträgerschaft entgegen. Auf Dauer komme man an der Schaffung besonderer „nichtarischer“ Einrichtungen nicht vorbei. Dazu müsse ein *Hilfsverein* für „nichtarische“ Christen ins Leben gerufen werden, der solche Heime errichte. Allerdings gebe es noch immer zahlreiche ungeklärte Probleme: Beispielsweise dürfe ein von „Nichtariern“ getragener Verein keinen Grundbesitz erwerben, was zur Erfüllung seiner Aufgaben aber unerlässlich sei. Bis sich eine derartige Hilfsstelle konstituiert habe, sollten Patienten, Alte und Gebrechliche von der freien Wohlfahrtspflege mitversorgt werden dürfen. Freilich müsse man den leitenden Ärzten zur Pflicht machen, „für die Verhütung einer Rassenschändung die erforderlichen Maßnahmen nach bestem Ermessen“ zu treffen [!]. Etwa 80% der christlichen „Nichtarier“ seien evangelisch, nur 20% katholisch; es sei deshalb „Pflicht und Recht der Kirche, auf die diese leidenden Glieder blick[t]en, für sie einzutreten und eine Erleichterung ihrer Lage zu erbitten“<sup>58</sup>.

Der höflich-zurückhaltende, nicht anklagende Ton dieser Eingabe, der Verzicht auf jede grundsätzliche Kritik an der Judenpolitik des Regimes, die Beschränkung auf die evangelischen „Nichtarier“ und die ausschließlich taktisch zu sehende und keinesfalls als Reverenz an die abstrusen Implikationen der Nürnberger Gesetzgebung zu verstehende Bemerkung zur „Rassenschande“ waren ein – jedenfalls von damaliger Warte aus – geschickter Appell Braunes und der hinter ihm stehenden Inneren Mission wenn nicht an die „humanitäre“ Einsicht, so doch an die politische Vernunft der Exekutive<sup>59</sup>. Indem er auf die Widersprüchlichkeit ihrer Maßnahmen nicht gegen-

hinaus kennzeichnet diese problematische Einstellung das Dilemma der religiös motivierten „Nichtarierhilfe“ zwischen 1933 und 1941 insgesamt.

<sup>58</sup> Wie sehr sich Braune im Bereich reiner Schätzungen bewegte, wird deutlich, wenn er schreibt: „Zusammenfassend muß gesagt werden, daß die Anzahl der nichtarischen Christen nicht im entferntesten genau angegeben werden kann, weil Zählungen oder Statistiken darüber nicht vorhanden sind. [...] Es ist aber anzunehmen, daß die Gesamtzahl unter 50 000 liegt.“ Scharf, Braune, S. 22 f.

<sup>59</sup> Der ganze Schlußabsatz der Denkschrift, der sich mit der Versorgung psychiatrisch erkrankter „nichtarischer“ Patienten beschäftigte, war einschließlich der „Rassenschande“-Passage auf Anregung Bodelschwings aufgenommen worden, wie die Lobetaler Akte ausweist. Gerade an diesem Abschnitt lag dem Betheler Anstaltsleiter sehr, da ein RdI-Erlaß vom 22. 6. 1938 den Behörden die sorgsamste Beachtung der Verhinderung jeder Form von „Rassenschande“ in solchen Einrichtungen zur Pflicht gemacht hatte. Diese Vorschrift werde so eng ausgelegt, schrieb Bodelschwing in dem erwähnten Brief an Braune vom 5. 12., „daß wir alle derartigen Kranken, soweit sie Juden im Sinne des Gesetzes sind, in geschlossene Abteilungen einsperren müssen“; AHA, Akte „Nichtarische Christen“.

tüber den Juden allgemein, sondern „nur“ in bezug auf die protestantischen „Nichtariarier“ hinwies und gleichzeitig konkrete und vor allem akzeptable Vorschläge unterbreitete, wie dem abzuhelpfen sei, demonstrierte er den guten Willen seiner Organisation, in enger Kooperation mit dem Staat das „leidige“ „Nichtariarierproblem“ wenigstens auf wohlfahrtspflegerischem Sektor einer für alle Seiten annehmbaren Lösung zuzuföhren. Der Preis, den Braune und der Centralausschuß zu zahlen bereit waren, lag nicht allein in der Annäherung an Diktion und Binnenlogik des Systems in dieser Frage; auch das Aufgeben der von der Bekennenden Kirche unter Hinweis auf Schrift und Bekenntnis immer wieder beschworenen Einheit von Ariern und „Nichtariern“ in den Gemeinden gehörte dazu. Bemerkenswert daran ist, daß dies geschah, lange bevor die Kirchenkanzlei der Deutschen Evangelischen Kirche – unbeschadet einiger früherer Vorstöße deutschchristlicher Kirchenleitungen<sup>60</sup> – am 22. Dezember 1941 die obersten Kirchenbehörden ersuchte, „geeignete Vorkehrungen zu treffen, daß die getauften ‚Nichtariarier‘ dem kirchlichen Leben der deutschen Gemeinden fernbleiben“<sup>61</sup>.

Der Centralausschuß stützte Braunes Vorschläge ohne erkennbare Vorbehalte. Er war auch mit der Schaffung von „Sonderheimen“ für „Nichtariarier“ einverstanden und beauftragte ihn, die Verhandlungen mit den staatlichen Stellen weiterzuführen<sup>62</sup>. Braune entwickelte daraufhin eine nahezu fieberhafte Aktivität, um die Gründung der geplanten Hilfsstelle voranzutreiben. Gedrängt dazu wurde er auch von Pfarrer Grüber, der kurz nach der „Reichskristallnacht“ eine private Hilfsorganisation gegründet hatte und nun darauf hoffte, daß es Braune gelingen würde, ihm dafür Rückendeckung und offizielle Anerkennung seitens der Behörden, vor allem aber der Politischen Polizei zu verschaffen<sup>63</sup>. Außerdem war Grüber bestrebt, für sein Büro zur Förderung der Auswanderung evangelischer „Nichtariarier“ auch breite kirchliche Zustimmung zu erhalten, was er durch eine bekannte Führungspersönlichkeit der Inneren Mission wie Braune, der sich im Kirchenstreit trotz der Nähe zur BK ein eigenes Profil bewahrt hatte, eher erwarten konnte als durch Unterstützung allein aus Kreisen des regierungsamtlich ignorierten Bruderrats und der von ihm gestellten 2. VKL<sup>64</sup>. Der Aktenlage nach zu urteilen, führte Braune aufgrund

<sup>60</sup> Dazu s. Brunotte, Kirchenmitgliedschaft, in: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht 13 (1967/68), S. 154 ff. Selbst das RKM deckte solche Vorstöße nicht, sondern riet in Unkenntnis der Pläne des engsten NS-Führungszirkels in der Judenfrage zur Zurückhaltung.

<sup>61</sup> Abgedruckt bei Meier, Kirche und Judentum, S. 116 f. S. auch Elias, Kirchenkampf und Judenfrage, S. 214 f., und Gerlach, Zeugen, S. 327 ff.

<sup>62</sup> So nach den Protokollauszügen der Vorstandssitzungen v. 13. und v. 21. 12. 1938; auch die Reichskirche solle in die Verhandlungen einbezogen werden; ADW, CA 1947/91.

<sup>63</sup> Noch vor Versendung der Braune-Denkschrift an Lammers am 7. 12. 1938 hatte Grüber in einem Rundschreiben an den seine Arbeit mittragenden Freundeskreis entgegen einer ausdrücklichen Bitte v. Bodelschwings verklausuliert mitgeteilt, Braune werde an „hoher Stelle“ Vorschläge zur Lösung der „Nichtariarierproblematik“ unterbreiten. Daraufhin äußerte v. Bodelschwing Braune gegenüber seine Befürchtung, dies könne den Verhandlungserfolg beeinträchtigen, vor allem dann, wenn er sich bei seinen eigenen Behördenkontakten auf eine Beauftragung durch die VKL berufe. Dies könne alles zerstören. Schreiben vom 5. 12. 1938, in: AHA, Akte „Nichtarische Christen“.

<sup>64</sup> Zur Installierung des „Büro Grüber“ s. den folgenden Abschnitt IV.



seiner ausgezeichneten Verbindungen die entscheidenden Verhandlungen mit dem zuständigen Innen- und Finanzministerium, während Grüber – vorerst noch in einer rechtlichen Grauzone – die allerdings ganz auf Auswanderungsberatung konzentrierten praktischen Vorarbeiten übernahm. Wichtigste Ansprechpartner für Braune waren 1938/39 die beiden Ministerialräte im Reichsministerium des Innern, Ruppert und Lösener, ersterer für die seit 1933 zunehmend vom Arbeitsministerium auf das Innenressort übergehenden Wohlfahrtsangelegenheiten zuständig, letzterer dort seit 1933 als „Judenreferent“ tätig<sup>65</sup>. Die beiden Spitzenbeamten scheinen das Anliegen Braunes uneingeschränkt unterstützt zu haben; jedenfalls berichtete der Lobetaler Pastor wiederholt davon, seine Wünsche würden „sehr wohlwollend“ geprüft. Man riet ihm, die projektierte Hilfsstelle als Verein eintragen zu lassen und in den Vorstand auch einige „Arier“ aufzunehmen. Die Hilfsstelle wäre dann für die gesamte evangelische „Nichtarierbetreuung“ zuständig. Sobald die Satzungen aufgestellt und der Verein anerkannt seien, werde das Innenministerium die Landesfürsorgeverbände anweisen, den Verein und seine Zweigstellen statt der jüdischen Wohlfahrtspflege mit den notwendigen Mitteln zu versehen. Der Inneren Mission bleibe es dann, als „arische“ Organisation die entsprechenden Grundstücke für die zu errichtenden Heime anzukaufen. Ruppert, zu dem Braune offenbar auch persönlich ein vertrauensvolles Verhältnis entwickelte, wollte von ihm auch zu einer am 11. Januar 1939 stattfindenden Sitzung im Finanzministerium hinzugezogen werden, wo es um den Erhalt der Gemeinnützigkeit im Falle der Aufnahme „nichtarischer“ Patienten durch konfessionelle Anstalten ging<sup>66</sup>. Über die fragliche Sitzung, an der Braune wohl nicht teilnehmen konnte und sich deshalb durch Grüber vertreten ließ, berichtete letzterer am 18. Januar nahezu euphorisch, ein ganzer Beamtenstab v. Schwerin-Krosigks habe mit ihm verhandelt und den Erhalt der Gemeinnützigkeit nach Abklärung noch offener Fragen mit dem RdI in Aussicht gestellt. Der Göring-Erlaß – der willkürliche Verfolgungsmaßnahmen gegenüber Juden erheblich einschränkte<sup>67</sup> – habe die Beamten sehr beeindruckt. Es gelte, die augenblickliche günstige Lage zu nutzen, um „alles durchzupauken, was wir auf der Seele haben“<sup>68</sup>. Tatsächlich konnte Braune am

<sup>65</sup> Dazu seinen Tätigkeitsbericht: Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern, in: VfZ 9 (1961), S. 264 ff. Dieses aufschlußreiche Zeugnis eines *contre coeur* an der juristischen Ausgrenzung der jüdischen Minderheit an wichtiger Stelle Beteiligten enthält keinen Hinweis auf die Unterredungen mit Braune. In Grübers Erinnerungen findet Lösener freundliche Erwähnung, Ruppert wird nicht genannt; Heinrich Grüber, *Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten*, Köln/Berlin 1968, S. 126 f.

<sup>66</sup> Mitteilungen Braunes an Pfr. Krause/Breslau vom 21. 12. 1938 und an v. Bodelschwingh vom 9. 1. 1939, in: AHA, Akte „Nichtarische Christen“.

<sup>67</sup> Erlaß vom 28. 12. 1938, abgedruckt bei Uwe Dietrich Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1979, S. 218.

<sup>68</sup> Grüber an Braune vom 18. 1. 1939. Einschränkend ist dieser Einschätzung der Lage hinzuzufügen, daß Grüber ganz offensichtlich zu überschwenglichen Urteilen neigte, vor allem, wenn er seine Beziehungen zu „höchsten Kreisen“, d. h. zu Schacht und angeblich sogar zu Göring ins Spiel brachte – eine Schwäche, die dem im Umgang mit Reichsbehörden ungleich erfahreneren und kom-



18. Januar des neuen Jahres vor der Geschäftsführerkonferenz berichten, der Reichsminister des Innern habe ihn im Benehmen mit dem Reichsfinanzminister ermächtigt zu erklären, daß keiner Anstalt künftig mehr steuerliche Nachteile entstehen sollten, die auch „nichtarische“ Pfleglinge betreue oder aufnehme. Diese Arbeit müsse aber „im legalen Rahmen“ und mit Klugheit betrieben werden: Die Anstalten sollten nur „keine Torheiten begehen und Juden in größeren Gruppen ansammeln“; sie müßten im Gegenteil stillschweigend auf die einzelnen Einrichtungen verteilt werden, auch ohne die Gauleitungen jeweils davon in Kenntnis zu setzen<sup>69</sup>. Das lief in der Praxis auf eine Quotenregelung hinaus und ist ein Indiz dafür, daß sich Braune auch nach diesen – schriftlich freilich nicht fixierten – Zugeständnissen keineswegs sicher sein konnte, ob man damit eine tragfähige Dauerlösung des Problems erreicht hatte.

Das war in der Tat nicht der Fall. Die Schwierigkeiten lagen aber nicht nur auf der administrativen und politischen Seite, die im Zusammenhang mit der am 24. Januar erfolgten Schaffung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung im RdI unter Leitung des Chefs der Sicherheitspolizei sowie der Vorbereitung der Zwangsgründung der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ am 4. Juli der Entstehung eines eingetragenen Hilfsvereins immer größere Probleme bereitete. Einflußreiche evangelisch-„nichtarische“ Persönlichkeiten, die um ihre leitende Mitarbeit innerhalb der Hilfsstelle gebeten worden waren, erhoben nämlich theologisch motivierte Bedenken gegenüber einem Hilfswerk, dessen Mitglieder fast ausnahmslos aus „Juden“ im Sinne der Nürnberger Gesetze bestehen sollten. Der bekannte Rechtsanwalt und Gardeoffizier des Weltkriegs Dr. Arnold, der früher eine Praxis Unter den Linden betrieben hatte und nun nur noch als „Konsulent“ tätig sein konnte, stand dem linken Flügel der Bekennenden Kirche nahe und warnte deshalb nachdrücklich vor einer auf „Nichtariern“ beschränkten Hilfsstelle. Die Kirche gebe sich selbst auf, wenn sie nicht für ihre Glieder „jüdischer Rasse“ Sorge. Solidaritätszusagen einzelner Christen hätten demgegenüber kein Gewicht, die ganze Deutsche Evangelische Kirche sei an dieser Stelle gefordert – eine Auffassung, die sich innerhalb der Ökumene längst durchgesetzt habe. Deshalb sei die Auswanderungsberatung Sache bestehender kirchlicher Einrichtungen, die Fürsorge an „Nichtariern“ Angelegenheit der Inneren Mission. Mit einer eigenen Hilfsstelle könne sich die Minderheit dieser Christen nur abfinden, wenn feststehe, „daß eine Eingliederung in die

petenteren Braune bekannt war; s. das genannte Schreiben an v. Bodelschwingh vom 9. 1. 1939, in: AHA, Akte „Nichtarische Christen“.

<sup>69</sup> Braune bezog sich mit dieser Bemerkung auf die Verhältnisse in Schlesien, wo die Judenchristen inzwischen besonders hart bedrängt würden, da viele von ihnen seit Generationen unter sich geheiratet hätten und deshalb im Sinne der Nürnberger Gesetze als „Volljuden“ gälten. Weil der schlesische IM-Provinzialverband aber mit der (NSV-)Gauleitung relativ gut kooperiere, lehne man es dort ab, sich an der „Nichtarienfürsorge“ zu beteiligen. Dazu das Protokoll der Geschäftsführerkonferenz der IM vom 18. 1. 1939, in: ADW, CA 761 XXI. Zum Verhältnis von „Nichtariern“ und Kirchen in dieser preußischen Provinz jetzt Karol Jonca, *Schlesiens Kirchen zur Lösung der Judenfrage*, in: Ursula Büttner (Hrsg.), *Internationale Forschung über den Nationalsozialismus*, Hamburg 1986, S. 123–147.

Einrichtungen der Kirche zu schweren Schäden für die Kirche führen würde“<sup>70</sup>. Der ob dieses Widerspruchs augenscheinlich irritierte Braune antwortete auf die „theologische Zurechtweisung“ durch einen Betroffenen, dessen juristische Sachkenntnis er dringend für Rechtskonstruktion und Satzungen der Hilfsstelle benötigte, mit längeren Ausführungen, die für unser Thema von Bedeutung sind, weil sie ein Schlaglicht auf das theologisch-pragmatisch orientierte Denken des Lobetaler Pfarrers werfen: Zwar dürfe die Kirche natürlich in ihrem inneren geistlichen Bereich keine Unterschiede anerkennen, zu Rassenunterschieden sage sie aber gleichwohl ein theologisch legitimierbares Ja. Dies sei ähnlich wie bei der Heidenmission; eine Rassenvermischung zwischen farbigen und weißen Christen gebe es dort auch nicht. Letztere betreffe das Rechts-, Wirtschafts- und Kulturleben, das die „Atmosphäre des Staates“ berühre, innerhalb derer auch die geplante Hilfsstelle einzuordnen sei, weil sie soziale, ökonomische und juristische Fragen tangiere. Die Innere Mission stehe seit jeher zwischen Staat und Kirche und sei deshalb zu mancherlei Kompromissen gezwungen. Letzten Endes gehe es um die „Eigengesetzlichkeit“ von Staat und Gesellschaft; beide hätten die Machtmittel, sich neben den genuin theologisch-biblischen Normierungen der Kirche zu behaupten. Auch die kommende Hilfsstelle müsse solche Kompromisse eingehen und könne sich nicht allein theologisch legitimieren. Konkret und praktisch bedeute Arnolds Vorschlag, daß die christlichen „Nichtarier“ zu den jüdischen Organisationen gehen müßten, wenn sie auf eine eigene Organisation verzichteten. Wer das nicht wolle, möge die Hilfsstelle „als Mittlerstelle zwischen Staat und Kirchen ansehen, die letzten Endes als Funktion der Kirche bzw. der Inneren Mission die besonderen Gegenwartsnöte der nichtarischen Christen bearbeitet“<sup>71</sup>. Zwar vermochte Braune Arnold mit diesen an den Erfahrungen der Praxis orientierten Argumenten nicht zu überzeugen, andererseits blieb dessen Stimme auch im Kreise jener „nichtarischen“ Christen, die bei dem geplanten Hilfswerk ohne Rücksicht auf dessen kirchliche Approbation mitarbeiten wollten, ohne Gehör, so daß er sich nolens volens dieser Entwicklung fügte und seine Rechtskenntnisse bei der Ausarbeitung eines Satzungsentwurfs weiterhin zu Verfügung stellte<sup>72</sup>.

<sup>70</sup> Arnold an Braune vom 11. 1. 1939, in: AHA, Akte „Nichtarische Christen“.

<sup>71</sup> Braune an Arnold vom 13. 1. 1939 mit Durchschlägen an Grüber und v. Bodelschwingh. Aus den Begleitbriefen wird deutlich, daß Arnold mit seinen Bedenken nicht allein stand. Deshalb – so Braune an Grüber – habe er etwas ausführlicher antworten müssen, „damit die Freudigkeit zur Mitarbeit bei ihm und anderen Zweiflern dadurch gestärkt wird“. An v. Bodelschwingh schrieb er andererseits, er „verstehe aber die Last solcher armen Bedrückten und möchte nur in brüderlicher Weise helfen, auch die glaubensmäßigen Anfechtungen zu beseitigen“. In seiner Antwort vom 18. 1. stimmte v. Bodelschwingh der Argumentation Braunes in allen Punkten zu, empfahl jedoch, mit Vergleichen zur Äußerer Mission vorsichtig zu sein, da dies „unsere juden-christlichen Freunde leicht als etwas verletzend [empfinden]“. Allerdings meinte er auch, „vom *Evangelium* her wäre ja gar nichts dagegen einzuwenden, wenn wir in Deutschland durch die staatlichen Rassengesetze genötigt würden, eine judenchristliche Kirche zu schaffen. Sie stände dann neben der Deutschen Evangelischen Kirche [...] als ein selbständiges Glied der *einen* Kirche Jesu Christi“; ebenda.

<sup>72</sup> Arnold an Braune vom 19. 1. 1939, ebenda. Sein Widerpart war wohl vor allem der einstige Berliner Obermagistratsrat Dr. Richard Kobrak, bis 1933 Generaldezernent für das Wohlfahrtswesen.

Bis zum Frühjahr 1939 existierten also mehrere unabhängige und doch miteinander in Verbindung stehende Initiativen zur Schaffung einer kirchennahen Hilfsorganisation für die bedrängten „nichtarischen“ Glaubensgenossen<sup>73</sup>. Zunächst schien der Vorstoß Paul-Gerhard Braunes, eine im wesentlichen von den Betroffenen selbst getragene Hilfsorganisation einzurichten, die besten Chancen zu besitzen. Seine genannten Verhandlungen waren offensichtlich aussichtsreich, und auf Teilgebieten konnte er auch konkrete Zusagen verbuchen. Das Kernstück der Planungen, die Gründung eines anerkannten eingetragenen Vereins, – das sei vorweggenommen – scheiterte jedoch. Andernfalls wäre das „Büro Grüber“, dessen Entstehung und Entwicklung im folgenden Abschnitt geschildert wird, in dieser Hilfsstelle mit den beiden Abteilungen „Auswandererberatung“ und „Fürsorge“ aufgegangen. Die bescheidenen Erfolge der Bemühungen Braunes betrafen vor allem die vorübergehende oder dauernde Aufnahme von „nichtarischen“ Patienten in Heime der konfessionellen Wohlfahrtspflege, die ohne Gefährdung des Status der Gemeinnützigkeit erlaubt war, bei einem Verbot aber schwerste finanzielle Einbußen für die karitativen Anstalten nach sich gezogen hätte. Dieser zweite Strang der Hilfsbemühungen wurde im Laufe der Zeit immer wichtiger, weil die noch zur Emigration Fähigen bis Anfang 1941, dem Zeitpunkt der polizeilichen Schließung des „Büro Grüber“, immer weniger wurden, während die Zahl der betreuungsbedürftigen älteren und chronisch kranken „Nichtarier“ ständig zunahm. Fortan war es – wenn gleich in höchst beschränktem Umfang – nur noch punktuell möglich, unter halblegalen Bedingungen einige wenige „Mischlinge“ vor dem Zugriff des Regimes zu bewahren<sup>74</sup>. Entgegen ursprünglich anderslautenden Intentionen richtete die Innere Mission aber keine Sonderabteilungen für diese Menschen ein. Das RdI hätte seine Anordnungen vom Herbst 1940 zur Zwangsverlegung jüdischer Patienten sonst nicht mit der „unzumutbaren“ fehlenden Trennung zwischen „deutschen“ und „nichtarischen“ Patienten begründen können. Doch für den Bau eigener Heime und Kliniken stand kein Geld zur Verfügung. Ohnehin zielte die Ende 1939 anlaufende Mordaktion an Geisteskranken darauf ab, den größten Teil der christlich-„nichtarischen“ Pfleglinge zunächst aus den konfessionellen Anstalten in staatliche Häuser zu verlegen und dann in den Gaskammern von Hadamar, Grafeneck, Meseritz-Obrawalde und anderswo zu töten<sup>75</sup>.

<sup>73</sup> Der Vollständigkeit halber sei noch der – dann nicht realisierte – Plan der Berliner Stadtmission und ihres Leiters, Pastor Thieme, erwähnt, zusammen mit der Berliner „Gesellschaft zur Beförderung des Christentums unter den Juden“ in der Geschäftsstelle der Judenmission in der Kastanienallee eine eigene Hilfsstelle für „nichtarische“ Christen einzurichten, was er aber mit Rücksicht auf die Anfang Januar 1939 noch schwebenden vielversprechenden Regierungskontakte Braunes unterließ. Dazu der Schriftwechsel Thieme – Braune vom 3. 1. und 17. 1. 1939, in: AHA, Akte „Nichtarische Christen“.

<sup>74</sup> Aber das blieben Einzelfälle. Vgl. die Beispiele in: AHA, Akte „Nichtarische Christen“.

<sup>75</sup> So erhielt die Anstalt Bethel am 5. 9. 1940 über den Regierungspräsidenten in Minden ein Schreiben des RdI mit der Aufforderung, die sich hier befindenden „Volljuden deutscher oder polnischer Staatsangehörigkeit, sowie staatenlose Volljuden“ auf eine Verlegung in eine Sammelanstalt Ende September vorzubereiten. Es könne nicht hingenommen werden, daß Juden und Deutsche gemein-

## IV.

Nachdem die verschiedenen Initiativen im Umfeld der Bekennenden Kirche und der Ökumene gescheitert waren, in Berlin eine zentrale Beratungsstelle für evangelische „Nichtarier“ ins Leben zu rufen, nahm sich dieser Aufgabe nicht im Alleingang, aber zunächst doch weitgehend auf sich gestellt, der Kaulsdorfer Pfarrer Heinrich Grüber an<sup>76</sup>. Er, der familiäre Beziehungen zu den Niederlanden besaß und in Utrecht Theologie studiert hatte, betreute als Seelsorger im Nebenamt die holländische Gemeinde in Berlin und verfügte von daher über beste Beziehungen nach außen. Da man dort die politische und kirchliche Entwicklung in Deutschland seit 1933 mit wachsendem Mißtrauen und zunehmender Kritik verfolgte, war Grüber, der auch der Bekennenden Kirche angehörte, eingehender als seine Amtsbrüder über die drängenden Probleme von Juden und christlichen „Nichtariern“ im Reich informiert. Seit 1926 hatte er in Einrichtungen der Inneren Mission gearbeitet, zunächst in den Düsseltaler Anstalten und dann als Direktor des Erziehungsheimes Waldhof-Templin, bevor er 1934 die Pfarrstelle in Berlin-Kaulsdorf übernahm<sup>77</sup>. Grüber war also mit den Aufgaben evangelischer Wohlfahrtspflege und Gemeindegliederung gleichermaßen vertraut und erkannte von seiner relativ unabhängigen Position aus und mit Hilfe seiner privaten internationalen Kontakte eher als andere, was auf dem Felde der „Nichtarierfürsorge“ dringend geschehen mußte. Im Zuge der sich permanent verschärfenden Rassengesetzgebung des Dritten Reiches kamen mehr und mehr Ratsuchende und Auswanderungswillige zu ihm, die von seinen holländischen

sam in Heil- und Pflegeanstalten betreut würden. Von den insgesamt 7 betroffenen Patienten, die über Gütersloh nach Wunstorf kamen und von dort mit Fahrzeugen der sogenannten Gemeinnützigen Kranken-Transportgesellschaft ins Generalgouvernement gebracht wurden, hat Bethel nie wieder etwas gehört, so daß mit ihrer Ermordung gerechnet werden muß. Vgl. Anneliese Hochmuth, Bethel in den Jahren 1939–1943. Eine Dokumentation zur Vernichtung lebensunwerten Lebens, Bielefeld-Bethel 1979, S. 34 f. S. auch Asmus Finzen, Auf dem Dienstweg. Die Verstrickung einer Anstalt [d. i. Wunstorf] in die Tötung psychisch Kranker, Rehburg-Loccum 1983, und als neuesten Beitrag zum Schicksal jüdischer psychisch kranker Patienten in den staatlichen Einrichtungen einer Region: Christiane Hoss, Die jüdischen Patienten in den rheinischen Anstalten zur Zeit des Nationalsozialismus, in: Matthias Leipert/Rudolf Styrndal/Winfried Schwarzer, Verlegt nach unbekannt. Sterilisation und Euthanasie in Galkhausen 1933–1945, Köln/Bonn 1987, S. 60–76.

<sup>76</sup> Die Geschichte von Grübers Wirken erstmalig nach wissenschaftlichen Kriterien untersucht zu haben, ist das Verdienst von Gerlach, Zeugen, S. 256 ff. Zum Gesamtkomplex jetzt Ludwig, Opfer. S. auch ders., Zur Geschichte des „Büros Pfarrer Grüber“, in: Günter Wirth (Hrsg.), Berliner Kirchengeschichte, Berlin (DDR), S. 305–326. Anfang 1939 richtete der bayerische Landesverein für Innere Mission in Nürnberg eine regionale „Hilfsstelle“ des „Büro Grüber“ ein, deren Aktenbestand relativ vollständig überliefert zu sein scheint; Landeskirchliches Archiv Nürnberg, Sign. 24/1552 und 1553 sowie 24/111. Der Archivleiter Dr. Helmut Baier wird demnächst eine umfassende Dokumentation des „Büro Grüber“ mitsamt seinen regionalen Hilfsstellen vorlegen.

<sup>77</sup> Zur Biographie Grübers: Helmut Talazko, Heinrich Grüber, in: Evangelisches Soziallexikon, Stuttgart/Berlin 1980, S. 557, und Grübers in vielen Angaben kaum brauchbare Autobiographie: Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten, Köln/Berlin 1968. S. auch Ger van Roon, Zwischen Neutralismus und Solidarität. Die evangelischen Niederlande und der deutsche Kirchenkampf 1933–1942, Stuttgart 1983.



Verbindungen wußten und auf seine Vermittlung bei der Emigration in die Niederlande und von dort aus weiter nach Großbritannien und (Süd-)Amerika hofften. Es scheinen in erster Linie diese westeuropäischen Beziehungen gewesen zu sein, die Grüber mit der „Nichtarierbetreuung“ in Berührung brachten und nicht so sehr seine – auch bestehenden – engen Kontakte zur Bekennenden Kirche und darüber hinaus zur Inneren Mission<sup>78</sup>.

Zu den Vorläufern des späteren „Büro Grüber“ in Berlin gehörte die private Beratungsstelle, die der evangelische „nichtarische“ Literaturhistoriker Dr. Heinrich Spiero, Mitbegründer des „Paulusbundes“, ohne Anerkennung, aber mit Duldung der Behörden als Selbsthilfeorganisation eingerichtet hatte<sup>79</sup>. In seiner Geschäftsstelle eröffnete die Schwägerin Bischof Bells von Chichester, Laura Livingstone, als Beauftragte des „Christian Churches Committee for ‚Non-Aryan‘ Christians“ Ende 1937 ein eigenes Büro, um die Auswanderungsbemühungen im ökumenischen Rahmen zu koordinieren<sup>80</sup>. Grüber arbeitete bald mit diesen verschiedenen Hilfsorganisationen zusammen, die nach dem Novemberpogrom nach und nach in seinem Hilfswerk aufgingen. Seine Tätigkeit war Ende 1938 ohne hauptamtliches Personal nicht mehr zu bewältigen; er richtete deshalb in der Oranienburger Straße, später daneben auch in einer alten Villa an der Stechbahn, ein Büro ein<sup>81</sup>, in dem zuletzt 35 Personen – fast ausschließlich selbst betroffene evangelische „Nichtarier“ – versuchten, das Los ihrer Schicksalsgenossen zu erleichtern<sup>82</sup>. Der genaue Zeitpunkt der Gründung ist strittig; alle Indizien sprechen aber dafür, daß das „Büro Grüber“,

<sup>78</sup> Nach Ger van Roon, *Zwischen Neutralismus und Solidarität*, S. 104 ff., nahm das niederländische „Protestants Hulpcomité voor uitgewekenen om ras of geloof“ („Protestantisches Hilfskomitee für Religions- und Rassenverfolgte“) im November 1938 Verbindung mit Grüber auf. Am 29. 11. wurde von seinen Abgesandten zusammen mit Londoner Quäkern und Grüber „ein zentrales Büro für die Auswanderung nichtarischer Christen“ gegründet. Die Tätigkeit der Londoner „Society of Friends“ [Quäker] erhielt bald insofern größere Bedeutung, als sie im Sinne der vom Regime vorgesehenen Arbeitsteilung zwischen der „Reichsvereinigung der Juden“, dem „Büro Grüber“ und dem Raphaelsverein die Betreuung der „nichtarischen“ Dissidenten übernahm, d. h. derjenigen Juden, die keiner Religionsgemeinschaft angehörten. Ende des Jahres eröffnete der Sohn des auch in Deutschland bekannten holländischen Arbeitsministers und Vorsitzenden der Christlich-Historischen Partei, Pastor M. C. Slotemaker de Bruïne, in der niederländischen Gesandtschaft in Berlin ein Büro unter dem Namen „Hilfsstelle für Juden und Nichtarier“, mit der Grüber ebenfalls intensiv zusammenarbeitete; vgl. das Interview mit der Bertynische Tydingen, in: Nr. 1459 vom 1. 2. 1939.

<sup>79</sup> Siehe das Rundschreiben Spieros vom November 1938 an „liebe Freunde meiner Hilfsstelle“. Darin beklagte er, viele der betroffenen „Nichtarier“ hätten noch immer keine Kenntnis von der Existenz seiner Arbeit, „die in ihrer Art die einzige in Deutschland ist“; AHA, Akte „Nichtarische Christen“.

<sup>80</sup> Vgl. Ludwig, *Opfer*, S. 63 ff.

<sup>81</sup> So Grüber selbst in einem Interview mit der Bertynische Tydingen, einem Dienst, den das niederländische Pressebüro in Berlin herausgab, Nr. 1459 vom 1. 2. 1939. Die Gründung des Büros sei gewissermaßen von allein erfolgt. Seit Mai 1938 sei die Arbeit ohne die Einrichtung regelmäßiger wöchentlicher, dann täglicher Sprechstunden nicht mehr zu schaffen gewesen; später habe er dann eine Sekretärin bekommen und schließlich das Büro in der Oranienburger Straße eröffnet; Kopie der Presseinformation im ADW, o. Sign.

<sup>82</sup> Eine – unvollständige – Aufstellung mit Kurzbiographien dieser Mitarbeiter bei Ludwig, *Opfer*, S. 147 ff.



wie es sich seit Ende 1938 selbst bezeichnete<sup>83</sup>, erst nach der sogenannten Reichskristallnacht am 9./10. November seine Arbeit aufnahm. Daß Grüber eventuell schon früher vorbereitende Gespräche im Rahmen der Bekennenden Kirche und mit Pastor Braune als Vertreter der Inneren Mission geführt hat, steht dem nicht entgegen und ändert nichts an der Tatsache, daß dieses Büro ohne offiziellen Auftrag einer kirchlichen Stelle ins Leben trat<sup>84</sup> und auch später weder von der Kirchenkanzlei noch vom Centralausschuß förmlich legitimiert wurde<sup>85</sup>.

Als anerkannte Untergliederung der Deutschen Evangelischen Kirche sah letzterer dazu auch keinen Anlaß. Braune berichtete nach einem Besuch in Grübers Büro im November 1938 an v. Bodelschwingh, die dort Hilfe suchenden Menschen hätten nur ein Ziel: „Heraus aus Deutschland!“ An karitativen Maßnahmen seien sie weni-

<sup>83</sup> Dies war wohl eine Verlegenheitslösung, die nur solange gelten sollte, bis der von Braune geplante Verein seine Rechtsfähigkeit erhalten hätte. Dafür sprechen die unterschiedlichen Selbstbezeichnungen: Während die Hilfsstelle in einem Rundschreiben an die Förderer und Mitarbeiter vom 7. 12. 1938 ausdrücklich als „Büro Pfarrer Grüber“ firmierte, nannte ein weiteres Schreiben vom 19. 12. eine „Kirchliche Hilfsstelle für evangel. Nichtarier“ als Absender; AHA, Akte „Nichtarische Christen“.

<sup>84</sup> Grüber nennt in seinen Erinnerungen den Herbst 1936 und berichtet von Vorbereitungsgesprächen im Spätsommer dieses Jahres mit den Superintendenten Albertz und Diestel, den Pfarrern Maas/Heidelberg und Braune/Lobetel und Assessor Dr. Perels vom Bruderrat der BK der Altpreußischen Union; ders., Erinnerungen, S. 104 ff. Anders dagegen Talazko, Grüber, und Harald v. Koenigswald, Birger Forell. Leben und Wirken in den Jahren 1933–1958, Witten 1962, S. 146. Auch die Tatsache, daß der CA Ende 1938 erstmals von den Aktivitäten Grübers erfuhr oder Kenntnis nahm, deutet auf diesen späten Gründungstermin genauso hin wie Grübers oben erwähnte eigene Aussage und ein Brief v. Bodelschwinghs an Braune vom 25. 11. 1938, in: Hauptarchiv der von Bodelschwinghschen Anstalten in Bethel/Bielefeld (HA v BA), 2/33–572 (Pers.-Akte Senf). – Wie sehr die falschen Angaben in Grübers Memoiren hinsichtlich der Datierung und der Frage der Anerkennung durch die Gestapo noch heute nachwirken, wird aus einer (Falsch-)Meldung des Evangelischen Pressedienstes Nr. 192 vom 7. 10. 1986 ersichtlich: „Protestanten halfen jüdischen Christen. Vor 50 Jahren begann das ‚Büro Grüber‘ mit seiner Arbeit“.

<sup>85</sup> Am 14. 12. 1938 schrieb v. Bodelschwingh an Braune: „[...] Eine Legitimierung durch offizielle kirchliche Stellen wird Bruder G[rüber] weder beantragen noch auch in solchem Fall bekommen können. Auch der C. A. wäre nicht die richtige Stelle [...]“; AHA, Akte „Nichtarische Christen“. Allerdings hatte die 2. VKL unmittelbar nach ihrer Gründung 1936 ein „Referat für Christen jüdischer Abstammung“ eingerichtet, dessen Leitung Superintendent Albertz übernahm; zu ihm unterhielt Grüber enge Kontakte, so daß eine Kooperation in Sachen der geplanten Hilfsstelle sicherlich bestand; vgl. Gerlach, Zeugen, S. 256. Grüber hielt diese Basis aber für zu schmal, um seine Pläne wirkungsvoll in die Tat umzusetzen. Auch hatte er Rücksichten auf die „mittlere Linie“ der Inneren Mission zu nehmen, auf deren Engagement er bis Ende 1939 fest rechnete. Er strebte deshalb eine breite kirchliche Fundierung unter Einschuß des Lutherrats – der Vereinigung der lutherischen Landeskirchen – an, an den er im Frühsommer 1938 in dieser Angelegenheit herantrat. Der Lutherrat, der ebenfalls nicht für die evangelische Kirche insgesamt sprechen konnte, unterstützte Grübers Idee einer Hilfsstelle, band sie aber nicht ausdrücklich als kirchliche Untergliederung in seine Arbeit ein, wie ein Aktenvermerk des Vorsitzenden, Oberkirchenrat Thomas Breit, vom 22. 6. 1938 ausweist. Von einer förmlichen „Beauftragung“ Grübers durch die VKL ist darin nicht die Rede, er sei nur „ursprünglich von der V[orläufigen] L[eitung] mit dieser Arbeit betraut“ worden; Landeskirchliches Archiv Hannover, D 15. K. Judenfrage.

ger interessiert<sup>86</sup>. Da aber gerade hier die Aufgaben des Centralausschusses lagen und nicht in der Förderung der jüdischen Auswanderung, traf er in der Frage einer möglichen Beteiligung an Grübers Aktivitäten in personeller und finanzieller Hinsicht vorerst keine Entscheidung, überließ aber seinem Vizepräsidenten Braune, der sein kombiniertes Auswanderungs- und Fürsorgeprojekt unter Einschluß der Grüberschen Privatinitiative verfolgte, freie Hand. Die fehlende offizielle Anerkennung hinderte Grüber nicht, im Zusammenhang mit der reichsweiten Einrichtung von Zweigstellen seines Büros die Hilfe einzelner Provinzial- und Landesgeschäftsführer in Anspruch zu nehmen, wozu sich diese, solange der Centralausschuß sein offizielles Einverständnis nicht erklärt oder eine Beauftragung ausgesprochen hatte, oft nur widerstrebend und interimistisch bereitfanden<sup>87</sup>. Ganz offensichtlich versagte sich der Centralausschuß einer offenen Unterstützung aus politischen Rücksichten. Obschon die Gestapo von Grüber wußte und seine Tätigkeit nicht nur duldete, sondern in Grenzen für ihre Ziele auch benutzte, waren den in der Provinz beteiligten Vereinsgeistlichen die Aktivitäten Grübers nicht recht geheuer. Sie verdächtigten den Kaulsdorfer Pfarrer wegen seiner holländischen und darüber hinaus ökumenischen Kontakte *politischer*, und das hieß systemkritischer und vielleicht konspirativer „Umtriebe“, die sie angesichts des noch kürzlich von Braune vor den Geschäftsführern beschworenen strikten Legalitätskurses und der „vertrauensvollen“ Kooperation mit den Reichsbehörden nicht zu stützen dachten<sup>88</sup>. Um alle Zweifel darüber auszuräumen, ob eine Zusammenarbeit mit dem „Büro Grüber“ opportun sei oder nicht, d. h. der Inneren Mission auf anderen Gebieten Schaden zufügen könnte, richtete Pastor Engelmann namens des CA am 21. März eine Anfrage an das Reichskirchenministerium, ob man dort „Bedenken“ gegen die Mitarbeit seiner Geistlichen im „Büro Grüber“ und seinen Außenstellen habe. Die Antwort fiel eindeutig aus: Das Ministerium schickte nämlich eine Abschrift des Bescheides der Berliner Sicherheitspolizei, an die das Schreiben weitergeleitet worden war, des Inhalts, solche Bedenken bestünden nicht<sup>89</sup>.

Das war auch kein Wunder; schließlich stand Grüber in dauerndem Kontakt mit

<sup>86</sup> Schreiben vom 1. 12. 1938, in: AHA, Akte „Nichtarische Christen“. – Auf der CA-Vorstandssitzung vom 21. 12. 1938 wurde die Existenz des Büros hier zum ersten Mal erwähnt; seine Arbeit sei von der Gestapo mündlich genehmigt worden. Vgl. den Protokollauszug, in: ADW, CA 1947/91.

<sup>87</sup> Dazu das „Verzeichnis der Vertrauensstellen des Büros Grüber vom 23. 10. 1939“, in dem überwiegend Namen und Adressen von Vereinsgeistlichen der Inneren Mission in den Landes- und Provinzialverbänden aufgeführt sind, in: AHA, Akte „Nichtarische Christen“.

<sup>88</sup> So das Ergebnis eines Gespräches zwischen den beteiligten Pfarrern Heyne/Bremen, Möller/Münster und Ohl/Langenberg. In Anerkennung der Verdienste Grübers und seines Büros, dessen Tätigkeit von Bedeutung sei, „solange die Kirche nicht offen erklärt, wir haben mit den nichtarischen Christen keine Gemeinschaft mehr [!]“, wolle man die Mitarbeit nicht aufkündigen. Man werde Grüber aber in aller Deutlichkeit mitteilen, daß er sich auf die „rein sachliche Arbeit“ beschränken möge. Vgl. den Brief Heynes an Engelmann/CA vom 19. 3. 1939, in: ADW, CA 1947/91. Zur Anspielung auf Braunes „Legalitätskurs“ vgl. nochmals sein Referat auf der Geschäftsführerkonferenz vom 18. 1. 1939, in: ADW, CA 761 XXI.

<sup>89</sup> Anfrage und Antwort vom 21. 3. und 3. 6. 1939, ebenda.

dem Judenreferat der Gestapo, das ihn gewähren ließ, weil die Arbeit seines Büros sich mit dem Ziel der forcierten Auswanderung deckte. Auch machte ihm der verantwortliche Beamte, Regierungsrat Kurt Lischka, später Gestapo-Chef von Paris, wiederholt Hoffnungen auf die baldige Genehmigung des von Braune betriebenen Hilfsstellenprojekts und seine vereinsrechtliche Absicherung analog zu derjenigen des katholischen Raphaelsvereins<sup>90</sup>. Daran war Grüber deswegen ungemein gelegen, weil ihm die Arbeit, für die er persönlich verantwortlich zeichnete, bald über den Kopf zu wachsen drohte. Die vielen Reisen durch Deutschland und nach Westeuropa, wo er nach geeigneten Partnern für seine Auswanderungsbestrebungen suchte, daneben die Wahrnehmung seines Kaulsdorfer Pfarramtes und die zahllosen Sitzungen in der Oranienburger Straße bzw. an der Stechbahn, schließlich die Sorge um seine Familie und die persönliche Sicherheit, die – wie sich dann zeigen sollte – ja nur auf Zeit garantiert war, zermürbten den dynamischen Mann und ließen ihn auf Entlastung durch eine politisch akzeptierte feste Organisation hoffen<sup>91</sup>. Je länger sich die Verhandlungen hinzogen, um so bedrückender wurde die Situation der Hilfsstelle. Die Übertragung der gesamten Auswanderungsförderung durch die Sicherheitspolizei ausschließlich an die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ schien zudem die Existenzberechtigung des Büros auf Dauer zu unterminieren. Ein Versuch, sich mit der „Reichsvertretung der deutschen Juden“ über die

<sup>90</sup> Vgl. die Berichte über die Unterredungen mit Lischka vom 19. 12. 1938, 21. 2. und 10. 5. 1939, in: AHA, Akte „Nichtarische Christen“. Anlaß der Begegnung am 21. 2. war ein gemeinsames Schreiben von Pater Dr. Grösser, dem Generalsekretär des katholischen Raphaelsvereins, und Grüber vom 14. 2. an das Gestapa, in dem auf die am 24. 1. gegründete „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ Bezug genommen wurde, von der die Absender aber nur durch eine Meldung der Nachrichtenagentur Associated Press vom 4. 2. erfahren hatten, da der fragliche Erlaß Görings an Heydrich nicht publiziert worden war. Grösser und Grüber drückten ihre Sorge aus, die Neuregelung werde den besonderen Interessen der christlichen „Nichtarier“ nicht gerecht, und baten darum, auch die christlichen Hilfsorganisationen in die Zentralstelle einzugliedern. Die rein jüdischen Vereinigungen seien kaum in der Lage, die nichtmosaischen Juden hinreichend mitzubetreuen. Lischka sprach sich am 21. 2. allerdings gegen solche Vorstellungen aus, da alle Juden gleich seien und ihre Konfession für die Gestapo keine Rolle spiele. Daraufhin entgegnete Grüber: „Ich bin der Meinung, daß die von uns vertretenen Menschen doch oft hochwertiger sind als ein Teil der zur Synagoge gehörigen, die seit Generationen schon unter dem Einfluß der deutschen Kultur gestanden haben.“ Daß dies kein taktisches Zugeständnis, sondern Grübers problematische Überzeugung war, geht aus seiner undatierten Denkschrift über „das wurzellose Judentum“ hervor; ebenda. Vgl. die solche Sentenzen verharmlosende Wertung bei Ludwig, Opfer, S. 77 f., und die deutliche Kritik bei Nowak, Judenpolitik, in: Kaiser/Greschat, Holocaust, S. 83. – Zum politischen Umfeld s. Adam, Judenpolitik S. 228 f., und Helmut Krausnick, Judenverfolgung, in: Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, München 1979, S. 282 f. Weitere Dokumente zur Entstehung und Geschichte der „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“, von der erstmals in einer Mitteilung des Chefs der Sicherheitspolizei an das AA vom 15. 11. 1938 die Rede ist, bei Rolf Vogel, Ein Stempel hat gefehlt. Dokumente zur Emigration deutscher Juden, München/Zürich 1977, S. 283–311.

<sup>91</sup> Grüber dachte offenbar daran, sich langsam zurückzuziehen, wie er sogar Lischka gegenüber am 10. 5. 1939 freimütig äußerte. S. auch den Brief Dr. Arnolds an Braune vom 11. 11. 1939, in dem Arnold davon sprach, man dürfe Grüber die unerträglichen Belastungen an Zeit, Geld und Gesundheit mit Rücksicht auf seine Familie nicht länger zumuten; AHA, Akte „Nichtarische Christen“.

Beteiligung des „Büro Grüber“ an den alle Juden betreffenden Aufgaben ins Benehmen zu setzen, verlief enttäuschend – ein Beleg für die anhaltende Fremdheit und Distanz zwischen „Glaubensjuden“ und christlichen „Nichtariern“ selbst in den gemeinsamen Bedrängnissen dieser Zeit<sup>92</sup>. Erst die im Juli zwangsweise erfolgte Zusammenfassung aller jüdischen Organisationen zur „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ schuf neue Voraussetzungen für den Abschluß von Vereinbarungen. Freilich ging dies nur mit Duldung der federführenden Sicherheitspolizei, die sich entgegen einer weiteren Eingabe Grübers und Grössers im Vorfeld der 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz zu förmlichen Zugeständnissen allerdings nicht herbeiließ<sup>93</sup>. Es schien den Verantwortlichen aus durchsichtigen Motiven taktisch klüger, für Grübers Hilfsstelle keinen Rechtsstatus zu gewähren. Keineswegs paradox, sondern kennzeichnend für das NS-Herrschaftssystem war es, wenn man ihn dennoch arbeiten ließ – ein scheinbares Entgegenkommen, das jederzeit zurückgenommen werden konnte<sup>94</sup>.

Immerhin gelang es Grüber nun, mit der Reichsvereinigung zu bindenden Abmachungen zu kommen. Am 23. Oktober des Jahres teilte ein Rundschreiben der Reichsvereinigung den angeschlossenen Stellen mit, die Bearbeitung von Auswanderungsanträgen „nichtarischer“ Christen und Dissidenten sei für die Katholiken dem Raphaelsverein, für die Protestanten dem „Büro Grüber“ und für die Dissidenten der „Society of Friends“ übertragen worden. Ein weiterer Rundbrief vom gleichen Tage betonte zwar einleitend die weiterhin notwendige strenge Scheidung von

<sup>92</sup> Die Verhandlungen hatten Ministerialrat a. D. Paul Heinitz, Werner Hirschwald und Dr. Arnold gemeinsam mit Dr. Grösser geführt; vgl. die Mitteilung Grübers an Braune vom 24. 3. 1939, ebenda.

<sup>93</sup> „Büro Pfarrer Grüber“ und Raphaelsverein an den „Chef der Sicherheitspolizei“, d. h. Heydrich, vom 23. 3. 1939. Darin wurde Klage geführt, daß die inzwischen bekanntgewordenen Satzungen der neuen „Reichsvereinigung“ die besondere Lage der christlichen „Nichtarier“ nicht berücksichtigten, und darum gebeten, dies in dem kommenden Erlaß abzuändern; ebenda.

<sup>94</sup> Am 24. 7. 1939 übermittelte Grüber dem CA einen Bericht über die Tätigkeit seines Hilfswerks und betonte einleitend, die gesamte Arbeit vollziehe sich in Übereinstimmung mit der 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz, die Betreuung und Auswanderung der Juden regle und der Aufsicht der Abt. II des Sicherheitshauptamtes (Regierungsrat Lischka) unterstehe. Das „Büro Grüber“ sei damit als für die evangelischen „Nichtarier“ zuständig anerkannt; ebenda. Zur Verordnung vgl. RGBl. 1939 I, 1097 f. S. auch die Niederschrift über die 2. Arbeitsbesprechung des Ausschusses der „Reichszentrale für die jüdische Auswanderung“ vom 29. 6. 1939 im Geheimen Staatspolizeiamt. Danach führte Lischka dort aus, im Rahmen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland sei die Etablierung von „Sonderabteilungen“ (zur Förderung der Auswanderung) in Aussicht genommen, darunter für die Arbeit des „Büro Grüber“ und sein katholisches Pendant, den Raphaelsverein. Dies erscheine notwendig, „um einmal im Inland auch diese Quellen zur Förderung der jüdischen Auswanderung heranzuziehen und zum andern einen Gegenpol zu schaffen zu verschiedenen im Ausland bestehenden Hilfskomitees für christliche Juden“. Man habe mit Grüber und dem Raphaelsverein ein entsprechendes Übereinkommen getroffen, „durch das die Betreuung der christlichen Juden und im Zusammenhang damit auch der deutschblütigen Teile einer Mischehe und etwaiger Mischlingskinder geregelt und sichergestellt ist“. Die Quellen sind leicht zugänglich bei Vogel, Ein Stempel hat gefehlt, Dok. 96, S. 304–311, hier S. 305 f. Dieser Sachverhalt dokumentiert das genaue Gegenteil der Aussage Grübers in seinen Erinnerungen, sein Büro sei von der Gestapo niemals anerkannt worden; ders., Erinnerungen, S. 106.



Juden als Mitgliedern der Kultusgemeinden und den nicht Dazugehörenden, gestand aber unter dem Druck der Verhältnisse die Erteilung christlichen Religionsunterrichts auch an jüdischen Schulen zu, die nun *alle* „Nichtarier“ besuchen mußten. Hinsichtlich der Wohlfahrtspflegeleistungen aus WHW-Mitteln sei vereinbart worden, daß nur die finanziellen Unterstützungen durch die Reichsvereinigung ausbezahlt würden, während die genannten Hilfsorganisationen die sonstige Betreuung übernehmen<sup>95</sup>. Mit der durch die forcierte Zwangsauswanderung veränderten politischen Konstellation hing ferner zusammen, daß die Braune-Initiative nun endgültig obsolet geworden war, obwohl eine definitive Aussage in dieser Richtung seitens des Innenministeriums oder der Gestapo nicht überliefert ist. Resigniert bat Grüber, der sich zunehmend mit Rücktrittsabsichten trug, im November 1939 die Freunde Albertz, Braune, Arnold und Spiero, in einen zu konstituierenden Beirat der Hilfsstelle einzutreten, um die Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen, nachdem sich die Aussicht auf eine rechtliche Konsolidierung zerschlagen habe<sup>96</sup>.

Von der Inneren Mission und ihrem Centralausschuß konnte sich Grüber nichts mehr erhoffen; nur einzelne Persönlichkeiten wie Braune oder Wenzel hielten ungeachtet des offiziellen Kurses der Spitzenvertretung des sozialen Protestantismus zu ihm. Wenn sich auch die Befürchtungen des Centralausschusses, Grüber arbeite am Rande der Legalität, als grundlos erwiesen hatten, blieb man doch im CA-Vorstand der Auffassung, daß es sich in rechtlicher Hinsicht nach wie vor um eine Grauzone handle, in der sich die Innere Mission ohne Gefährdung ihrer Werke nicht engagieren dürfe. Als der hannoversche Geschäftsführer, Pfarrer Dr. Depuhl, wissen wollte, ob Grüber, der im Anschluß an die dortige Innere Mission eine Filiale seines Büros installieren wollte, vom CA dazu beauftragt sei, wurde das ausdrücklich verneint<sup>97</sup>. Darauf wandte sich Bischof Marahrens als Vorsitzender des dortigen Landesvereins für Innere Mission selbst an den CA und forderte in mahnenden Worten eine baldige Verbindungsaufnahme der Inneren Mission mit Grüber, dessen Büro inzwischen „in gewissem Sinne ein offiziöser Charakter zu[komme]“. Die Sache könne nicht in der Schwebe bleiben; nur durch ihre Klärung werde den Landesvereinen für eine Mitarbeit freie Hand gegeben<sup>98</sup>. Der Berliner Vorstand reagierte darauf mit der Aufforderung an seinen Vizepräsidenten Braune, zu Marahrens' Vorschlag auf der nächsten Sitzung Stellung zu nehmen – weiter geschah nichts<sup>99</sup>. Man verfolgte eine kaum verschleierte Verschleppungstaktik, um sich ja nicht auf ein möglicherweise gefährliches Unternehmen einlassen zu müssen und dadurch an

<sup>95</sup> Beide Rundschreiben der Reichsvereinigung in: AHA, Akte „Nichtarische Christen“.

<sup>96</sup> Schreiben Grübers vom 3. 11. 1939, ebenda.

<sup>97</sup> Depuhl an den CA vom 12. 7. und die Antwort vom 13. 7. 1939, in: ADW, CA 1947/91.

<sup>98</sup> Selbst der (altpreußische) Ev. Oberkirchenrat verhandele inzwischen mit Grüber, der somit kirchlicherseits anerkannt sei; der CA könne die „Nichtarierfürsorge“ ja an ihn delegieren; Marahrens an CA-Präsident Frick vom 10. 2. 1940, ebenda.

<sup>99</sup> Vgl. den Protokollauszug der CA-Vorstandssitzung vom 7. 3. 1940 und das Schreiben Fricks an Schirmacher vom 14. 6. 1940. Dort heißt es, man habe zwar im Vorstand über die Angelegenheit gesprochen, sie sei dann aber „steckengeblieben“; ebenda.



Glaubwürdigkeit gegenüber staatlichen und Parteidienststellen einzubüßen. In einer internen Aktennotiz der Verwaltung für Direktor Schirmacher wurde noch einmal an den erwähnten Bericht Heynes erinnert, der „recht unerfreulich vor allem in politischer Hinsicht“ gewesen sei. Der Centralausschuß habe sich deshalb trotz der beruhigenden Nachricht aus dem Reichskirchenministerium in der Zusammenarbeit mit Grüber „eine gewisse Zurückhaltung auferlegt“<sup>100</sup>. Als Depuhl nach Verstreichen fast eines halben Jahres anfragte, wie sich die Innere Mission eine Lösung dieser Frage vorstelle, und darum bat, endlich ein „entscheidendes Wort“ zu sagen<sup>101</sup>, war es dazu fast schon zu spät. Am 19. Dezember 1940 wurde Grüber ins Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht und sein Büro nach kurzer Übergangszeit geschlossen<sup>102</sup>.

Ebenso ohne Ergebnis waren alle Versuche Pfarrer Grübers geblieben, den Centralausschuß zu finanziellen Beihilfen für sein Büro zu bewegen. Dieses erforderte – schon aufgrund seiner großen Mitarbeiterzahl – monatlich erhebliche Aufwendungen, deren größter Teil allerdings bis zum Herbst 1940 durch eine Pauschalzahlung von der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ getragen werden mußte<sup>103</sup>. Doch obwohl Grüber inzwischen auch mit der Verteilung der WHW-Mittel für seinen Klientenkreis beauftragt worden war und so indirekt Aufgaben der Inneren Mission wahrnahm<sup>104</sup>, wollte sich der Centralausschuß zu einer Finanzhilfe nicht verstehen. Am 27. Juni 1940 beschloß der Vorstand, Grübers Bitte abzulehnen und ihm mitzuteilen, daß die Unterhaltung seines Büros „aus kirchlichen Mitteln“ zu erfolgen habe<sup>105</sup>. Manche seiner Untergliederungen hielten sich dennoch nicht

<sup>100</sup> Aktennotiz für Schirmacher vom 19. 6. 1940, ebenda. S. nochmals Anm. 88.

<sup>101</sup> Depuhl an den CA vom 14. 7. 1940, in: ADW, CA 1947/91.

<sup>102</sup> Grüber wurde im Pfarrerblock von Dachau inhaftiert. Als man ihn 1943 überraschend wieder entließ, konnte er an seine frühere Beratungstätigkeit nicht mehr anknüpfen. Die Hilfe für Rasseverfolgung war nur noch – wenn überhaupt – in subversiver Privatheit möglich und durchführbar.

<sup>103</sup> Ende 1939 betrugen die Kosten monatlich 6500 RM; vgl. den Bittbrief Grübers an Dr. Wenzel vom 9. 12. 1939, in dem er den brandenburg. Provinzialverband um einen Zuschuß von 1000 RM bat. Er sei auch schon durch das RdI (Auswanderungsabteilung) unterstützt worden, und selbst die Sicherheitspolizei habe erklärt, die ev. Kirche solle die Restkosten übernehmen, die Katholiken täten dies schon lange; ebenda. Zur Finanzhilfe durch die Auswandererstelle im RdI, in der mit Amtmann Schako ein Beiratsmitglied des „Büro Grüber“ saß, vgl. Grüber, *Erinnerungen*, S. 129 f.

<sup>104</sup> Ungezeichneter „Vermerk über die Besprechung über die fürsorgliche Betreuung evangelischer Vollnichtarier in Berlin“. Danach waren vor allem hinsichtlich der Verteilung der WHW-Mittel detaillierte Abmachungen getroffen worden. Das „Büro Grüber“ übernahm „Beratung, Betreuung und Fürsorge“ für alle evangelischen „Nichtarier“; AHA, Akte „Nichtarische Christen“. S. auch Mitteilung Grübers an Pfr. Dr. Wenzel vom 9. 12. 1939, in: ADW, CA 1947/91.

<sup>105</sup> Dazu Grübers Antrag an den CA vom 13. 2. und den Protokollauszug der CA-Vorstandssitzung vom 27. 6. 1940, ebenda. Höchstwahrscheinlich spielte bei dieser Entscheidung auch die Erinnerung an jene harten Auseinandersetzungen zwischen NSV und Caritas eine Rolle, die sich 1937 an einer Zahlung des DCV in Höhe von 25 000 RM für katholische Judenchristen entzündet hatten und von starken Kräften in der Partei zum Anlaß genommen wurden, für die Streichung jeglicher öffentlichen Zuweisungen an die konfessionellen Verbände aus WHW-Mitteln zu plädieren. Näheres bei Kaiser, *Sozialer Protestantismus*, S. 213 ff.

darán; so überwiesen Pfarrer Dr. Wenzel für den brandenburgischen Provinzialverein und Oberkirchenrat Greifenstein für die bayerische Innere Mission noch im Dezember 1940, also unmittelbar vor der Verhaftung Grübers und der beginnenden Liquidation seines Hilfswerks, kleinere Summen<sup>106</sup>. Alle Mittel waren nun erschöpft, und da sich niemand seitens der verfaßten Kirche oder der Inneren Mission für Grüber und sein Büro „zuständig“ fühlte, verhallte auch der Notruf des „Konkursverwalters“ der Hilfsstelle, des „nichtarischen“ Pfarrers Werner Sylten, ungehört, der Anfang 1941 einen letzten Versuch unternahm, die dringend erforderlichen Mittel zu beschaffen und Helfer für ihre Verteilung zu finden. In einem angesichts der ausweglosen Situation seltsam berührenden emotionslosen „kirchlichen Amtsdeutsch“ stellte er fest, es sei niemand mehr da, der sich der evangelischen „Nichtarier“ annehme: „Dieser Zustand ist außerordentlich unerwünscht. Es ist deshalb dringend geboten, daß mit größter Beschleunigung irgendeine evangelische Stelle die Betreuung der evangelischen Nichtarier übernimmt. [. . .] Die maßgeblichen Stellen der Geheimen Staatspolizei haben dagegen nichts einzuwenden.“<sup>107</sup> Am 27. Februar wurde auch Werner Sylten unter falschen Anschuldigungen verhaftet und nach fünfzehnmonatigem Zwischenaufenthalt in Dachau am 26. August 1942 in der „Euthanasie“-Anstalt Hartheim bei Linz vergast<sup>108</sup>.

## V.

Betrachtet man das Verhältnis der heterogenen Erscheinungsformen protestantischer Kirchlichkeit im „Dritten Reich“ zu den evangelischen „Nichtariern“ zwischen Machtergreifung und Weltkrieg im Zusammenhang, bleibt alles in allem ein deprimierendes Fazit. Soweit die lückenhafte Überlieferung Generalisierungen zuläßt, wird man konstatieren können, daß sich die Kirchenregierungen und die Innere Mission in fast systematisch zu nennender Weise jeder eindeutigen Festlegung entzogen und Seelsorge wie Fürsorge einzelnen überließen. Der als Vertretung des sozialen Protestantismus an dieser Stelle besonders geforderte Centralausschuß blieb als offizielles Gremium immer wieder bestrebt, die Verantwortung für die „Judenchristen“ auf die verfaßten Landeskirchen und die Konsistorialbürokratie

<sup>106</sup> Auf dem Schreiben Grübers an Wenzel vom 18. 9. ist handschriftlich die Überweisung des Betrages von 750 RM im Dezember 1940 vermerkt. Am 16. 12. – also drei Tage vor seiner Verhaftung – teilte der CA Grüber mit, aus Bayern seien 1000 RM für ihn eingegangen, die hiermit auf sein Konto weitergeleitet würden; ADW, CA 1947/91.

<sup>107</sup> Undatiertes und ungezeichnetes Papier im Nachlaß Braunes, das nur von Sylten stammen kann, den die Gestapo nach Grübers Verhaftung mit der Liquidation der Geschäftsstelle betraute; vgl. Ludwig, Opfer, 183 f., der dieses Dokument jedoch nicht erwähnt.

<sup>108</sup> In Dachau war er in Block 26, dem sogenannten Pfarrerblock, inhaftiert und traf hier auch Pfarrer Grüber wieder; vom Krankenblock aus verlegte man ihn nach Hartheim; vgl. die hektographierte Dokumentation seines Sohnes Reinhard Sylten, Wer war Häfbling 26 077? Erinnerungen an meinen Vater Werner Sylten zu seinem 85. Geburtstag 9. 8. 1978, o. O. u. o. J. [Berlin (DDR) 1978]. Kopie durch frdl. Vermittlung von Prof. Dr. Kurt Nowak/Leipzig im Besitz des Vf. S. auch Bruno Köhler, „Die Welt braucht viel, viel Liebe“. Werner Sylten, Eisenach o. J. [1978].

abzuwälzen. Von sich aus wurde er in dieser Frage niemals aktiv, sondern reagierte notgedrungen auf Anstöße von außen, die zum Teil von bekannten Vereinsgeistlichen in den Vorständen seiner regionalen Untergliederungen und Anstalten ausgingen und die er deshalb nicht gänzlich ignorieren konnte. Dennoch befand er sich mit dieser Einstellung in grundsätzlicher Übereinstimmung mit den meisten nachgeordneten Verbänden und Einrichtungen, wie aus den Umfragen der Mutter- und Brüderhausdiakonie eindeutig hervorgeht.

Entsprechend fällt das Ergebnis aus, wenn man die „Leistungen“ der protestantischen „Nichtarierhilfe“ bilanziert: Das „Büro Grüber“ verhalf in der kurzen Zeit seines Bestehens nach Angaben, die allerdings auf reinen Schätzungen beruhen, rund 1140 Menschen zur Emigration. Zu dieser Zahl müssen noch die erfolgreichen Vermittlungen der Zweigstellen im Reich hinzuaddiert werden, so daß es wohl nicht unrealistisch ist, im ganzen von etwa 1700 bis 2000 geglückten Hilfeleistungen auszugehen<sup>109</sup>. Im Vergleich dazu waren die Katholiken wesentlich erfolgreicher: Dem „Hilfsausschuß für katholische Nichtarier“ bzw. dem Raphaelsverein gelang es zwischen 1934 und 1939 – für 1940 liegen keine Unterlagen vor –, 10 350 Personen ins Ausland zu vermitteln. Wie viele der 1939 noch zu bearbeitenden 4116 Anträge bis zur Zwangsauflösung am 25. Juni 1941 erfolgreich abgewickelt wurden, bleibt offen. Eine in Deutschland damals wie heute kaum wahrgenommene religiöse Minorität, die vor allem gestützt auf das angloamerikanische Ausland ihre Rettungsversuche vorantrieb, die Quäker und ihre „Society of Friends“, hat in den Jahren seit 1935 ca. 1135 Betroffenen, in der Mehrzahl wahrscheinlich Dissidenten, zur Auswanderung verholfen.

Wer mit diesen Angaben konfrontiert wird, fragt sich, warum es der deutsche Protestantismus, zu dem sich bis 1945 die Mehrheit der Bevölkerung bekannte, nicht vermochte, mehr für diese verfolgten Glaubensgenossen jüdischer Abkunft zu tun. Am Beispiel des Raphaelsvereins wird kontrastierend deutlich, welche *organisatorischen* Gründe dafür ausschlaggebend waren: Die frühe Institutionalisierung eines Hilfswerks, das sich auf die bewährten „Apparate“ des Caritasverbandes wie der älteren Auswandererfürsorge stützen konnte und zu einem Zeitpunkt geschaffen wurde, als die „Judenpolitik“ des Regimes noch keine eindeutig fixierbaren Langzeitperspektiven entwickelt hatte, muß als ein wesentlicher Faktor für die verhältnismäßig hohe Zahl der Geretteten genannt werden. Die größere Zurückhaltung des deutschen Katholizismus gegenüber der NS-Ideologie, wenn auch nicht im Hinblick auf die nationalen revisionspolitischen Ziele des Regimes, erleichterte die Einrichtung eines „Nichtarierhilfswerks“, das freilich nicht die Frucht eines ausgeprägten Philosemitismus gewesen ist. Bedeutsam scheint in diesem Zusammenhang, daß man zunächst katholischen politisch Verfolgten half und erst dann, im zweiten Schritt, die „Nichtarier“ der eigenen Konfession mit einbezog. Für die Ermöglichung der katholischen Hilfsorganisation spielte ferner das Fehlen des inneren Kir-

<sup>109</sup> Zahlen nach Ludwig, Opfer, S. 112f.; dort auch eine Zusammenstellung der einschlägigen Literatur, nach deren Angaben sie sich errechnen.

chenkampfes eine entscheidende Rolle, der die evangelische Kirche und ihre karitativen Verbände lähmte. Die Fraktion der Deutschen Christen trug hier mit ihrem dezidierten Rassenantisemitismus dazu bei, die Fronten in der „Judenfrage“ zusätzlich zu verhärten; wer sich offen zu den „nichtarischen“ Christen bekannte und für solidarisches Handeln eintrat, lief Gefahr, von dieser NS-Kirchenpartei eines schwächlichen Liberalismus und eines reaktionären Festhaltens an der „endlich überwundenen“ Weimarer „Systemzeit“ geziehen zu werden – ein Vorwurf, der sachlich auf die meisten Männer und Frauen der Bekennenden Kirche gewiß nicht zutraf.

Ein latenter Antisemitismus in der Tradition der christlich-sozialen Bewegung Stoeckers war dem deutschen Protestantismus und damit auch seiner Inneren Mission nicht fremd; wenn man gegen die politisch-soziale Diskreditierung der Glaubensjuden etwas einzuwenden hatte, wurde dieses jedenfalls kaum offen artikuliert. Das gilt ebenfalls für die Bekennende Kirche, die zunächst ausgesprochen zaghaft und erst unter dem Eindruck der drohenden und dann erfolgten physischen Vernichtung des Judentums ihre Stimme deutlicher und mutiger erhob<sup>110</sup>. Es ist das historische Verdienst der weithin unbekannt gebliebenen Marga Meusel<sup>111</sup>, im Verein mit wenigen Bekenntnispfarrern und Laien schon 1935 in wünschenswerter Klarheit eine Entwicklung gebrandmarkt zu haben, die nach ihrer Überzeugung unheilvoll enden mußte. Auch sie kam wie Wenzel und v. Bodelschwingh aus der Inneren Mission, aber ihr Appell und der ihrer Freunde und Mitarbeiter verhallte dort ungehört, während er innerhalb der Bekennenden Kirche immerhin ein gewisses Echo fand. Man muß sich deshalb nicht wundern, wenn die einzigen konkreten Beschlüsse, die zwar nicht der Centralausschuß, wohl aber die Arbeitsgemeinschaft der diakonischen und missionarischen Werke und Verbände in der „Nichtarierfrage“ faßte, mit Pfarrer Forck einem Manne zu verdanken waren, der als Mitglied der Vorläufigen Kirchenleitung dem bekennntniskirchlichen Lager angehörte und sich die politisch-taktischen Bedenken gegenüber jeder Festlegung nicht in gleichem Maße zu eigen gemacht hatte.

Auch als sich die Situation für alle Juden unbeschadet ihres Glaubensbekenntnisses im Spätherbst 1938 dramatisch verschärfte, war die Innere Mission – von wenigen Ausnahmen abgesehen<sup>112</sup> – zu einer Umorientierung nicht bereit und überließ

<sup>110</sup> In diesem Zusammenhang vgl. Karl Kupisch, Die Bekennende Kirche und die Judenfrage, in: ders., Durch den Zaun der Geschichte. Beobachtungen und Erkenntnisse, Berlin 1964, S. 371–398; Eberhard Bethge, Kirchenkampf und Antisemitismus. Ein autobiographischer Beitrag, in: ders., Am gegebenen Ort, S. 224–242, und Wolfgang Gerlach, Zwiespältig in der „Judenfrage“. Bonhoeffers Mut und die Furcht der Kirchenkämpfer, in: Lutherische Monatshefte 8 (1979), S. 463–466.

<sup>111</sup> Eine späte Würdigung erfuhr ihre Tätigkeit im „Dritten Reich“ in einer Hörfunksendung von WDR 3 am 18. 11. 1987, deren Text Martin Greschat verfaßte: Lebenszeichen. Gegen den Gott der Deutschen. Marga Meusels Kampf für die Rettung der Juden.

<sup>112</sup> Ende 1938 richtete die IM der württembergischen Landeskirche auf Betreiben Bischof Wurms eine „Hilfsstelle für nichtarische Christen“ ein, deren Arbeit Geschäftsführer Pfr. Schosser koordinierte; dazu die im ganzen unzulängliche ungedruckte Heidelberger theol. Magisterarbeit von Christine Karl, Diakonische Hilfe für den bedrängten Nächsten im Nationalsozialismus. Der Einsatz für

das Feld dem „Einzelkämpfer“ Heinrich Grüber weitgehend allein. Dieser galt trotz seiner Duldung durch die Sicherheitsdienststellen politisch als „unsicherer Kantonnist“, wie denn seine Arbeit von der Gestapo auch nur in einer Phase nationalsozialistischer Judenpolitik toleriert wurde, in der man alles auf die Karte der Auswanderung setzte. Der Centralausschuß verfolgte dagegen einen anderen Kurs; er konnte nach vielfältiger Anpassung und zunehmenden Befürchtungen um die Behauptung seiner Arbeitsfelder gegenüber Staat und NSV auch kaum anders handeln. Dies war nicht jederzeit revidierbare Anpassung an den Kurs der Deutschen Evangelischen Kirche und ihrer obersten Verwaltungsspitze, der Kirchenkanzlei, auch nicht in erster Linie Ausdruck einer ausgeprägt eigenen antisemitischen Gesinnung der maßgeblichen Funktionsträger, sondern ein *Reagieren* unter den Bedingungen totalitären Zwangs. Dessen Realität hatte man viel zu spät durchschaut und vermochte ihr jetzt erst recht nicht mehr zu entrinnen – es sei denn um das Opfer einer völligen Preisgabe der noch teiltakten Arbeitsbereiche, was wahrscheinlich eine noch höhere Vernichtungsrate unter den Schwerstbehinderten und eine zusätzliche Gefährdung jener wenigen „Mischlinge“, die dem Inferno des Genozids entkommen konnten, bedeutet haben würde. Der CA befand sich in einem doppelten Dilemma: Aus Gründen der Wahrung der Verbandsintegrität der in der „Arbeitsgemeinschaft“ zusammengeschlossenen evangelischen Gruppierungen hatte man im Kirchenkampf nicht unzweideutig auf seiten der BK Stellung bezogen – und zu ihren wenigen politisch akzentuierten Kundgebungen und Kanzelabkündigungen geschwiegen. Immer wieder suchte man statt dessen gegenüber Staat, Partei und NSV hinhaltend zu laviieren und war darum so lange zu – oft falschen – Kompromissen bereit, bis es kein Entrinnen mehr gab. Gefangen in einer stets proklamierten Legalitätstaktik, blieb dem CA wenig anderes übrig, als durch Betonung einer – sachlichen, nicht ideologischen! – Interessenidentität von Administration und christlicher Liebestätigkeit in der „Nichtarierfrage“ für diese eine gerade noch „erträgliche Minimallösung“ zu erwirken. Hier lagen die Chancen, von heutiger Sicht aus aber auch die Grenzen des Vorstoßes von Braune. Daß er ein tapferer Mann war, dem taktisches Kalkül nicht die einzige Richtschnur seines Handelns bedeutete, hatte er seit 1933 vielfach unter Beweis gestellt; erst recht sollte sich das zeigen, als er wegen seiner bekannten „Euthanasie“-Denkschrift im August 1940 verhaftet wurde und für zweieinhalb Monate in den Gestapokellern der Prinz-Albrecht-Straße verschwand<sup>113</sup>.

Juden und Judenchristen innerhalb der evangelischen Kirche unter besonderer Berücksichtigung der Arbeit der Inneren Mission, des Büro Grüber und des Theologen Dietrich Bonhoeffer. Eine historische Untersuchung in systematischer Absicht, Heidelberg 1982, S. 77 f.

<sup>113</sup> Die Denkschrift vom 9. 7. 1940 wurde nach dem Kriege erstmals veröffentlicht in der Zeitschrift *Innere Mission* 37 (1947), S. 23–39; Braune war deswegen vom 12. 8. bis zum 31. 10. 1940 inhaftiert. Es mutet daher wenig wahrscheinlich an, daß gerade er – wie Konsistorialrat Nordmann in einer Aufzeichnung vom 18. 1. 1941 berichtet – Verhandlungen vermittelt haben soll, die zur Weiterführung des inzwischen von Pfr. Werner Sylten provisorisch bis zur endgültigen Liquidation geleiteten „Büro Grüber“ durch den Evangelisch-kirchlichen Hilfsverein dienen sollten. Der EOK – so Nordmann weiter – habe sich deswegen schon an das Sicherheitshauptamt gewandt; vgl. Meier, *Kirche und Judentum*, S. 112 f. – Zur Biographie Paul-Gerhard Braunes siehe den Lebensbericht



Auch Braune hat das Verhängnis nicht aufhalten können. Sein letzten Endes vergeblicher Kampf für die evangelischen „Nichtarier“ vermag gleichwohl nicht darüber hinwegzutäuschen, daß Centralausschuß und Innerer Mission in ihrer Gesamtheit seit 1933 schwerwiegende Versäumnisse anzulasten sind. Eine frühzeitige positive Entscheidung und Unterstützung der Initiativen Meusels, Wenzels und später Grubers hätte sicherlich mehr Judenchristen das Leben retten können, als es so möglich gewesen ist; dies demonstriert das Beispiel der anderen Konfession. Daß im Centralausschuß wie innerhalb der mit ihm auf bestimmten Feldern kooperierenden „Arbeitsgemeinschaft“ jene entschlossenen Männer fehlten, die frühzeitig die Organisation einer zentralen Hilfsstelle hätten in die Hand nehmen können, weist auf zwei weitere Probleme hin: Einmal war die Bekennende Kirche nicht bereit und in der Lage, ihre theologisch wie kirchenpolitisch ungeklärte Stellung zur „Judenfrage“ grundsätzlich zu überdenken und damit unter Umständen ihre zeitweilige Geschlossenheit aufs Spiel zu setzen. Entsprechend ist am Verhalten der Inneren Mission auffällig, daß sie an diesem Punkt wie zuvor schon in der eugenischen Diskussion zu keiner eindeutigen Aussage gelangte<sup>114</sup>. Offene Grundsatzprobleme dieser Art ließen sich auf der *pragmatischen Ebene* keiner Lösung zuführen, sondern erforderten fundamentalethische Entscheidungen – ein tragisch zu nennender Konflikt, der für die Gesamtentwicklung von Kirche und Innerer Mission im Dritten Reich charakteristisch gewesen ist.

Ein letztes: Die nach 1933 stetig zunehmende Rechtsunsicherheit, die sich kontinuierlich vollziehende Wendung zum Maßnahmestaat mit dem für das „Dritte Reich“ kennzeichnenden Dualismus von Legalität und Willkür, von konservativem Attentismus der Bürokratie und „revolutionärem“ Herrschaftsanspruch der Partei verhinderte eine auf Vertrauen und Berechenbarkeit gegründete Kooperation zwischen den alten gesellschaftlichen Kräften und dem Regime selbst dort, wo die Austragung von Konflikten nicht unbedingt durch den Primat der NS-Weltanschauung oder bloßer politischer Machtsicherung und -erhaltung bedingt war. Auch der NS-Staat konnte sich nicht von den Sachzwängen der modernen Industriegesellschaft lossagen, innerhalb der die freie Wohlfahrtspflege, und das hieß bald nur noch Caritasverband und Innere Mission, wichtige Ersatzleistungen erbrachte, die Staat und Kommunen und erst recht die NSV nicht mit eigenen Ressourcen mühelos hätten ablösen können. Dadurch entstanden neben allen Zwängen jedoch auch neue, bis-

seiner Frau Berta Braune, Hoffnung gegen die Not. Mein Leben mit Paul Braune 1932–1954, Wuppertal <sup>2</sup>1984; zur „Nichtarierbetreuung“ hier S. 58–61. Von Bodelschwingh war allerdings der Ansicht, die Inhaftierung Braunes habe mit der „Euthanasie“-Denkschrift weniger zu tun als mit der Besetzung des CA durch die Gestapo am 2. März 1940 im Zuge der – vergeblichen – Bemühungen Hilgenfeldts, eine engere Anlehnung des CA an die Reichskirche zu verhindern und – die Zentralisierungstendenzen der Kriegsjahre nutzend – sich selbst zum Staatskommissar für die noch verbliebenen relativ freien Wohlfahrtsverbände Caritas und Innere Mission ernennen zu lassen. So v. Bodelschwingh an Geheimrat Karnatz am 31. 8. 1940, in: HAvBA, 2/33–155.

<sup>114</sup> Dazu: Jochen-Christoph Kaiser, Innere Mission und Rassenhygiene. Zur Diskussion im Centralausschuß für Innere Mission 1930–1938, in: Lippische Mitteilungen 55 (1986), S. 197–217.

her unbekannte Freiräume, die zu nutzen den meisten führenden Persönlichkeiten der Inneren Mission mit ihrer einem autoritären, aber auch gerechten Obrigkeitsstaat nach wilhelminischem Muster verpflichteten Gesinnung in der Regel nicht gegeben war. Im Zeichen permanenter Verunsicherung und Herrschaftsanarchie aber bedurfte es einer großen inneren Unabhängigkeit und eines ausgesprochenen Improvisationstalents, um abseits der noch immer auf „endgültige“ Regelungen hoffenden und von ihrer Systemlogik auch darauf angewiesenen, rechtsstaatlich denkenden Institutionen in Teilbereichen dringlich erscheinende Herausforderungen aufzugreifen und sich ihnen von Tag zu Tag neu zu stellen. Grüber und – in anderer Weise – auch Braune, der freilich durch seine Verantwortung für die Hoffnungstaler Anstalten notgedrungen ein Stück seines Bewegungsspielraums preisgeben mußte, gehörten zu denen, die in schwieriger Zeit an den in ihren legalistischen Fesseln befangenen Apparaten vorbei punktuell Erstaunliches leisteten und die Lücken nutzten, die ihnen der Totalstaat unfreiwillig ließ. An beiden Männern wird etwas von dem mentalen Modernisierungsprozeß sichtbar, den die deutsche Gesellschaft in der Epoche des Nationalsozialismus durchmachte. Er wirkte sich beim Neubeginn nach 1945 auch innerhalb des deutschen Protestantismus aus und bereitete den Boden für qualitativ andere und neuartige politisch-soziale Optionen, denen das traditionell autoritär-antidemokratische evangelische Deutschland bisher abweisend gegenübergestanden hatte.

VOLKER HENTSCHEL

## DIE EUROPÄISCHE ZAHLUNGSUNION UND DIE DEUTSCHEN DEWISENKRISEN 1950/51

Die Währungs- und Wirtschaftsreform vom Juni 1948, die Marshallplan-Hilfe und die konjunkturellen Wirkungen des Korea-Krieges gelten gemeinhin als wichtige Impulse des deutschen Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg, und das ganz zu Recht. Die Währungsreform legte den Grund, und die Wirtschaftsreform öffnete im Zeichen der freien Marktwirtschaft die Bahn für die Entfaltung ungeahnter Kräfte der Erholung und des Aufschwungs. Der Marshallplan machte unerläßliche Rohstoffe verfügbar, lenkte Kapital in die Grundstoff- und Energieerzeugung und erweiterte mit beidem materielle Engpässe, die andernfalls die wirtschaftliche Entwicklung außerordentlich gehemmt hätten. Im Herbst 1949 geriet der zunächst dynamische Aufschwung freilich ins Stocken. Die freie Marktwirtschaft und die amerikanische Wirtschaftshilfe schienen der Häufung wirtschaftlich-sozialer Probleme doch nicht Herr zu werden. Die Industrieproduktion fiel zurück, die Zahl der Arbeitslosen schwoll auf etwa zwei Millionen an. Das entsprach 13% der Erwerbsbevölkerung. Im Februar 1950 verabschiedete die Bundesregierung unter dem Druck der Opposition und der Besatzungsbehörden ein Arbeitsbeschaffungsprogramm im Umfang von knapp einer Milliarde DM (ca. 1% des Bruttosozialprodukts)<sup>1</sup>. Die Durchführung des Programms lief äußerst schleppend an und zeitigte keine spürbaren Wirkungen<sup>2</sup>. Schon wenig später hielt es das Wirtschaftsministe-

- <sup>1</sup> Memorandum der Allied High Commission (AHC) vom 7. 2. 1950, in: Historisches Archiv der Deutschen Bundesbank (HADB) 2025; vgl. dazu Der Spiegel vom 23. 2. 1950, S. 29; Anfrage der Fraktion der SPD: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Drucksache des Deutschen Bundestages (Dt. BT) Nr. 406 vom 18. 1. 1950, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, I. Wahlperiode (Wp), Anlage zu den Stenographischen Berichten; 36. Sitzung des Dt. BT am 9. 2. 1950, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, I. Wp, Stenographische Berichte, S. 1141–1204; Protokoll der 52. Sitzung des Zentralbankrats (ZBR) vom 9./10. 2. 1950, in: HADB 22; Adenauer an McCloy am 11. 2. 1950, in: Adenauer. Briefe 1949–1951, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1985 (Rhöndorfer Ausgabe), S. 172; Stellungnahme Ludwig Erhards zum Memorandum der AHC vom 15. 2. 1950, in: Ludwig-Erhard-Stiftung (LESt) I 11; Der Bundesminister der Wirtschaft zum Antrag der SPD, in: HADB 3403; Protokoll der 53. Sitzung des ZBR vom 22./23. 2. 1950, in: HADB 23; 48. Kabinettsitzung am 24. 2. 1950, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. von Hans Booms, Bd. 2: 1950, bearb. von Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard 1984; 54. Sitzung des ZBR am 1. 3. 1950, in: HADB 23; 51. Kabinettsitzung am 7. 3. 1950, in: Kabinettsprotokolle Bd. 2.
- <sup>2</sup> 65. Kabinettsitzung am 12. 5. 1950, in: Kabinettsprotokolle Bd. 2; 31. (nichtöffentliche) Sitzung des Dt. Bundesrates am 10. 8. 1950, in: HADB 3375. Bis Ende Juni waren nur 185 Millionen DM Arbeitsbeschaffungskredite in Anspruch genommen worden.

rium für nötig, ein zweites, wirkungsvoller angelegtes Programm gleichen Umfangs vorzubereiten<sup>3</sup>. Die Finanzierung des ersten Programms war mit den Grundsätzen der freien Marktwirtschaft noch notdürftig im Einklang gewesen, die Finanzierung des zweiten drohte eklatant dagegen zu verstoßen. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollten zur einen Hälfte durch Staatskredite bei der Notenbank und zur anderen Hälfte durch (bis zu fünf Jahren prolongierbare) Arbeitsbeschaffungswchsel finanziert werden<sup>4</sup>. Das Programm kam einem Eingeständnis des Versagens der sozialen Marktwirtschaft nahe. Es wurde freilich nie in Angriff genommen. Der Korea-Krieg machte das Programm überflüssig. Der Krieg, der am 25. Juni 1950 begann und die akute Gefahr eines dritten Weltkrieges heraufbeschwor, löste einen gewaltigen Nachfrageschub in der westlichen Welt aus. Der Schub hatte wesentlich politisch-militärische und psychologische Gründe. Er diente der beschleunigten Rüstung und der privaten Vorsorge. Die deutsche Wirtschaft erhielt über den Export und über die Binnennachfrage von beidem ungewöhnlich starke Impulse. Die Produktion stieg steil an, die Arbeitslosigkeit ging bemerkenswert zurück. Der Korea-Krieg hatte der versagenden Marktwirtschaft neue Schwungkraft verliehen.

Nicht anders als die Einführung der Marktwirtschaft zwei Jahre zuvor, war freilich auch ihre Neubelebung über kurzem mit höchst unbekömmlichen Begleiterscheinungen verbunden. Die Wirtschaft der Nachkriegszeit war labil, nur mühsam in prekärem Gleichgewicht zu halten. Es ist allemal schwer, die vier übergreifenden Ziele der Wirtschaftspolitik: Preisstabilität, Vollbeschäftigung, Wachstum und ausgeglichene Zahlungsbilanz zugleich zu verwirklichen. Nach den nicht vollends überwundenen wirtschaftlich-sozialen Verheerungen des Krieges und seiner Folgen war es besonders schwer. Vorgänge und Maßnahmen, die es an ein Ziel näher heranzuführen, drohten ein anderes um so weiter zu verfehlen. So hatte die partielle Beseitigung der Zwangswirtschaft im Juni 1948 das wirtschaftliche Wachstum kräftig angeregt, dabei aber auch kräftige Preissteigerungen hervorgerufen. Restriktive wirtschaftspolitische Maßnahmen hatten die Inflation schließlich unterbunden, dabei aber das Wachstum gehemmt und zunehmender Arbeitslosigkeit Vorschub geleistet. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Korea-Krieges förderten nun das Wachstum und senkten die Arbeitslosigkeit, brachten dabei aber die Zahlungsbilanz in bedrohlichem Ausmaß durcheinander.

Die Ausweitung der Produktion setzte die Zunahme der Rohstoff- und Halbwa-

<sup>3</sup> 58. Kabinettsitzung am 13. 4. 1950, in: Kabinettsprotokolle Bd. 2; die Vorlage in: HADB 3345; Erhard an Adenauer am 21. 4. 1950, in: LES I 1)1; 60. Kabinettsitzung am 25. 4. 1950, in: Kabinettsprotokolle Bd. 2. Vgl. Heiner R. Adamsen, Investitionshilfe für die Ruhr. Wiederaufbau, Verbände und soziale Marktwirtschaft 1948–1952, Wuppertal 1981, S. 56–83.

<sup>4</sup> Die Alliierte Bankenkommission regte an, statt dessen sogenannte Schattenquoten im Wert von 3,5 Milliarden DM freizugeben. Bei den Schattenquoten handelte es sich um DM-Beträge, die bei der Währungsreform im Tausch gegen Reichsmark-Guthaben geschaffen, aber gesperrt worden waren. Die Bank deutscher Länder lehnte Geldschöpfung in diesem Umfang erfolgreich ab. Vocke an McDonald vom 5. 6. 1950, in: HADB 2033.

renimporte voraus, Angst- und Hamsterkäufe übten einen starken Sog auf die Einfuhr von Nahrungsmitteln aus. Die Ausfuhr kam mit dem Anschwellen der Importe nicht mit. Deutschlands Handelsbilanz und aus bestimmten Gründen mehr noch Deutschlands Zahlungsbilanz wurden hochgradig defizitär. Das Defizit brachte das Land im Herbst 1950 unter der Oberfläche des Booms an den Rand eines wirtschaftlichen Kollaps'. Der Kollaps hätte mit Sicherheit dem Konzept der „sozialen Marktwirtschaft“ den Boden entzogen und vermutlich schwerwiegende politische Folgen gehabt.

Der Kollaps blieb bekanntlich aus. Die Bundesrepublik Deutschland bewegte sich ein halbes Jahr lang am Rande des Kollaps und gelangte dann wieder auf sicheren Grund. Daß der Balanceakt gelang, war nun zum wenigsten deutscher Kunstfertigkeit zu danken. Zu danken war das vielmehr einem Akt europäischer Solidarität, dessen institutionelle Grundlage die Europäische Zahlungsunion (EZU) war. Es war ein unschätzbare Glücksfall für Deutschlands Wirtschaftswunder, daß jene EZU kaum eine Woche nach dem Beginn des Korea-Krieges in Kraft trat. Sie hat es Deutschland ermöglicht, aus dem internationalen Korea-Boom beträchtlichen Nutzen zu ziehen und diesen Nutzen zu konsolidieren, nachdem sich das Land dabei übernommen und in Gefahr gebracht hatte. Thesenhaft zugespitzt: Ohne die Existenz der EZU hätte es keinen deutschen Korea-Boom, sondern eine deutsche Korea-Krise gegeben. Und ohne die besondere solidarische Hilfe der EZU wäre der Boom kein druckvoller Impuls längerfristigen und starken Wachstums, sondern die Ursache eines wirtschaftlichen Einbruchs mit unabsehbaren Weiterungen gewesen.

Eingedenk ihrer Bedeutung mutet es erstaunlich an, daß die kritische Lage im Herbst und Winter 1950/51 und deren Bewältigung mit Hilfe der EZU bislang wenig Beachtung und Würdigung durch die Geschichtswissenschaft erfahren haben<sup>5</sup>. Gewöhnlich wird darüber kurz hinweggegangen und die Dramatik des Vorganges weitgehend ignoriert. Und die vor dreißig Jahren verschiedene EZU kümmert wirtschafts- und geschichtswissenschaftlich im Schatten des aktiven Internationalen Währungsfonds<sup>6</sup>. Dabei kann man sich den Internationalen Währungsfonds aus der

<sup>5</sup> Eine Ausnahme ist der Symposions- und Quellenband der Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.), Die Korea-Krise als ordnungspolitische Herausforderung der deutschen Wirtschaftspolitik. Texte und Dokumente, Stuttgart 1986, insbes. das Referat von Otmar Emminger und die von Volkhard Laitenberger besorgte und eingeleitete ausgezeichnete Dokumentation. Der Abschnitt in den Erinnerungen von Emminger, D-Mark, Dollar, Währungskrisen, Stuttgart 1986, S. 49–73, ist mit dem Referat in dem LEST-Band so gut wie identisch. Vgl. die ältere Arbeit von Karl Friedrich, Westdeutsche Zahlungsbilanzpolitik von 1948 bis 1951, Zürich 1955.

<sup>6</sup> Siehe die Hinweise auf die Bedeutung der EZU und deren wissenschaftliche Vernachlässigung in Günter Schleiminger, Die Evolution des internationalen Währungssystems seit 1945, in: Bankhistorisches Archiv, Beiheft 11, Frankfurt 1987, S. 24 ff. Untersuchungen im anglo-amerikanischen Sprachraum: Alan S. Milward, The Reconstruction of Western Europe 1945–1951, London 1984, insbes. S. 256–282, S. 299–334, S. 421–434; Imanuel Wexler, The Marshall Plan revisited. The ERP in Economic Perspective, Westport 1983, S. 169 ff.; Michael J. Hogan, The Marshall Plan. America, Britain, and the reconstruction of Western Europe 1947–1952, Cambridge 1987. Ferner die älteren Arbeiten von Robert Triffin, Europe and the Money Muddle. From Bilateralism to Near-Converti-



deutschen Wirtschaftsgeschichte der Nachkriegszeit unschwer wegdenken, die EZU jedoch nicht.

Der Aufsatz hat den Zweck, die hier thesenhaft pointierte Rolle der EZU in der Frühgeschichte der Bundesrepublik eingehender zu beschreiben und dabei jene Thesen zu belegen und zu begründen. Zunächst werden Motive, Entstehung und Funktionsweise der EZU knapp umrissen, dann die Ursachen und der Verlauf der deutschen Zahlungsbilanzkrise, deren Bedrohlichkeit sowie ihre Bewältigung dargelegt.

## I.

Der Marshallplan verfolgte bekanntlich zwei aufeinander bezogene Absichten. Er wollte materielle Ressourcen für die wirtschaftliche Erholung Europas zur Verfügung stellen und er wollte die Zusammenarbeit der europäischen Länder fördern. Er wollte im wesentlichen Hilfe zur Selbsthilfe sein.

In der amerikanischen Administration lagen anfangs zwei Plan-Strategien miteinander im Streit. Eine Gruppe maßgeblicher Beamter wollte die Ziele des Plans vornehmlich dadurch erreichen, daß in koordinierter Aktion ungenutzte Produktionskapazitäten in Europa schnellstens wieder in Betrieb genommen und Produktionsengpässe mit Nachdruck beseitigt wurden. Die Koordination der einzelstaatlichen Bedürfnisse und Tätigkeiten sollte eine supranationale Organisation übernehmen, die eigens zu gründen und im weiteren als institutionelle Triebkraft fortschreitender europäischer Integration gedacht war. Eine andere Gruppe setzte dagegen im wesentlichen auf die produktiven und integrativen Wirkungen einer zügigen Beseitigung zwischenstaatlicher Handelsschranken und der Einrichtung eines funktions-tüchtigen handels erleichternden Zahlungssystems in Europa.

Der Economic Cooperation Act, der dem Marshallplan am 3. April 1948 Gesetzeskraft gab, und das ursprüngliche Aktionsprogramm der Economic Cooperation Administration (ECA), die der Economic Cooperation Act für die Durchführung des Plans ins Leben rief, vermittelten beide Absichten, legten dabei aber ein unverkennbares Schwergewicht auf die Förderung der Produktion und auf Integration durch supranationale Einrichtungen<sup>7</sup>.

Deshalb wurde am 16. April 1948 auf amerikanisches Drängen, wenn auch nicht genau nach amerikanischen Vorstellungen die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (OEEC) gegründet. Westdeutschland wurde darin zunächst durch die Militärregierungen vertreten. Im Oktober 1949 trat die Bundesrepublik bei. Außer ihr gehörten der OEEC Großbritannien, Frankreich, Italien, die Benelux-Länder, die drei skandinavischen Länder, Irland, Island, Österreich, Schweiz, Portugal, Griechenland und die Türkei an. Mit der wirtschaftlichen

bility, 1947–1956, New Haven 1957, insbes. S. 143–208; Brian Tew, *International Monetary Cooperation 1945–1970*, New York 1970.

<sup>7</sup> Hogan, *The Marshall Plan*, S. 56 f., S. 74 f.

Zusammenarbeit und gar Integration hatte es freilich seine Not. Die Forderung der ECA, ein integriertes europäisches Wiederaufbauprogramm zu entwerfen und mit amerikanischer Hilfe durchzuführen, rieb sich an nationalem Souveränitätsdünkel und Sonderinteressen auf. Das europäische Wiederaufbauprogramm zerfiel in eine Vielzahl nationaler Aufbauprogramme<sup>8</sup>.

Das verhalf nun doch der zunächst zurückgedrängten Absicht, wirtschaftliches Wachstum und insbesondere wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa in erster Linie durch Befreiung des innereuropäischen Handels auf der Grundlage eines flexiblen Zahlungssystems anzustreben, zu stärkerer Beachtung und alsbald auch zu praktischer Geltung.

#### *Das Problem des multilateralen Zahlungsausgleichs in Europa*

Der internationale Handel war seit 1930 durch grassierenden Protektionismus gehemmt und seit 1939 durch den Krieg vollends zerrüttet worden. Seit Kriegsende hatte er sich viel langsamer erholt als die Produktion. Das hatte mancherlei Gründe. Der wichtigste Grund war der Mangel eines funktionstüchtigen internationalen Zahlungssystem. So gut wie alle Länder befließigten sich konsequenter Devisenbewirtschaftung. Die Unternehmen und Privatleute mußten eingenommene Devisen an den Staat abliefern und der Staat befand nach Maßgabe gesamtwirtschaftlicher Bedürfnisse darüber, wie die im Land verfügbaren Devisen verwendet wurden. Das schloß freie Devisenmärkte und freien Handel aus. Das Gegenteil strenger Devisenbewirtschaftung ist uneingeschränkte Konvertibilität, die Freiheit des Zahlungsverkehrs mit anderen Ländern. Verbreitete Konvertibilität auf der Grundlage funktionstüchtiger Devisenmärkte ist eine wesentliche Bedingung liberalen, ökonomisch vernünftigen und umfangreichen Außenhandels. Neben anderen Vorteilen verschafft sie einem Land die Möglichkeit, Defizite im Handel mit einem anderen Land durch Überschüsse im Handel mit einem dritten Land auszugleichen. Bei Mangel an Konvertibilität muß derlei multilaterale Zahlungsausgleich durch umständliche Währungsgeschäfte der Zentralbanken und durch reibungsreiche Kreditoperationen der Regierungen unzulänglich substituiert werden. Dem internationalen Handel wohnt unter diesen Umständen eine starke Neigung zum Bilateralismus inne. Jedes Land verkauft mittelfristig nur so viel an ein anderes Land, wie es von dort bezieht. Oder anders gewendet: Jedes Land kann mittelfristig nur so viel aus einem anderen Land beziehen, wie es dort abzusetzen vermag<sup>9</sup>. Nun sind aber die wechselseitigen Bedürfnisse zweier Länder einander nicht notwendigerweise quantitativ gleich. Gewöhnlich diffe-

<sup>8</sup> Zu den Organisationsproblemen und dem praktischen Versagen der OEEC sowie zu den Besonderheiten und Schwierigkeiten des innereuropäischen Handels Milward, *Reconstruction*, S. 168–231.

<sup>9</sup> Gegebenenfalls erweiterten bilaterale Handelsverträge, in denen gegenseitige Kreditlinien (*swings*) vereinbart wurden, die Möglichkeiten des zweiseitigen Handels. Ende 1947 gab es in Europa rd. 200 derartige Abkommen mit Kreditlinien im Wert von insgesamt 1,5 Milliarden Dollar. Triffin, *Europe*, S. 145; Ludwig Erhard (Hrsg.), *Deutschlands Rückkehr zum Weltmarkt*, Düsseldorf 1953, S. 81.

rieren sie. Da die Differenzen gar nicht oder nur sehr eingeschränkt mit Geld ausgeglichen werden können, bleibt der internationale Handel hinter den Bedürfnissen zurück. Bezugsquellen und Absatzmärkte werden verstopft und Handelsströme gegebenenfalls fehlgeleitet. Wachstums- und Wohlstandsverluste sind die Folge.

All das war natürlich auch schon vor vierzig Jahren bekannt, und dennoch waren die europäischen Währungen damals *nicht* konvertibel. Konvertibilität ist nämlich bei all ihren Vorteilen kein ganz ungeteilter Segen. Sie birgt für die einzelnen Länder Probleme und Gefahren, und zwar dann, wenn deren Zahlungsbilanzen auch multilateral nicht annähernd ausgeglichen sind, sondern zu kräftigen Überschüssen und Defiziten neigen. Über kräftige Überschüsse brauchte sich ausgangs der vierziger Jahre kein europäisches Land Sorgen zu machen. Wohl aber mußten alle kräftiger Defizite gewärtig sein. Europa – zerstört und ausgepowert, wie es war – hatte einerseits einen enormen überseeischen Importbedarf und war andererseits auf dem Weltmarkt nur sehr beschränkt konkurrenzfähig. Unter solchen Umständen war freier Handel auf der Grundlage konvertibler Währungen in dem System fester Wechselkurse, mit dem man es damals zu tun hatte, fast gleichbedeutend mit Defiziten. Europa litt unter einer sogenannten Dollar-Lücke<sup>10</sup>. Doch damit nicht genug; auch ein freier innereuropäischer Handel schien von strukturellen Ungleichgewichten bedroht zu sein. Womöglich wurde die Drohung überschätzt. Aber sie bestimmte das Denken und Handeln.

Nun gibt es Mittel, Handelsbilanzdefiziten entgegenzuwirken oder Handelsbilanzdefizite zumindest zeitweise anderweitig zu kompensieren. Man kann die Währung abwerten. Das verteuert ausländische Waren für Inländer und verbilligt inländische Waren für Ausländer und wirkt über beides auf den Ausgleich der Handelsbilanz hin. Man kann statt dessen (oder ergänzend dazu) versuchen, durch Deflationspolitik die Binnenkonjunktur zu drosseln und die Preise zu senken. Das vermindert den Importbedarf, regt die Exporte an und schränkt gleichfalls das Defizit ein. Man kann das Defizit freilich auch Defizit sein lassen und es vorübergehend durch den Einsatz von Währungsreserven oder durch die Aufnahme internationaler Kredite ausgleichen. Im Prinzip kann man das alles tun; in der Praxis konnten es die europäischen Staaten damals jedoch nicht oder nur zu einem sehr hohen Preis tun. Abwertungen, die für ausgeglichene Zahlungsbilanzen bei freiem internationalen Handel sorgten, hätten nach Lage der Dinge fast bodenlos sein müssen und dringendst benötigte Rohstoffe und Nahrungsmittel unerträglich verteuert und verknappt<sup>11</sup>. Scharfe Deflationspolitik hätte in erholungsbedürftigen Volkswirtschaften gleichsam den Teufel mit Beelzebub ausgetrieben. Hinreichende Währungsreserven waren nirgendwo verfügbar, und internationaler Kredit war aus Mangel an Mitteln und Vertrauen außerordentlich rar. England hatte es wegen vertraglicher Verpflich-

<sup>10</sup> 1948 importierte Westeuropa aus dem Dollarraum Güter im Wert von 6,2 Milliarden Dollar und exportierte Güter im Wert von nur 1,7 Milliarden Dollar dorthin. Ebenda, S. 34 f.

<sup>11</sup> Im September 1949 wurden die meisten europäischen Währungen im Verhältnis zum Dollar kräftig abgewertet. Die Dollar-Lücke blieb dennoch bestehen.

ungen im Sommer 1947 dennoch wagen müssen, das Pfund für konvertibel zu erklären. Das Wagnis war kläglich gescheitert und hastig abgebrochen worden. Europa konnte sich Konvertibilität ausgangs der vierziger Jahre nicht leisten.

Das Dilemma liegt zutage: Freier, umfangreicher internationaler Handel konnte den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas unabsehbar fördern. Freier, umfangreicher internationaler Handel setzte die Konvertierbarkeit der Währungen voraus. Konvertierbarkeit der Währungen aber war für das wirtschaftlich zerrüttete Europa ein untragbares Risiko. Deshalb verfiel sich der internationale und mit ihm auch der innereuropäische Handel in den engen Fesseln des Bilateralismus.

### *Vorläufige Lösungsversuche und vorgehende Handelsliberalisierung*

Diese Entwicklung war um so nachteiliger, als sie auch den möglichen Nutzen der amerikanischen Marshallplan-Hilfe unbillig reduzierte. Die Empfänger der Dollarhilfe kauften nämlich mit einem Teil davon Waren in Amerika, die sie ebensogut in Europa hätten kaufen können, wenn hier der Handels- und Zahlungsverkehr hinreichend funktioniert hätte. Vor dem Weltkrieg hatten die OEEC-Länder 55% ihrer Einfuhren voneinander bezogen, 1947 bezogen sie nur noch 37% voneinander<sup>12</sup>.

Es gab also auch aus amerikanischer Sicht prinzipielle und praktische Gründe dafür, nach einem Ausweg aus dem Dilemma zu suchen, der an den Risiken allgemeiner Konvertibilität vorbei- und dennoch allmählich zu freiem innereuropäischen Handel hinführte. Dieser Ausweg war schließlich die Europäische Zahlungsunion. Er wurde freilich nur über einige Umwege gefunden.

Es galt, zunächst neue, elastische Möglichkeiten des multilateralen Zahlungsverkehrs zu schaffen und dann den Außenhandel nach Maßgabe jener Möglichkeiten zu liberalisieren. „Liberalisieren“ hieß, daß der Staat den Importeuren nicht mehr vorschrieb, was und wieviel sie im Ausland kaufen durften und wo sie es kaufen mußten. So gedachte man anfangs auch vorzugehen. Ein eigens zu diesem Zweck eingesetzter internationaler Ausschuß entwarf noch in der Entstehungsphase der OEEC den Plan eines großzügigen multilateralen Zahlungssystems, dessen Handhabe mit Mitteln der Marshallplan-Hilfe erleichtert und gesichert werden sollte. Die meisten Teilnehmerländer am Europäischen Wiederaufbauprogramm mutete der Plan freilich zu großzügig und nicht eben gefahrlos an. Deshalb wurde er abgelehnt und statt dessen den Mitgliedern der neugeschaffenen OEEC ermöglicht, mit geringen Teilen der Marshallplan-Hilfe nicht nur in den USA, sondern auch voneinander zu kaufen<sup>13</sup>. Der Dollar war in der ganzen Welt begehrt und schien deshalb bestens geeignet zu sein, bilaterale Überschüsse und Defizite multilateral auszugleichen. Wenn die Begehrlichkeit nur nicht immer mehr Exporteure dazu veranlaßt hätte, nur noch gegen Dollar

<sup>12</sup> Milward, *Reconstruction*, S. 214.

<sup>13</sup> Zum Folgenden OEEC, Intra-European Payments Committee, E. C. A. Statement on the Proposed European Payments Union, PC(50)10 vom 13. 3. 1950, in: HADB 3373; Triffin, *Europe*, S. 147–160; Milward, *Reconstruction*, S. 258–281; Wexler, *Marshall Plan*, S. 134 ff.

zu verkaufen. Da dem aber so war, trat der Handel gegen Dollar nicht in vollem Umfang zum Handel gegen europäische Währungen hinzu, er trat vielmehr gutenteils an dessen Stelle und drohte sogar, den Gesamthandel zu vermindern. Deshalb wurde das Experiment alsbald abgebrochen und durch ein neues ersetzt.

Nach langwierigen und konfliktreichen Verhandlungen innerhalb der OEEC sowie zwischen der OEEC und der ECA konnten seit Oktober 1948 zwischenstaatliche Überschüsse und Defizite im europäischen Zahlungsverkehr unter bestimmten Umständen gegeneinander aufgerechnet werden. Die Umstände setzten dem Verrechnungsmechanismus freilich enge Grenzen. Deshalb war es wichtiger, daß die ECA den Ländern der OEEC einen Teil der Marshallplan-Hilfe nur noch mit der Auflage in Aussicht stellte, daß sie den Partnerländern, mit denen sie einen latenten Handelsüberschuß hatten, kostenlose Bezugsmöglichkeiten („Ziehungsrechte“) im gleichen Wert einräumten<sup>14</sup>. Die Verrechnung der Überschüsse, Defizite und wahrgenommenen Ziehungsrechte wurde in Monatsabständen von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIS) in Basel durchgeführt. Das Verfahren erweiterte – in vorgegebenen und nicht sehr weiten Grenzen – die Möglichkeiten des bilateralen Handels, schränkte aber zugleich die geringen Möglichkeiten des multilateralen Zahlungsausgleichs weiter ein und erwies sich auch sonst als tückenreiche und deshalb zweifelhafte Angelegenheit<sup>15</sup>.

Auf amerikanisches Drängen und gegen heftige Widerstände einiger OEEC-Län-

<sup>14</sup> Diese „bedingte“ Marshallplan-Hilfe wurde in dem Maße tatsächlich zugeteilt, in dem die Ziehungsrechte in Anspruch genommen worden waren. Zur schwierigen Geburt des Abkommens siehe Europa-Archiv, September 1948, S. 1529 ff., den Text in: Europa-Archiv, 20. 1. 1949, S. 1831. Eine eingehende Erläuterung bei Hans Möller, Das intereuropäische Zahlungs- und Verrechnungsabkommen vom 16. 10. 1948, in: Europa-Archiv, 5. 1. 1949, S. 1781 ff.; siehe auch Wexler, Marshall Plan, S. 137 ff.

<sup>15</sup> Zu den Tücken gehörte, daß die latenten Überschüsse und Defizite vorhergeschätzt werden mußten und mithin fehlgeschätzt werden konnten. So mochte es passieren, daß Ziehungsrechte an einer Stelle ungenutzt blieben, während sie an anderer Stelle dringend benötigt wurden, aber nicht verfügbar waren; daß sie Defizite und Überschüsse einzelner Länder im Europahandel vergrößerten, statt sie zu verringern und gar Überschüsse in Defizite verwandelten. Von Oktober 1948 bis Juni 1950 wurden insgesamt 1674 Millionen Dollar Ziehungsrechte eingeräumt und 1413 Millionen Dollar Ziehungsrechte in Anspruch genommen. Mit diesem beträchtlichen Volumen, das rund ein Fünftel der in dieser Zeit geleisteten Marshallplan-Hilfe in Anspruch nahm, wurden die über den ganzen Zeitraum hinweg kumulierten bilateralen Überschüsse resp. Defizite nur von 1159 auf 788 Millionen Dollar vermindert. Triffin, Europe, S. 154. Zudem setzte das Verfahren die Exportfreudigkeit der Geber von Ziehungsrechten herab. Falls den Gläubigern als Gegenleistung für die gewährten Ziehungsrechte keine höhere Marshallplan-Hilfe zugeteilt wurde, als sie ohne deren Gewährung erhalten hätten, bedeutete die Inanspruchnahme von Ziehungsrechten, daß der Geber dem Nehmer einen Teil seiner Dollarhilfe in Gestalt eigener Waren übertrug. Es gibt Hinweise darauf, daß die Verteilung der Marshallplan-Hilfe ohne Rücksicht auf die Gewährung und den Empfang von Ziehungsrechten erfolgte. Deshalb versuchten die Geber durch hohe Preise und Exportkontingente dem Export in ziehungsrechtlich berechnete Länder entgegenzuwirken. Andererseits entwickelten die Empfänger von Ziehungsrechten die Neigung, in den Ländern zu kaufen, die ihnen Ziehungsrechte zugestehen mußten, auch wenn sie die erwünschten Waren andernorts besser und billiger bekommen konnten. Erhard, Rückkehr, S. 93 f.



der wurden dann von Juli 1949 an immerhin 25% der bilateral ermittelten Ziehungsrechte „multilateralisiert“. Jene 25% konnten von den Ziehungsberechtigten weiterhin bei jedem ihrer Gläubiger in Anspruch genommen werden. Das war gewiß ein Fortschritt, aber ebenso gewiß kein Durchbruch. Die Verrechnungsmöglichkeiten blieben an die bilateralen Ziehungsrechte und die bilateralen Ziehungsrechte blieben an die im Laufe der Zeit abnehmende und 1952 versiegende Dollarhilfe gebunden. Der Wert der insgesamt genutzten Ziehungsrechte war 1949/50 keine 10% größer als 1948/49<sup>16</sup>.

Unter diesen Umständen ging es mit der Liberalisierung des Handels nicht recht voran. Bis Juli 1949 geschah so gut wie gar nichts. Dann faßte der Rat der OEEC den Beschluß, daß die Mitgliedsländer im Laufe des nächsten Vierteljahres drei Listen vorlegen sollten. Auf der ersten Liste sollten die Güter stehen, deren Einfuhr fortan freigegeben war, auf der zweiten die Güter, über deren Freigabe man zu verhandeln bereit war, und auf der dritten die Güter, die auch weiterhin nur in staatlich bestimmten Mengen, aber immerhin aus jedem beliebigen Land der OEEC eingeführt werden durften<sup>17</sup>. Das Ergebnis war enttäuschend. Die Freilisten erfaßten im Durchschnitt gerade 30% des laufenden innereuropäischen Handels und enthielten überwiegend Rohstoffe und Nahrungsmittel, auf die man dringend angewiesen

<sup>16</sup> OEEC, Agreement for Intra-European Payments and Compensations for 1949–1950 vom 7. 9. 1949, in: HADB 3324. Wexler, Marshall Plan, S. 144 ff.; Hogan, Marshall Plan, S. 167 ff. und S. 222 ff.; Werner Abelshauser, Der kleine Marshallplan. Handelsintegration und innereuropäische Wirtschaftshilfe 1948–1950, in: Helmut Berding (Hrsg.), Wirtschaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert, in: Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 10, Göttingen 1984, S. 212–224. „Kleiner Marshallplan“ meint die beiden Zahlungsabkommen von 1948 und 1949. Die Multilateralisierung von Ziehungsrechten war von international hinlänglich konkurrenzfähigen Ländern wie Belgien nachdrücklich befürwortet und von den weniger konkurrenzfähigen Ländern, namentlich von Großbritannien, noch nachdrücklicher abgelehnt worden. Die belgische Regierung hoffte, daß infolge der Multilateralisierung Ziehungsrechte, die andere Länder von Dritten (z. B. Portugal von England) eingeräumt bekamen, in Belgien ausgenutzt wurden und dem Land auf diese Weise zusätzliche bedingte Dollarhilfe zuführten. Die britische Regierung befürchtete hingegen, daß Ziehungsrechte, die Großbritannien anderen Ländern gewährte, bei Dritten geltend gemacht wurden und Großbritannien auf diese Weise bedingte Hilfe entzogen. Der noch weiterreichende amerikanische Vorschlag, Ziehungsrechte „konvertierbar“ zu machen, wurde so gut wie einhellig abgelehnt. Mit „Konvertierbarkeit“ war in diesem Fall gemeint, daß Ziehungsrechte von den Empfängern bei den Gebern in ECA-Dollar eingetauscht werden konnten. Während die Multilateralisierung bedingte, daß die europäischen Länder miteinander um die Nutzung von Ziehungsrechten (und damit um die Zuteilung bedingter Dollarhilfe) konkurrierten, hätte es die „Konvertierbarkeit“ mit sich gebracht, daß die europäischen Länder überdies mit dem Dollarraum um die Verwendung von Ziehungsrechten resp. ECA-Dollar in Wettbewerb traten. Mit multilateralisierten Ziehungsrechten konnte nur aus Mitgliedsländern der OEEC, mit ECA-Dollar aber natürlich auch aus den USA, aus Kanada usw. importiert werden. Diese Aussicht schreckte mehr oder weniger alle OEEC-Länder.

<sup>17</sup> Der Beschluß war eine Synthese miteinander konkurrierender Vorschläge Großbritanniens und Frankreichs. Zu Art und Motiven der Vorschläge sowie zur weiteren Entwicklung siehe Milward, Reconstruction, S. 300 ff.; Hogan, Marshall Plan, S. 238 f.; dazu die zeitgenössische Analyse von Emminger, Liberalisierung des Außenhandels (29. 11. 1949), in: HADB 21.

war<sup>18</sup>. Überdies nahmen einige Länder auch noch bestimmte andere OEEC-Mitglieder von der Importbefreiung aus; der Ratsbeschluss ließ das zu. So behielten sich z. B. Großbritannien, die Niederlande und die skandinavischen Länder vor, weiterhin gegen Deutschland zu diskriminieren.

In den Vereinigten Staaten reagierte man zusehends unmutig auf derlei zögerliches Vorgehen. Im Kongreß und in der Administration machte sich die Meinung breit, daß Europa zu sehr auf amerikanische Hilfe und zu wenig auf eigene solidarische Anstrengungen baue. Die Fortführung des Marshallplans geriet in Gefahr. Ende Oktober 1949 kam der Chef der ECA, Paul Hoffmann, nach Europa, um dies den Repräsentanten der OEEC-Länder auf deren nächster Ratstagung unmißverständlich klar zu machen und auf Intensivierung ihrer Einigungsbemühungen, insbesondere auf eine Beschleunigung der Liberalisierung des Handels und der Einrichtung eines multilateralen Zahlungssystems zu drängen<sup>19</sup>. Eingedenk des Ernstes der Lage beschloß der Rat umgehend, bis zum 15. Dezember mindestens die Hälfte des laufenden Handels auf private Rechnung in jeder der drei Warengruppen (Nahrungsmittel, industrielle Rohstoffe, Fertigwaren) zu liberalisieren und Ende Januar 1950 über eine Erhöhung dieser Quote zu entscheiden. Die Entscheidung vom 31. Januar sah dann vor, den Grad der Liberalisierung auf 60% zu erhöhen, sobald ein zufriedenstellendes Zahlungssystem eingerichtet sei.

Der praktisch-politische Gang der Dinge hatte die Logik der Sache überholt und die Verhältnisse verkehrt. Die Einrichtung eines flexiblen multilateralen Zahlungssystems hätte die Liberalisierung des Handels vorbereiten sollen. Nun verlangte, umgekehrt, der kaum vorbereitete Stoß in die Liberalisierung die nachträgliche Sicherung durch erweiterte Möglichkeiten des multilateralen Zahlungsausgleichs. Die Chancen und Gefahren jenes Stoßes lassen sich am deutschen Beispiel eindrucksvoll verdeutlichen.

Von Januar bis Oktober 1949 importierte Westdeutschland aus den Ländern der OEEC und deren überseeischen Besitzungen Waren für durchschnittlich 72,8 Millionen Dollar im Monat. Der Export dorthin erbrachte durchschnittlich 72,1 Millionen Dollar. Gleich nach Beginn der Liberalisierung stiegen die Einfuhren sprunghaft an und pendelten sich in den nächsten Monaten auf wesentlich höherem Niveau ein. Der Anteil der Importe aus dem OEEC-Raum an den gesamten Importen stieg von knapp 50% auf rund zwei Drittel. Die Ausfuhren folgten mit einiger Verzögerung. Von November 1949 bis Juni 1950, bis zum Beginn des Korea-Krieges also, wurde für durchschnittlich 120,7 Millionen Dollar im Monat importiert und für durchschnittlich 95,4 Millionen Dollar im Monat exportiert. Die Importwerte lagen um

<sup>18</sup> Die Bundesrepublik liberalisierte mit Wirkung vom 4. 11. 1949 35% ihrer Importe, zu drei Viertel Nahrungsmittel und Rohstoffe.

<sup>19</sup> Über den Hintergrund dieser „Integrations“-Rede und zunächst weiterreichende Absichten Hoffmanns siehe Hogan, *Marshall Plan*, S. 272 ff.; Milward, *Reconstruction*, S. 295 ff.; Wexler, *Marshall Plan*, S. 156 ff.

rund zwei Drittel, die Exportwerte um rund ein Drittel<sup>20</sup> höher als zuvor; und dies bei kaum veränderten Preisen. Die Begleiterscheinung des ungleichen Wachstums war ein Handelsbilanzdefizit von insgesamt 202 Millionen Dollar. Das entsprach 21% des Importwerts. Zwei Drittel davon liefen allein in den ersten drei Monaten auf. Im Winter 1949/50 näherte sich die Bundesrepublik den Grenzen ihrer Kredit- und Kompensationsmöglichkeiten, die kümmerlichen Devisenreserven waren fast erschöpft. Zahlungsunfähigkeit drohte. Die Notenbankleitung schrieb alarmierende Briefe an den Bundeswirtschaftsminister. Ganz unverhofft verzog sich die akute Gefahr aber noch einmal. Die anfangs hochaufspringende Importwooge flachte etwas ab. Das mochte daran liegen, daß ein starker Nachholbedarf für das Erste gedeckt war, lag wohl auch am Abflauen der Binnenkonjunktur und lag vor allem daran, daß sich die Importeure mit Nahrungsmittel- und Rohstoffeinkäufen neuerdings betont zurückhielten. Die Primärgüter-Preise gaben nämlich allerorten nach. Man setzte auf weiteren Preisverfall, schob Bestellungen deshalb nach Möglichkeit hinaus und plünderte in der Zwischenzeit die Lager. Unter diesen Umständen schrumpfte das Handelsbilanzdefizit und verschwand schließlich.

Aber die Umstände konnte natürlich nicht von Dauer sein. Im Gegenteil: Die zeitweise Importabstinenz bereitete die nächste Importwelle – und mit ihr neue Defizite – vor. Ohne verbesserte Zahlungs- und Kreditmodalitäten in Europa war die plötzliche Teilliberalisierung des Außenhandels allenfalls durch Zufall und mit Glück durchzuhalten. Und das galt nicht nur für die Bundesrepublik, es galt akut auch für mehrere andere, latent für alle OEEC-Mitglieder.

#### *Der Lösungsvorschlag der ECA*

Da man sich dieser Gefahr von vornherein bewußt gewesen war, wurde an mehreren Orten zugleich intensiv über ein tragfähiges Zahlungssystem nachgedacht. Die ECA begann bereits vor Hoffmanns Rede mit der Ausarbeitung einer Vorlage. Am 9. Dezember 1949 legte sie der OEEC das Konzept einer Europäischen Zahlungsunion vor<sup>21</sup> und empfahl dringend, dieses Konzept rasch in die Praxis umzusetzen.

Hiernach sollten die Länder der OEEC, einschließlich der England währungswirtschaftlich verbundenen Gebiete, ihren gesamten zwischenstaatlichen Zahlungsverkehr in laufender Rechnung über Verrechnungskonten bei einer gemeinsamen Clearing-Stelle abwickeln. Die Zahlungsbeträge sollten nach Maßgabe der gängigen Wechselkurse aus den nationalen Währungen in eine supranationale Werteinheit umgerechnet werden. Die Clearing-Stelle glich die zweiseitigen Überschüsse und die Defizite der Länder periodisch gegeneinander ab. Ergab sich hieraus für ein Land ein

<sup>20</sup> Daß die Exporte wesentlich weniger zunahmen als die Importe, dürfte zu einem unbestimmten Teil der effektiven DM-Aufwertung (im Europahandel) im September 1949 zuzuschreiben sein. Eine ebenfalls ungewisse Rolle spielte auch, daß andere europäische Staaten zurückhaltender liberalisierten als die Bundesrepublik oder die Bundesrepublik von der Liberalisierung ausnahmen.

<sup>21</sup> HADB 3363. Zum Folgenden: Triffin, *Europe*, S. 161 ff.; Hogan, *Marshall Plan*, S. 295 f.

Gesamtüberschuß, so hatte dieses Land einen Zahlungsanspruch, ergab sich ein Gesamtdéfizit, so hatte es eine Zahlungsverpflichtung an die Clearing-Stelle. Jedes Land bekam eine sogenannte „Quote“ zugeschrieben. Die Quote drückte einen Geldbetrag – gemessen in Werteinheiten – aus, dessen Höhe sich am Umfang seines Außenhandels orientierte. Im Rahmen der Quote konnten Zahlungsansprüche an die Clearing-Stelle nur zum Teil eingelöst und mußte Zahlungsverpflichtungen an die Clearing-Stelle nur zum Teil nachgekommen werden. Den jeweils anderen Teil mußten die Überschußländer der Clearing-Stelle, mußte die Clearing-Stelle den Defizitländern kreditieren. Dabei sollte das Verhältnis zwischen Zahlungen und Krediten nicht über die ganze Quote hinweg gleichbleiben. Die Quote sollte vielmehr in mehrere Tranchen unterteilt werden. Die erste Tranche war vollständig zu kreditieren. Von der zweiten Tranche an mußten die Schuldner einen zunächst kleinen, aber von Tranche zu Tranche wachsenden Teil ihrer weiteren Verpflichtungen an die Clearing-Stelle mit Gold- oder Dollarzahlungen ausgleichen. Dafür durften keine Dollars aus der Marshallplan-Hilfe verwendet werden. Dagegen erhielten die Gläubiger von der zweiten Tranche an einen zunächst großen, aber von Tranche zu Tranche abnehmenden Teil ihrer steigenden Ansprüche an die Clearing-Stelle in Gold oder Dollars ausbezahlt. Der gegensätzliche Verlauf sollte die Schuldner *und* die Gläubiger dazu veranlassen, den binnenwirtschaftlichen Ursachen ihrer anhaltenden Zahlungsbilanzungleichgewichte mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu Leibe zu gehen: die Schuldner durch zunehmenden Druck auf ihre Gold- und Dollarreserven, die Gläubiger dadurch, daß ihnen Gold und Dollars zunehmend vorenthalten wurden<sup>22</sup>.

Mit solcher im Verfahren angelegter Ermunterung zum aktiv wirtschaftspolitischen Zahlungsbilanzausgleich sollte es aber nicht sein Bewenden haben. Das Konzept der Marshallplan-Verwaltung sah vielmehr vor, daß die Zahlungsunion von einem hochkarätigen supranationalen Management mit ausgedehnten Befugnissen geleitet würde. Das Management sollte die wirtschaftlichen Verläufe und die wirtschaftspolitischen Maßnahmen in den Teilnehmerländern ständig beobachten und bei Bedarf mit Ratschlägen, Empfehlungen und womöglich mit materieller Hilfe auf die Entwicklungen einzuwirken versuchen. Länder – seien es Schuldner, seien es Gläubiger –, die einen bestimmten Prozentsatz ihrer Quote überschritten, sollte es einer eingehenden Sonderprüfung unterziehen und gegebenenfalls zu wirtschaftspolitischen Gegenmaßnahmen verpflichten.

Die Europäische Zahlungsunion garantierte nach den Vorstellungen der ECA den multilateralen Ausgleich der zweiseitigen Überschüsse und Defizite ihrer Mitglieder und stellte in beträchtlichem Umfang internationale Kredite zur Verfügung; ihr Verrechnungs- und Kreditmechanismus ermunterte Schuldner und Gläubiger zur wünschenswerten Beseitigung von dauerhaften Ungleichgewichtslagen, und ihre Ver-

<sup>22</sup> Überdies verknüpften die Gold- und Dollarzahlungen die geplante Zahlungsunion mit dem Rest der Weltwirtschaft. EZU-Schuldner mußten zusehen, daß sie außerhalb Europas Dollar verdienten. EZU-Gläubiger konnten gegebenenfalls außereuropäische Defizite mit Dollar ausgleichen, die sie in Europa verdienten.

waltung war ein Institut des wirtschaftspolitischen Rückhalts und der wirtschaftspolitischen Integration der europäischen Länder.

### *Der Streit um die Lösung*

Man sollte meinen, daß Einsicht in die Notwendigkeit und den Nutzen der Einrichtung rasch zur Annahme der Grundsätze, zu nötiger Präzisierung von Einzelheiten und zur praktischen Umsetzung des Plans führte. Das war nicht der Fall. Das Ideal einer europäischen Solidargemeinschaft zur Bewältigung gemeinsamer Probleme war das eine, ein anderes die Pragmatik nationaler Nutzenmaximierung. Sie ließ das von allen Seiten im Prinzip begrüßte Projekt eines europäischen Zahlungs- und Kreditverbundes alsbald in die Mühle hochkontroverser und deshalb außerordentlich zäher, zuweilen lähmender Ausschuß- und Sachverständigenberatungen in den Gremien der OEEC geraten. Zeitweise drohte es, darin aufgegeben zu werden.

Kurz nachdem die ECA ihren Entwurf vorgelegt hatte, erblickten nicht weniger als vier konkurrierende Pläne das Licht der Öffentlichkeit. Sie stammten von der niederländischen, der dänischen und der britischen Regierung sowie vom Generalsekretariat der OEEC<sup>23</sup>. Ein Ausschuß von Finanzexperten aus acht Ländern erhielt den Auftrag, ein mehr oder weniger vermittelndes sechstes Konzept auszuarbeiten. Die Kommission entledigte sich des Auftrags erstaunlich schnell und – so konnte man annehmen – erfolgreich. Am 30. Dezember 1949 akzeptierte der Rat der OEEC ihr Konzept und reichte es zur weiteren praktisch-technischen Ausgestaltung zurück. Das Konzept wich in einigen wesentlichen Punkten vom Vorschlag der ECA ab. Die ECA gab ihm gleichwohl ihren Segen<sup>24</sup>. Der gemeinsame Ausgangspunkt zügig-konstruktiver Arbeit an der baldigen Verwirklichung einer europäischen Zahlungsunion schien gefunden worden zu sein. Tatsächlich war der Grund vielfältiger Bedenklichkeit und heftigen Streits gelegt worden.

Es war beabsichtigt, daß der Rat am 26. Januar 1950 über das Ergebnis der fortgesetzten Ausschußarbeit berate. Mittlerweile war man bei der dritten Revision des ursprünglichen Entwurfs angelangt<sup>25</sup>. Dabei war aus dem Entwurf ein Dokument des Zerwürfnisses geworden. Statt einvernehmlicher Lösungen waren darin vorwie-

<sup>23</sup> Das Programm des Generalsekretariats vom 18. 12. 1949 (TFD/DL/1950/2) und das Memorandum der britischen Delegation vom 14. 12. 1949 (TFD/BL/1950/3), in: HADB 3363. Dort auch eine Synopse der beiden Vorschläge und des ECA-Entwurfs (TFD/DL/1950/4) vom 20. 12. 1949. Zur Entstehungsgeschichte der EZU auch die knappe zeitgenössische Darstellung von Albert O. Hirschman, *The European Payments Union. Negotiations and the Issues*, in: *The Review of Economics and Statistics* 33 (1951), S. 49–55.

<sup>24</sup> OEEC, TFD/DL/1950/8 (1. Revision) vom 30. 12. 1949, in: HADB 3373.

<sup>25</sup> Die zweite Revision vom 16. 1. 1950 und die dritte Revision vom 24. 1. 1950, in: HADB 3363. Ein Mitglied der deutschen Delegation berichtete am 16. 1. 1950 an die Bank deutscher Länder, daß die Gegensätze „wahrscheinlich nur überwunden werden, wenn die ECA-Verwaltung einen sehr starken Druck ausübt“. Vermerk vom 17. 1. 1950, in: HADB 3373. Kurzbericht über die Sitzung der Finanzexperten-Arbeitsgruppe des Arbeitsausschusses Nr. 3 des Verwaltungsausschusses vom 18. bis 22. 1. 1950 vom 23. 1. 1950 von Hans Möller, in: HADB 3363.



gend Lösungsalternativen sowie entgegengesetzte Standpunkte und Forderungen aufgereiht. Auch auf den Zwischenebenen der Gremien-Hierarchie in der OEEC gelang kein Ausgleich. Eine offizielle Vorlage beim Rat kam nicht zustande. Anfang Februar wurde versucht, die festgefahrenen Verhandlungen dadurch wieder in Gang zu bringen, daß man sie in einen anderen, stärker politisch inspirierten Ausschuß auf höherer Ebene verlegte. Der Ausschuß begann seine Tätigkeit mit einer Bestandsaufnahme der strittigen Punkte<sup>26</sup>. Er kam auf fünfzehn, zuzüglich vier britischer Sonderwünsche. Die folgenden eineinhalb Monate verstrichen mit der Sammlung statistischen Materials und mit instruierenden Gesprächen der Delegierten in ihren Heimatländern. Anschließend setzte der Ausschuß eine Reihe von Arbeitsgruppen ein, die sich mit technischen Einzeldingen zu befassen hatten. Die Einigung über die Verfahrensgrundsätze machte indes keine Fortschritte. Ende April war man dem Ziel nicht näher als Ende Januar. In mancher Hinsicht war man sogar weiter davon entfernt, weil drei Monate aufreibender Vergeblichkeit vielerseits Unmut, Ermattung und eine Neigung zur Aufgabe hervorgerufen hatten. Daß nicht aufgegeben wurde, war kaum mehr dem Willen zu verdanken, trotz allem ein Institut wechselseitig-europäischer Hilfe zu stiften, es lag vor allem in der gemeinsamen Furcht begründet, andernfalls der amerikanischen Hilfe verlustig zu gehen<sup>27</sup>.

Das Konfliktpotential und die Konfliktlagen, an denen das von jedermann als nötig und nützlich erachtete Projekt dennoch zu scheitern drohte, waren außerordentlich vielgestaltig und verwirrend<sup>28</sup>. Zum Teil ging es um Gestaltungs- und Verfahrensgrundsätze, die nationale wirtschaftliche Interessen berührten, zum Teil um Verfahrenstechniken, die die Funktionstüchtigkeit des Systems betrafen. Der Streit um die Techniken lief freilich nur nebenher und mag auf sich beruhen. Wesentlich war die Auseinandersetzung über die Grundsätze. Sie schied die OEEC-Mitglieder in drei, allerdings von Fall zu Fall nicht immer ganz eindeutig bestimmbare Parteien. Der ersten Partei gehörten die mutmaßlichen Gläubiger, der zweiten die mutmaßlichen Schuldner der geplanten Zahlungsunion an. Die dritte Partei war Großbritannien – ein mutmaßlicher Schuldner mit Sonderstatus und Sonderinteressen. Der Parteibildung haftete ein gutes Stück Irrationalität an. Die Länder ordneten sich nach dem aktuellen Stand ihrer innereuropäischen Zahlungsbilanzen den präsumtiven Gläubigern oder den präsumtiven Schuldnern zu. Die aktuellen Zahlungsbilanzen ließen aber natürlich nur ganz unsichere und möglicherweise irreführende Schlüsse auf die zukünftigen zu. Diese hingen von vielen unvorhersehbaren Einflüs-

<sup>26</sup> OEEC, Trade and Finance Directorate TF/DI/52 vom 8. 2. 1950, in: HADB 3363.

<sup>27</sup> Niederschrift über die Sitzung des ERP-Arbeitsstabes des ZBR vom 20. 4. 1950, in: HADB 3373. Zur Kritik am Plan der ECA in den USA Wexler, Marshall Plan, S. 161 ff.

<sup>28</sup> Die Positionen einzelner Länder referiert Hogan, Marshall Plan, S. 299 ff. Hogan stellt die Auseinandersetzungen über die EZU in aufschlußreicher Weise in weitere wirtschafts- und sicherheitspolitische Zusammenhänge, reduziert sie dabei freilich der Anlage und Quellengrundlage seines Buches gemäß, m. E. aber zu nachdrücklich auf britische Widerstände gegen supranationale Formen europäischer Einigung und auf daraus resultierende amerikanisch-britische Auseinandersetzungen.

sen und Entwicklungen ab. Es war nicht auszuschließen, daß Länder aufgrund gegenwärtiger Umstände kurzfristig gegen ihre späteren Interessen stritten. Dem Streitmut tat das keinen Abbruch.

Wortführer der „Gläubiger“ waren Belgien, Italien und die Schweiz, Wortführer der „Schuldner“ Großbritannien und die skandinavischen Länder. Die Bundesrepublik hielt sich im Winter zu den Schuldner<sup>29</sup>, rückte aber, je günstiger sich die Handelsbilanz ausnahm, um so weiter von ihnen ab und nahm am Ende einen gemäßigten Gläubiger-Standpunkt ein.

Die Debatte drehte sich im einzelnen um folgendes: Zunächst einmal war man sich – weitgehend unabhängig davon, wer sich den Gläubigern oder den Schuldnern zurechnete – uneins darüber, ob die erstrebte Einrichtung eine Clearing-Stelle mit Kredit-Fazilitäten oder ein weniger flexibler Währungs-Pool sein sollte. Die Mehrheit der Länder neigte freilich einer Clearing-Stelle zu, und die Minderheit war bereit, darauf einzugehen. Diese Clearing-Stelle sollte nun zwei Arten von Kredit zur Verfügung stellen bzw. beanspruchen: einen kurzfristigen und einen mittelfristigen Kredit. Beide waren limitiert und zu verzinsen. Der kurzfristige Kredit wurde gewährt und genommen, ohne daß gleichzeitig Dollarzahlungen fällig waren. Die Inanspruchnahme des mittelfristigen Kredits ging hingegen mit Dollarzahlungen einher. Kurzfristige Kredite mußten nach Ablauf der Frist mit Dollars zurückgezahlt oder in mittelfristige Kredite umgewandelt werden. Das sollte ein zusätzlicher Anreiz für die Defizit-Länder sein, die Ursachen ihrer Defizite zu beseitigen.

„Gläubiger“ und „Schuldner“ stritten nun darum, wie groß die beiden Kreditzonen und wie lang die Laufzeiten der kurzfristigen Kredite sein sollten, stritten ferner um das quantitative Verhältnis von Kredit und Dollarzahlung in der zweiten Zone sowie um die Kredit-Konditionen und stritten schließlich darüber, was zu tun geboten und erlaubt sei, wenn beide Kreditlinien überschritten wären. Die Gläubiger optierten für knapp bemessene, die Schuldner für ausgedehnte Zonen, die Gläubiger für eine relativ kurze, einjährige, die Schuldner für eine relativ lange, zweijährige, Laufzeit. Die Gläubiger strebten danach, daß sie sofort nach dem Übergang vom kurz- zum mittelfristigen Kredit ein beträchtliches Dollar-Äquivalent erhielten und die Schuldner ein beträchtliches Dollar-Äquivalent zahlten. Mit zunehmender Ausschöpfung des mittelfristigen Kredits sollte das Verhältnis zwischen den Kredit- und den Dollarbeträgen in beiden Fällen abnehmen. Die Schuldner wollten, daß eine erste Tranche des mittelfristigen Kredits „dollarfrei“ gegeben würde und die Gläubiger anschließend abnehmende Dollar-Äquivalente erhielten. Natürlich lag den Gläubigern an hohen, den Schuldnern an niedrigen Zinsen. Schließlich verlangten die Gläubiger, daß jenseits der Kreditlinien alle Überschüsse und Defizite in vollem Umfang mit Gold oder Dollars ausgeglichen würden, wogegen die Schuldner Möglichkeiten einer situationsgerechten Erweiterung der Kreditgrenzen und/oder ein Recht der Schuldner vorzusehen wünschten, bei voller Dollarzahlung die Importe aus Gläubigerländern zu diskriminieren.

Es war kaum zu vermeiden, daß unter diesen Umständen auch die Art und das

<sup>29</sup> BdL an Blücher am 9. 1. 1950, in: HADB 3373.

Ausmaß der Befugnisse des internationalen Managements in die kontroverse Debatte hineingezogen wurden. Freilich ließen sich die Meinungsverschiedenheiten darüber noch am ehesten in ein allgemeines, wenn auch der Sache nicht eben förderliches Interesse auflösen. Man traf sich im Unwillen, die Handlungsspielräume der nationalen Wirtschaftspolitik von einem supranationalen „board“ merklich einschränken zu lassen, und deshalb in der Neigung, dem Management Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten nach Kräften vorzuenthalten.

Mit alldem war der Konfliktstoff des Projekts aber immer noch nicht erschöpft. Zwei weitere Fragen erregten die Gemüter und sorgten für Zwietracht. Die erste Frage hieß: Sollen neben der multilateralen Zahlungsunion auch weiterhin bilaterale Zahlungsabkommen erlaubt und womöglich gar erwünscht sein? Und falls sie dies seien, wie waren sie dann mit dem Verrechnungs- und Kreditmechanismus der Union zu vermitteln? Und die zweite: Was geschieht mit den bilateralen Guthaben und Schulden, die bis zum Beginn der Zahlungsunion aufgelaufen waren? Sollen sie außerhalb der Zahlungsunion oder über deren Clearing abgewickelt werden? Und wenn sie über das Clearing der Union abgewickelt würden, in welcher Weise dann? In der späteren Praxis der Europäischen Zahlungsunion erwiesen sich beide Fragen als ziemlich belanglos. Dennoch fiel es unendlich schwer, Antworten darauf zu finden, die im vorhinein alle theoretisch zufriedenstellten<sup>30</sup>.

Und dann war da noch Großbritannien und sein Mißverhältnis zwischen den realen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und den weitgehend irrealen wirtschaftlichen und politischen Ambitionen der amtierenden Labour-Regierung. Großbritannien wollte seine besonderen Beziehungen zum Commonwealth nicht aufgeben. Der Wunsch war verständlich und mit einer Mitgliedschaft in der Europäischen Zahlungsunion durchaus in Einklang zu bringen. Darüber hinaus aber bestand die Labour-Regierung wider alle Erfahrung und vernünftige Erwartung darauf, daß Großbritannien die undefinierte Rolle eines unabhängigen Mittlers zwischen den USA und Kontinentaleuropa spiele und daß der Sterling neben dem Dollar wieder zum universell gebräuchlichen Medium des internationalen Zahlungsverkehrs werde. Dies beides paßte mit der einfachen Mitgliedschaft in einer europäischen Zahlungsunion nicht recht zusammen. Jener Mitgliedschaft schienen freilich auch sehr viel schlichtere wirtschaftliche Gegebenheiten und Aussichten entgegenzustehen, namentlich eine unvorteilhafte regionale Zusammensetzung und Entwicklung des britischen Außenhandels, die beträchtliche Leistungsbilanzdefizite im Austausch mit Europa und infolge des beabsichtigten Clearing- und Kreditmechanismus' einen Verlust von Gold und Dollars verhiessen. Verlust von Währungsreserven war nun aber so etwas wie eine traumatische Erfahrung der britischen Wirtschaftspolitiker. 1947 hatten sie deswegen die zuvor erklärte Konvertibilität des Pfundes eilends aufheben müssen, und im September 1949 hatte ein Abstrom von ca. 500 Millionen Dollar innerhalb eines halben Jahres zur 30prozentigen Abwertung des Pfundes

<sup>30</sup> Zu diesen beiden Komplexen OEEC, Intra-European Payments Committee, E. P. U. and Bilateral Agreements PC (50)24 vom 24. 5. 1950, in: HADB 6028.

genötigt. Deshalb wollte Großbritannien nur dann Mitglied einer europäischen Zahlungsunion werden, wenn ihm darin ein – in des Wortes engerer und weiterer Bedeutung – aparter Status zugebilligt würde<sup>31</sup>.

Es ist fraglich, ob OEEC-Europa, sich selbst überlassen, aus diesem Problem- und Konfliktnäuel jemals heraus und in die EZU hinein gefunden hätte. Im späten Frühjahr verlor man in der ECA jedoch die Geduld. Dies um so eher, als eine weitere, als halboffizielles „Arbeitspapier“ umlaufende Neufassung des einstigen Experten-Konzepts dazu tendierte, dadurch über die Differenzen hinwegzukommen, daß versucht wurde, die umstrittenen innereuropäischen Kreditmöglichkeiten und Kreditverpflichtungen einzuschränken und auf außereuropäische Hilfe zurückzugreifen. Mit Unterstützung von Außenminister Acheson, der persönlich in London intervenierte, überzeugte die ECA die europäischen Regierungen davon, daß an dergleichen nicht zu denken sei, daß vielmehr die weitere Verschleppung der Verhandlungen jegliche Hilfe von auswärts in Gefahr brächte. Aus dieser Drohung wurde eine starke Brücke. Über sie fanden die Streitenden im Juni 1950 zueinander<sup>32</sup>. Genau eine Woche vor dem Beginn des Korea-Krieges verabschiedete der Exekutiv-Ausschuß der OEEC einen Organisationsvorschlag des Sekretariats, der schließlich doch die Grundzüge des inzwischen mehr als ein halbes Jahr alten ECA-Entwurfs übernahm, sie um einige Verfahrensregeln ergänzte und Lösungen für erst nachträglich bewußt gewordene Probleme empfahl. Der Rat nahm den Vorschlag am 6./7. Juli an<sup>33</sup>. Es dauerte dann zwar noch zehn Wochen, bis der Entwurf in ein förmliches Abkommen übertragen, das Abkommen unterschrieben und die EZU dadurch – am 19. September 1950 – formell gegründet war<sup>34</sup>. Tatsächlich existierte die EZU aber schon vom 1. Juli an. Seitdem wurde nach ihren Regeln verfahren. Das Abkommen galt rückwirkend, damit der zeitliche Anschluß an das auslaufende Intraeuropäische Zahlungs- und Kompensationsabkommen gewahrt war.

### *Die Lösung: Einrichtung und Verfahren der EZU*

Der ursprüngliche Plan der ECA war folgendermaßen präzisiert und ergänzt worden. Als Wert- und Recheneinheit wurde der Dollar, als Abrechnungsperiode der Monat zugrundegelegt. Während des Monats wurden alle Zahlungen gestundet.

<sup>31</sup> Memorandum des britischen Schatzkanzlers, OEEC C(50)30 vom 27. 1. 1950, in: HADB 3363; Delegation des UK in Paris, Die Stellung des Sterling in einem multilateralen europäischen Zahlungssystem (18. 3. 1950) und: Das europäische Zahlungssystem (20. 3. 1950), in: ebenda. Proposals in Regard to the Establishment of a European Payments Union vom 19. 5. 1950, in: HADB 6028. Die Analyse der britischen Politik bei Milward, Reconstruction S. 308 f. und S. 328 f.

<sup>32</sup> Draft vom 28. 4. 1950, in: HADB 3373. Die Inhaltsangabe Hans Möllers vom 9. 5. 1950, in: HADB 3363. Zur amerikanischen Haltung und Tätigkeit Wexler, Marshall Plan, S. 169 ff.; Hogan, Marshall Plan, S. 297.

<sup>33</sup> OEEC, Council, A European Payments Union and the Rules of Commercial Policy to be followed by Member Countries, C(50)190 (Final) vom 7. 7. 1950, in: HADB 6028. Die „Rules of Commercial Policy“ wurden am 18. 8. 1950 als „Liberalisierungskodex“ etwas verändert erneut verabschiedet. Sie galten als verbindliche Ergänzung des späteren Abkommens über die EZU.

<sup>34</sup> Innerhalb der folgenden 15 Tage mußten alle Länder die 60%-Liberalisierung in Kraft setzen.

Am Ende des Monats verrechnete die Clearing-Stelle die bilateralen Überschüsse eines jeden Landes mit dessen bilateralen Defiziten. Das Ergebnis waren die Nettositionen der Länder. Die Nettositionen wurden über die Zeit hinweg addiert. Das ergab die kumulativen Nettositionen<sup>35</sup>. Die Quoten der Mitglieder betragen 15% der Zahlungseingänge aus dem EZU-Raum und der Zahlungsausgänge in den EZU-Raum im Jahr 1949. Die Quoten wurden in fünf gleich große Tranchen aufgeteilt. Bis zur Grenze der ersten Tranche wurden die kumulativen Nettositionen von Schuldner in vollem Umfang durch Kredit der EZU an die Schuldner und die kumulativen Nettositionen der Gläubiger in vollem Umfang durch Kredit der Gläubiger an die EZU ausgeglichen. In den Grenzen der folgenden Tranchen mußten die Schuldner erst 20%, dann 40%, dann 60% und schließlich 80% des Anstiegs ihrer kumulativen Nettosition mit Dollars decken. Die Gläubiger erhielten in allen vier Tranchen die Hälfte des Anstiegs ihrer Nettosition in Dollar ausbezahlt. Insgesamt konnten Schuldner also Kredit im Wert von 60% ihrer Quote von der EZU erhalten, Gläubiger mußten Kredit im Wert von 60% ihrer Quote an die EZU geben. Das Verfahren wurde „reversiv“ gehandhabt. Nahm – sagen wir – eine kumulative Nettoschuldnerposition in den Grenzen der vierten Tranche ab, verminderte sich der Kredit der EZU an den Schuldner um 40% des Rückgangs, 60% bekam der Schuldner von der EZU in Dollar ausbezahlt. Überschritten kumulative Nettositionen die Grenzen der Quoten, sollten weitere multilaterale Überschüsse und Defizite im Prinzip vollständig mit Dollars ausgeglichen werden. Der Rat der OEEC konnte freilich auf Empfehlung des Direktoriums der EZU vom Prinzip abweichen und Schuldner entgegenkommen. Dem Direktorium war es entgegen ursprünglichen Absichten verwehrt, der Annäherung an die Quotengrenzen durch wirtschaftspolitische Auflagen entgegenzuwirken. Schuldner, die ihre Dollarzahlungen nicht leisten konnten, mußten aus der EZU ausscheiden, Länder, die anderen, im Abkommen festgelegten Verpflichtungen nicht nachkamen, konnten ausgeschlossen werden. Die ECA stellte 350 Millionen Dollar als Start- und Arbeitskapital, überdies für Notfälle einen Hilfsfonds von 100 Millionen Dollar bereit. Die Verfügung über den Hilfsfonds behielt sie sich vor<sup>36</sup>. Bilaterale Zahlungsabkommen wurden erlaubt, aber für meldepflichtig erklärt. Sie durften die Kreditansprüche an die EZU nicht vermehren und die Kreditansprüche der EZU nicht vermindern<sup>37</sup>.

<sup>35</sup> Um es an einem Zahlenbeispiel zu verdeutlichen: Falls die Bundesrepublik im Januar Zahlungsbilanzüberschüsse mit England in Höhe von 30 und mit Frankreich in Höhe von 40 Millionen Dollar, mit Belgien aber ein Zahlungsbilanzdefizit in Höhe von 20 Millionen Dollar auswies, betrug ihre Nettosition bei der Januar-Abrechnung 50 Millionen Dollar. Sie repräsentierte einen Anspruch der Bundesrepublik an die EZU. Falls sich weiter die Nettosition im Februar auf +30 Millionen Dollar und im März – 60 Millionen Dollar belief, betrug die kumulative Nettosition bei der März-Abrechnung +20 Millionen Dollar.

<sup>36</sup> Letter from US Special Representative in Europe to the Secretary General of OEEC vom 18. 8. 1950. Council Document C(50)271, in: HADB 1304.

<sup>37</sup> Das hieß, daß Nettoschuldner grundsätzlich keine bilateralen Kredite gewähren durften, weil der dadurch ausgeglichene bilaterale Überschuß der multilateralen Verrechnung entzogen wurde und den Kreditanspruch des Schuldners an die EZU erhöhte. Gläubiger durften hingegen Kredite an



Die bestehenden Guthaben und Schulden sollten in 24 gleichen Monatsraten über den Verrechnungs- und Kreditmechanismus der Union abgewickelt werden, falls sich die je betroffenen Länder nicht auf eine andere Regelung einigten. Der Bundesregierung gelang es, mit den hauptsächlichlichen Gläubigern der Bundesrepublik, Frankreich und den Niederlanden (= 85% der gesamten Schuldsomme), günstigere Bedingungen auszuhandeln<sup>38</sup>. Den britischen Wünschen wurde durch Zugeständnisse genügt, die Englands „Sonderrollen“-Illusion schmeichelten und in der Realität der Zahlungsunion aller Voraussicht nach ohne sonderlich eingreifende Wirkungen waren<sup>39</sup>.

Alles in allem gab das Abkommen den Forderungen und Interessen der Gläubiger weiter nach als anfangs beabsichtigt gewesen war. Die Quoten waren vergleichsweise gering bemessen, der Dollaranteil nahm bei steigenden Nettoüberschüssen nicht ab, und das Direktorium konnte nicht in die nationale Wirtschaftspolitik hineinreden. Die Last des Ausgleichs außenwirtschaftlich-innereuropäischer Ungleichgewichtslagen war fast ausschließlich den Schuldnern aufgebürdet.

## II.

Die Bundesrepublik war mit den Regelungen im Juni 1950 ausdrücklich zufrieden. Sie sah sich um diese Zeit als künftigen EZU-Gläubiger, dem daran lag, unbeeinträchtigt von Auflagen einer supranationalen Behörde in Europa möglichst viele Dollars zu erwirtschaften, um damit seine Defizite im kommerziellen Überseehandel<sup>40</sup> zu decken. Die Quote der Bundesrepublik wurde auf 320 Millionen Dollar festgelegt.

---

Partnerländer *statt* an die EZU geben. Die Kredite durften freilich nicht größer sein als der kumulative bilaterale Überschuß im Zahlungsverkehr mit dem Kreditnehmer, falls jener Überschuß kleiner war als die kumulative Nettoposition des Gläubigers. Und sie durften nicht größer sein als die kumulative Nettoposition, falls diese kleiner war als der kumulative Überschuß. Würde nämlich im ersten Fall der kumulative bilaterale Überschuß überschritten, entzöge der Gläubiger der EZU Kredit; würde im zweiten Fall die kumulative Nettoposition überschritten, geriete der vormalige Gläubiger in die Position eines Nettoschuldners, auf den natürlich das bilaterale Kreditverbot zuträfe.

<sup>38</sup> BdL, Auslandsabteilung 751/ -50/Ju/Schi, Vertraulicher Bericht über die Ergebnisse und Auswirkungen der Operationen des Agenten im Rahmen der EZU für die erste Abrechnungsperiode, die den Zeitraum vom 1. Juli bis 30. September umfaßt, in: HADB 3321.

<sup>39</sup> So räumte Großbritannien allen Teilnehmerländern, die am Beginn der EZU Pfundguthaben besaßen, das Recht ein, jene Guthaben als „existing resources“ zu behandeln, d. h. sie zur Verminderung oder zum Ausgleich einer Nettoschuldnerposition in der EZU zu verwenden. Wenn sie das taten, übernahm Großbritannien gleichsam die Schulden des Besitzers von Pfundguthaben bei der EZU, während Großbritanniens Schulden bei seinem Gläubiger erloschen. Das Angebot kam der Bundesrepublik sehr entgegen. Sie besaß am 30. 6. 1950 Pfundguthaben im Wert von 14 Millionen Dollar, mit deren Hilfe sie ihre Nettoschuldnerposition in der EZU beträchtlich vermindern konnte.

<sup>40</sup> Mit „kommerziellen“ Überseehandel ist der Handel abzüglich der Marshallplan-Lieferungen gemeint. Wenn man die Marshallplan-Lieferungen einbezieht, hatte die Bundesrepublik 1950/51 einen Überschuß im Handel mit Übersee. Das Ende der Marshallplan-Lieferungen war aber abzusehen.

Über den quantitativ unbestimmten Vorteil der Saldenverrechnung hinaus verschaffte die Gründung der EZU der Bundesrepublik also Zugang zu einem Kreditpotential von 192 Millionen Dollar<sup>41</sup> (= 60% der Quote)<sup>42</sup>. Schließlich konsolidierte sie vom 1. Juli an rund 115 Millionen Dollar bilateraler Netto-Auslandsschulden<sup>43</sup> und entlastete dergestalt die Zahlungsbilanzen der kommenden Monate beträchtlich.

### *Importsog und Nettodefizit*

Der Zeitpunkt, an dem diese Vorteile in Kraft traten, hätte nicht geschickter bestimmt sein können. In der Zwischenzeit hatte nämlich der Beginn des Korea-Krieges einen internationalen Ansturm auf die Nahrungsmittel und Rohstoffe in der Welt ausgelöst. Die Bundesrepublik nahm, zunächst von Weltkriegsfurcht und leeren Lagern, dann vom Willen getrieben, die Kriegskonjunktur nach Kräften auszunutzen, mit Verve daran teil. Die Einfuhrwerte stiegen mit ungeahnter Geschwindigkeit, von Juni bis Oktober um rund zwei Drittel. Im Durchschnitt der vier Monate lagen sie um 40% über den monatlichen Einfuhrwerten im Quartal vor dem Korea-Krieg. Der Anstieg resultierte aus zunehmenden Importmengen und steigenden Weltmarktpreisen<sup>44</sup>. Über die Hälfte ging auf das Konto von Nahrungsmitteln, ein Drittel war Rohstoffen und Halbwaren, der bescheidene Rest Fertigerzeugnissen zuzuschreiben. Räumlich konzentrierte sich der Zuwachs auf das Gebiet der Europäischen Zahlungsunion. Gut 90% der Mehreinfuhren stammten von dort. Die EZU-Einfuhren verdoppelten sich von Juni bis Oktober nahezu und waren im Monatsdurchschnitt um über die Hälfte größer als vor dem Korea-Krieg.

Ohne die gerade mühevoll zustande gebrachten Clearing- und Kreditmodalitäten wäre dies enorme Wachstum nicht möglich gewesen. Die Ausfuhr in den EZU-Raum nahm zwar auch stark zu, hielt aber mit der Einfuhr entfernt nicht Schritt<sup>45</sup>. Die Bundesrepublik kumulierte von Juli bis Oktober ein Handelsbilanzdefizit von ca. 175 Millionen Dollar. Das entsprach einem Viertel des Einfuhrwerts, war aber

<sup>41</sup> Die Bundesregierung hatte ihre bilateralen Ziehungsrechte im Mai erschöpft. Verhandlungen über neue Ziehungsrechte waren eben gescheitert. Siehe Monatsbericht der Bank deutscher Länder (künftig: Monatsbericht), Juli 1950, S. 35.

<sup>42</sup> In der hervorragenden Edition der Kabinettsprotokolle heißt es irrtümlich, daß die Bundesrepublik eine Kreditquote in Höhe von 320 Millionen Dollar erhielt (Bd. 2, S. 745, Anm. 51).

<sup>43</sup> Die Bundesrepublik hatte am 30. Juni 1950 145 Millionen Dollar bilaterale Schulden und 43 Millionen Dollar bilaterale Forderungen. Über 140 Millionen Dollar Schulden und 25 Millionen Dollar Forderungen wurden längerfristige Tilgungsverträge geschlossen, die restlichen Beträge als „existing resources“ (vgl. Anm. 39) verwendet. Quelle wie Anm. 38. Zu den Konsolidierungsverhandlungen und -abkommen Bundesarchiv Koblenz (BA) B 146/472.

<sup>44</sup> Die Durchschnittswerte der deutschen Importe lagen im Oktober 6% höher als im Juni, die Durchschnittswerte der Rohstoffimporte um 8%. Siehe Monatsbericht, August 1951, S. 34.

<sup>45</sup> Auch hier sind Ausfuhr- und Einfuhrwerte gemeint. Der Rückfall der Ausfuhrwerte hinter die Einfuhrwerte ist zu einem kleinen Teil dem etwas schwächeren Anstieg der Ausfuhrdurchschnittswerte (Verschlechterung der terms of trade), überwiegend aber dem viel schwächeren Anstieg der Exportmengen zuzuschreiben.

noch nicht alles. Der weltweite Run auf Nahrungsmittel und Rohstoffe trieb nicht nur deren Preise in die Höhe, er veränderte auch die „terms of payment“. Im ersten Halbjahr 1950 konnten Primärgüter mit relativ langen Zahlungszielen eingekauft und Fertigwaren mit relativ kurzen Zahlungszielen abgesetzt werden. Nach dem Beginn des Korea-Krieges verkehrten sich die Verhältnisse. Angesichts drängender Nachfrage konnten die Produzenten von Nahrungsmitteln und Rohstoffen nun auf sofortiger Bezahlung bestehen, wogegen die Produzenten von Fertigwaren mit langen Zahlungszielen um vermehrten Absatz warben. Die Bundesrepublik importierte vorwiegend Primärgüter und exportierte vorwiegend Fertigerzeugnisse. In den Monaten vor Beginn des Korea-Krieges hatte sie den Großteil ihrer Exporte frühzeitig, teils im Voraus, bezahlt bekommen und den Großteil ihrer Importe erst mit einiger Verzögerung bezahlen müssen. In den folgenden Monaten mußte sie auf den Erlös ihrer Exporte warten, während sie ihre Import-Rechnungen sofort oder im Voraus begleichen mußte<sup>46</sup>. Im Zeichen des ungewöhnlich starken Außenhandelswachstums bedeutete dies, daß der Unterschied zwischen den monatlichen Zahlungsausgängen und den monatlichen Zahlungseingängen bemerkenswert größer war als der Unterschied zwischen den Wareneingängen und den Warenausgängen<sup>47</sup>. Dazu kam ein Defizit beim sogenannten unsichtbaren Handel und die notwendige Tilgung internationaler Schulden. Alles zusammen häufte sie von Juli bis Oktober bilaterale Zahlungsdefizite in Höhe von 327 Millionen Dollar an. Nur 38 Millionen konnten mit bilateralen Überschüssen verrechnet werden. Es blieb ein Gesamtdefizit von 289 Millionen Dollar<sup>48</sup>. Das war die kumulative Nettoposition der Bundesrepublik am 30. Oktober 1950<sup>49</sup>. Nach den Regeln der EZU mußten davon gut 100 Millionen Dollar bar beglichen werden, rund 185 Millionen Dollar wurden kreditiert. Die Bundesrepublik, die vor dem Korea-Krieg geglaubt hatte, ein Gläubiger der EZU zu werden, war unter den Einwirkungen des Krieges zu deren weitaus größtem Schuldner geworden – und dies sehr bewußt.

Bald nach Kriegsbeginn hatte der interministerielle handelspolitische Ausschuß auf Vorschlag des Bundeswirtschaftsministeriums und mit Zustimmung der Alliierten Hohen Kommission ein Einfuhrsicherungsprogramm verabschiedet, das zunehmender Verknappung wichtiger Nahrungsmittel und Rohstoffe vorbeugen und „die verstärkt angelaufene deutsche Gesamtkonjunktur auch von der Importseite her

<sup>46</sup> OEEC, MBC (50) 13, EZU, Consideration of Germany's Position, 20. 11. 1950 (Jacobsson/Cairncross-Gutachten), S. 16 f., in: HADB 13044; Monatsbericht, Juni 1950, S. 35 ff. und Juli 1950, S. 34 ff.

<sup>47</sup> Dabei spielten überdies Gerüchte über eine Aufwertung des Pfundes eine Rolle. Die deutschen Importeure nahmen sie zum Anlaß, Einfuhren aus dem Sterling-Raum möglichst schnell, vor der vermeintlichen Aufwertung, zu bezahlen. Die deutschen Exporteure neigten hingegen dazu, ihre Forderungen an den Sterling-Raum bis nach der vermeintlichen Aufwertung zu stunden. Der größte Teil des deutschen Zahlungsdefizits in der EZU ergab sich aus dem Handel mit dem Sterling-Raum. Es kam freilich zu keiner Pfund-Aufwertung. Im Herbst 1950 verflüchteten sich auch die Gerüchte.

<sup>48</sup> Jacobsson/Cairncross-Gutachten, S. 4, in: HADB 13044.

<sup>49</sup> Alle Daten über die Abrechnungen in der EZU nach dem umfangreichen Material in: HADB 1317.

genügend ... untermauern“ sollte<sup>50</sup>. Das Programm ging über die mutmaßliche Exportfähigkeit der Bundesrepublik bewusst hinaus und rechnete mit einem innereuropäischen Zahlungsbilanzdefizit von 200 Millionen Dollar bis Ende November<sup>51</sup>. Wenn man so will, nahm sich der handelspolitische Ausschuss damit vor, das wirtschaftliche Schäfchen der Bundesrepublik auf Kosten ihrer Partner in der OEEC ins Trockene zu bringen<sup>52</sup>. Alle konnten schließlich nicht Schuldner werden. Die Wirklichkeit – so war zu sehen – übertraf die Planung noch.

Die EZU war auf unvorhersehbare Weise zur notwendigen Voraussetzung eines außerordentlich nachdrücklichen Wirtschaftsaufschwungs in der Bundesrepublik geworden. Das läßt sich mithilfe einer begründeten kontrafaktischen Berechnung verdeutlichen. Wenn es nicht gelungen wäre, in gleichsam letzter Minute die EZU ins Leben zu rufen, hätte allenfalls ein sehr kleiner Teil der bilateralen Überschüsse zur Deckung von bilateralen Defiziten verwendet werden können. Ein sehr großer Teil der 186 Millionen Dollar neuer internationaler Kredite wäre nicht verfügbar gewesen. Es hätten mehr Altschulden getilgt werden müssen. Behutsam geschätzt, hätte die Bundesrepublik Importe im Wert von etwa 200 Millionen Dollar auf andere Art finanzieren müssen. Andere Finanzierungsquellen waren aber kaum zugänglich. An Kapitaleinfuhr war aus mehreren Gründen nicht zu denken und die Währungsreserven hatten trotz Verrechnung und Kredit zugesetzt werden müssen. Deshalb hätte die Bundesrepublik wohl auf Importe im Wert von 200 Millionen Dollar verzichten müssen. Die 200 Millionen Dollar entsprachen ziemlich genau dem Unterschied zwischen dem Einfuhrwert in den Monaten März bis Juni und dem Einfuhrwert in den Monaten Juli bis Oktober 1950. Die Bundesrepublik hätte also in den ersten vier Monaten nach dem Beginn des Korea-Krieges dem Wert nach nicht mehr importieren können als in den letzten vier Monaten davor. Da nun aber die Importpreise im Sommer höher lagen als im Frühjahr, hätten die Importmengen sogar um einiges geringer ausfallen müssen. Dieses Erfordernis wäre mit der Teilliberalisierung des Handels natürlich nicht vereinbar gewesen. Die Bundesregierung hätte die Liberalisierung alsbald rückgängig machen und die gesamte Einfuhr wieder amtlich lenken müssen. Es gibt Hinweise darauf, worauf die staatliche Len-

<sup>50</sup> Vermerk I A5 vom 16. 8. 1950, in: BA B 102/13718.

<sup>51</sup> Vocke an Erhard am 19. 9. 1950, in: HADB 2021.

<sup>52</sup> Erhard an Vocke am 2. 8. 1950: „Wir müssen alles tun, um die derzeitige Konjunktur auszunutzen, sie aber nicht ins Spekulative überdrehen zu lassen. Ich habe meinerseits schon dafür Sorge getragen, daß auf dem gewerblichen Sektor die verarbeitenden Industrien ausreichend mit Rohstoffen versorgt werden ... Zu diesem Zweck werden wir die Ausfuhr von Roh- und Halbstoffen zu drosseln, die der Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie zu fördern versuchen ... Mit der eisenschaffenden Industrie stehe ich ... schon in Verbindung, um deren allzu starke Exportneigung zu drosseln“. In: LEST I 1)1. Erhard an Adenauer (Pers. Geheim!) am 3. 8. 1950: „... daß ich bereits jetzt alles unternommen habe, um den unmittelbaren Export der eisenschaffenden Industrie erheblich einzudämmen. Es kommt ... darauf an, eine reibungslose Versorgung des inneren Marktes sicherzustellen und die Exportkonjunktur vor allem im Bereich hochveredelter Produkte auszunutzen“. Laitenberger, Einführung zur Dokumentation, in: LEST (Hrsg.), Die Korea-Krise, S. 160.

kung hinausgelaufen wäre. Die Fertigwarenimporte waren so gering, daß selbst mit ihrer drastischen Beschränkung nur wenig zu gewinnen gewesen wäre. Der handelspolitische Ausschuß hätte mithin entscheiden müssen, ob er eher dem Drang nach Nahrungsmittelimporten oder eher dem Drang nach Rohstoffimporten nachgab. Nun hat sich das Kabinett mit den wirtschaftlichen Wirkungen und Gefahren des Korea-Krieges mehrfach beschäftigt. Und dabei war ganz unverkennbar, daß ihm die Sicherung der zu rund 50% vom Import abhängigen Ernährung trotz dem außerordentlich starken Wachstum der Nahrungsmittelninfuhren sehr viel mehr Sorgen bereitete als unzureichende Rohstoffzufuhr<sup>53</sup>. Man darf deshalb annehmen, daß es sich bei stark verminderter Verfügbarkeit von internationalen Zahlungs- und Kreditmitteln eher für die überproportionale Einschränkung der Rohstoffimporte als für eine bemerkenswerte Verminderung der Nahrungsmittelimporte entschieden hätte.

Kurz, ohne die glücklich terminierte Einrichtung der EZU hätte die deutsche Industrie nicht über wesentlich mehr Rohstoffe verfügen können als im Frühjahr, sie hätte vielmehr mit weniger auskommen müssen. Von der Rohstoffzufuhr hing aber ihr Produktionsniveau ab. Fremde Rohstoffe waren im rohstoffarmen Deutschland ein Engpaß erster Ordnung. Die Industrieerzeugung konnte zumindest auf mittlere Sicht nicht wachsen, wenn nicht zugleich auch die Einfuhr von Rohstoffen und Halbwaren wuchs. Nun waren die Rohstoffimporte im Frühjahr 1950 hinter der Produktion zurückgeblieben. Die Unternehmen hatten in der verfehlten Erwartung niedrigerer Preise mit Lagerbeständen produziert. Als am Beginn der Korea-Krise der weltweite Ansturm auf Rohstoffe einsetzte und die Preise in die Höhe trieb, wiesen die Läger bedenkliche Lücken auf. Dennoch wuchs die Industrieproduktion im Zeichen eines außerordentlichen Nachfragedrucks in den folgenden vier Monaten um 18%. Die Zahl der Arbeitslosen schrumpfte um einige Hunderttausend. Das war der sogenannte Korea-Boom. Ohne die EZU wäre er infolge Rohstoffmangels ausgeblieben. Wahrscheinlich wäre es sogar zu einem Rückgang der Produktion und höheren Arbeitslosenziffern gekommen. Der Korea-Krieg barg große wirtschaftliche Chancen, aber er barg auch große wirtschaftliche Gefahren für die Bundesrepublik. Auf sich allein gestellt, wäre die Bundesrepublik den Gefahren kaum entronnen. Die EZU ermöglichte es ihr dagegen, die Chancen zu nutzen<sup>54</sup>.

### *Devisennot*

Die Chancen waren freilich limitiert. Das Limit war die deutsche EZU-Quote. Es galt, mit dem Glück und dem fremden Gelde hauszuhalten, wenn dem unverhofften

<sup>53</sup> 84., 89. und 101. Kabinettsitzung vom 18. 7., 11. 8. und 4. 10. 1950, in: Kabinettsprotokolle, Bd. 2.

<sup>54</sup> Dazu im gleichen Sinn die Erinnerungsschrift des Bundesverbandes der deutschen Industrie: „Aus dem Run in der Weltwirtschaft mußte für die deutsche Volkswirtschaft das Beste herausgeholt werden. Daher ließen es alle verantwortlichen Stellen gegenüber der ... EZU zu einer raschen Beanspruchung der Kreditmarge kommen. Die damit erworbenen Rohstoffe waren für die Fortführung der Produktion so lebenswichtig wie die Marshallhilfe“. Fünf Jahre BDI, hrsg. vom BDI, Bergisch-Gladbach 1954, S. 79.



Boom kein außenwirtschaftliches Debakel folgen sollte. Mitte August machte die Bank deutscher Länder den Wirtschaftsminister erstmals darauf aufmerksam, daß die Devisenlage zur ernststen Belastung des erfreulichen Aufschwungs werden könne<sup>55</sup>. Die Warnung verhallte. Fünf Wochen später ließ die Bank Erhard wissen, daß die Gefahr inzwischen akut geworden sei, und riet dazu, die Einfuhren staatlich zu drosseln. Am gleichen Tag berichtete der Leiter der deutschen Vertretung bei der OEEC, Hans Carl von Mangoldt, dem Marshallplan-Ministerium, daß man in Paris höchst besorgt über den deutschen Devisenstatus sei. Er warnte vor weiterer Verschuldung und regte gleichfalls an, dem Importsog mit politischen Mitteln entgegenzuwirken<sup>56</sup>. Erhard wollte hingegen nur zur Besonnenheit aufrufen und im übrigen ruhig abwarten<sup>57</sup>.

Soviel Gelassenheit glaubte sich die Zentralbank um diese Zeit nicht mehr leisten zu können. Sie hatte den gesetzlichen Auftrag, die Währung zu festigen. Internationale Zahlungsunfähigkeit hätte exakt das Gegenteil bewirkt. Sie entschloß sich zu handeln.

Ein beträchtlicher Teil der Importe wurde mit Hilfe von Bankkrediten finanziert. Das Kreditvolumen der Geschäftsbanken hatte sich in den Wochen zuvor ungewöhnlich stark ausgeweitet. Man durfte deshalb hoffen, daß sich der Importsog abschwächte, wenn der Zugang zu Bankkrediten erschwert wurde. Am 20. September beriet der Zentralbankrat darüber, ob die Verteuerung von Krediten durch eine Diskonterhöhung oder die Verknappung ausleihfähiger Mittel durch die Vermehrung der Mindestreserven diesen Zweck schneller und sicherer erfüllte. Er kam rasch darin überein, daß eine Erhöhung der Kreditkosten bei ungezügelter Nachfrage, steigenden Preisen und großen Gewinnchancen auf den Gütermärkten wenig wirkungsvoll wäre, und entschied sich dafür, die Mindestreserven auf Sichteinlagen um 50% hinaufzusetzen und die Mindestreserven auf Termineinlagen zu verdoppeln<sup>58</sup>. Das entzog den Banken ca. 500 Millionen DM leihfähiges Geld. Der Entzug sollte nicht nur die Import-, sondern auch die Binnennachfrage eindämmen und die Produzenten auf die Auslandsmärkte verweisen. Erhard war bei der Beratung zugegen und stimmte der Maßnahme samt ihrem letzten Zweck im Nachhinein zu<sup>59</sup>.

<sup>55</sup> Vocke an Erhard am 12. 8. 1950, in: HADB 2021.

<sup>56</sup> Vocke an Erhard am 19. 9. 1950, in: HADB 2021. Seit Anfang Juli hatte der handelspolitische Ausschuß kontingentierte Importe im Wert von 155 Millionen Dollar ausgeschrieben und liberalisierte Importe im Wert von 623 Millionen Dollar lizenziert. Der Exportwert in dieser Zeit betrug etwa 350 Millionen Dollar. V. Mangoldt an MP-Ministerium am 19. 9. 1950, in: BA B 146/473.

<sup>57</sup> 69. Sitzung des ZBR am 20./21. 9. 1950 (Wortprotokoll), in: HADB 31, auch für das Folgende.

<sup>58</sup> Die Mindestreserven für Sichteinlagen an Bankplätzen wurden von 10 auf 15%, für Sichteinlagen an Nichtbankplätzen von 8 auf 12% und für Termineinlagen von 4 auf 8% hinaufgesetzt.

<sup>59</sup> Später hat Erhard dann mehrfach behauptet, daß er den ZBR zur Erhöhung der Mindestreserven bewegt habe, Erhard an Adenauer am 23. 9. 1950, in: LESt (Hrsg.), Korea-Krise, S. 191: „... ich habe es sozusagen illegal bewerkstelligt, daß der ZBR in seiner letzten Sitzung eine starke Erhöhung der Mindestreserven beschlossen hat. Ich hatte in der Kabinetsitzung den Eindruck, daß Sie sich der Tragweite dieses Schrittes nicht voll bewußt waren ...“. Auch Erhard an Schäffer am 6. 12. 1950, in: ebenda, S. 239f.

Tags darauf eröffnete er die Frankfurter Herbstmesse und sagte zum hellen Entsetzen der Notenbankleitung, daß die Bundesrepublik in einem halben Jahr die Devisenbewirtschaftung beseitigen werde, gerade so, als ob Deutschland in Währungsreserven schwämme und kein Gedanke an die rapide wachsende Verschuldung, an die allmähliche Erschöpfung des EZU-Kredits und an die gebotene Bedachtsamkeit beim Ausnutzen der verbliebenen Möglichkeiten gewendet werden müsse<sup>60</sup>. Weitere drei Tage später, am 25. September, beriet ein Ministerausschuß (Blücher, Erhard, Schäffer, Niklas, Storch, Wildermuth) im Auftrag des Kabinetts darüber, wie beunruhigenden binnenwirtschaftlichen Preissteigerungen entgegengewirkt werden könne. Als ein geeignetes Mittel nannte er „verstärkte Einfuhren“<sup>61</sup>.

Das Devisenproblem wurde inzwischen immer bedrängender. Die Erhöhung der Mindestreserven wirkte nicht nach Wunsch. Anfang Oktober sah die Bank deutscher Länder voraus, daß die Bundesrepublik bei ungehemmtem Fortgang der Importe in vier bis fünf Wochen an der Grenze ihrer EZU-Quote und zugleich auf dem Bodensatz ihrer Devisenreserven angelangt sein würde. Sie legte der Regierung deshalb nahe, die Außenhandelsliberalisierung teilweise auszusetzen und die monatlichen Zahlungsausgänge administrativ auf die monatlichen Zahlungseingänge abzustimmen. Erhard wies das Ansinnen aus prinzipiellen und praktischen Erwägungen zurück<sup>62</sup>. Die Deliberalisierung des Handels wäre ein unerwünschter Rückschritt auf dem Weg in die freie Marktwirtschaft gewesen und die monatliche Übereinstimmung der Zahlungsausgänge und der Zahlungseingänge hätte eine außerordentlich starke Verminderung der Importe bedingt. Kurz zuvor hatte Erhard jedoch im wirtschaftspolitischen Ausschuß des Bundesrates gesagt, daß Rohstoffengpässe der deutschen Wirtschaft gefährlicher seien als die Anspannung der Devisenlage.

Es lag weiterhin bei der Notenbank, des Laufs der Dinge halbwegs Herr zu werden. Sie gab sich damit redlich Mühe, war letztlich aber überfordert. Inzwischen waren nicht nur die Zahlungsausgänge den Zahlungseingängen zusehends weiter enteilt, überdies ballten sich mehr und mehr ungenutzte Einfuhrlicenzen zu einer dräuenden Wolke über Deutschlands internationaler Zahlungsfähigkeit.

Amtliche Lizenzen mußten für jede Art von Einfuhr beantragt werden, auch für die Einfuhr von Waren, die auf der Liberalisierungsliste standen. In solchen Fällen dienten die Anträge freilich nur der läßlich gehandhabten Prüfung, ob die Güter wirklich auf der Liberalisierungsliste standen und ob sie aus einem OEEC-Land ein-

<sup>60</sup> Vocke an Erhard am 22. 9. 1950 und Erhard an Vocke am 26. 9. 1950, in: LEST I 4)71. Acht Tage später – am 30. September – erklärte Erhard die Spitze der Rohstoffkonjunktur für überwunden. Im Oktober lag der Wert der eingeführten Rohstoffe 42% über dem Septemberwert, blieb im November auf diesem Niveau und stieg im Dezember um weitere 16 Prozentpunkte. Am 4. 10. behauptete er im Kabinett, die deutsche Industrie sei mit Rohstoffen für die Produktion im nächsten halben Jahr versorgt. Auch diese Behauptung entbehrte jeglicher realen Grundlage. Erhards Staatssekretär mußte sie in einer der nächsten Kabinettsitzungen korrigieren.

<sup>61</sup> 99. Kabinettsitzung am 27. 9. 1950 (Bericht Blüchers über die Ausschußsitzung), in: Kabinettsprotokolle Bd. 2.

<sup>62</sup> Könneker an Vocke am 8. 10. 1950, in: HADB 2030.

geführt werden sollten. Hatte es damit seine Richtigkeit, konnte die Lizenz nicht verweigert werden. Die Importeure neigten von Anfang an dazu, Lizenzen auf Verdacht und Vorrat zu erwerben. Seit dem Beginn der Korea-Krise horteten sie Lizenzen<sup>63</sup>. Anfang Oktober lagen ungenutzte Lizenzen über einen Einfuhrwert von mehr als einer Milliarde Dollar bei den Importeuren. Sie repräsentierten einen latenten Anspruch auf Devisen im gleichen Wert, bei monatlichen Deviseneinnahmen von etwa 150 Millionen Dollar und erschöpften Reserven.

Am 13. Oktober verfügte der interministerielle Einfuhrausschuß immerhin, daß alle Lizenzen erloschen, zu denen bis zum nächsten Tag kein Einfuhrvertrag vorlag. Die Verfügung reduzierte den Devisenanspruch auf etwa 650 Millionen Dollar. Das schaffte Klarheit, sorgte aber natürlich um so weniger für Beruhigung, als neuer Lizenzhortung damit nicht vorgebeugt war. Um der zumindest entgegenzuwirken, beschloß der Zentralbankrat gleichentags, daß die Importeure beim Empfang einer Lizenz die Hälfte des lizenzierten Einfuhrwerts bar im Zentralbanksystem hinterlegen mußten<sup>64</sup>. Dieses „Bardepot“ wurde erst wieder freigegeben, wenn die importierten Waren in Deutschland eintrafen. Unterdessen kostete es die Importeure Geld, sei es, daß ihnen Zinsen entgingen, sei es, daß sie dafür Kredit aufnehmen und Zinsen zahlen mußten. Damit ihnen die Kreditaufnahme nun aber erschwert werde und einige von ihnen gar nicht in der Lage seien, das Bardepot zu leisten, beschloß der Zentralbankrat ferner, die Geschäftsbanken dazu zu ermuntern, ihr Akzeptkreditvolumen nicht über den gegenwärtigen Stand hinaus auszudehnen. Man hoffte natürlich, daß die beiden Maßnahmen nicht nur die Ansammlung vorerst ungenutzter Importlizenzen, sondern auch die Importe selbst beschränkte. Das war eine schwache und vage Hoffnung. Um diese Zeit konnte niemand mehr guten Mutes glauben, daß derlei Paliativ die Bundesrepublik vor der devisenwirtschaftlichen Erschöpfung bewahren würden. Der Minister für den Marshallplan, Vizekanzler Blücher, sondierte denn auch schon die Möglichkeiten einer Unterstützung aus dem amerikanisch kontrollierten Hilfsfonds der EZU<sup>65</sup>. Mit wenig Aussicht auf Erfolg freilich. Inzwischen waren die Alliierte Hohe Kommission und die ECA auf das drohende Debakel aufmerksam geworden. Beide zeigten sich höchst verärgert, hielten dem Bundeswirtschaftsminister vor, daß er dem Devisen- und Kredit-schwund tatenlos zusehe, und ließen wissen, daß sie Zuschüsse aus amerikanischen Töpfen nicht befürworten würden<sup>66</sup>.

Die Mitteilung konnte zumindest das Wirtschaftsministerium nicht überraschen.

<sup>63</sup> Im zweiten Quartal 1950 waren Importe im Wert von 372 Millionen Dollar lizenziert worden, im dritten Quartal wurden Importe für 1004 Millionen Dollar lizenziert. Jacobsson/Cairncross-Gutachten, Tabelle VI, in: HADB 13044.

<sup>64</sup> Außerordentliche Sitzung des ZBR am 13. 10. 1950, in: HADB 31. Die Bardepotpflicht erstreckte sich auch auf die kontingentierten Importe.

<sup>65</sup> Könniker an Vocke am 8. 10. 1950, in: HADB 2030. Siehe die Tages-Nachrichten des BMW Nr. 844 vom 24. 10. 1950.

<sup>66</sup> Adenauer an Erhard am 18. 10. 1950, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 297; Vocke an Erhard am 24. 10. 1950, in: HADB 3377.

Als der zuständige Abteilungsleiter zwei Monate zuvor das Einfuhrsicherungsprogramm mit der Hohen Kommission besprochen hatte, hatte er behutsam angefragt, ob die Bundesrepublik auf Hilfe aus dem „special assistant fund“ der EZU rechnen könne, falls das vom Programm hervorgerufene Defizit größer als erwartet ausfalle. Der Chef der ECA-Mission in Deutschland nahm die Anfrage zum Anlaß eines Briefes an Erhard, in dem er eine Unterstützung aus dem Hilfsfonds kategorisch ausschloß. Erhards Staatssekretär bestätigte die Zurückweisung und versicherte, daß die Bundesregierung nicht auf fremde Hilfe vertraue, sondern bei der Durchführung des Einfuhrsicherungsprogramms streng darauf achten werde, daß die deutschen Zahlungsmöglichkeiten nicht überschritten würden<sup>67</sup>.

#### Der „Sonderkredit“

Am 20. Oktober 1950 tagte erstmals das Direktorium (managing board) der EZU. Hauptpunkt der Tagesordnung war das deutsche Problem. Die Bundesrepublik war zuvor aufgefordert worden, in einem Memorandum darzulegen, wie die mißliche Lage entstanden sei und wie man sie zu meistern gedenke. Die vorgelegte Denkschrift war ein Dokument der Exkulpation und der Hilflosigkeit<sup>68</sup>. Deutschland habe mit den kreditpolitischen Maßnahmen der Notenbank getan, was möglich gewesen sei und wisse nun nicht mehr weiter. Keinesfalls werde es seine Zahlungsbilanzdefizite nach dem Überschreiten der Quotengrenze mit Dollars decken können. Die Bundesregierung vertraue darauf, daß ihr Beitrag zur Einrichtung eines europäischen Marktes gewürdigt und der Bundesrepublik alle erdenkliche Hilfe der OEEC und ihrer Mitgliedstaaten zuteil werde.

Das Direktorium war nicht davon überzeugt, daß die Bundesregierung dem Übel entschieden genug gewehrt habe und empfahl mit Blick auf die nahe Quotengrenze, daß Deutschland die Liberalisierung vorübergehend aussetze<sup>69</sup>. Die ECA-Verwaltung für Deutschland schloß sich der Empfehlung kurz darauf ausdrücklich an<sup>70</sup>. Die Londoner „Sunday Times“ überschrieb den Abdruck einer Rede des Ratsvorsitzenden der OEEC, des niederländischen Außenministers Dirk Stikker, mit: „Deutschland vor dem Bankrott!“

Wilhelm Vocke, der Präsident des Direktoriums der Bank deutscher Länder, hat wenig später darüber *raisonniert*, was wohl geschehen würde, wenn sich die Bundesrepublik der Empfehlung anbequemen müßte: „Eine Panikstimmung in unserer Wirtschaft mit Run auf die Geschäfte, sprunghaften Preisanstiegen und Lohnerhö-

<sup>67</sup> Hanes an Wirtschaftsministerium am 28. 8. 1950 und Schalfew an Hanes am 15. 9. 1950, in: BA B 102/13718 und BA B 146/473. Mitteilungen über amerikanische Beurteilungen des deutschen Devisen-Notstandes („hemmungslose Bevorratungspolitik“, „gambling“, „spekulative Hortungskäufe“) in: BA B 146/473 und BA B 146/464.

<sup>68</sup> V. Mangoldt, Aide-Memoire for the Members of the Managing – Board on the German Position vis-a-vis EPU vom 20. 10. 1950, in: HADB 13044.

<sup>69</sup> EZU, The Problem of Germany, TED-334/FF/mah vom 23. 10. 1950, in: HADB 13044.

<sup>70</sup> Vocke an Erhard am 24. 10. 1950, in: HADB 3377.

hungen und viel zu weitgehender Drosselung des Imports mit der Folge, daß der Export dann erst recht zum Erliegen kommt. Dann ergibt sich naturgemäß große Arbeitslosigkeit, dann muß es zur Ersetzung der freien Marktwirtschaft kommen ... mit dem politischen Hintergrund einer Gefährdung der gegenwärtigen Regierung<sup>71</sup>.

Sicherlich war das eine eher expressive als analytische Deutung. Sie enthielt Lücken und Sprünge und ermangelte sorgfältiger Ableitungen. Dennoch war sie alles andere als abwegig. Der Korea-Boom nährte sich gutenteils von einer beinahe blindwütigen Nachfrage, die der Angst vor einem Versiegen des Angebots entsprang. Von Angst zur Panik, von übersteigter Nachfrage zu besinnungslosem Raffan war es nur ein kleiner Schritt. Viel spricht dafür, daß die Deliberalisierung viele dazu veranlaßt hätte, diesen Schritt zu tun. Sie verhiß ja tatsächlich Beschränkung und plötzlichen Mangel. Gewiß wären dann die Preise hochgeschneit und die Löhne gefolgt: Vielleicht ohne weiteres, vielleicht erst nach Arbeitskämpfen. Eine höchst beunruhigende Preis-, Lohn- und Streikwelle hatte der Boom ohnehin ausgelöst, die Deliberalisierung hätte sie vermutlich ungemein verstärkt. Deutschlands internationale Konkurrenzfähigkeit hätte schwer gelitten. Die Hoffnung, daß stark und stetig wachsende Exporte es über kurzem ermöglichen, den deutschen Einfuhrbedarf ohne fremde Kredite zu finanzieren, wäre zerronnen. Statt dessen wäre es notwendig geworden, die Importe, unabhängig vom Bedarf, rückläufigen Exporten anzupassen. Verminderte Auslandsnachfrage und geringere Rohstoffzufuhr zögen einen Abfall der Produktion und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit nach sich. Inflation *und* höhere Arbeitslosigkeit hätte die unfertige, ungefestigte und weithin ungeschätzte freie Marktwirtschaft kaum überstanden. Sie hatte Mühe genug, sich gegen die „normalen“ Schwierigkeiten, gegen mäßige Preissteigerungen, Lohn- und Rohstoffengpässe, Kapitalmangel und Devisenknappheit zu behaupten. Ihr Held und Herold Ludwig Erhard stand im Herbst und Winter 1950/51 zur politischen Disposition. Und ob die kleine Koalition Inflation und mehr Arbeitslosigkeit überstanden hätte? Vocke hatte zu Recht Zweifel daran. Es war erst gut ein Jahr her, daß Adenauer einen großen Teil seiner Partei mit taktischer Meisterschaft und gewitzter Überredungskunst dazu gebracht hatte, auf Koalitionsverhandlungen mit der SPD zu verzichten und in das Bündnis mit FDP und DP einzuwilligen<sup>72</sup>. Es liefen inzwischen bereits Listen eines Kabinetts der Großen Koalition um.

Die historische Phantasie ist aufgerufen, darüber zu spekulieren, was der wirtschaftliche Einbruch, das frühzeitige Ende des ordnungspolitischen Experiments und womöglich ein parteipolitischer Orientierungswechsel für die Geschichte der Bundesrepublik bedeuten könnten – in der historischen Wirklichkeit begab es sich anders. Die Bundesrepublik hatte in der gleichen Sache ein zweites Mal Glück.

<sup>71</sup> Ebenda. Siehe auch Vockes Brief an Adenauer vom 14. 10. 1950, in: HADB 2011, und eine ähnliche Lagebeurteilung in einem Vermerk der Grundsatzabteilung des BWM vom 16. 11. 1950 in: BA B 102/12783.

<sup>72</sup> Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952, Stuttgart 1986, S. 619ff. Siehe auch Auftakt der Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949, bearb. v. Udo Wengst, Düsseldorf 1985.



Das EZU-Direktorium hatte dem Rat der OEEC über das deutsche Problem zu berichten und Lösungsmöglichkeiten vorzuschlagen. Dazu hielt es sich nach der Lektüre des deutschen Memorandums noch nicht für ausreichend informiert. Es beauftragte deshalb den Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung der Bank für internationalen Zahlungsausgleich, den Schweden Per Jacobsson, und den Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung beim Generalsekretariat der OEEC, den Briten Alexander Cairncross, mit einem vertraulichen Gutachten über die wirtschaftliche Lage und die außenwirtschaftlichen Aussichten der Bundesrepublik. Jacobsson und Cairncross hielten sich Ende Oktober, Anfang November in Frankfurt und Bonn auf, sprachen mit den Leitern der Notenbank und den wirtschaftspolitisch zuständigen Ministern, sichteten statistisches Material, bildeten sich ein Urteil und einigten sich schließlich auf die Grundzüge eines Lageberichts sowie eines – nicht ausdrücklich erbetenen – Lösungsvorschlags. Die deutlich dominierende Persönlichkeit im Zweiergespann war der siebzehn Jahre ältere, international hochrenommierte Jacobsson. Die Bundesrepublik konnte sich zu seiner Wahl beglückwünschen<sup>73</sup>. Jacobsson war ein entschiedener Verfechter zügiger Handelsliberalisierung in Europa, hielt die Geldpolitik für das am besten geeignete und auch nach Wunsch wirksame Heilmittel in außenwirtschaftlichen Krisenlagen, war wohlmeinend, optimistisch, Westdeutschland geneigt und den Präsidenten der Bank deutscher Länder freundschaftlich verbunden.

Das Gutachten reflektierte diese Einstellung<sup>74</sup>. Es erklärte das überbordende Defizit ohne jede Schuldzuweisungen und stellte fest, daß sich die Notenbank, verspätet zwar, inzwischen aber erfolgversprechend darum bemühe, dessen weiteres Anwachsen unter Kontrolle zu bringen.

Tatsächlich hatte der Zentralbankrat seinen geldpolitischen Widerstand gegen die Importflut inzwischen durch eine Diskonterhöhung von vier auf sechs Prozent verstärkt. Daß er sich davon merklichen Erfolg versprach, ist freilich zweifelhaft. Vierzehn Tage zuvor hatte er sich ausdrücklich keinen Erfolg, sondern mancherlei unerwünschte Begleiterscheinungen davon versprochen und die Diskonterhöhung deshalb mit großer Mehrheit verworfen. In der Zwischenzeit hatten sich die Wirkungszusammenhänge nicht verändert. Eine starke Minderheit hielt denn auch an der Entscheidung fest<sup>75</sup>. Die Mehrheit stieß diese weniger aus ökonomischen als aus

<sup>73</sup> Blücher in der 107. Kabinettsitzung am 31. 10. 1950: „Diese Sachverständigen seien mit großer Aufgeschlossenheit an die Arbeit gegangen und hielten engste Fühlung mit den zuständigen deutschen Stellen. Das Ergebnis des Gutachtens werde vernünftig und sicher nicht ungünstig sein“. In: Kabinettsprotokolle Bd. 2. Vgl. Alec Cairncross, Bericht über die im Auftrag der EZU unternommene Deutschlandreise vom 28. 10. bis 3. 11. 1950, in: LEST (Hrsg.), Korea-Krise, S. 207 ff.

<sup>74</sup> OEEC, European Payments Union, Consideration of Germany's Position MBC (50)13 vom 20. 11. 1950, in: HADB 13044. Der skeptischere Cairncross hat kurz nach der Fertigstellung des Gutachtens in einem Gespräch mit v. Mangoldt (16. 11. 1950) betont, „daß das Gutachten – im Grunde genommen, ohne eine genaue Analyse vorzunehmen – von einer optimistischen Grundannahme ausgegangen ist“. In: BA B 146/473.

<sup>75</sup> Sie schloß sich dem Votum des Bundeskanzlers an, der an der Sitzung teilnahm. Adenauer opponierte heftig gegen die Diskonterhöhung. Er befürchtete von ihr Preiserhöhungen, Lohnsteigerungen

politischen Gründen um. Man wußte, daß Jacobsson die Diskonterhöhung für nötig hielt<sup>76</sup>, und hoffte, daß sie auf das EZU-Direktorium einen guten Eindruck machen würde.

Das Gutachten wurde durch die Diskonterhöhung fraglos vorteilhaft beeinflusst. Falls die Geldpolitik, so hieß es darin weiter, vom Ausgleich des letztthin leicht defizitären Bundeshaushalts und von wirtschaftspolitischer Förderung des vermutlich weiterhin kräftig wachsenden Exports unterstützt werde, würden sich die Devisenausgänge und die Deviseneingänge der Bundesrepublik im Lauf des nächsten Vierteljahres einander angleichen. Bis dahin – Ende Januar 1951 – erhöhe sich bei fortgesetzter Liberalisierung das bisher aufgelaufene Defizit freilich noch um schätzungsweise 170 Millionen Dollar. Doch dies sei im Interesse aller in Kauf zu nehmen. Wenn die EZU der Bundesrepublik eine Möglichkeit verschaffe, an der Handelsliberalisierung festzuhalten, nütze sie damit nicht nur Deutschland, sondern auch dessen Partnern in der OEEC<sup>77</sup>.

Jacobsson und Cairncross trugen ihre Auffassung am 3. November dem EZU-Direktorium vor. Diagnose und Therapieverschlagn wurden zunächst mit Skepsis aufgenommen. Man bestand darauf, daß die Misere gutenteils wirtschaftspolitischer Leichtfertigkeit anzulasten sei und Deutschland wenig Anspruch auf Sympathie und Hilfe geltend machen könne<sup>78</sup>. Allmählich setzten sich aber die Ahnung, daß unter Deutschlands handelspolitischer Isolierung ganz Europa litte, und die Hoffnung, daß die gutachtliche Prognose richtig sei, durch. Am Ende schlug das Direktorium dem Ministerrat vor, der Bundesrepublik großzügig über ihre Devisenschwierigkeiten hinwegzuhelfen<sup>79</sup>. Der Rat folgte der Empfehlung. Er stellte der Bundesregierung am 14. November eine befristete Sonderquote in Aussicht, falls sie binnen zwei Wochen ein wirtschaftspolitisches Programm vorlegte, das die europäische Zahlungsbilanz der Bundesrepublik in überschaubarer Zeit zu aktivieren verspräche.

gen, höhere Arbeitslosenziffern, soziale Unruhen, politische Instabilität. 72. Sitzung des ZBR am 26. 10. 1950, in: HADB 32.

<sup>76</sup> Jacobsson hatte am 25. Oktober in Frankfurt Zwischenstation gemacht und bei Vocke auf die Diskonterhöhung gedrängt. Cairncross, Bericht, in: LESt (Hrsg.), Korea-Krise, S. 208.

<sup>77</sup> „In our view the only solution to the German problem that accords both with her interests and with those of her neighbors is that she should be given time to attain the higher level of trade at which she will no longer be in deficit and will continue to provide the large market for European goods that she now affords ... If Germany were required to take, unaided, the necessary measures to rectify her position, those measures might, in view of the paucity of German reserves, have to be so drastic that they would lead to the reappearance of large-scale unemployment and disruption of trade“. Jacobsson/Cairncross-Gutachten, S. 40 ff., in: HADB 13044. Die Schätzung des kommenden Defizits in Höhe von 170 Millionen Dollar ging auf eine Untersuchung des Bundeswirtschaftsministeriums zurück. Vermerk I A 1 vom 31. 10. 1950, in: BA B 102/12783.

<sup>78</sup> OEEC, Das erste Jahr der EZU. Die Behandlung des deutschen Falles, in: LESt (Hrsg.), Korea-Krise, S. 434 f. Über Meinungsverschiedenheiten im Direktorium siehe Triffin, Europe, S. 81. Auch die deutsche ECA-Mission begegnete dem Gutachten höchst kritisch. Die empfohlenen Maßnahmen wirkten nicht schnell genug. Gespräch Blüchers mit Cattier am 13. 11. 1950, Notiz in: BA B 146/464.

<sup>79</sup> Bericht des Direktoriums der EZU C(50)315 vom 6. 11. 1950, in: HADB 13044.

Die Bundesregierung setzte umgehend einen interministeriellen Redaktionsstab unter Beteiligung der Bank deutscher Länder ein. Nach mehrtägigem Konklave in Königstein unterbreitete der Ausschuß dem Kabinett seine Vorschläge. Das Kabinett nahm sie umstandslos als Denkschrift für den Rat der OEEC an<sup>80</sup>. Es war ein außerordentlich wort-, aber nicht sehr inhaltsreiches Dokument, weitgehend eine Anverwandlung des Jacobsson-Cairncross-Gutachtens und der EZU-Empfehlung an eigene Zwecke<sup>81</sup>, 29 Seiten – voll von gefälligen Beteuerungen vergangenen und künftigen Wohlverhaltens, neben denen sich die Ankündigung kalkulierbar und rasch wirksamer Maßnahmen höchst dürftig ausnahm. Die Bundesregierung berief sich auf die geldpolitischen Bremsversuche der Notenbank<sup>82</sup>, bekannte sich zum restriktiven Ausgleich des Haushalts und zur Förderung des Kapitalmarkts, sicherte die steuerliche Begünstigung des Exports zu und verhiess eine stärkere steuerliche Belastung des Umsatzes und des entbehrlichen Verbrauchs sowie einige weitere steuerliche Eingriffe. Steuerpolitische Maßnahmen bedurften freilich der Gesetzesform, und das Gesetzgebungsverfahren dauerte Monate. Die Bundesregierung räumte das auch ein. Am wirtschaftlichen Problem, dem beizukommen war, gemessen, war das „Programm“ eine Dokumentation wirtschaftspolitischer Ohnmacht. Nach Lage der Dinge konnte es wohl auch gar nicht mehr sein.

Der Rat der OEEC hatte offenbar nicht mehr erwartet. Jedenfalls gab er sich gegen fortdauernde Bedenken und Reserven der ECA<sup>83</sup> zufrieden, und wie auch anders? Das deutsche Krisenbewältigungsprogramm sollte ja weniger der Begründung als der nachträglichen Legitimation der Ausnahme-Entscheidung dienen. Entschieden hatte sich der Rat, als er die Bundesregierung aufforderte, ein Programm vorzulegen. Als er das Programm am 13. Dezember 1950 billigte und die Bedingungen der Sonderquote festlegte<sup>84</sup>, wurde jene Sonderquote längst in Anspruch genommen. Sie betrug 180 Millionen Dollar und war bis Ende April 1951 befristet. Die Bundesrepublik konnte im gleichbleibenden Verhältnis von zwei Drittel Kredit und ein Drittel Dollarzahlung über sie verfügen. Sie erweiterte den deutschen Kreditspielraum in der EZU also um 120 Millionen Dollar, falls die Bundesrepublik zugleich 60 Millionen Dollar

<sup>80</sup> Material über die Entstehung der Kabinettsvorlage in: BA B 146/473. Sondersitzung der Bundesregierung am 23. 11. 1950, in: Kabinettsprotokolle Bd. 2. Bundesregierung an Rat der OEEC, Memorandum über „Maßnahmen zur Verbesserung der deutschen Zahlungsbilanz“ vom 27. 11. 1950, in: LESt (Hrsg.), Korea-Krise, S. 212 ff.

<sup>81</sup> Emminger hat die Sache in seinen Erinnerungen umgekehrt dargestellt. Danach hätten die Gutachter das ihnen passende aus dem deutschen Memorandum entnommen. Der aus den Dokumenten ersichtliche Ereignisablauf läßt diese Version nicht zu. Emminger, D-Mark, S. 51 f.

<sup>82</sup> Unterdessen hatte der ZBR am 1. 12. 1950 beschlossen, das Refinanzierungsvolumen der Geschäftsbanken bis zum 31. 1. 1951 um 10% unter den Stand vom 31. 10. 1950 zu senken, ohne die Banken und die Öffentlichkeit davon zu unterrichten. In: HADB 32.

<sup>83</sup> Hogan, Marshall Plan, S. 357 f. Die ECA und Hochkommissar McCloy vertraten die Ansicht, daß die vorwiegend längerfristigen Wirkungen des Programms den aktuellen Ursachen der Krise beizukommen nicht geeignet waren.

<sup>84</sup> Auszüge aus der 117. Ratssitzung am 13. 12. 1950, in: HADB 1279. OEEC, Council Decision on the Settlement of the Deficits of Germany with EPU, C(50)342 (Final) v. 13. 12. 1950, in: HADB 13044.

für Barzahlungen aufbrächte<sup>85</sup>. Von Mai bis Oktober 1951 sollte der Kreditspielraum um je 20 Millionen Dollar pro Monat reduziert werden. Beträge jenseits der zurückgenommenen Grenze waren zu tilgen<sup>86</sup>. Im übrigen empfahl der Rat den anderen OEEC-Mitgliedern, den deutschen Kreditbedarf dadurch zu vermindern, daß sie mehr deutsche Waren auf ihre Liberalisierungslisten setzten und bei kontingentierten Importen deutsche Waren mit großzügigen Anteilen bedachten.

### *Noch einmal Devisennot*

Ein zwar nicht von Begeisterung getragener, aber einsichtsvoller Akt europäischer Solidarität hatte die Bundesrepublik vor dem außenwirtschaftlichen Bankrott und dessen binnenwirtschaftlichen Konsequenzen bewahrt<sup>87</sup>. Das war eigentlich mehr, als das Land hoffen durfte. Die Unterstützung war freilich mit der Erwartung verbunden, daß die Bundesrepublik die Chance dazu nütze, den Devisenengpaß zu überwinden, und ihren Verpflichtungen ab Mai 1951 unter allen Umständen nachkomme. Die Bundesregierung schien sich ihrer Verantwortung auch wohl bewußt und besten Willens zu sein, ihr gerecht zu werden. Am 27. November 1950 berieten Blücher, Schäffer, Erhard, Dehler, Globke und Vertreter des Zentralbanksystems darüber, wer eigentlich rechtsverbindlicher Schuldner der EZU werde, die Bundesregierung oder die Bank deutscher Länder. Sie kamen zu dem Schluß, daß formell die Bank deutscher Länder Schuldner sein werde, da sie den Kredit abwickle. Politisch und völkerrechtlich habe jedoch die Regierung für die pünktliche Tilgung geradezustehen. „Leider verließ bei dieser für das Wirtschaftsministerium besonders wichtigen Formulierung Minister Erhard die Sitzung.“ In Erhards Abwesenheit waren sich die Teilnehmer weiter darüber einig, „daß entscheidend verantwortlich dafür, daß diese Verpflichtung gegenüber dem Ausland eingehalten würde, der Bundeswirtschaftsminister sei. Er müsse unter Umständen auch den Mut haben, gewisse Devisenkontingentierungen vorzunehmen, auch wenn sie wirtschaftspolitisch nicht sehr erwünscht seien.“ Als öffentliche Proklamation des regierungsamtlichen Verantwortungsbewußtseins wurde abschließend eine später vom Kabinett gebilligte und herausgegebene Erklärung formuliert, in der es hieß, daß die Bundesregierung „alle geeigneten Maßnahmen ergreifen und insbesondere ihre Wirtschaftspolitik so

<sup>85</sup> Das EZU-Direktorium und der Rat der OEEC baten die ECA-Verwaltung, die Aufbringung mit Mitteln aus dem Hilfsfonds zu erleichtern. Die ECA-Verwaltung lehnte die Bitte jedoch ab.

<sup>86</sup> Die Bundesrepublik verpflichtete sich, die EZU bis zum Ende der Tilgung des Sonderkredits über die Durchführung ihres Programms regelmäßig zu unterrichten. Das Direktorium erhielt das Recht, die Durchführung zu beaufsichtigen. Jedes EZU-Mitglied konnte sich über Verstöße gegen das Programm beschweren.

<sup>87</sup> Die von Erhard autorisierte und damit „offizielle“ Schrift über den deutschen Außenhandel in der Frühphase der Bundesrepublik hat diesen Akt der Solidarität später ein wenig undankbar und selbstgerecht mit den überdies schwer verständlichen Worten kommentiert: „Die deutsche Zahlungsbereitschaft von Ende 1950/51 (sic!) wäre bei echter internationaler Verflechtung kaum sichtbar geworden, während sie nun in das Scheinwerferlicht umständlicher, wenn auch wohlmeinender, Beratungen der Pariser Funktionäre geriet.“ Erhard, Rückkehr, S. 102.

einrichten“ werde, daß die Bank deutscher Länder jeglichen finanziellen Verpflichtungen termingerecht genügen könne<sup>88</sup>.

Das klang selbstsicher und entschieden. Die Erklärung stimmte mit der internen Beurteilung der weiteren Entwicklung und mit den Absichten des Bundeswirtschaftsministeriums freilich nicht überein. Im Wirtschaftsministerium akzeptierte man den Kredit vielmehr in der mehrfach geäußerten Erwartung, ihn bei Fälligkeit *nicht* tilgen zu können und abermals das Wohlwollen und die Hilfe der EZU strapazieren zu müssen. So hatte Staatssekretär Schalfjew, als er seinen Minister am 7. 11. über die Empfehlung des EZU-Direktoriums informierte, angemerkt: „Es ist zwar nicht anzunehmen, daß die deutsche Zahlungsbilanz gegenüber der EPU ab Frühling des nächsten Jahres dauernd die für die Rückzahlung des Kredits erforderlichen Überschüsse bringen wird. Es besteht aber begründete Hoffnung, daß ab Juli nächsten Jahres eine Revision der Quoten durchführbar sein wird, so daß es Deutschland dann möglich ist, aus seiner höheren Kreditquote bei der EPU den jetzt aufgenommenen Kredit zurückzuzahlen“. Und in einem Gutachten des Leiters der Grundsatzabteilung zur wirtschaftspolitischen Proklamation des Kabinetts hieß es am 4. 12. 1950, es werde „das natürliche Bestreben der Bundesregierung sein, die aus dem neuen Kredit entstehenden Verpflichtungen, falls sich, wie vermutbar, Abzahlungsschwierigkeiten ergeben, durch neue Kredite abzulösen, nicht durch eine unter allen Umständen erzwungene Abzahlung“. Gemeint war damit, daß die Mittel für die Tilgung weder durch eine wirtschaftspolitisch eingeleitete Drosselung der Konjunktur noch durch die administrative Beschränkung für wichtig erachteter Importe verfügbar gemacht werden sollten<sup>89</sup>.

Angesichts dieser Haltung verwundert es nicht, daß das Wirtschaftsministerium der Bank deutscher Länder noch vor der endgültigen Zuteilung des EZU-Kredits eine äußerst großzügige Vorschau auf die Devisenanforderungen in den folgenden vier Monaten (Dezember 1950 bis März 1951) präsentierte. Das Ministerium wolle, hieß es, in dieser Zeit Lizenzen für *nicht*liberalisierte Rohstoff- und Nahrungsmittelimporte ausgeben, die gut 300 Millionen Dollar an Devisen erforderten. Dazu sei mit Devisenansprüchen im Wert von 275 Millionen Dollar von Inhabern derzeit ungenutzter Lizenzen und Devisenbewilligungen zu rechnen. Weitere ca. 75 Millionen Dollar seien nötig, um handelsvertraglichen Verpflichtungen nachzukommen und fremde Dienstleistungen zu bezahlen. Dies ergab einen Devisenbedarf von rund 660 Millionen Dollar – ohne Zahlungen für bislang nicht lizenzierte freie Importe wohlgemerkt<sup>90</sup>.

In der Bank war man über die kalkulatorische Willkür und die planerische Unbe-

<sup>88</sup> Vermerk des Reg.-Rats Puhls vom Bundeskanzler-Amt über die Sitzung, in: BA B 136/2593.

<sup>89</sup> Der Vermerk Schalfjews vom 7. 11. 1950 und das Gutachten Grafs vom 4. 12. 1950, in: BA B 102/12783.

<sup>90</sup> Erhard an den Präsidenten des ZBR am 20. 11. 1950. Der ZBR hatte am 15. 11. 1950 um eine Vorschau auf die Ausschreibungen bis Ende März 1951 gebeten und dabei auf die außerordentlich beschränkten Devisenverfügbarkeiten hingewiesen. Beide Schreiben in: HADB 2021. Eine noch wesentlich großzügigere Vorschau, die der Vorbereitung des Schreibens diente, in: BA B 102/12783.



kümmerteit gleichermaßen fassungslos. Erfahrungsgemäß führten 75% der ungenutzten Lizenzen in den folgenden vier Monaten zu Devisenzahlungen. Das Wirtschaftsministerium hatte 30% in seine Rechnung eingesetzt. Die Bank deutscher Länder machte eine Gegenrechnung auf. Danach beanspruchten Importe aufgrund alter Lizenzen von Dezember 1950 bis März 1951 Devisen im Wert von 460 Millionen Dollar und liberalisierte Importe aufgrund neuer Lizenzen Devisen im Wert von weiteren 265 Millionen Dollar. Wenn man dazu die 75 Millionen Dollar für handelsvertragliche Verpflichtungen und Dienstleistungen rechne, ergäbe sich ein Devisenbedarf von bereits 800 Millionen Dollar. Die Deviseneingänge seien guten Gewissens mit rund 600 Millionen Dollar zu veranschlagen; überdies stand die 180 Millionen-Dollar-Quote zur Verfügung. An die Vergabe neuer Lizenzen für kontingentierte Importe dürfe unter diesen Umständen eigentlich nicht gedacht werden<sup>91</sup>.

Dennoch wurden neue Kontingente ausgeschrieben. Ganz konnte darauf auch nicht verzichtet werden. Handelsvertraglichen Absprachen war zu genügen, und außerdem hatte die Bundesregierung zusichern müssen, daß sie den Ausgleich von Deutschlands europäischer Handelsbilanz nicht durch eine einseitige Verminderung der nichtliberalisierten Importe anstrebe. Daran hatten mehrere Länder ein vitales Interesse.

Die Lage blieb mithin kritisch<sup>92</sup>. Es bedurfte aller Anstrengungen, sie zu meistern. Finanzminister Schäffer, der über den außenhandelspolitisch motivierten Eingriff in die Steuerpolitik außerordentlich verdrossen war, drängte denn auch in einem Brief an Adenauer „in ernster Sorge“ darauf, daß das Bundeswirtschaftsministerium und das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die Einfuhrlicenzen bewußter und sorgsamer auf die Devisenverfügbarkeit abstimmten<sup>93</sup>. Das klang bedenklich nach stillschweigender Deliberalisierung und lag dem Wirtschaftsminister sehr fern. Erhard wählte alle Schwierigkeiten überwunden und tat im frühen Dezember kund, daß ihm die Rohstoffversorgung und die dafür nötige Bereitstellung von Devisen keine Sorge mehr machten. „Die Frage der liberalisierten Einfuhr könne man als gelöst betrachten“<sup>94</sup>. Ein amtlicher Druck auf die Importe wurde vorerst nicht spürbar. Ganz im Gegenteil: Die Ausschreibungen gingen über das handelsvertraglich Nötige bemerkenswert weit hinaus<sup>95</sup>.

<sup>91</sup> Auslands-Abt. (7 a) an Vocke am 23. 11. 1950, in: HADB 3377.

<sup>92</sup> Siehe die Feststellung der BdL im Monatsbericht November 1950, S. 29, und im Monatsbericht Dezember 1950, S. 4, daß man noch nicht über den Berg sei, die eigentliche Belastungsprobe vielmehr noch bevorstehe.

<sup>93</sup> Schäffer an Adenauer am 1. 12. 1950, in: BA B 136/7863. Am 25. 11. 1950 hatte Schäffer an Globke geschrieben, daß die Bundesrepublik ihre wirtschaftliche Freiheit „um ein Linsengericht von 120 Millionen Dollar verkauft“ habe. In: Ebenda.

<sup>94</sup> Aktenvermerk vom 11. 12. 1950 (vermutlich Vocke): „Die Frage der Rohstoffversorgung ... im Zusammenhang mit der Devisenbereitstellung wurde von Herrn Erhard mit leichter Hand abgetan“. In: HADB 3377.

<sup>95</sup> Feststellung des EZU-Direktoriums auf seiner Sitzung vom 22.–24. 2. 1951. Mangoldt vom 24. 2. 1951, in: HADB 3377.

So überstiegen die monatlichen Einfuhrwerte zwar nicht mehr den außerordentlich hohen Stand vom Oktober<sup>96</sup>, aber sie blieben bis Februar 1951 nur knapp darunter. Von November 1950 bis Februar 1951 lagen sie im Durchschnitt 22% höher als im Zeitraum von Juli bis Oktober 1950. Dennoch sah es zeitweise so aus, als wendeten sich die Dinge hinreichend rasch zu Deutschlands Gunsten. Die Exportwerte nahmen nämlich weiter zu. Das EZU-Handelsbilanzdefizit der Bundesrepublik schrumpfte von 120 Millionen Dollar im September/Okttober auf 80 Millionen Dollar im November/Dezember. Und fast wichtiger noch: Überraschenderweise entspannte sich die Lage auf den Weltmärkten für Primärgüter. Infolge der Entspannung verbesserten sich die terms of payment der Bundesrepublik. Deshalb schmolz das Zahlungsbilanzdefizit noch deutlich stärker zusammen als das Handelsbilanzdefizit, und zwar von 208 Millionen Dollar im September/Okttober auf 67 Millionen Dollar im November/Dezember<sup>97</sup>. Selbst die vorsichtige Bank deutscher Länder ließ sich von diesem günstigen Verlauf in einiger Sicherheit wiegen und willigte Ende Dezember in die Forderung des Wirtschaftsministerium ein, das Bardepot von 50 auf 25% zu senken. Die Senkung sei erwünscht, so argumentierte das Wirtschaftsministerium, weil der höhere Satz die Einfuhr wichtiger Güter erschwere<sup>98</sup>.

Zu Beginn des neuen Jahres zerschlugen sich allerdings die Hoffnungen. Das hatte teils internationale, teils deutsche Ursachen. China hatte offen in den Korea-Krieg eingegriffen. Die Gefahr, daß sich der Krieg über Ostasien hinaus ausweitete, lebte auf. Die internationalen Märkte versteiften sich wieder. Die Primärgüterpreise zogen scharf an, die terms of payment wendeten sich erneut gegen die deutschen Bedürfnisse und Interessen. Zugleich fielen die deutschen Exporte schroff ab. Das lag nicht etwa an einem Rückgang der Nachfrage. Die ausländischen Besteller beklagten vielmehr, daß die deutsche Industrie ihre Aufträge nicht termingerecht ausführe. Es lag an deutscher Lieferunfähigkeit oder Lieferunwilligkeit. Während die Rohstoffzufuhr aus dem Ausland mit Hilfe umfangreicher Devisenkredite stark ausgedehnt worden war, hatte die Produktion des wichtigsten Grundstoffes, der in Deutschland verfügbar war, fast stagniert. Im vierten Quartal 1950 wurden gerade sieben Prozent mehr Steinkohle gefördert als im vierten Quartal 1949. Kohle war damals noch der weitaus wichtigste Energieträger in der Bundesrepublik. Zu Beginn des Korea-Krieges hatten beträchtliche Kohlemengen auf Halde gelegen. Die Halden schwanden jedoch rasch dahin, und bereits im Herbst war von „Kohlenot“ die Rede. Der Bundeswirtschaftsminister bemühte sich vergebens, die Alliierte Hohe Kommission zu einer Senkung der besatzungsrechtlich festgelegten Kohleexport-

<sup>96</sup> Im Oktober waren die Einfuhrwerte um 29% gestiegen. Sie lagen nach diesem Anstieg um 93% höher als im Juni 1950.

<sup>97</sup> Der außerordentlich starke Rückgang war freilich zum Teil buchungstechnisch bedingt. Wegen der Verbesserung der terms of payment reduzierten die deutschen Außenhandelsbanken ihre nicht von der EZU erfaßte Manövriermasse an Devisen um 55 Millionen Dollar. Das entlastete die Nettoposition der Zentralbank um den gleichen Betrag.

<sup>98</sup> Vermerk von Gocht vom 17. 1. 1951, in: BA B 102/12783.

quote zu veranlassen<sup>99</sup>. Im Winter wurde die Not akut<sup>100</sup>. Zuerst und am heftigsten war die Eisen- und Stahlerzeugung betroffen. Sie schrumpfte im Dezember um rund 15% und erholte sich nur sehr langsam von dem Rückschlag<sup>101</sup>. Mangel an Stahl akzentuierte die Kohlenot in den hauptsächlichlichen Exportbranchen der deutschen Industrie. So gaben z. B. die Produktionsindices der Maschinenbauindustrie, der elektrotechnischen Industrie und der metallverarbeitenden Industrie im Dezember bzw. im Januar um etwa 10% nach. Im neuen Jahr übertrug sich der Produktionsrückgang überproportional auf die Exporte. Offenbar zogen die Produzenten die Befriedigung der anhaltend starken deutschen Nachfrage dem mühevolleren Export vor.<sup>102</sup>

All dies zusammen ließ das Handelsbilanzdefizit im Januar und Februar 1951 auf insgesamt 90, das Zahlungsbilanzdefizit gar auf 100 Millionen Dollar steigen. Während die wirtschaftspolitisch verantwortlichen Minister die Bank deutscher Länder noch einer – überdies verschleierte – „Hortungspolitik, die eine Gefährdung der Versorgung bedeute“, ziehen<sup>103</sup>, spitzte sich die Lage ab Mitte Januar ein weiteres Mal dramatisch zu.

In den letzten Januartagen mußte die Bundesregierung den ersten Bericht über die Durchführung und die Wirkungen ihres Krisenprogramms beim EZU-Direktorium abliefern. Der Bericht dokumentierte Vergeblichkeiten und Versäumnisse<sup>104</sup>. Die restriktiv gemeinte Geldpolitik, las man, habe nicht gewirkt. Die Kreditexpansion sei so gut wie ungehindert darüber hinweggegangen. Und die finanzpolitischen Maßnahmen sowie die staatliche Exportförderung befänden sich noch auf dem langen Weg der Gesetzgebung. Die rege Binnennachfrage und der starke Importsog hätten kaum nachgelassen; die Exportaussichten seien verhangen. Die Schwierigkei-

<sup>99</sup> Erhard an AHC am 27. 11. 1950, in: LEST I 1)1; Erhard an Adenauer am 9. 12. 1950, in: ebenda; Erhard an Adenauer am 6. 2. 1951, in: LEST (Hrsg.), Korea-Krise, S. 246 f.

<sup>100</sup> Siehe Der Spiegel vom 27. 9. 1950 und vom 15. 11. 1950. 103. Kabinettsitzung vom 10. 10. 1950, Sondersitzung des Kabinetts am 2. 11. 1950, 115. Kabinettsitzung am 5./6. 12. 1950, in: Kabinettsprotokolle Bd. 2; 120. Kabinettsitzung am 8. 1. 1951, 123. Kabinettsitzung am 16. 1. 1951, in: Kabinettsprotokolle Bd. 4, auch in: LEST (Hrsg.), Korea-Krise, S. 244 f.; dazu Adamsen, Investitionshilfe, S. 85 ff.; Werner Abelshauser, Korea, die Ruhr und Erhards Marktwirtschaft. Die Energiekrise von 1950/51, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 45 (1981), S. 287 ff. In beiden Studien auch die Gründe für die unzureichende Kohleförderung.

<sup>101</sup> Erst im Mai 1951 wurde das Produktionsniveau vom November 1950 überschritten. Diese und die folgenden Zahlen sind den Monatsberichten der BdL entnommen.

<sup>102</sup> Monatsbericht Dezember 1950, S. 2 und S. 35, Januar 1951, S. 2. Blücher in der 132. Kabinettsitzung am 27. 2. 1951, in: Kabinettsprotokolle Bd. 4.

<sup>103</sup> Zit. Blücher. 123. Kabinettsitzung vom 16. 1. 1951, in: Kabinettsprotokolle Bd. 4. Die Minister für Wirtschaft, Wohnungsbau sowie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten stimmten mit Blücher ausdrücklich überein.

<sup>104</sup> Für die Ausarbeitung des Berichts (und für andere wirtschaftspolitische Beratungen) wurde eigens ein interministerieller wirtschaftspolitischer Ausschuß unter dem Vorsitz des Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium ins Leben gerufen. Material dazu in: BA B 102/12580, Heft 2. Report on the Implementation of the German Programme in accordance with paragraph 6 (i) of C(50)342 (Final), in: HADB 13044.

ten und Gefahren erschienen größer, als noch vor einigen Monaten erwartet worden sei. Das Direktorium nahm den Report besorgt und kritisch auf. Es regte sich der Verdacht, daß Deutschland den Sonderkredit dazu verwende, sich auf Kosten seiner Partner mit „Schlüssel-Rohstoffen“ einzudecken, und nicht genug tue, um geeignete Waren vom Binnenmarkt in den Export umzulenken<sup>105</sup>.

Unterdessen bereiteten fortgesetzt umfangreiche Ausschreibungen und Lizenzvergaben weitere hohe Devisenforderungen im Frühjahr vor<sup>106</sup>. Erst Anfang Februar begann sich die Sorge um die internationale Zahlungsfähigkeit gegen den Importeifer durchzusetzen. Der handelspolitische Ausschuß entschloß sich, vorerst keine kontingentierten Einfuhren mehr auszuschreiben<sup>107</sup>. Damit war freilich wenig gewonnen, weil sich zugleich die Lizenzierung liberalisierter Importe beschleunigte<sup>108</sup>. Das Zahlungsdefizit war schon in der ersten Februarhälfte so groß wie im ganzen Monat Januar und größer als im November oder Dezember. Die Bank deutscher Länder teilte dem Bundeskanzler am 16. 2. mit, daß der zusätzliche EZU-Kredit – falls nichts geschähe – gegen Ende des Monats aufgebraucht sei, und riet, im Einvernehmen mit dem EZU-Direktorium nun doch die Liberalisierung auszusetzen<sup>109</sup>.

### *Entliberalisierung und Kreditrationierung*

Die Bundesregierung wußte auch keinen anderen Rat. Am folgenden Tag bat sie von Mangoldt nach Bonn, um die Lage mit ihm zu besprechen. Nach einer Krisensitzung des Wirtschaftskabinetts unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers, an der außer den zuständigen Ministern auch die Präsidenten der Bank deutscher Länder sowie die informellen Berater Pferdenges und Abs teilnahmen<sup>110</sup>, beschloß die Regierung am 21. 2. 1951, die Vergabe von Importlizenzen bis zum 10. 3. einzustellen. Bis dahin sollte die Zustimmung der OEEC zur vorübergehenden Deliberalisie-

<sup>105</sup> Mangoldt an Marshallplan-Ministerium am 12. 2. 1951. In: HADB 3321.

<sup>106</sup> Im Dezember und im Januar wurden kontingentierete Importe im Wert von 245 Millionen Dollar ausgeschrieben und im Wert von 130 Millionen Dollar bewilligt. Dazu wurden Lizenzen für liberalisierte Importe im Wert von gut 270 Millionen Dollar vergeben. Der Exportwert betrug in diesen beiden Monaten 320 Millionen Dollar. Monatsbericht Dezember 1950, S. 42, Januar 1951, S. 23 f.

<sup>107</sup> Schäffer an Vocke am 14. 2. 1951, in: HADB 2043.

<sup>108</sup> In den ersten drei Februarwochen wurden Lizenzen für liberalisierte Importe im Wert von 157 Millionen Dollar ausgegeben. Außerdem wurden für 47 Millionen Dollar bereits ausgeschriebene kontingentierete Importe bewilligt. Wie Anm. 106.

<sup>109</sup> Vocke an Adenauer am 15. 2. und gleichlautender Brief am 16. 2. 1951, in: BA B 136/2594 und in: HADB 3377.

<sup>110</sup> Kurzprotokoll der Sitzung des Wirtschaftskabinetts vom 20. 2. 1951 in: BA B 136/2594. Dort auch die beruhigend gehaltene Pressemitteilung: Die Einfuhren hätten in letzter Zeit das rechte Maß überschritten. Sie müßten nach Art und Umfang überprüft werden. Zu diesem Zweck werde die Freiliste einige Tage außer Kraft gesetzt. Erhard fiel zur Verharmlosung und Legitimation der Entscheidung noch eine besondere dialektische Volte ein. Er erklärte in einer Pressekonferenz, daß die Importbeschränkungen nicht etwa als „Verrat am Prinzip der Liberalisierung“ sondern lediglich als „eine technische Maßnahme, um diesen Grundsatz auch für die Zukunft aufrecht erhalten zu können“ zu verstehen sei. Tages-Nachrichten des BWM Nr. 938 vom 23. 2. 1951.

zung der deutschen Importe erbeten, danach eine weiterreichende Entscheidung getroffen werden. Tags darauf unterrichtete von Mangoldt den Generalsekretär der OEEC von diesem Beschluß<sup>111</sup>. Einen weiteren Tag später beriet das Direktorium der EZU über den deutschen Fall und das deutsche Ansinnen. Enttäuschung, Verärgerung und Vorwürfe beherrschten die Szene. Man beklagte, daß die Bundesregierung die außenwirtschaftliche Notlage fahrlässig verkannt habe, vermißte ihren Willen, den anhaltenden Defiziten mit der nötigen Entschlossenheit entgegenzuwirken, und verdächtigte sie nun ausdrücklich, die deutsche Wirtschaft ohne Rücksicht auf deren internationale Zahlungsfähigkeit und im Vertrauen auf die Hilfe der EZU mit Rohstoffen versorgt sowie den Partnerländern dringend erwünschte Exporte vorzuenthalten zu haben. Eine erneute Erweiterung der deutschen Quote wurde entschieden ausgeschlossen und die weitere Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der EZU nachdrücklich in Frage gestellt. Die kumulative Nettoposition sollte fortan nicht mehr monatlich, sondern täglich ermittelt werden. Sobald sie die vorübergehend ausgedehnte Quotengrenze überschritte und der Überschuß nicht mit Dollar ausgeglichen werden könnte, sollte die deutsche Mitgliedschaft suspendiert werden. Im übrigen wollte das Direktorium am 14. 3. erneut zusammentreffen und danach dem Rat der OEEC berichten. Bis dahin erwartete es von der Bundesregierung verbindliche Mitteilungen darüber, auf welche Weise sie der Lage endlich durch Beschränkung der inneren Nachfrage und des Imports sowie durch rasch wirksame Exportförderung Herr zu werden gedenke. Dabei galt es als beschlossene Sache, wenn auch nicht als ausreichende Maßnahme, daß die Suspension der Liberalisierung über den 10. 3. hinaus beibehalten würde. Bis zum 10. 3. sollte auch die Bewilligung kontingentierter Importe eingestellt, sodann ein staatliches Einfuhrprogramm durchgeführt werden, das die Zahlungsbilanz im Gleichgewicht hielt.

Nun war nicht mehr zu umgehen, daß die Importe ein gutes Stück unter die Exporte gedrückt wurden. Damit konnte die Wirtschaft der Bundesrepublik bei Exportwerten, die inzwischen um rund die Hälfte höher lagen als vor dem Korea-Krieg, bei reger Auslandsnachfrage, die diese Werte weiter zu erhöhen versprach, und bei gefüllten Rohstofflagern<sup>112</sup> inzwischen aber leidlich, vielleicht bald schon gut leben. In der Zwischenzeit hatte das anhaltend reiche Angebot des Einzelhandels und eine gewisse Erschöpfung der privaten Kaufkraftreserven<sup>113</sup> auch die Gefahr von Panikreaktionen auf die unumgängliche Deliberalisierung stark vermindert. Höchst bedrohlich war hingegen die Aussicht, von der Teilnahme an der EZU ausgeschlossen zu werden. Erstens hätte der Ausschluß auch den deutschen Außenhandel in Europa auf die bilaterale Verrechnung zurückgeworfen, zweitens hätten die EZU-Länder deutsche Waren von ihren Liberalisierungslisten genommen und

<sup>111</sup> V. Mangoldt an Blücher am 23. 2. 1951, in: HADB 2033; Mangoldt Nr. 267 vom 24. 2. 1951 mit dem Wortlaut des Board-Berichts für den Rat der OEEC, in: HADB 2015; Mangoldt Nr. 268 vom 25. 2. 1951, in: HADB 3321.

<sup>112</sup> Von Oktober bis Januar hatte der Index der Rohstoffimporte beträchtlich über dem Index der Industrieproduktion gelegen. Monatsbericht März 1951, S. 4.

<sup>113</sup> Ebenda, S. 2. Schon seit geraumer Zeit waren Sparguthaben für Konsumzwecke aufgelöst worden.



sie handelspolitisch diskriminiert, drittens hätten außer dem Sonderkredit der EZU in Kürze auch die 192 Millionen Dollar Quotenkredit getilgt werden müssen. Es war unabsehbar, wie stark der deutsche Europahandel unter dem Druck der Rebilateralisierung und Diskriminierung schrumpfte und unerfindlich, woher unter diesen Bedingungen die Tilgungsraten genommen werden sollten. Die Bundesrepublik hätte sie schuldig bleiben müssen. Ihr ohnehin labiler internationaler Kredit wäre auf lange Sicht zerstört worden.

Ende Februar/Anfang März war dies eine erschreckend reale Aussicht. Die deutsche Nettoposition stand 43 Millionen Dollar vor der Quotengrenze. Das Februar-Defizit hatte 58 Millionen Dollar betragen. Neue Lizenzen wurden zwar nicht mehr ausgegeben, aber es befanden sich noch ungenutzte Lizenzen für Einfuhren im Wert von mehr als 600 Millionen Dollar bei den Importeuren. Der Zentralbankrat unternahm einen letzten, schier verzweifelten Versuch, ihre Nutzung nach Kräften zu erschweren. Man hatte sich längst eingestanden, daß mit den gewöhnlichen Mitteln der Geld- und Kreditpolitik, namentlich mit der Variation der Mindestreserven und des Diskontsatzes, gegen die wiederkehrende Devisennot wenig auszurichten war. Die Banken waren so liquide, daß sie Mindestreserven bis an die Grenzen des gesetzlich Möglichen ohne weiteres verkrafteten, und die Kreditkosten spielten angesichts der Preisentwicklung und Gewinnerwartungen offenbar keine bemerkenswerte Rolle. Deshalb verwarf der Zentralbankrat nach reiflicher Überlegung und ausgedehnter Diskussion die weitere Vermehrung der Mindestreserven sowie eine Erhöhung des Diskontsatzes von 6 auf 10% und beschloß statt dessen, von den Geschäftsbanken kurzweg zu verlangen, daß sie ihr Kreditvolumen im März um insgesamt eine halbe Milliarde und im April um weitere 350 Millionen DM verminderten. Banken, die der Aufforderung nicht folgten, sollten der Möglichkeit verlustig gehen, sich beim Zentralbanksystem zu refinanzieren<sup>114</sup>. Der Beschluß war mit

<sup>114</sup> 97. Sitzung des ZBR am 1. 3. 1951, in: HADB 39. Die Maßnahme hat eine vier Monate dauernde Vorgeschichte. Vocke hatte Bernard erstmals am 25. 10. 1950 vorgeschlagen, das Akzeptkreditvolumen bis zum 30. 12. 1950 um 20% unter den Stand vom 12. 10. 1950 zu senken (in: HADB 2012). Der ZBR hatte am folgenden Tag beschlossen, „daß die LZB anstreben sollen, das gesamte Kreditvolumen der Geschäftsbanken zurückzuführen“, Art und Umfang der Rückführung aber späterer Entscheidung vorbehalten. Der Beschluß wurde nicht veröffentlicht (in: HADB 32). In der folgenden Sitzung, am 1./2. 11. 1950, schlug Vocke vor, das bislang in Anspruch genommene Refinanzierungsvolumen der Banken bei den LZBen bis zum 30. 12. 1950 unter den Stand vom 31. 10. zu drücken. Der ZBR beschloß, daß das Ende der Frist der 31. 1. 1951 sein sollte und die Rückführung von den LZBen „flexibel“ zu handhaben sei. Eine Unterrichtung der Banken unterblieb (in: HADB 32). Anfang Januar stand fest, daß die LZBen den Rückführungsbeschluß nicht energisch in die Tat umsetzten. Mehrere LZBen hatten das Refinanzierungsvolumen sogar kräftig ausgeweitet. Das Kreditvolumen der Geschäftsbanken war im November und Dezember um rund 1 Mrd. DM ausgeweitet worden (Vocke an LZB Hamburg am 3. 1. 1951, in: HADB 2012). Es nahm im Januar weiter zu. Am 31. 1. 1951 beschloß der ZBR eine Verschärfung der Kreditrichtsätze. Das Kreditvolumen nahm im Februar dennoch um weitere 300 Millionen DM zu (Vocke an Erhard am 16. 3. 1951, in: HADB 2021). Am 19. 2. 1951 schlug Vocke schließlich vor, die Kredite der Geschäftsbanken auf ein Niveau zu senken, das 15% über dem Stand vom 30. 6. 1950 lag. Seit dem 30. 6. 1950 war das Volumen der kurzfristigen Kredite von 10,6 Mrd. DM auf 13,2 Mrd. DM gestiegen. 115% des Standes

den Grundsätzen einer freien Marktwirtschaft so wenig konform<sup>115</sup> wie die Rückkehr zur vollen Importkontingentierung. Aber die Rücksichtnahme auf Prinzipien mußte hinter der Bewältigung bedrängender Notlagen zurückstehen. Dennoch schrieb Vocke an Adenauer, daß die Notenbank Ende März wahrscheinlich „vor dem Nichts stehen werde“<sup>116</sup>.

### *Krisenbewältigung*

Glücklicherweise war diese Prognose so falsch wie es die meisten volkswirtschaftlichen Prognosen seit je gewesen sind. In der ersten Märzwoche verschlechterte sich die deutsche Rechnungsposition in der EZU zwar noch in furchterregender Weise<sup>117</sup>, doch dann verkehrte sich das Verhältnis von Zahlungseingängen und Zahlungsausgängen unversehens, und über den ganzen Monat hinweg wies die deutsche Zahlungsbilanz mit den EZU-Ländern erstmals einen kleinen Überschuß aus. Das hatte niemand erwartet und konnte auch keiner so recht erklären<sup>118</sup>. Den größten Anteil daran hatte ein unverhofft steiler Anstieg der Exportwerte. Womöglich hatte sich ein Auftragsstau gelöst<sup>119</sup>, womöglich hatten die Exporteure den Ernst der Lage erkannt und die Lieferungen forciert. Eine gewisse Rolle spielte auch, daß auf den Auslandsmärkten neuerdings höhere Fertiggüterpreise durchzusetzen waren. Die Importwerte gingen zugleich geringfügig zurück. Das war sicherlich *auch* dem Umstand zuzuschreiben, daß der Einfuhrausschuß vorerst keine neuen Lizenzen ausgab, lag aber vor allem daran, daß die verfügbaren Lizenzen weniger stark genutzt wurden als befürchtet. Die Bank deutscher Länder war unsicher, ob sich darin Wirkungen ihrer Kreditrestriktionen, Bezugsengpässe oder andere Ursachen kundtaten.

---

vom 30. 6. 1950 entsprachen 12,2 Mrd. DM. Deshalb sollte eine Verminderung um 1 Mrd. DM angestrebt werden (Vocke an Bernard am 19. 2. 1951, in: HADB 39). Der ZBR beschloß, die Rückführung auf mehrere Monate zu verteilen. Die genauen Beträge lauteten: 496 Millionen DM im März und 348 Millionen DM im April (86./87. Sitzung des ZBR am 24./28. 2. und 1. 3. 1951, in: HADB 39). Im Mai sollten weitere 172 Millionen DM reduziert werden. Das Soll von insges. 1016 Millionen DM wurde übrigens nicht ganz erreicht. Von Anfang März bis Ende Mai wurde das Kreditvolumen auf ein Niveau vermindert, das rd. 850 Millionen DM unter dem Stand vom 31. 1. 1951 lag (Hauptabteilung Volkswirtschaft und Statistik der BdL, Zur Entwicklung der Kredite und des Geldvolumens, 17. 9. 1951, in: HADB 3278. Geschäftsbericht der BdL für das Jahr 1951, S. 8).

<sup>115</sup> Erhard war bereit, sogar noch einen Schritt weiter zu gehen. Am 10. 3. 1951 regte er in einem Brief an Vocke an, daß die LZBen „mit ihren Banken (gemeint waren die Geschäftsbanken in den LZB-Bezirken, Anm. d. Verf.) im einzelnen deren Debitoren durchsehen, um solche Positionen, die der Finanzierung unerwünschter Importe dienen, auszumerzen“. Erhard an Vocke am 10. 3. 1951, in: HADB 2021.

<sup>116</sup> Vocke an Adenauer am 26. 2. 1951, in: HADB 2011.

<sup>117</sup> Monatsbericht März 1951, S. 39. Streng vertrauliches Memorandum der Auslandsabteilung der BdL vom 5. 3. 1951, in: HADB 1279.

<sup>118</sup> Monatsbericht März 1951, S. 38 ff.

<sup>119</sup> Seit Februar wurden im Kohlebergbau Sonderschichten gefahren, die den Kohleengpaß etwas erweiterten. Monatsbericht März 1951, S. 2.

Wie auch immer, das Handelsbilanzdefizit war im März nur ein Viertel so groß wie im Februar und kleiner als je seit Einrichtung der EZU. Eine zufällig und vorübergehend besonders vorteilhafte Entwicklung der Zahlungsverhältnisse machte daraus einen Zahlungsbilanzüberschuß<sup>120</sup>. Damit war die akute Gefahr eines Ausschlusses der Bundesrepublik aus der EZU wegen Zahlungsunfähigkeit abgewendet.

Unterdessen hatte sich auch die anfängliche Erregung im Direktorium der EZU gelegt. Besonnenheit und Solidaritätsdenken gewannen die Oberhand. Als die Bundesregierung am 12. März die geforderte Denkschrift<sup>121</sup> über Mittel und Möglichkeiten der Krisenbewältigung vorlegte, durfte sie darauf hoffen, daß die Bundesrepublik auch nicht wegen Verstoßes gegen die Zwecke und Geschäftsgrundlagen der Union ausgeschlossen werde. Sie teilte in dem Memorandum mit, daß Westdeutschland vorläufig nicht mehr in der Lage sei, auch nur einen geringen Teil der Importliberalisierung aufrechtzuerhalten. Die bislang freien Importe müßten fortan wieder kontingentiert und ausgeschrieben werden, um die Devisenanforderungen unter den Deviseneingängen zu halten. Wobei zunächst keine Lizenzen erteilt werden könnten, die vor dem 1. Juni zu Zahlungen führten. Das gehe nicht ohne Korrektur oder Verletzung gültiger bilateraler Handelsverträge ab.

Das EZU-Direktorium befand, daß die Bundesrepublik Deutschland trotz allem Mitglied der Zahlungsunion bleiben solle. Es billigte die völlige Deliberalisierung der deutschen Importe unter der Voraussetzung, daß die Bundesregierung der EZU-Verwaltung einen wesentlichen Einfluß auf ihre Importprogramme zubillige und auch ermögliche<sup>122</sup>. Den anderen Mitgliedern riet das Direktorium, den Grad der Liberalisierung ihrer Importe aus der Bundesrepublik nicht zu verringern und deutsche Waren auch nicht anderweitig zu diskriminieren. Vielmehr sollten die Gläubiger-Länder die deutschen Bemühungen um eine ausgeglichene Zahlungsbilanz unterstützen und für die anderen Schuldner-Länder zugleich schonend gestalten, indem sie bei der Ausschreibung kontingentierter Importe der Bundesrepublik und jenen Ländern, die besonders unter den deutschen Importbeschränkungen litten, möglichst großzügig bemessene Anteile zugestünden. Der Rat der OEEC stimmte den Empfehlungen am 7. 4. 1951 zu<sup>123</sup>, und die Regierungen der Mitgliedsländer hielten sich im wesentlichen dann auch daran.

Während die deutschen Importwerte im Zeichen des anfänglichen Lizenzierungsstops und der späteren Kontingentierung sowie unter dem Druck fortdauernder Kreditrationierung im zweiten Quartal 1951 ein Drittel niedriger waren als im ersten Quartal, hielten sich die Exportwerte auf dem hohen März-Niveau. Damit

<sup>120</sup> Abermals wurden die Arbeitsguthaben der Außenhandelsbanken um 18 Millionen Dollar vermindert. Monatsbericht März 1951, S. 40.

<sup>121</sup> BA B 102/12580, Heft 2.

<sup>122</sup> Dazu OEEC, Das erste Jahr, in: LESt (Hrsg.), Korea-Krise, S. 439 ff.

<sup>123</sup> OEEC, Rat, Ratsbeschluß über das Memorandum der deutschen Bundesregierung vom 12. 3. 1951, C(51) 112 (2. Fassung) vom 10. 4. 1951, in: HADB 3321. Siehe auch: BA B 146/894.

übertrafen sie die Ausfuhrwerte des ersten Quartals um ca. 15%<sup>124</sup>. Zusammengekommen ergab das einen Ausfuhrüberschuß von insgesamt 183 Millionen Dollar und einen Zahlungsbilanzüberschuß von 173 Millionen Dollar. Damit war – bereits Ende Mai – der Sonderkredit geüligt. In der OEEC wurden daraufhin alsbald Klagen darüber laut, daß die Bundesrepublik von einem Extrem in das andere gefallen sei und ihren Partnern nun durch eine übertrieben zurückhaltende Importpolitik und hohe Überschüsse zur Last falle. In Deutschland selbst drängte die Wirtschaft, drängten namentlich die Banken, auf eine Lockerung der Kreditrestriktionen. Die Bundesregierung und die Bank deutscher Länder meinten freilich, daß mit der akuten Not nicht auch schon die latente Gefahr beseitigt sei, und beharrten vorerst auf behutsamer Lizenzausgabe und einer Politik des knappen Geldes. Beides dürfte nicht unwesentlich zu einem vorübergehenden Rückgang der Industrieproduktion im Sommer beigetragen<sup>125</sup>, dabei aber zugleich den seit Jahresbeginn beunruhigend starken Preisauftrieb unterbunden und die Exportchancen weiter verbessert haben<sup>126</sup>. Die Ausfuhrwerte stiegen im dritten Quartal 1951 abermals um 15% und blieben im vierten Quartal auf dem erreichten Niveau. Insgesamt übertrafen sie im zweiten Halbjahr die kontrolliert an die Bedürfnisse angepaßten Importe um 320 Millionen Dollar. Der Zahlungsbilanzüberschuß war kaum geringer. Ende November glich die Bundesrepublik ihre Nettoschuldnerposition in der EZU aus. Seit März hatte sie Kredite in Höhe von 283 Millionen Dollar bei der EZU geüligt und dabei 174 Millionen Dollar bar von der EZU zurückgezahlt erhalten. Im Dezember wurde die Bundesrepublik Nettogläubiger und im Januar 1952 kehrte die Bundesregierung zur

<sup>124</sup> Seit März wurde die Verteilung wichtiger Rohstoffe staatlich gelenkt und die Exportproduktion bevorzugt mit Rohstoffen bedacht. Der politische Anlaß dafür war ein berühmter Brief des amerikanischen Hochkommissars McCloy an Bundeskanzler Adenauer vom 6. 3. 1951, die Rechtsgrundlage das Wirtschaftssicherungsgesetz vom 9. 3. 1951, in: Bundesgesetzblatt 1951, Teil I, S. 163 ff. Dazu Abelshauser, Ansätze „Korporativer Marktwirtschaft“ in der Korea-Krise der frühen Fünfziger Jahre, in: VfZ 30 (1982), S. 715 ff.; dort auch der Brief McCloy's und die Antwort Adenauers vom 27. 3. 1951. Abelshausers umstrittene These, daß die Rohstofflenkung (und das Investitionshilfegesetz) eine nachhaltige ordnungspolitische Wende von der freien Marktwirtschaft zur korporativen Marktwirtschaft einleiteten, leuchtet nach dem Studium der Akten nicht ein.

<sup>125</sup> Pferdenges an Vocke am 12. 4. 1951 und Vocke an Pferdenges am 16. 4. 1951, in: HADB 2038; Bundesverband des privaten Bankgewerbes an Vocke am 21. 6. 1951 und Vocke an Bundesverband des privaten Bankgew. am 30. 6. 1951, in: HADB 2018. Im letzten Brief schrieb Vocke: „Ein gewisser Rückgang der Verbrauchsgüterproduktion ist aber ohnehin fällig, da ... die gegenwärtige und in absehbarer Zeit zu erwartende Einfuhr an Verbrauchsgüterrohstoffen nicht ausreicht, um die Aufrechterhaltung des bisherigen Produktionsniveaus zu ermöglichen. Wir können es also nur begrüßen, wenn sich die Nachfrage z. Zt. in gewissem Umfange von selbst den Möglichkeiten des Rohstoffnachschiebs anpaßt“. Bundesverband des privaten Bankgew. an Vocke am 27. 7. 1951, in: ebenda.

<sup>126</sup> Die kreditpolitische Beschränkung der Binnennachfrage übe ohnedies einen beträchtlichen Exportdruck aus. Dazu kam die von der EZU geforderte und mit Verzögerung eingeführte Politik der staatlichen Exportförderung. Emminger hat zurecht darauf hingewiesen, daß die Grundlage für die längerfristig vorteilhafte Außenwirtschaftsposition bei der Überwindung der Korea-Krise gelegt wurde. Sein Beitrag in LEST (Hrsg.), Korea-Krise, S. 30.

Teilliberalisierung des Außenhandels zurück. Die Karriere der Bundesrepublik als „Exportstar“ der westlichen Welt hatte begonnen. Die Exporterfolge wurden zu einer wesentlichen Triebkraft ihres wirtschaftlichen Wachstums<sup>127</sup>.

### Resümee

Die Gelehrten streiten heftig (und vielleicht engagierter, als der Sache zuträglich sein mag) darüber, ob der wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik dem Durchbruch zur freien Marktwirtschaft und dem Marshallplan oder aber Rekonstruktionskräften zu verdanken sei, die unabhängig von der Wirtschaftsordnung wirksam waren<sup>128</sup>. Der Streit ist nützlich, weil er mancherlei empirische Erkenntnisse zutage fördert, aber er ist natürlich zugleich vergebens, weil *die* Art von Erkenntnis, die ihn entschiede, außerhalb unserer wissenschaftlichen Reichweite liegt. Es gab den Durchbruch zur freien Marktwirtschaft (samt Währungsreform und Marshallplan-Hilfe), und es gab davon unabhängige Kräfte der wirtschaftlichen Rekonstruktion. Wir haben es mit dem bekannten Problem zu tun, daß ein Vorgang mehreren möglichen Ursachen zugerechnet werden kann. Das Problem ist mangels geeigneter analytischer Mittel unlösbar. Wenn es denn aber einen Lösungsweg gäbe, so dürfte er an der bisher weitgehend unbeachteten EZU nicht vorbeiführen.

Da und dort ist zu lesen, daß die Marktwirtschaft in der Korea-Krise ihre große Bewährungsprobe bestanden habe<sup>129</sup>. Das verstehe, wer kann. Die Marktwirtschaft hat – ganz im Gegenteil – in der Korea-Krise vielmehr Gefahren heraufbeschworen, die sie mit ihren Mitteln am Ende nicht zu meistern vermochte. Sie mußte zum Teil außer Kraft gesetzt werden. Glücklicherweise bestand die EZU ihre Bewährungsprobe. Sie half der deutschen Wirtschaft und damit womöglich auch der

<sup>127</sup> Siehe z. B. Herbert Giersch, *Kontroverse Fragen der Wirtschaftspolitik*, München 1971; Klaus Hinrich Hennings, *West Germany*, in: Andrea Boltho (Hrsg.), *The European Economy. Growth and Crisis*, Oxford 1982, S. 472 ff.

<sup>128</sup> Die Debatte wurde von Werner Abelshäuser eröffnet. Abelshäuser, *Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone*, Stuttgart 1975; ders., *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Frankfurt 1983. Die Bedeutung der ordnungspolitischen Wende und der Marshallplan-Hilfe unterstreichen dagegen Werner Link, *Der Marshall-Plan und Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 50 (1980); Albrecht Ritschl, *Die Währungsreform von 1948 und der Wiederaufstieg der westdeutschen Industrie*, in: *VfZ* 33 (1985), S. 136 ff.; Rainer Klumpp, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zur Kritik neuerer wirtschaftshistorischer Interpretationen aus ordnungspolitischer Sicht*, Wiesbaden 1985; Knut Borchardt und Christoph Buchheim, *Die Wirkung der Marshallplan-Hilfe in Schlüsselbranchen der deutschen Wirtschaft*, in: *VfZ* 35 (1987), S. 317 ff.

<sup>129</sup> Z. B. Erhards einstiger Staatssekretär Ludger Westrick: „Ich weiß, daß die Korea-Krise für die Soziale Marktwirtschaft etwas war, an dem sich ihre Kraft erwies ... überzeugender Beweis für die Soziale Marktwirtschaft“. Manfred Schmitz: „Die harte Bewährungsprobe der Korea-Zeit wurde bestanden, nicht zuletzt aufgrund eigener Anstrengungen und der Beharrung auf festen Grundsätzen“. Horst Friedrich Wünsche: „Die Korea-Krise erwies ..., daß die neue Wirtschaftsordnung, die soziale Marktwirtschaft, funktionstüchtig ist – d. h. sich grundsätzlich und in jedweder Krise bewähren wird“. Alle Äußerungen in: *LESt* (Hrsg.), *Korea-Krise*, S. 155, S. 66 und S. 145.



*Marktwirtschaft in widrigen Wettern über die Klippen.* Folgendes ist ihr gutzuschreiben: Die EZU ermöglichte es der Bundesrepublik Deutschland, von Juli 1950 bis Februar 1951 bilaterale Zahlungsbilanzdefizite in Höhe von 420 Millionen Dollar zu einem Drittel mit bilateralen Überschüssen<sup>130</sup> und zu zwei Dritteln durch Kredit auszugleichen. Die 420 Millionen Dollar entsprachen mehr als einem Viertel des deutschen Importwertes in jenen acht Monaten. Im November 1950 bewahrte sie die Bundesregierung davor, die Außenhandelsliberalisierung zu einem Zeitpunkt zu widerrufen, an dem der Widerruf und die zwangsweise Anpassung der Zahlungsausgänge an die Zahlungseingänge sicherlich einen konjunkturellen Kollaps hervorgerufen und wahrscheinlich bedeutsame ordnungs- und staatspolitische Folgen gezeitigt hätten. Im März 1951 schützte die Union Westdeutschland vor handelspolitischer Diskriminierung und vor internationalem Vertrauensverlust. Dieser Schutz war – und nicht nur beiläufig – eine der Voraussetzungen des Exportbooms, der wenig später begann, bald die Rückkehr zu einem marktwirtschaftlichen Kurs erlaubte und lange Zeit ein Treibsatz wirtschaftlichen Wachstums blieb.

Jener Boom machte die Bundesrepublik übrigens schnell und dauerhaft zum größten Gläubiger und Kreditgeber der EZU. Das hat ihr, aus durchaus einsehbaren Gründen, schon bald nicht mehr gefallen. Deshalb war der größte Gläubiger seit 1953 auch der schärfste Kritiker der EZU. Vor allem Ludwig Erhard, der der EZU wohl das politische Überleben verdankte, fühlte sich in seinem ungestümen Drang zum Freihandel und zur vollen Konvertibilität von der EZU gehemmt und wurde nicht müde, deren Ende herbeizureden.

<sup>130</sup> Gemeint ist hier die Summe der monatlichen Überschüsse und Defizite.

## Dokumentation

LARRY EUGENE JONES

### DIE TAGE VOR HITLERS MACHTÜBERNAHME

Aufzeichnungen des Deutschnationalen Reinhold Quatz\*

Am Tage nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler soll Alfred Hugenberg, der Führer der Deutschnationalen Volkspartei und mehrfache Minister im neuen Kabinett, gesagt haben: „Ich habe gestern die größte Dummheit meines Lebens gemacht: ich habe mich mit dem größten Demagogen der Weltgeschichte verbündet.“<sup>1</sup> Das Zitat, obgleich nicht wörtlich verbürgt, spiegelt die Unsicherheit und die Besorgnis, die Hugenberg bei seinem Eintritt in das Kabinett empfand. Hugenbergs Unbehagen beruhte wohl auf seinen Erfahrungen mit Hitler und auf den wiederholten Enttäuschungen, die er bei seinen Bemühungen um eine engere Zusammenarbeit mit der NSDAP erlebt hatte. 1929 hatte er sich zum ersten Mal mit Hitler zusammengefunden, im Reichsausschuß für das Volksbegehren gegen den Young-Plan, aus dem Hitler im April 1930 demonstrativ austrat, als Hugenberg und die DNVP zeitweilig das Kabinett Brüning unterstützten<sup>2</sup>. Achtzehn Monate später nahmen Hitler und Hugenberg an der großangelegten Kundgebung der nationalen Opposition in Bad Harzburg teil, die aber von vornherein durch erhebliche Spannungen zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten belastet war<sup>3</sup>. Trotz Hugenbergs Bemühungen um eine Verständigung mit Hitler und um die Aufrechterhaltung der Harzburger Front<sup>4</sup> kam es im Frühjahr 1932 zu einem erneuten und endgültigen Bruch, als Hitler sich entschloß, gegen Hindenburg für das Amt des Reichspräsidenten zu kandidieren, und dadurch ein gemeinsames Eintreten der Harzburger Front zugun-

---

\* Für ihre Hilfe und Anregungen bei der Vorbereitung dieser Dokumentation bin ich Professor Wilma Iggers, Dr. Hans-Dieter Kreikamp, Thomas Maulucci und vor allem Professor Hans Mommsen dankbar. Parallel zu dieser Dokumentation erscheint als Band 59 der Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte: Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quatz 1928–1933, hrsg. von Hermann Weiß und Paul Hoser, München 1989.

<sup>1</sup> Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954, S. 64.

<sup>2</sup> Dazu der Briefwechsel Hugenberg – Hitler, 17. 3.–11. 4. 1930; BA, NL Schmidt-Hannover, 30.

<sup>3</sup> Dazu der Bericht von Heine (Stahlhelm), Die Harzburger Tagung, 12. 10. 1931; Stadtarchiv Mönchengladbach, NL Heinz Brauweiler (Bestand 15/13), Bd. 109, sowie Wredemann, Notizen über Harzburg, 18. 12. 1953; BA, NL Schmidt-Hannover, 78.

<sup>4</sup> Dazu der Brief von Hugenberg an Hitler, 28. 1. 1932; BA, NL Schmidt-Hannover, 30.

sten des Stahlhelmführers Theodor Duesterberg vereitelte<sup>5</sup>. Infolgedessen nahmen Hugenberg und die DNVP anlässlich der Reichstagswahlen im Juli und November 1932 eine scharfe Kampfstellung gegen die NSDAP ein<sup>6</sup> und konnten bei der zweiten Wahl nicht unbeträchtliche Stimmengewinne aus dem nationalsozialistischen Lager für sich verbuchen<sup>7</sup>.

Angesichts der tiefgreifenden Entfremdung, die sich zwischen Hugenberg und Hitler in den letzten Jahren der Weimarer Republik entwickelt hatte, ist der Entschluß Hugenburgs, sich am 30. Januar 1933 auf ein Bündnis mit Hitler einzulassen, nur schwer zu erklären. Die Sekundärliteratur, einschließlich der grundlegenden Studie von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen<sup>8</sup> sowie der quellenmäßig gut fundierten Hugenberg-Biographie von John A. Leopold<sup>9</sup>, hat diese Frage nie befriedigend beantwortet. Die Aufgabe, Hugenburgs Verhalten in den kritischen Januartagen 1933 zu erklären, ist auch nicht durch Einsichtnahme in die bisher bekannten einschlägigen Quellen zu lösen. Abgesehen von einigen interessanten Unterlagen, die Hugenberg für sein Entnazifizierungsverfahren verfaßte, enthält sein im Bundesarchiv Koblenz aufbewahrter Privatnachlaß wenig, was über seine Beweggründe Aufschluß gibt. Die einzige publizierte Quelle, die aus dem Kreis der engsten Mitarbeiter Hugenburgs stammt und dazu Stellung nimmt, sind die Erinnerungen von Otto Schmidt-Hannover, die jedoch in erster Linie Hugenburgs Politik zu rechtfertigen suchen und deshalb mit größtem Vorbehalt verwendet werden müssen<sup>10</sup>. Das gilt auch für die Aufzeichnungen, die Schmidt-Hannover nach 1945 verfaßt hat und die sich jetzt in seinem im Bundesarchiv aufbewahrten Nachlaß befinden.

<sup>5</sup> Siehe vor allem den Brief von Hugenberg an Hitler, 30. 3. 1932; BA, NL Hugenberg, 37, Bl. 38–47, abgedruckt in: *Unsere Partei vom 15. 10. 1932*, S. 343 f.; vgl. auch Volker R. Berghahn, *Die Harzburger Front und die Kandidatur Hindenburgs für die Reichspräsidentenwahl 1932*, in: *VfZ* 13 (1965), S. 64–82.

<sup>6</sup> Dazu die Wahlrede Hugenburgs auf der DNVP-Reichsführer-tagung in Berlin am 25.–26. 7. 1932, in: *Unsere Partei vom 1. 7. 1932*, S. 167–170, sowie Anton Scheibe, *DNVP und NSDAP. Was uns einigt und was uns trennt*, Berlin 1932.

<sup>7</sup> Zur deutschnationalen Polemik gegen Hitler bei der zweiten Reichstagswahl von 1932 siehe: *Unsere Partei vom 15. 10. 1932*, S. 341–344, und vom 1. 11. 1932, S. 379–384.

<sup>8</sup> Friedrich Hiller von Gaertringen, *Die Deutschnationale Volkspartei*, in: *Das Ende der Parteien 1933*, hrsg. von Erich Mathias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 543–652.

<sup>9</sup> John A. Leopold, *Alfred Hugenberg and the Radical Nationalist Campaign against the Weimar Republic*, New Haven 1977, S. 127–138. Die grundlegende Studie von Thilo Vogelsang, *Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1920–1932*, Stuttgart 1962, S. 335–404, ist immer noch die beste Untersuchung der Vorgeschichte zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Für die neuesten Forschungsbeiträge zur Bildung des Kabinetts Hitlers siehe Volker Hentschel, *Weimars letzte Monate. Hitler und der Untergang der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1979, S. 79–101; Martin Broszat, *Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik*, München 1984, S. 156–174; Gothard Jasper, *Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930–1934*, Frankfurt 1986, S. 88–125; vgl. auch Heinrich Muth, *Das „Kölner Gespräch“ vom 4. Januar 1933*, in: *GWU* 37 (1986), S. 463–480, 529–541.

<sup>10</sup> Otto Schmidt-Hannover, *Umdenken oder Anarchie. Männer – Schicksale – Lehren*, Göttingen 1959, S. 317–343.

den<sup>11</sup>. Der ebenfalls dort verwahrte Nachlaß von Leo Wegener, einem langjährigen Mitarbeiter und Freund Hugenbergs, wirft wenig Licht auf dessen Motive und Ziele im Januar 1933.

Unter diesen Umständen gewinnt das inzwischen im Bundesarchiv zugängliche Tagebuch von Reinhold Quaatz (1876–1953) eine besondere Bedeutung<sup>12</sup>. Quaatz, der vom Oktober 1916 bis ins Jahr vor seinem Tod Aufzeichnungen machte, hatte seine politische Laufbahn als Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei begonnen. Seit Anfang der zwanziger Jahre gehörte er zum engeren Kreis um Hugenberg. Innerhalb der DVP trat Quaatz als erklärter Gegner des politischen Kurses hervor, den die Partei unter der Führung Gustav Stresemanns eingeschlagen hatte<sup>13</sup>. Im August 1923 stemmte sich Quaatz gegen Stresemanns Entschluß, als Kanzler die Führung einer Regierung mit den Sozialdemokraten zu übernehmen, und im März 1924 gründete er zusammen mit anderen Vertretern des rechten Parteiflügels die Nationalliberale Vereinigung. Unter der Parole „Heraus aus der Stresemann-Partei“ sollte eine Spaltung der DVP in die Wege geleitet werden<sup>14</sup>. Nachdem aber Stresemann die Partei in der Hand zu halten vermochte, entschloß sich Quaatz, zur Deutschnationalen Volkspartei überzutreten<sup>15</sup>. Dank Hugenberg erhielt er einen sicheren Platz auf der DNVP-Reichsliste für die Reichstagswahl am 6. Mai 1924.

Auch innerhalb der DNVP gehörte Quaatz zum rechten Flügel und unterstützte Hugenberg in dem von 1924 bis 1928 währenden Kampf gegen die zunehmende Tendenz der deutschnationalen Parteiführung, sich mit der Weimarer Republik zu arrangieren. Entschieden trat Quaatz für die Wahl Hugenbergs zum deutschnationalen Parteivorsitzenden ein<sup>16</sup>; der 20. Oktober 1928 bezeichnete deshalb den Anfang eines neuen Stadiums in seiner politischen Laufbahn. In den innerparteilichen Krisen von 1928 bis 1930 gehörte Quaatz zu den treuesten Anhängern Hugenbergs, wobei er dessen scharfe Rechtsschwenkung sowie den unerbittlichen Kampf gegen das Kabinett Brüning bedingungslos unterstützte<sup>17</sup>. Aber gemeinsam mit anderen Deutschnationalen hegte Quaatz stets tiefes Mißtrauen gegen die Versuche Hugenbergs, sich mit Hitler und der NS-Führung zu verständigen. Denn Quaatz war jüdischer Abstammung – sein Cousin war Ludwig Holländer, ein führender

<sup>11</sup> So z. B. Aufzeichnungen betreffend Regierungsbildung, 18. 11. 1948; BA, NL Schmidt-Hannover, 30. In seinen Erinnerungen hat Schmidt-Hannover Auszüge daraus mehrmals zitiert, aber das Tagebuch seines früheren Adjutanten Herbert von Bose (1893–1934) als Quelle angegeben. Da das Bose-Tagebuch nicht mehr auffindbar ist, lassen sich die Echtheit und Vollständigkeit dieser Aufzeichnungen nicht mehr überprüfen.

<sup>12</sup> BA, NL Quaatz, 16–17.

<sup>13</sup> Dazu vor allem die undatierte Denkschrift: Betrifft: Geheimrat Dr. Quaatz; [ca. Februar/März 1924], PA/AA, NL Stresemann, 267, Bl. 147 061–68.

<sup>14</sup> Quaatz-Tagebuch, 2. 4. 1924; BA, NL Quaatz, 16.

<sup>15</sup> Ebenda, 14.–15. 4. 1924.

<sup>16</sup> Ebenda, 8.–9. 7. und 16.–21. 10. 1928.

<sup>17</sup> Ebenda, 11.–23. 9. 1929, 19. 11.–7. 12. 1929 und 31. 3.–14. 4. 1930.

Akteur im Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens<sup>18</sup> – und sich durchaus bewußt, daß der Sieg des Nationalsozialismus das Ende seiner politischen Laufbahn bedeuten würde<sup>19</sup>.

Daraus erklärt sich die zunehmende Skepsis, mit der Quaatz die innenpolitische Entwicklung um die Jahreswende 1932/33 betrachtete. Die Spannungen, die die Beziehungen der DNVP zur NSDAP seit dem Zerfall der Harzburger Front im Frühjahr 1932 belasteten, schienen erst mit dem Sturz von Papens Ende November 1932 abzuklingen. Denn einerseits hatten der Ausgang der Reichstagswahl vom 6. November und das Scheitern der Verhandlungen über einen Eintritt der NSDAP in das Kabinett Papen die Stellung Hitlers erheblich geschwächt, andererseits stand Hugenberg der neuen Reichsregierung unter General Kurt von Schleicher sehr mißtrauisch gegenüber, fürchtete er doch, diese bedeute den „Rückfall in den Parlamentarismus“<sup>20</sup>. Unter diesen Umständen versuchte Hugenberg erneut, die Spannungen gegenüber Hitler abzubauen. Acht Tage nach einem Treffen, das am 20. Dezember auf Vermittlung des Reichslandbundes stattgefunden hatte<sup>21</sup>, richtete Hugenberg folgendes Schreiben an Hitler: „Es ist nicht meines Amtes und nicht meine Absicht davon zu sprechen, daß ich in der gegenwärtigen Lage Ihrer Partei erschreckende Züge der Ähnlichkeit mit den bekannten Vorgängen der Jahre 1925 und 1927 sehe. Aber ich darf auf Grund des Anteils, den ich an der Entwicklung der letzten Jahre genommen habe, wohl aussprechen, daß ich heute schwere Sorgen um den Enderfolg der gesamten nationalen Bewegung habe, für die ich mich mitverantwortlich fühle. Sie wird nicht vom Glücke gekrönt sein, wenn das Zentrum wieder zum Zünglein an der Waage wird. Wir sind zum mindesten nahe daran. Sobald das Zentrum wieder Zünglein an der Waage ist, wird auch der innerlich längst überwundene Marxismus neue Kraft gewinnen. Es war und ist nicht nötig, daß dem Zentrum die verlorene Schlüsselstellung wieder zufällt. Diese heute wieder vorhandene Gefahr braucht nicht Wirklichkeit zu werden. Es ist nicht nötig, daß Mächte, deren Vergangenheit durch das Bestreben der Spaltung des nationalen Willens und durch entsprechende Mißerfolge ihrer Arbeit gekennzeichnet wird, ausschlaggebender Faktor werden und die nationale Arbeit von Jahren in ein falsches Geleise pressen. Aber wenn das nicht sein, wenn nicht Alles bisher Errungene verspielt werden soll, müßte allerdings Einigkeit innerhalb der nationalen Bewegung vorhanden sein. Die Geschichte wird es erstaunlich finden, wenn sie in diesem ersten Augenblicke fehlt. Unsere innere und äußere Lage ist vielleicht jetzt kritischer denn je. Darum halte ich mich für verpflichtet, vorzuschlagen, daß wir zum mindesten noch einmal darüber verhandeln, ob die Einigkeit nicht wiederherzustellen ist.“<sup>22</sup>

<sup>18</sup> Leopold, Hugenberg, S. 185, Anm. 138. Dazu den Bericht der Nachrichtenstelle der DNVP Sachsen, 29. 11. 1924, mit einer Erklärung des Landesvorsitzenden Albrecht Phillip; BA, NL Schmidt-Hannover, 73.

<sup>19</sup> Quaatz-Tagebuch, 17. 12. 1932; BA, NL Quaatz, 17.

<sup>20</sup> Ebenda, 30. 11.–1. 12. 1932.

<sup>21</sup> Dazu, aber ohne Quellenangabe, Hentschel, Weimars letzte Monate, S. 85.

<sup>22</sup> Hugenberg an Hitler, 28. 12. 1932; BA, NL Hugenberg, 37, Bl. 29–31.



Hugenberg wiederholte sein Angebot kurz nach dem Jahreswechsel in Unkenntnis des Treffens Hitlers – Papen im Hause des Kölner Bankiers Kurt von Schröder<sup>23</sup>. Wie Hitler auf die Sondierung Hugenbergs reagierte, läßt sich anhand der erhaltenen Quellen feststellen: Höchstwahrscheinlich gab es erneute Kontakte zwischen den beiden Parteiführern erst nach dem berüchtigten Vorstoß des Reichslandbundes am 11. Januar 1933 gegen die Agrarpolitik der Regierung Schleicher; der Vorstoß ging nicht auf die Initiative der im RLB-Bundesvorstand ansässigen Vertreter der NSDAP zurück, sondern auf die der DNVP nahestehenden Agrarier um Hans-Joachim von Rohr-Demmin<sup>24</sup>.

Der Quellenwert des Quaatz-Tagebuchs liegt vor allem in seiner detaillierten Schilderung der Besprechungen, die Quaatz nicht nur mit Hugenberg und anderen deutschnationalen Parteiführern, sondern auch mit Otto Meißner, dem Staatssekretär im Büro des Reichspräsidenten, führte. Vom besonderen Interesse ist Quaatz' Bericht über Hugenbergs Gespräch mit Hitler am 17. Januar 1933, bei dem es sich herausstellte, daß Hugenberg zwar bereit war, die Regierungsmacht mit Hitler zu teilen, jedoch nur unter Bedingungen, die zur Zähmung und Einkreisung Hitlers führen sollten<sup>25</sup>. Ebenso aufschlußreich ist die Aufzeichnung über die Besprechung zwischen Hugenberg, Meißner und Quaatz am 21. Januar, in der nicht nur verschiedene Lösungen der Krise des Kabinetts Schleicher erwogen, sondern auch die Bedingungen erörtert wurden, unter denen man bereit war, Hitler zum Reichskanzler zu berufen<sup>26</sup>. Hugenbergs Sondierungen mit Hitler und Meißner bildeten den unmittelbaren Hintergrund für das Ultimatum, das die deutschnationale Reichstagsfraktion dem Reichskanzler am 21. Januar überreichte<sup>27</sup>. Mit diesem Vorstoß, der auf eine Initiative von Quaatz zurückging, versuchten die Deutschnationalen, dem Kabinett Schleicher den Todesstoß zu geben – ohne zu wissen, wie eine neue Regierung gebildet werden könnte. Aus Quaatz' Aufzeichnungen geht deutlich hervor, daß sich Hugenberg und seine engsten Berater der mit diesem Vorstoß verbundenen Gefahren durchaus bewußt waren und daß sie versuchten, gewisse Bedingungen zu schaffen, die sie zur Einkreisung und Bändigung Hitlers für erforderlich hielten.

Vor allem strebten die Deutschnationalen die „Neutralisierung“ der Polizei, die Errichtung eines konservativen Gegengewichts in Preußen und die ungeteilte Verantwortung für die Wirtschafts-, Agrar- und Finanzpolitik der neuen Regierung an.

<sup>23</sup> Hugenberg an Hitler, 4. 1. 1933; BA, NL Schmidt-Hannover, 72.

<sup>24</sup> Einschließung des RLB-Bundesvorstandes, 11. 1. 1933, abgedruckt in: Akten der Reichskanzlei (AdR): Weimarer Republik: Das Kabinett von Schleicher, 3. Dezember 1932 bis 30. Januar 1933, bearb. von Anton Golecki, Boppard, 1986, S. 214, Anm. 16. Siehe auch Mitteilungen der Parteizentrale (der DNVP) Nr. 1 vom 19. 1. 1933; BA, NL Schmidt-Hannover, 76, Bl. 7–8, sowie v. Rohr-Demmin, Die Klage des Landvolkes, in: Der Ring, 20. 1. 1933, S. 44.

<sup>25</sup> Quaatz-Tagebuch, 17. 1. 1933; BA, NL Quaatz, 17.

<sup>26</sup> Ebenda, 21. 1. 1933.

<sup>27</sup> Der Text dieses Ultimatus, das Schmidt-Hannover namens der DNVP-Reichstagsfraktion am 21. 1. 1933 Schleicher überreichte und das am 24. 1. an die Öffentlichkeit gelangte, in: AdR, Kabinett von Schleicher, S. 283.

Als sich aber im Laufe der Verhandlungen herausstellte, daß sich nur die letzte dieser drei Bedingungen erfüllen ließ, war Hugenberg und seiner Partei ein Rückzug nicht mehr möglich, ohne mit der Schuld für das Scheitern der Regierungsbildung belastet zu werden<sup>28</sup>. Unter diesen Umständen entschloß sich Hugenberg zum Erstaunen, wenn nicht Entsetzen vieler Deutschnationaler, in das Kabinett Hitlers einzutreten, ohne daß die an eine Regierungsbeteiligung geknüpften Bedingungen der DNVP erfüllt worden waren. Daß Hugenberg nicht nur mit der Leitung des Reichswirtschafts- und Reichsernährungsministeriums, sondern auch mit der des Preußischen Landwirtschafts-, Handels- und Arbeitsministeriums beauftragt wurde und sich deshalb als „Wirtschaftsdiktator“ präsentieren konnte, war, wie Quaat, Schmidt-Hannover, Ernst Oberfohren und andere prominente Deutschnationale bald erkannten, kein Trost für die prekäre machtpolitische Stellung, in der sich die DNVP gegenüber der NSDAP jetzt befand<sup>29</sup>.

Im Grunde zogen die Deutschnationalen mit ihrem Eintritt in das Kabinett Hitler nur die letzte taktische Konsequenz aus einer Politik, die sie seit der Überreichung des Ultimatums an das Kabinett von Schleicher am 21. Januar bewußt und entschlossen verfolgten. Sollte Hugenberg am 30. Januar 1933 die „größte Dummheit“ seines Lebens begangen haben, so war dies das Resultat einer Strategie, die er seit seiner Wahl zum deutschnationalen Parteivorsitzenden konsequent verfolgt hatte und die ihm jetzt keinen Ausweg aus der Sackgasse ließ, in die er sich selbst hineinmanövriert hatte. Das Ziel dieser Strategie war nichts weniger als die Zerstörung der Weimarer Demokratie und die Errichtung eines neuen Herrschaftssystems, das nicht mehr auf dem Willen des Volkes beruhte, sondern die Machtstellung der traditionellen Eliten in Industrie, Landwirtschaft, Verwaltung und Militär wiederherstellte. Daß aber Hitler und nicht Hugenberg der Nutznießer dieser Politik war, läßt sich nicht zuletzt dadurch erklären, daß aus der Sicht Hugenbergs und der deutschnationalen Führerschaft der „Rückfall in den Parlamentarismus“, wie er in der Bildung und Zielsetzung des Kabinetts von Schleicher zum Ausdruck kam, eine weit- aus größere Gefahr für Deutschland darstellte als das Bündnis mit Hitler und dem Nationalsozialismus.

Die folgenden Auszüge aus dem Quaat-Tagebuch stellen eine wesentliche Ergänzung dar zu dem aus anderen Quellen (z. B. den Aufzeichnungen von Joachim von Ribbentrop<sup>30</sup> oder dem Tagebuch von Lutz Graf Schwerin von Krosigk<sup>31</sup>)

<sup>28</sup> Quaat-Tagebuch, 29. 1. 1933; BA, NL Quaat, 17.

<sup>29</sup> Bezeichnend dafür ist Quaat's Eintragung vom 5. 2. 1933: „Vormittag Winterfeld zur politischen Lage vor Reichsfrauen-Ausschuß und Völkischen Ausschuß. Winterfeld skizzierte Gefahren der Lage, erinnert an Frick in Harzburg („Wir werden unseren Bundesgenossen rechtzeitig den Fußtritt geben“), betont Notwendigkeit selbständigen Auftretens wie ich am Vortage, ruft dann zur Unterstützung Hugenbergs auf. Freytagh als Vorsitz betont Winterfelds Bedeutung und ruft dann für Hugenberg auf. Auch hier schien Stimmung kritisch und kühl.“; BA, NL Quaat, 17.

<sup>30</sup> Joachim von Ribbentrop, *Zwischen Moskau und London. Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen*, hrsg. von Annelies von Ribbentrop, Leoni 1953.

<sup>31</sup> IFZ, ZS/A-20, Bd. 4, S. 2–16; abgedr. in: AdR, Kabinett von Schleicher, S. 316–323.

über die Vorgeschichte der Bildung des Kabinetts Hitlers bereits Bekanntem. Auf private Passagen und Eintragungen zu spezielleren politischen Fragen (wie zu den Beratungen im Haushalts- und im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags<sup>32</sup> oder zur Sanierung der deutschen Glasindustrie<sup>33</sup>) wurde verzichtet. Darüber hinaus beschränkt sich die Dokumentation auf die Aufzeichnungen vom 12. Januar bis zum 1. Februar 1933. Zwar schildert Quaatz noch die zunehmende Isolierung Hugenberg in den ersten Monaten des NS-Regimes sowie die immer schärfer werdende innerparteiliche Kritik an seiner Parteiführung, aber für die Auseinandersetzungen zwischen Hugenberg und seinen nationalsozialistischen Bündnispartnern im Kabinett ist das Tagebuch nicht mehr sehr aussagekräftig.

Im folgenden Dokument sind Auslassungen innerhalb einer Tageseintragung mit [...] markiert; wo auf eine oder mehrere Tageseintragungen ganz verzichtet wurde, steht [...] in einer eigenen Zeile. Von Quaatz gebrauchte unübliche Abkürzungen, auch bei Namen, wurden stillschweigend aufgelöst, die Datumszeile wurde darüber hinaus vereinheitlicht.

#### *Dokument*

12. Januar 1933

[...] Nachmittags war Kleist-Schmenzin<sup>34</sup> bei mir: Papen habe ihn zum Innenminister designiert. Er sei aber nach seinen Eindrücken und namentlich nach den Schilderungen Gayls<sup>35</sup>, an ihn irre geworden. Gayl sage: wohl noch nie habe im Kabinett ein Kanzler so wenig geführt wie Papen, jede Entscheidung von sich geschoben. Er sei wohl Gentleman im besten Sinne, aber kein Führer. Schleicher lanciere, er wolle zurücktreten in das Wehrministerium. Dann käme wohl Bracht<sup>36</sup>, das bedeute Zentrum. Auf Frage: Winterfeld<sup>37</sup> werde sich von Bracht mit dem preußischen Ministerpräsidenten nicht locken lassen. Natürlich müsse man mit solchen hinterhältigen Angeboten rechnen, da Zentrum Union Reich-Preußen nie konzedieren werde. Konsequenz: Man solle den Sturz Schleichers nicht forcieren. Zwischen ihm und Hindenburg sei allerdings „das Ei entzwei“. Weitere Besprechungen in Aussicht genommen. – Mit dem Ei ist es wohl richtig. [...]  
[...]

<sup>32</sup> Quaatz-Tagebuch, 13., 17., 18. und 20. 1. 1933; BA, NL Quaatz, 17.

<sup>33</sup> Ebenda, 17. und 19. 1. 1933.

<sup>34</sup> Ewald von Kleist-Schmenzin (1881–1945), Vorsitzender des Hauptvereins der Deutschen Konservativen und Mitglied der DNVP.

<sup>35</sup> Wilhelm Freiherr von Gayl (1879–1950), Reichsinnenminister im Kabinett Papen, vorher Mitglied des Preußischen Staatsrats und des Reichstags.

<sup>36</sup> Franz Bracht (1877–1933), Oberbürgermeister von Essen, Reichskommissar für Preußen unter Papen und Reichsinnenminister im Kabinett Schleicher.

<sup>37</sup> Friedrich von Winterfeld (1875–1949), Vorsitzender der deutschnationalen Fraktion im Preußischen Landtag und ab Februar 1933 stellvertretender Vorsitzender der DNVP.

16. Januar 1933

Frostige Rückfahrt. Abends bei Hugenberg mit Winterfeld, Oberföhren<sup>38</sup>, Bang<sup>39</sup>, Schmidt<sup>40</sup>, Mann<sup>41</sup>. Lage verwickelt. Schleicher behauptet, er wolle jetzt gegen das Parlament regieren. Hugenberg will a) Versuch mit Hitler machen, nötigenfalls unter Schleicher als Kanzler, Hitler Vizekanzler ohne Portefeuille, Hugenberg Minister ohne Portefeuille. Versagt sich Hitler, will er [b)] Schleicher scharfe Bedingungen im Sinne Autorität stellen. Ich: Wenn Hitler (aus pekuniären Gründen) mitmacht, Lage zwischen Schleicher und Hitler sehr prekär. Polizei muß vor Nazi-Zugriff gesichert werden. Papen weniger gefährlich. Lange Erörterung über Personalien.

17. Januar 1933

[...] Abends bei Schillers<sup>42</sup> mit Doehles<sup>43</sup> und Glässels<sup>44</sup>.

N. B.: Ich halte Verständigung mit Schleicher für ausgeschlossen. Er hat m. E. noch weniger Nerven als Papen. Wir sind alle darin einig, daß er vor ein Entweder-Oder gestellt wird. Bei Nichteinigung stimmen wir für Mißtrauen.

– Vor dem Diner bei Schillers kam Hugenberg zu mir und berichtete über seine Konferenz mit Hitler. Er schien sich ziemlich mit Hitler gefunden zu haben, ohne daß Verständigung perfekt geworden wäre. Hitler sagt: Ich muß Kanzler werden, will aber keine Parteiregierung bilden. Schleicher toleriere ich, wenn er mir die Straße freigibt. Marxismus muß niedergeknüppelt werden, aber nicht von Staatsorganen. Hugenberg muß im Falle meiner Kanzlerschaft ins Kabinett. Dann wird vorläufig nicht gewählt und das Parlament nach Hause geschickt. Ob Hitler auch auf Zentrum rechnet, blieb unklar, dagegen hat er Fühlung mit Stahlhelm. Seldte<sup>45</sup> soll eventuell Arbeitsdienst leiten. Hindenburg sei kein selbständiger Faktor. Sein politischer Wortschatz umfaßt 80 Sätze. Er sei eine Grammophon-Platte. Zwischen ihm und Hugenberg sei nun alles wieder gut!

Hugenberg schien recht beeindruckt. Ich machte ihn auf verschiedene Gefahrenpunkte aufmerksam. Gut sei es, daß er neben Schleicher nun noch eine andere Karte hat. Freilich: Sitzt Hitler im Sattel, bekommt Hugenberg die Peitsche. Wenigstens muß das als möglich in die Rechnung gestellt werden. Merkwürdig Hugengeb's ständige Wendung (auch in der Abendbesprechung am Vortag): Wir haben keine Menschen für die führenden Stellungen. Sehr unhöflich. (Er verdeckt damit eine gewisse Verantwortungsscheu, da er kein Ressort übernehmen will und diese durch dumme Kerle nach seinen Plänen lenken will. Eine unmögliche Sache!) Ich antwortete am Vortag, da die anderen sich das gefallen ließen: Wenn es so wäre, hätten wir nicht erst den Kampf gegen das System aufnehmen sollen. [...]

<sup>38</sup> Ernst Oberföhren (1881–1933), MdR (DNVP) 1919–1933 und DNVP-Fraktionsvorsitzender 1930–1933.

<sup>39</sup> Paul Bang (1879–1945), MdR (DNVP) 1928–1933.

<sup>40</sup> Otto Schmidt-Hannover (1888–1964), MdR (DNVP) 1924–1933.

<sup>41</sup> Johann Bernhard Mann (1880–1945), Fregattenkapitän a. D. und enger Mitarbeiter Hugengeb's besonders bei der Finanzierung der DNVP.

<sup>42</sup> Gustav Schiller (geb. 1900), Landwirt in Augsburg und MdR (DNVP) 1930–1932.

<sup>43</sup> Richard Heinrich Doehle (geb. 1883), Ministerialrat im Büro des Reichspräsidenten.

<sup>44</sup> Gustav Ernst Glässel (1878–1950), Direktor und stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Norddeutschen Lloyd.

<sup>45</sup> Franz Seldte (1882–1947), Bundesführer des Stahlhelms und Reichsarbeitsminister 1933–1944.

19. Januar 1933

[...] Mittags mit Hugenberg, Oberföhren, Schmidt. Politische Krise. [...]

20. Januar 1933

Vormittags bei Meißner: Schleicher könne nicht mit Hugenberg; dann seien die andern wütend. Harzburger Front wegen der Ansprüche Hitlers nicht möglich<sup>46</sup>. Also müsse man auflösen und dann sehen. Er ist also viel deutlicher als Schleicher, der Hugenberg binzuhalten sucht. Ich kündige ihm als persönliche Warnung Mißtrauen gegen Schleicher an. Dann Auswärtiger Ausschuß, wo ich zur Verblüffung der Corona plötzlich mit Nazi kokettiere ... Mittags mit Oberföhren und Schmidt. Dann Steinhoff und Nagel. Alle drängen wir zum Angriff gegen Schleicher.

– Dann mit Hugenberg und Nagel<sup>47</sup> über Neuwahlen. Dann Oberföhren und Steinhoff<sup>48</sup> über Ältestenrat, wo wir Vertagung des Reichstags mit Nazi und Zentrum durchsetzten, um noch Zeit gegen Schleicher zu haben<sup>49</sup>. Schleicher möchte den Reichstag rasch vom Halse haben.

– Dann mit Hugenberg und Mann. Ich berede Hugenberg zu einem „Ultimatum“ an Schleicher, das ich entwerfe. Dann wieder Arbeit zu Hause. Artikel gegen Warmbold für „Tag“.

Hugenberg bot mir gestern das Staatssekretariat im Arbeitsministerium (sic!) an. Ich antworte dilatorisch, da die ganze Sache zu problematisch ist.

21. Januar 1933

Auswärtiger Ausschuß. Dann Hugenberg, der Schmidt mit meinem Ultimatum zu Schleicher schickt<sup>50</sup>. Verabrede mit Meißner Zusammenkunft mit Hugenberg bei mir zum Abend. [...] Abends Hugenberg und Meißner bei mir. Aus der vorgesehenen kurzen Besprechung wurde eine Unterredung von fast eineinhalb Stunden. Hugenberg sondierte zunächst die Stellung Hindenburgs zu Hitler. Er selbst habe Bedenken, daß Hitler als Kanzler mühelos in die Nachfolge Hindenburgs kommen könne. Meißner: Hindenburg

<sup>46</sup> Zum Stand seiner Verhandlungen mit Hitler berichtete Papen am 20. 1. 1933: „Ich habe mich inzwischen nach allen Richtungen bemüht, die nationale Konzentration zu fördern, stoße aber bei Hitler in Folge der Lippeschen Wahlen erneut auf größten Widerstand, als Juniorpartner in ein Kabinett einzutreten. Es bestehen nun zwei Möglichkeiten: Auflösung und Wiederwahl, was für die Wirtschaft höchst abträglich ist und eine politische Änderung kaum erbringen dürfte. Immerhin müssen wir uns darauf vorbereiten, und Vorsorge treffen, daß bei dieser Wahl nicht alles gegen alles kämpft. Ich muß also meine Bemühungen um die Konzentration im bürgerlichen Lager schnellstens fortsetzen. 2. Möglichkeit: Umbildung der Regierung mit Hitler. Ermächtigungsgesetz und ungestörte politische Arbeit. Auch für diesen Fall Zusammenschluß der bürgerlichen Kräfte als Gegengewicht gegen Hitler dringendst notwendig.“ Papen an Springorum, 20. 1. 1933; Hoesch-Archiv Dortmund, NL Springorum, B 1 a 82. Vgl. dazu auch die Eintragung vom 18. 1. 1933 in Ribbentrop, Zwischen Moskau und London, S. 39.

<sup>47</sup> Hans Nagel (geb. 1872), Major a. D. und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der DNVP.

<sup>48</sup> Werner Steinhoff (1875–1955), Mitglied der deutschnationalen Fraktion im Preußischen Landtag 1925–1932, MdR (DNVP) 1930–1932 und Vorsitzender des DNVP-Landesverbandes Potsdam II.

<sup>49</sup> Mitteilungen der Parteizentrale (der DNVP) Nr. 1 vom 19. 1. 1933; BA, NL Schmidt-Hannover, 76, Bl. 5–6.

<sup>50</sup> Vgl. Anm. 22. Dazu die Notiz vom 21. 1. 1933 in Schmidt-Hannover, „Aufzeichnungen betreffend Regierungsbildung“, 10. 11. 1948; BA, NL Schmidt-Hannover, 30.



habe Hitler als Kanzler eines Präsidialkabinetts stets abgelehnt, weil er Reichswehr verlange, Diktatur anstrebe und Phantast sei. Dagegen als Mehrheitskandidaten habe er ihn ja selbst in Aussicht genommen. Es sei möglich, daß er ihm weitergehende Vollmachten gebe, wenn er durch Deutschnationale und Zentrum im Kabinett eingerahmt sei. Namentlich auf Mitwirkung der Deutschnationalen lege Hindenburg Wert. Wehrministerium und Außenministerium besetze er, da er nach Verfassung Oberbefehl habe und das Reich völkerrechtlich vertrete, also unmittelbare Verantwortung trage.

– Dann ging Gespräch auf Schleicher über: Hugenberg schilderte seine Besprechungen mit Schleicher. Dieser habe ihm Ernährungs- und Wirtschaftsministerium angeboten; er, Hugenberg, aber hätte die Vorfrage gestellt, ob Hindenburg nicht dagegen wie früher grundsätzliche Bedenken habe, da er Parteiführer sei. Meißner bemerkte, daß Schleicher die Genehmigung Hindenburgs gehabt habe. Jetzt aber wolle Schleicher von keiner Umbildung des Kabinetts mehr wissen. (Dasselbe hatte Schleicher unserem Schmidt heute mittag gesagt, als Schmidt ihm unser Ultimatum überreichte.) Meißner entwickelte dann die Schwierigkeiten eines Kabinetts Schleicher-Hugenberg genauso wie mir gestern mittag, um dann mit großer Offenheit die Stellung Schleichers zu erörtern. Es habe außer dem „laurigen“ Zentrum und den noch „laurigeren“ Gewerkschaften nichts mehr für sich. Persönlich stehe ihm Hindenburg viel kühler gegenüber als Papen. Schleicher habe auch selbst schon davon gesprochen, sich ins Wehrministerium zurückzuziehen. Zunächst wolle Schleicher den Reichstag auflösen und den Reichstag auf den Herbst verschieben. Hindenburg werde die Auflösungsorder bewilligen. Dagegen sei es sehr zweifelhaft, ob er ihm die Verschiebung Neuwahl bewilligen werde, wenn er Gefahr laufe, dann von der Presse aller Parteien des Verfassungsbruchs geziehen zu werden. (Diese Gefahr hatte ich ihm gezeigt.) [Hugenberg schildert nun die Stimmung im Lande gegen Schleicher. Geschehen sei nichts. Warmbold treibe eine sozialistische-internationale Wirtschaftspolitik. Die Landbevölkerung sei im Aufruhr. Der Gedanke einer Autoritätsregierung sei schwer kompromittiert. Er könne die Fraktion nicht für Schleicher gewinnen<sup>51</sup>.] Auf Hugenbergs Frage sagte er, Hindenburg wolle den Gedanken einer anderen Autoritätsregierung nicht ablehnen, aber sie müsse im Lande mehr Anhang haben, als Papen. An Papens Person hänge Hindenburg unverändert, und es empfehle sich daher, Papen stets mit einzubeziehen. Darauf wurde nochmals eine Möglichkeit mit Hitler erörtert. Meißner: Hindenburg würde vielleicht für Kanzlerschaft Hitler zu gewinnen sein, wenn er eine Mehrheit habe, die ihm ein Ermächtigungsgesetz gebe. Das dürfe aber keine „Einmann-Mehrheit“ sein, die Deutschnationalen – wiederholte er – müßten dabei sein. Vielleicht würde Hindenburg von einer parlamentarischen Mehrheit absehen, wenn das Kabinett unterstützt werde vom Stahlhelm, Landbund, Industrie, wenn man es also als ein Kabinett der gesamten nationalen Bewegung ansehen könne, wenn also ausgeschlossen sei, daß eine Partei die andere vergewaltige. Zur Frage Wehrminister sagte Hugenberg, Hitler wolle Schleicher nicht tolerieren. Darauf sagte Meißner, das werde sich vielleicht ändern und trat für Schleicher ein, ließ aber durchblicken, daß dieser für Hindenburg keine persona sine qua non sei.

– Bemerkenswert, daß Hindenburg Hitler am meisten verdenkt, daß er sich an kein gegebenes Wort gebunden fühlt. Das ist wirklich das Übel. Es sind Nihilisten.

– Hugenberg äußerte sich nachher erstaunt über Meißners Offenheit. Mir sagte er, ich

<sup>51</sup> Der Passus in eckigen Klammern befindet sich am Schluß der Eintragung, ist aber nach Hinweis von Quaatz hier einzufügen.

hätte augenscheinlich schon seit Tagen den Fehlschlag des Versuchs, mit Schleicher zusammenzukommen, erkannt, was ich unter Darlegung der Gründe bejahte. Hugenberg bat dann um meinen Besuch für Montag vor der Fraktion.

– Am Schluß der Unterredung mit Meißner fragte ich ihn: Will Hindenburg auch auflösen, wenn zwar das Kabinett ein Mißtrauensvotum bekommt, aber keine Notverordnung aufgehoben wird. Meißner: An sich sieht Hindenburg den Fall der Auflösung durch ein Mißtrauensvotum allein noch nicht für gegeben an, aber die Nazi haben ja selbst Aufhebung der wichtigsten Notverordnungen beantragt. Nachher sagte ich Hugenberg unter vier Augen: die Nazi müssen belehrt werden. Hier biete sich ein Ausweg. Hugenberg meinte, das durch Hitler erreichen zu können.

#### 22. Januar 1933

Kleist-Schmenzin sendet mir einen Fehdebrief gegen Hugenberg. Wir müßten uns von Schleicher wie von Nazi absetzen und nur Autoritätsgedanken propagieren<sup>52</sup>. Er und sein Kreis hat einen geheim gehaltenen Kandidaten, der nicht Papen ist. Daneben will man wohl auch in der Partei den Adel in Front bringen. Diese Cliques schießen immer unter Wasser und nennen das Politik. Worauf soll diese „Autorität“ sich eigentlich stützen? [...]

#### 23. Januar 1933

Vormittags bis 15.00 Uhr bei Hugenberg, nachher Oberfahren, Schmidt, Nagel, Lehmann<sup>53</sup>. Fraktion. Hugenberg berichtet. Ich ergänze. Absage an Schleicher durch öffentliche Erklärung beschlossen. Publizierung am 24. [...]

#### 24. Januar 1933

Fraktion. Ich referiere über Wirtschaftspolitik. Fraktion besichtigt Ufa. Abends Arnim-Kröchlendorff<sup>54</sup> über 3 Stunden: Entwurf einer Entschließung der deutschnationalen Landwirte<sup>55</sup>. Politische Lage. Arnim sehr bedenklich gegen Ernennung Bismarcks<sup>56</sup> zum Staatssekretär<sup>57</sup>. Ich hatte in der Fraktion Hugenberg darauf festgelegt, daß Bismarck sein Mandat niederlegen müsse, damit wir Freiheit gegen Schleicher behalten. [...]

#### 25. Januar 1933

Fraktion. Bei Hugenberg, der erneut die Lage mit mir durchspricht. Mittags mit Stubbendorff<sup>58</sup>. Agrarpolitik. Abends Wedemeyer<sup>59</sup>: Ich soll Meißner sagen, im Innern woll-

<sup>52</sup> Dazu der Brief von Kleist-Schmenzin an Hugenberg, 17. 12. 1932; BA, NL Hugenberg, 37, Bl. 72 ff.

<sup>53</sup> Annagrete Lehmann (1877–1954), Mitglied der deutschnationalen Fraktion im Preußischen Landtag 1921–1928 und MdR (DNVP) 1928–1933.

<sup>54</sup> Detlev von Arnim-Kröchlendorff (1878–1947), Rittergutsbesitzer und MdR (DNVP) 1932–1933.

<sup>55</sup> Mitteilungen der Parteizentrale (der DNVP) Nr. 1 vom 19. 1. 1933; BA, NL Schmidt-Hannover, 76, Bl. 8–11.

<sup>56</sup> Herbert von Bismarck (1884–1955), MdR (DNVP) 1930–1933, Reichsführer des Bismarckbundes der DNVP, Staatssekretär im Preußischen Innenministerium von Februar bis April 1933.

<sup>57</sup> Dazu Hugenberg an v. Schleicher, 21. 12. 1932; BA, NL Hugenberg, 38, Bl. 267 ff.

<sup>58</sup> Walther von Stubbendorff (1888–1945), Rittergutsbesitzer und Mitglied der DNVP Reichstagsfraktion 1924–1933.

<sup>59</sup> Hans von Wedemeyer geb. 1880, Rittergutsbesitzer und ab 1. 2. 1933 Sachbearbeiter im Preußischen Staatsministerium und politischer Referent im Büro des Vizekanzlers.

ten Papen, Hugenberg, Seldte und Kalckreuth<sup>60</sup> alle Hitler als Kanzler nicht, nur wolle keiner der Katze die Schelle anbinden. Ich warne davor, da das die vier bloßstelle. Wedemeyer sieht das ein. Meine Sondierung, ob Papen nicht einheitliche Verhandlung gegenüber Hitler durch Hugenberg anregen wolle, erfolglos. Dafür sei es zu spät!

Hugenberg gegenüber betone ich immer wieder: Reichswehr und Polizei müssen „neutralisiert“ werden. Straßenterror darf nicht zugestanden werden. Daran dürfte die Sache scheitern.

26. Januar 1933

Vormittags und Mittag mit Hugenberg und Schmidt. Das Schaukelspiel dauert an<sup>61</sup>. [...]

27. Januar 1933

[...] Mittags Hugenberg, Oberföhren, Schmidt wegen des Ältestenrats. Nachher hält mich Hugenberg fest. Lage: Hindenburg will Hitler nicht. Papen teilt das törichterweise Hitler mit, fordert aber Hugenberg auf, trotzdem die Möglichkeiten mit Hitler bei Hindenburg zu erörtern. Darob Mißtrauen bei Hugenberg, der Intrigen Wedemeyers annimmt, um ihn bei Hindenburg zu diskreditieren. Ich kalmiere. Hugenberg singt dann wieder Klagelieder, es fehlten für die Ministerposten geeignete Leute – ich quittiere mit Achsenzucken und gebe mein Desinteressesment an diesen Erörterungen, aber auch meinen Skeptizismus zu erkennen. Würde ich ihm Leute vorschlagen, wäre es doch zwecklos, da er für sich schon Pläne hat, die er nicht darlegt. Er fürchtet, daß Papen-Wedemeyer ihm wieder lauter Barone servieren wird. Er selbst aber hält an Krosigk, Eltz, Neurath fest und schlägt Winterfeld vor. Er zeigte bei diesem Gespräch eine wirkliche oder vorgetäuschte Hilflosigkeit. Ich aber will kein Obligo für die Bildung eines Kabinetts übernehmen, dem ich von vornherein skeptisch gegenüberstehe. Das *proton pseudos* ist, daß Hugenberg durchaus in die Regierung will, diese aber nicht formen und nicht führen kann. Wir müssen dann für Papen geradestehen.

28. Januar 1933

Konferenz Hugenberg, Oberföhren, Winterfeld, Bang, Schmidt über Lage. Nazi wollen Polizei, dann Kommunisten mit Gewalt aus Reichstag und Straße vertreiben. Hugenberg schlug „Neutralisierung“ der Polizei vor, was Hitler stürmisch abgelehnt hat<sup>62</sup>.

– Auf Wunsch Hugenbergs nachmittags bei Meißner: Er betonte Zwiespalt Hugenberg-Hitler, wollte Schuld auf uns abschieben. Ich: Wir wollten Autorität schützen. Wenn Ihr aber nachgeben wollt, gut! Meißner: Reichspräsident wolle nur verfassungsmäßiges Regime, kein Kampfkabinet. Ich: Dann kann Hitler alles fordern und Stellung Hindenburgs gefährdet. Meißner lenkt nun ein und reproduziert frühere Gedankengänge. Wenn kein Ausweg mehr bliebe, werde Reichspräsident auf Kampfkabinet Papen-Hugenberg zurückgreifen. Aber Zentrum habe versprochen, kein Kabinet Hitler-Papen-Hugenberg

<sup>60</sup> Eberhard Graf von Kalckreuth (1881–1941), Geschäftsführendes Mitglied des Präsidiums des Reichslandbundes 1930–1933.

<sup>61</sup> Dazu die Notiz vom 25. 1. 1933 in Schmidt-Hannover, Aufzeichnungen betreffend Regierungsbildung, 18. 11. 1948; BA, NL Schmidt-Hannover, 30.

<sup>62</sup> Über Hugenbergs Verhandlungen mit Hitler siehe die Notiz vom 27. 1. 1933 in Schmidt-Hannover, Aufzeichnungen betreffend Regierungsbildung, 10. 11. 1948; BA, NL Schmidt-Hannover, 30.

zu tolerieren. Gehe es nicht, so müsse man auflösen und wiederwählen. Reichswehr werde Blomberg oder Fritsch bekommen. Stülpnagel (Edwin oder Joachim<sup>63</sup>) wurde nicht genannt. Sollte es zum Kampfkabinett kommen, müsse ein „nationaler Gewerkschafter“ hinein. Bezüglich Kommunismus: Er, Meißner, habe kein Bedenken gegen ein Verbot der Partei mit Verlust der Mandate. Das sei legale Maßnahme.

– Abends wieder Kriegsrat bei Hugenberg. Sprach hauptsächlich über Personalien. Für Finanzministerium im Reich habe er Bang, für Preußen mich vorgeschlagen. Papen wolle keine Abgeordneten. Beschluß: Auch Nazi benennen Abgeordnete. Wir bestehen auf Parität. Für preußisches Innenministerium: Winterfeld. Winterfeld hat Bedenken, weil nierenleidend. Kultus: Hülsen<sup>64</sup>. Arbeit: Goerdeler<sup>65</sup>. Krosigk hat erklärt, er mache Kampfkabinett nicht mit<sup>66</sup>. Also schon Gegner *in statu nascendi*. Stimmung ziemlich skeptisch. Übrigens sprach Schmidt auf dem Presseball mit mir über Preussisches Justizministerium. Ich behandle alle mich betreffende Fragen absichtlich obenhin, da Eintritt für mich viele Schattenseiten hat, ich auch die ganze Sache noch für dubios halte. [...]

29. Januar 1933

[...] Linkspresse zetert um Schleicher. Schleicher droht überall: In drei Wochen sei er wieder da. Hindenburg gehe am Papen-Experiment kaputt. Unser Ultimatum hat ihm den Todesstoß gegeben. Meißner sagte mir bei einer der Unterredungen nachher: Hindenburg habe er noch am 20. über meine persönliche Äußerung berichtet, und Hindenburg sei der Auffassung gewesen, gegen die Deutschnationalen sei Schleicher nicht zu halten. Sicher hat er dann auch Schleicher informiert. Trotzdem war dieser, als ihm Schmidt am 21. das Ultimatum überreichte, sichtlich peinlich überrascht. Seit dem Ultimatum, das dann durch Fraktionsbeschluß am 23. an die Öffentlichkeit kam, Trommelfeuer der Linken gegen uns. In der Partei hat das Ultimatum wie eine Erlösung gewirkt. Wir stehen nun mit einem Schläge im Mittelpunkt der Ereignisse als eine Art Pivot; diese Stellung ist aber dementsprechend auch gefährlich. Gehen wir mit Hitler, so müssen wir ihn bändigen. Andernfalls sind wir erledigt, sowohl wenn er die Macht an sich reißt, wie wenn er scheitert. Kommt Hitler-Regierung nicht zustande, so werden Papen, Meißner, vielleicht sogar Hindenburg (obwohl er den „Gefreiten im Weltkrieg“ im Grunde perhorresziert) die Schuld uns aufzuhalsen suchen. Auch eine Koalition Hitler-Zentrum müssen wir verhindern, dürfen uns aber mit dem Zentrum nicht völlig überwerfen. Es ist ein Spiel mit fünf Kugeln. Zum Glück sind die andern alle auch auf uns angewiesen. *Qui vivra, verra.*

<sup>63</sup> Edwin von Stülpnagel (1876–1933), General im Ruhestand, war von Reichsinnenminister Wilhelm Groener im Kabinett Brüning zum Präsidenten des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung ernannt worden. Joachim von Stülpnagel (geb. 1880), ebenfalls General im Ruhestand, war im Zusammenhang mit der Umbildung des Reichskabinetts mehrfach als möglicher Reichswehrminister genannt worden.

<sup>64</sup> Bernhard von Hülsen (1865–1950), früheres Präsidialmitglied der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands.

<sup>65</sup> Carl Friedrich Goerdeler (1884–1945), Mitglied der DNVP, Leipziger Oberbürgermeister 1930–1937 und Reichskommissar für Preisüberwachung. Goerdeler war als Reichsarbeitsminister oder als Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium vorgesehen. Am 5. 2. 1933 notierte Quatz über ein Gespräch mit Hugenberg: „Dann kam er [Hugenberg] auf das Arbeitsministerium. Da hatte er noch Niemand. Goerdeler habe zu große Vollmachten verlangt.“; BA, NL Quatz, 17.

<sup>66</sup> Dazu die Tagebuchaufzeichnungen Schwerin-Krosigks vom 29. 1. 1933, IFZ, ZS/A-20, Bd. 4, S. 12–14, abgedr. in: AdR, Kabinett von Schleicher, S. 318.

30. Januar 1933

Den ganzen Tag in der Friedrich-Ebert-Straße. Das Kabinett Hitler-Hugenberg ist ernannt<sup>67</sup>. Fraglich Beteiligung des Zentrums. Hitler stellt die Wahl: Entweder Auflösung oder Zentrum. Oberfohren, Winterfeld und ich Bedenken gegen Zentrum. Auflösung kann doch kommen, dann unsere Position schwierig. Kein Beschluß. Hugenberg übernimmt Wirtschaft, Ernährung, Landwirtschaft Preußen, Wirtschaft und Arbeit Preußen, Osthilfe. Schmidt und Bang werden Staatssekretäre bei ihm. Goerdeler Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium. Hugenberg redet abends mit mir über die Beteiligungen des Reiches. Früher sprach er von meiner Berufung in die Rentenbank-Kreditanstalt, jetzt von einer neu zu bildenden Gesellschaft. Abends fuhr er zu Vögler<sup>68</sup>, mit dem er seit langem Pläne über Gelsenkirchen<sup>69</sup> hat. Ich möchte mich doch zur Hilfe für die Handelspolitik bereithalten. Bang könne das nicht!! Bei ihm ist es wie in einem guten geführten Haushalt: der eine macht das Bett und der andere legt sich hinein. Abends überraschende Vorwürfe Hugenbergs, daß ich nicht für Pension Sorge!!

31. Januar 1933

Einer der widrigsten Tage. [...]

1. Februar 1933

[...] Hugenberg, der sonst jeden Tag anrief oder mich holen ließ, läßt seit vorgestern abend nichts mehr von sich hören.

– Vormittags Spahn<sup>70</sup> zu längerer Aussprache. Für den Fall der Beteiligung des Zentrums sieht er große Gefahren. Einkreisung durch Zentrum und Nazi. Bewegungsunfähigkeit, weil wir dann keinen Wahlkampf riskieren können. Papen sei waschechter Zentrumsmann, sehr befreundet mit dem Grafen Ballestrem-Plawniowitz<sup>71</sup>.

Doehring<sup>72</sup> ruft an. Eventuell müßten wir auch Zentrum schlucken. Seine Chemnitzer erklärten sie wollten nicht noch einmal wählen.

– Zur Zeit ist alles in Fluß und Gärung. Eine Umschichtung der öffentlichen Meinung wird beginnen. Alles hängt davon ab, ob Hitler in die staatsmännische Linie einschwenkt oder seine Basis nur in der Partei sucht. Er scheint im Anfang jedenfalls klug zu operieren, gleichzeitig aber besetzt er alle Machtpositionen mit seinen Leuten: beide Innenministerien, Polizei, Schule, Universitäten, Rundfunk. Wir haben die Verantwortung für die Wirtschaft, allein abgestellt auf den 68jährigen Hugenberg, flankiert von Schmidt

<sup>67</sup> Über Versuche seitens der deutschnationalen Parteiführung, im letzten Augenblick die „Hitler-Lösung zu konterkarieren“, vgl. die Notizen vom 29.–30. Januar 1933 in Schmidt-Hannovers Aufzeichnungen betreffend Regierungsbildung, 10. 11. 1948; BA, NL Schmidt-Hannover, 30, sowie Ewald von Kleist-Schmenzin, Die letzte Möglichkeit. Zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933, in: Politische Studien 10 (1959), S. 89–92.

<sup>68</sup> Albert Vögler (1877–1945), MdR (DVP) 1920–1924, Vorsitzender des Vorstandes der Vereinigten Stahlwerke, Mitglied des Hauptvorstandes des Vereins der Deutschen Eisen- und Stahlindustrie, Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

<sup>69</sup> Über die finanziellen Schwierigkeiten der Gelsenkirchener Bergwerks AG siehe Henry Ashby Turner, German Big Business and the Rise of Hitler, Oxford 1985, S. 231 f.

<sup>70</sup> Martin Spahn (1875–1945), MdR (DNVP) 1921–1933.

<sup>71</sup> Nikolaus Graf von Ballestrem-Plawniowitz (geb. 1900), Zentrum.

<sup>72</sup> Bruno Doehring (1879–1961), Oberdomprediger in Berlin und Mitglied des Reichs-Evangelischen Ausschusses der DNVP.



und Bang. Hitler hat Leicht<sup>73</sup> und Schäffer<sup>74</sup> von der Bayerischen Volkspartei, die nach Berlin gekommen waren, ungehört nach Hause geschickt. Er macht München kirre: Erst Koalition in München!! Klug! [...]

Abends: Anscheinend versagt sich Zentrum<sup>75</sup>. Hitler will sich dem Reichstag sowenig stellen wie Schleicher. Also Auflösung. Nach der Auflösung besteht die Gefahr, daß sich Hitler mit dem Zentrum (das mit den Bayern doppelt so stark wie wir ist und nach der Wahl vielleicht noch stärker ist) verbündet und uns an die Wand drückt.

Ich muß noch die Ursachen meines jetzigen Konflikts mit Hugenberg nachtragen: Er bot mir noch zur Zeit Schleichers, ich glaube am 27., jedenfalls spätestens am 28. für den Fall eines Regierungswechsels das Staatssekretariat im Arbeitsministerium an. Von diesem sollten Arbeitsbeschaffung und Dienstpflicht, Milizbildung usw. unter Seldte abgezweigt werden. Meine Aufgabe sei, das Restministerium abzubauen und zur Überführung auf das Wirtschaftsministerium reif zu machen. Ich unterdrückte meine Entrüstung über diese Totengräber-Arbeit und sagte: Das Arbeitsrecht sei mir zu fremd, als daß ich mir die Leitung einer so großen Behörde zutrauen könnte. Die Gewerkschaften würden mich wütend bekämpfen und die Unternehmer würden dasselbe tun, wenn ich die Löhne nicht senkte. Letzteres wollte ich nicht: Ich lehnte Lohndrückerei ab. Hugenberg ging auf letzteren Punkt nicht ein und betonte nur, ich könnte es wohl, wollte aber nicht. Er hätte sonst niemand. Ich schlug Bang vor, der Sachbearbeiter der Partei für Arbeitsrecht sei, worauf er sagte: Bang würde zu sehr angegriffen werden. Auf Möllers<sup>76</sup> – den ich nannte – ging er nicht ein. Am 28. (Sonnabend) mittag sprach er bei Tisch (Winterfeld, Oberfohren, Schmidt, Brosius<sup>77</sup> waren anwesend) davon, Bang solle das Reichsfinanzministerium, ich das Preußische Finanzministerium übernehmen. Ich hatte aber sofort den Eindruck, das geschah nur, um den anderen und mir Fürsorge für mich zu zeigen, und sei nicht ernst.

– Am Montag 30. [Januar] abends, nach der Kabinettsbildung, behielt er mich nach der Konferenz mit den anderen zurück und sagte: „Ja, wie können wir Sie denn nun in der Regierung beteiligen?“ Da er mir bisher nur das Totengräberamt angeboten hatte, sagte ich kühl: Um diese Frage zu beantworten, müßte ich Ihre Möglichkeiten kennen. Darauf lenkte er sofort ab: Man denke daran, Gelsenkirchen und einige andere Beteiligungen in eine neue Gesellschaft einzubringen, die ich ja übernehmen könnte. Indessen habe das noch Zeit. Ich sollte ferner mich an den Arbeiten für den Kurswechsel in der Handelspolitik [beteiligen] und auch an Konferenzen im Wirtschaftsministerium teilnehmen. Auf meine erstaunte Frage: „In welcher Eigenschaft?“, antwortete er: „Nun, als Experte.“ Ich wollte diesem Zynismus nicht in ähnlicher Form begegnen und lenkte das Gespräch auf einige sachliche Fragen. Er wird in der Regierung ebenso wie in der Partei verfahren:

<sup>73</sup> Johann Leicht (1868–1940), MdR (BVP) 1918–1933 und Vorsitzender der BVP-Reichstagsfraktion.

<sup>74</sup> Fritz Schäffer (1888–1967), Mitglied des Bayerischen Landtags 1920–1933 und Vorsitzender der BVP 1929–1933.

<sup>75</sup> Vgl. dazu Rudolf Morsey, Hitlers Verhandlungen mit der Zentrumsführung am 31. 1. 1933, in: VfZ 9 (1961), S. 182–194, sowie den Briefwechsel Hitler-Kaas, Januar-Februar 1933, in: Das Zentrum Nr. 1/2 (Februar 1933), S. 7–12.

<sup>76</sup> Alfred Möllers (geb. 1883), MdR (DNVP) 1932–1933 und Vorsitzender der Deutschen Industriellen Vereinigung 1924–1934.

<sup>77</sup> Hans Brosius (geb. 1872), Pressechef der DNVP.

Nur niemand in den Vordergrund außer mir! In der Partei erregt es schon Aufsehen, daß wir nur durch Hugenberg als fünffachen Minister vertreten sind. Er sammelt Portefeuilles, wie ein Generaldirektor Aufsichtsratsposten.

– Abends: Hitler verliest einen Aufruf und verkündet Vierjahresplan. Dann Auflösungsorder<sup>78</sup>. Auftakt zur Wahl ist Verbreitung eines Aufrufs des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes gegen uns! Kurz hinter Hitler!

---

<sup>78</sup> Adolf Hitler, Reden und Proklamationen 1932–1945, hrsg. und bearb. von Max Domarus, München 1965, Bd. 1, S. 191–195.

Notizen

## DOCUMENTS ON BRITISH POLICY OVERSEAS

Bereits seit einigen Jahren läuft das im Auftrag des Foreign und Commonwealth Office durchgeführte Editionsprojekt der „Documents on British Policy Overseas“. Diese Aktenedition zur britischen Außenpolitik – 7 Bände liegen inzwischen vor – wurde 1973 von Außenminister Sir Alec Douglas-Home im Unterhaus angekündigt<sup>1</sup>. Sie setzt die Reihe der Akteneditionen über die Ursachen des Ersten Weltkrieges („British Documents on the Origins of the War 1898–1914“) und über die Zwischenkriegszeit („Documents on British Foreign Policy 1919–1939“) fort.

Die Edition gliedert sich in zwei große Abschnitte: Serie I umfaßt den Zeitraum 1945 bis 1950, Serie II den Zeitraum 1950 bis 1955. Um eine zügige Herausgabe der Dokumente zu gewährleisten, sollen aus jeder Serie jeweils zwei Bände parallel erscheinen. Die Herausgeber stützen sich dabei auf bereits in den früheren Akteneditionen angewandte Prinzipien: Ein vom Foreign und Commonwealth Office unabhängiges Team von Historikern übernimmt die Auswahl und Herausgabe der Dokumente („The editors will have the customary freedom in the selection and arrangement of documents.“<sup>2</sup>), ferner sind in das Team weitere namhafte Historiker berufen, um ein Höchstmaß an historischer Genauigkeit und Objektivität zu garantieren.

Das Gros der Dokumente stammt aus den Akten des Foreign Office; gelegentlich werden, je nach thematischem Schwerpunkt, aber auch Akten aus dem Cabinet Office, Prime Minister's Office oder anderer Ministerien (z. B. Treasury, Board of Trade) beigezogen. Die Herausgeber – das derzeitige Team besteht aus zwei leitenden und zwei assistierenden Herausgebern, drei wissenschaftlichen Mitarbeitern, einer Sekretärin und einem weiteren Mitarbeiter – haben in der Planung, Aufteilung und Gestaltung der Bände völlige Freiheit. Die unübersehbare Fülle des überlieferten Aktenmaterials zwingt aber natürlich zu einer rigorosen Auswahl<sup>3</sup>. Die Editoren entschlossen sich daher, entweder große thematische Bereiche auszuwählen bzw. sich auf einzelne Schwerpunkte zu konzentrieren.

Entsprechend der Konzeption der Aktenedition steht nicht das Einzeldokument, sondern eine Gruppe von Dokumenten im Mittelpunkt. Die in chronologischer Reihenfolge angeordneten Zentraldokumente, die text- und quellenkritisch kommentiert sind, werden durch eine Auflistung weiterer, auf die Zentraldokumente bezogener Akten mit knapper Inhaltsbeschreibung (sog. „calendars“) ergänzt, die zur zusätzlichen Vertiefung dienen und Anstöße zu weiterem Aktenstudium geben sollen. Die in den „calendars“ erwähnten Akten wie auch die Hauptdokumente können im Original auf Mikrofiches

<sup>1</sup> Parliamentary Debates, 5th series, House of Commons 1973, vol. 859, col. 45.

<sup>2</sup> Documents on British Policy Overseas, Series I 1945–1950, Volume 1: The Conference at Potsdam 1945, London 1984, S. vii.

<sup>3</sup> Die Anzahl der an das Foreign und Commonwealth Office gesandten Dokumente betrug beispielsweise im Zeitraum zwischen 1945 und 1955 *jährlich* etwa 540 000–570 000 Stück.

nachgelesen werden, die jedem Band beigelegt sind. Diese Kombination von Zentralkommentaren, „calendars“ und Mikrofiches hat sich als eine sinnvolle und praktikable Methode bewährt.

Auch die Editoren der „Documents on British Policy Overseas“ müssen die 30-Jahre-Sperrfrist respektieren, sie haben jedoch Zugang zu ansonsten nicht allgemein zugänglichen Akten (Public Records Act 1958). Zur Veröffentlichung ist die Erlaubnis des Foreign and Commonwealth Office einzuholen. Bisher wurden die allermeisten Anträge der Editoren positiv entschieden.

Bisher erschienene Bände der „Documents on British Policy Overseas“:

*Series I 1945–1950:* The Conference at Potsdam 1945 (vol. 1); Conferences and Conversations 1945: London, Washington and Moscow (vol. 2); Britain and America: The negotiation of the United States Loan 1945 (vol. 3); Britain and America: Atomic Energy, Bases and Food 1945/6 (vol. 4); Germany and Western Europe 1945 (in Vorbereitung).

*Series II 1950–1955:* The Schuman Plan, the Council of Europe and Western Integration 1950–1952 (vol. 1); The London Conferences: Anglo-American Relations and Cold War Strategy 1950 (vol. 2); German Rearmament 1950 (vol. 3).

*Heather J. Yasamee*

*Foreign and Commonwealth Office, London*

#### AUSSCHREIBUNG VON PREISEN DES VERBANDES DER HISTORIKER DEUTSCHLANDS FÜR HERVORRAGENDE ARBEITEN DES WISSENSCHAFTLICHEN NACHWUCHSES

In der 2. Mitgliederversammlung des Verbandes am 14. Oktober 1988 in Bamberg (siehe Protokoll, TOP 7, unten Seite 45) wurde beschlossen, daß der Verband von 1989 an Preise zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses vergibt. Nach Maßgabe der Haushaltslage des Verbandes ist die Vergabe von zwei bis drei Preisen in einem zweijährigen Turnus vorgesehen. Die Preise werden mit jeweils DM 10.000,- dotiert.

Preiswürdig sind wissenschaftliche Arbeiten jüngerer, bereits promovierter Historiker, jedoch nicht Dissertationen. Die Arbeiten können sowohl in Manuskriptform wie auch als Veröffentlichung eingereicht werden. Die Preisträger sollten in der Regel das 42. Lebensjahr nicht überschritten haben. Die Preisvergabe ist nicht an die Mitgliedschaft im Verband gebunden.

Vorschlagsberechtigt sind alle Mitglieder des Verbandes. Die Auswahl der Preisträger wird von Vorstand und Ausschuß des Verbandes vorgenommen. Bei der Vergabe der Preise ist der Rechtsweg ausgeschlossen. Die ersten Preisverteilungen sind für den Historikertag 1990 in Bochum vorgesehen. Vorschläge für die Preisvergabe werden bis zum 1. Oktober 1989 an den Schriftführer des Verbandes erbeten.

O. G. Oexle

## Abstracts

### *Hans-Peter Schwarz, Adenauer and Nuclear Weapons' Policy*

During the years from 1955 to 1962 there seemed to be only one central figure as far as the Federal Republic's nuclear weapons' policy was concerned: Franz Josef Strauß, first Federal Minister of Defence. A thorough study of records on the Chancellor's meetings with high ranking officers and representatives of the allies in this period, however, proves that Adenauer himself was not only interested in international developments in nuclear policy but also well informed about them. Adenauer was aware of the fact that his country could only pursue "reactive" nuclear policies but, from the very first, as soon as the Federal Republic had regained some influence on foreign policy matters, he tried – often successfully – to modify or suggest improvements on nuclear policy decisions made by the western powers. He knew that any German attempt to become a nuclear power would be doomed to failure because of Soviet, allied or domestic opposition. Adenauer was, on the other hand, never willing to accept the Federal Republic's non-nuclear status as permanent and, for this reason, he kept the nuclear option open. Although the Chancellor always emphasized the contradictory character of nuclear weapons, he regarded them as an essential deterrent at a time of alarming increases in the Soviet nuclear arsenal and of careful steps towards German rearmament. Adenauer was thus always in favour of the integration of nuclear weapons into the general context of a rationally conceived foreign policy.

### *Robert O'Neill, Britain and Nuclear Deterrence*

Why does Britain have nuclear weapons? The question is all the more difficult to answer as Britain is no longer a world power, the Soviets have proved to be more cautious than planners in the late 1940s would have expected, and the Americans have maintained their nuclear guarantee. Yet Government reluctance to discuss nuclear weapons policy publicly, the relative lack of expert opposition in Britain and a vague but widely held British public preference for a national deterrent have allowed the policy to continue for over forty years. What has been the worth of the British contribution to the international debate on nuclear policy? In the fields of both operational doctrine and arms control the British contribution has been of major importance, particularly in the 1950s and 1960s, when British officials and thinkers dared to be critically disposed towards American policies.

### *Georges-Henri Soutou, Nuclear Weapons' Policy in the Fourth Republic*

There has been an element of continuity in French nuclear weapons' policy, from the Fourth to the Fifth Republic. The first atomic test of 1960 had been in fact prepared since 1952. The basic concepts of the future *Force de Frappe* had been developed before 1958, these were: the problems of an alliance in the nuclear era, the consequences for France of the parity between the USA and the USSR, the concept of proportional deterrence, the concept of uncertainty, the notion of the French atomic force as a detonator, the role of nuclear weapons in dealing with the prospective adversary but also with the allies. The notion of national independence is also present, especially after Suez. Prior to



1958, however, the concept of independence was understood in a different way: one was convinced that the French nuclear effort could achieve its full value only in the framework of European and Atlantic cooperation. For the Fourth Republic there was no contradiction between having national nuclear weapons and participating in European cooperation and the Atlantic Alliance. Only later would national independence become the foremost rationale of French nuclear policy.

*Peter Wetzler, Emperor Hirohito and the War in the Pacific. The Tennō's Political Responsibility in Recent Japanese History*

In order to shed light on the role of the Tennō in recent Japanese history, this essay begins by considering the position of the Emperor and the military in the Meiji Constitution (1889), poses the question as to whether the Tennō was an absolute monarch and touches on the murder of Chang TsoLin (1928) and the young officers' revolt of February 26, 1936. The essay focuses on the political responsibility of the Emperor for the attack on the United States, the way in which the war was waged and its termination in August 1945. Close examination of official records and private diaries reveals neither a constitutional monarch struggling to impose his enlightened convictions on a recalcitrant people nor a militarist who plotted war behind the scenes. The main concern of Emperor Hirohito was to preserve the Imperial House and the Japanese during this stormy period. He assumed leadership of the group which in each phase appeared best able to promote the interests of his house and his people.

*Gabriel Gorodetsky, Stalin and Hitler's Attack on the Soviet Union. Some Remarks on the Alleged German Preventive Strike*

The article challenges the views, raised and elaborated by the Soviet defector "Suvorov", that Stalin was on the verge of mounting a surprise attack on Nazi Germany when Hitler warded off the threat by invading Russia. Suvorov's assumptions are scrutinized and an alternative explanation of Stalin's puzzling conduct on the eve of *Barbarossa* is unfolded through an examination of the political and diplomatic framework within which the military decisions were taken. British archival material is employed to prove that the deployment of the Red Army was a last-ditch attempt to thwart a German attack. It is argued that the clumsy execution of the deployment of the Red Army, as is minutely depicted by Suvorov, actually reflects Stalin's impossible task of implementing defensive measures for which the Red Army was unprepared, while avoiding any provocation which might trigger a premature war if the intelligence he had obtained on German intentions proved to be misleading.

*Jochen-Christoph Kaiser, Protestantism, Diakonie and the "Jewish Question" 1933–1941. The Social Dimension of a Conflict*

The Churches in Germany remained indifferent to the so-called Jewish question during the Third Reich and they were unwilling to criticise openly the persecution of those of their fellow citizens who were considered to be *Rassejuden* (Jews by descent). This happened firstly, because of a traditionally latent anti-semitic attitude which had its roots in Christian history and secondly, because of the fear that any criticism or act of support would have been classified as political opposition by those in power. It is a lesser known fact, however, that not only amongst Catholics but also amongst Protestants, attempts

were being made to help the persecuted and to aid their emigration. This however did not apply to *Glaubensjuden* (practising Jews), but almost exclusively to those Christians who were seen as *Nichtarier* and who had converted to either Catholicism or Protestantism. By using new historical sources, this contribution describes, for the first time, the efforts of certain representatives of social protestantism to help regardless. These attempts were however of little success. In sharp contrast to these efforts, the lack of humanitarian actions on the part of German Protestants against the deadly menace of Nazi policy towards the Jews becomes all the more obvious.

*Volker Hentschel*, The European Payments Union and the Currency Crises in the FRG (1950/51)

The article deals with the complications experienced during the foundation of the European Payments Union (EPU) in the first half of 1950, as well as with the importance of the EPU to the "Korean Boom" in Germany in the summer and autumn of 1950, and finally with the resulting currency crises during the winter of 1950/51. The theses put forward are: the EPU played a vital role in the boom which was to lead the German economy away from its cyclical problems into a path toward healthy, long-term development. It was also an indispensable aid in two currency impasses that Germany was unable to overcome on its own. Had the EPU not existed, there might have been a crisis in place of a boom in Germany. The EPU's aid proved a powerful impulse for the *Wirtschaftswunder*. Without it, there would most probably have been significant economic and political changes in the FRG.

*Larry Eugene Jones*, The Days before Hitler's Seizure of Power. From the Diary of Reinhold Quaatz, Member of Parliament for the DNVP

Reinhold Quaatz was one of Alfred Hugenberg's closest political associates, and the diary that he kept for most of his life provides a number of important and revealing insights into the considerations that led Hugenberg as chairman of the *Deutschnationale Volkspartei* to participate in the formation of the Hitler-Papen cabinet on January 30, 1933. Among other things, the entries in Quaatz's diary for the second half of January 1933 show how the Nationalists were obliged to abandon one by one the various preconditions which they had attached to their participation in a new national government with Hitler as chancellor. As a result, Hugenberg's decision to enter the Hitler cabinet encountered strong opposition from important segments within his own party. A close analysis of the Quaatz diary indicates that the formation of the Hitler-Papen cabinet took place in the face of severe divisions within the ranks of Germany's conservative elites.

*Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1989*

Volume 58: *Helga A. Welsh*, *Revolutionary Change by Administrative Decree? Denazification and Personnel Policy in Thuringia and Saxony (1945–1948)*, Munich 1989

The policy of denazification in the Soviet Zone of Occupation was aimed particularly at three professional groups which were considered especially important in the restructuring of society as a whole: public administration, teachers and members of the legal profession. The author focuses on two of the former *Länder* of the Soviet Zone, Thuringia and Saxony. She examines the regional differences in the methods and pace of the extensive purge of former NSDAP members, and analyses the ways in which the political administrations in the two *Länder* dealt with the resulting problems such as: passive resistance from lower-level officials, and the lack of qualified persons with acceptable ideological credentials. The Soviet Military Administration played an important part in evening out the differences of policy in the two *Länder*. It issued orders concerning the replacement of people with NSDAP connections and influenced the recruitment of newly qualified officials. When local politicians hesitated or resisted, the SMA's forced the pace and increased the pressure. The author describes in detail the crash courses in the educational and legal professions. These courses produced the so-called *Neulehrer* and *Volksrichter*, who, with their brief professional training, soon outnumbered those with more formal, traditional training. The direct connection between political purge and personnel policy is emphasized throughout the book.

Volume 59: *The Deutschnationalen and the Destruction of the Weimar Republic. From the diary of Reinhold Quaatz (1928–1933)*. Edited by Hermann Weiß and Paul Hoser, Munich 1989

Towards the end of the Weimar era Reinhold Quaatz was one of the closest political confidants of Alfred Hugenberg, chairman of the DNVP. Quaatz was both a lawyer and an economics expert. He enjoyed the support of the industrialists Hugenberg, Hugo Stinnes and Albert Vögler, represented the *Deutsche Volkspartei* in the Reichstag from 1920 on and became one of the fiercest opponents of the DVP's leader, Gustav Stresemann. In the spring of 1924 Quaatz went over to the DNVP and spent the following years preparing Hugenberg's takeover from Count Westarp who was constantly criticized as being too moderate a leader. His diary not only offers deep insights into the still poorly researched internal structure of the DNVP. It also reveals how much the party's decay in its rivalry and partial cooperation with the NSDAP was due to Hugenberg's egocentricity, his inadequacy as a leader and his total lack of political imagination. Hugenberg was still briefly able to enjoy an apparent triumph when he was appointed *Wirtschaftsdiktator* on 30th January 1933, whereas Quaatz, the *Nichtarier*, found his own political career at an end.